

Landwirtschaft und Fischerei

Entwicklungsziele Landwirtschaft

- 138 ha Entwicklungsziel Freiland-Gemüseanbau
- Gewächshäuser
 - 14 ha / 35 ha Bestand Gewächshäuser in- / außerhalb Schwerpunkt
 - 37 ha Entwicklungsziel: Schwerpunkt des Gewächshausbau
 - 7 ha Langfristiges Entwicklungsziel - Umsetzung fraglich
 - Offenlegen / Renaturierung Sandseele
- Weinbau
 - 19 ha Bestand Rebfläche
 - 34 ha Rebfläche im Rebenaufbauplan
 - 29 ha Entwicklungsziel Rebfläche außerhalb des aktuellen Aufbauplans

Schutzgebiete Bestand

- Landschaftsschutzgebiet "Insel Reichenau"
- FFH-Gebiet "Bodanrück und westlicher Untersee"
- Vogelschutzgebiet "Untersee des Bodensees"
- Geschütztes Biotop
- Flächenhaftes Naturdenkmal "Vorland Mutschellern"
- Wasserschutzgebiet "TB Genslehorn" - Zone II
- Gesamtanlagensatzung Niederzell / Mittelzell
- Sachgesamtheit / Umgebungsschutz
- Denkmalgeschütztes Gebäude / historisches Gebäude



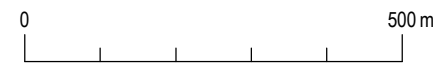
Gemeinde Reichenau ENTWICKLUNGSKONZEPT

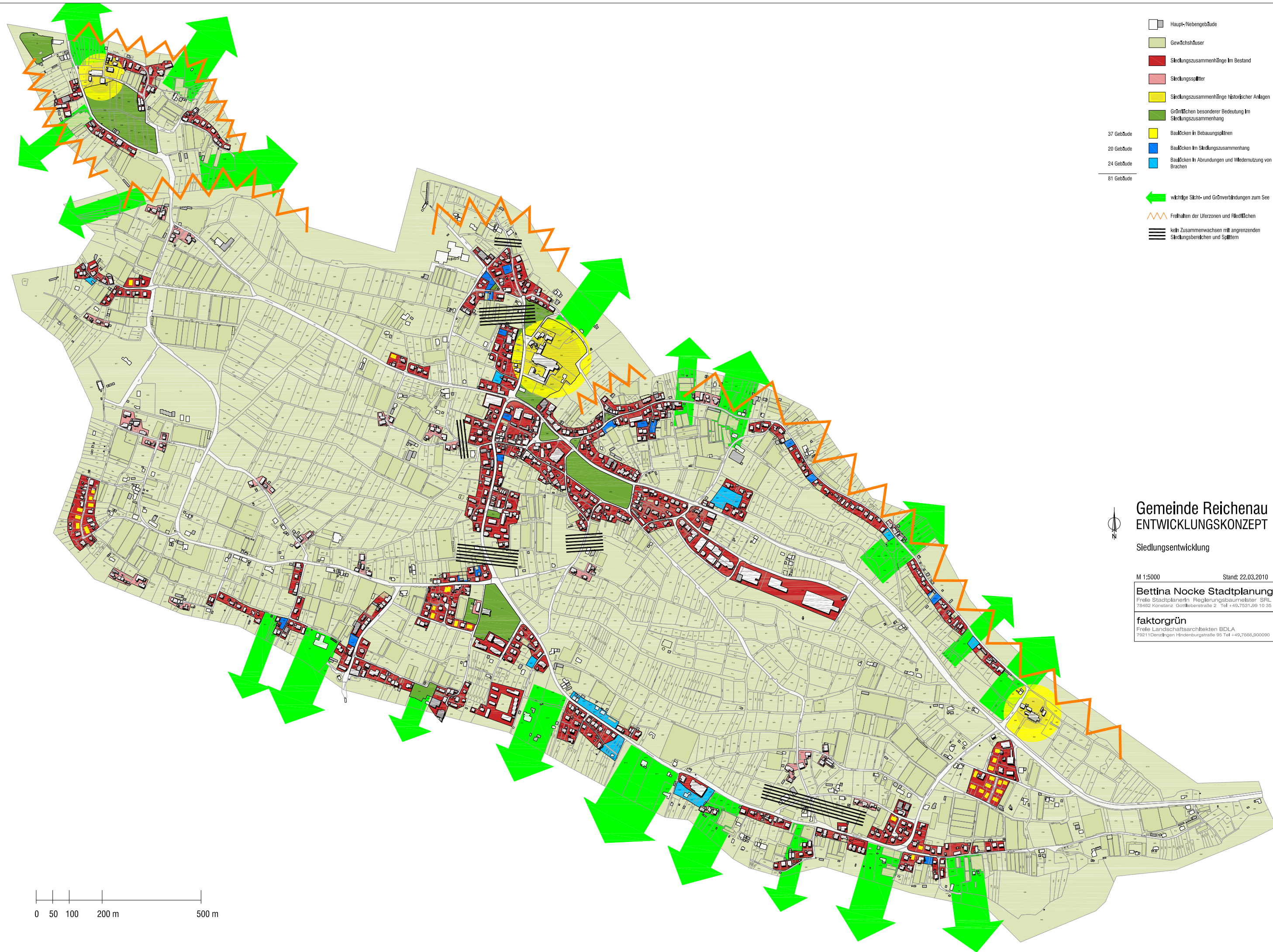
Landwirtschaft und Fischerei

M 1:5.000 Stand: 23.07.2012

Bettina Nocke Stadtplanung
Freie Stadtplanerin Regierungsbaumeister SRL
78462 Konstanz, Gottliebstraße 2, Tel. +49 7531 991035

faktorgrün
Freie Landschaftsarchitekten bdla
79100 Freiburg, Merzhauser Straße 110, Tel. +49 761 7076470





- Haupt-/Nebengebäude
- Gewächshäuser
- Siedlungszusammenhänge im Bestand
- Siedlungssplitter
- Siedlungszusammenhänge historischer Anlagen
- Grünflächen besonderer Bedeutung im Siedlungszusammenhang
- Baulücken in Bebauungsplänen
- Baulücken im Siedlungszusammenhang
- Baulücken in Abrundungen und Wiedernutzung von Brachen
- wichtige Sicht- und Grünverbindungen zum See
- Freihalten der Uferzonen und Riedflächen
- kein Zusammenwachsen mit angrenzenden Siedlungsbereichen und Splittern

37 Gebäude
20 Gebäude
24 Gebäude
81 Gebäude



Gemeinde Reichenau ENTWICKLUNGSKONZEPT

Siedlungsentwicklung

M 1:5000 Stand: 22.03.2010

Bettina Nocke Stadtplanung
Freie Stadtplanerin / Regenerungsbaumeisterin SRL
78462 Konstanz, Gohlleberstraße 2, Tel. +49 7531 99 10 35

faktorgrün
Freie Landschaftsarchitekten BDIA
79211 Ditzingen, Hindenburgstraße 95, Tel. +49 7666 900090

0 50 100 200 500 m

Eröffnung Hl. Blut Fest Insel Reichenau, Spiritual Peter Falk

Sonntag, 31. Mai 2015

Markus, 12,41 - 44

41Als Jesus einmal dem Opferkasten gegenüber saß, sah er zu, wie die Leute Geld in den Kasten warfen. Viele Reiche kamen und gaben viel.

42Da kam auch eine arme Witwe und warf zwei kleine Münzen hinein.

43Er rief seine Jünger zu sich und sagte: Amen, ich sage euch: Diese arme Witwe hat mehr in den Opferkasten hineingeworfen als alle andern.

44Denn sie alle haben nur etwas von ihrem Überfluss hergegeben; diese Frau aber, die kaum das Nötigste zum Leben hat, sie hat alles gegeben, was sie besaß, ihren ganzen Lebensunterhalt.

„Wir haben unseren Schatz gefunden. Und Sie?“

So zu lesen auf einer Postkarte der Tourist-Information Reichenau, die ich im letzten Jahre zugeschickt bekam.

„Wir haben unseren Schatz gefunden. Und Sie?“

Vielfältig sind sie, die Schätze der Reichenau.

Die herrliche Landschaft, Obst und Gemüse, interessante Menschen, damals und heute, wunderbare Kirchen.

Das Ganze heißt dann ganz offiziell, „Weltkulturerbe Klosterinsel Reichenau“.

Wirkliche eine „reiche Au“.

„Insel Reichenau – Die Einmalige im Süden.“

Zwei Schätze sind einmalig, die Markusreliquie und die Hl. Blut Reliquie.

Heute und morgen steht sie im Mittelpunkt,

die Hl. Blut Reliquie,

der Schatz an sich.

Die Hl. Blut Reliquie steht für IHN,

unseren Herrn Jesus Christus,

der sich für uns Menschen verschenkt hat.

Er hat sein Herzblut gegeben.

Paulus sagt dies so.

„Die Liebe Gottes ist ausgegossen in unsere Herzen.“

Röm 5,5.

In unserer Sprache heißt dies.

Die Liebe Gottes hat sich verflüssigt.

Seit der Taufe tragen wir in der Tiefe unseres Herzens
einen Blutstropfen von Jesus.

Die Blutspur Jesu,
die Spur seiner Liebe,
führt über die Insel Reichenau.

Der einmalige Schatz der Reichenau ist ein Blutstropfen Jesu.

In diesem Tropfen Blut sagt uns Jesu.

Ich bin bei Dir!

Ich schätze Dich!

Ich brauche Dich!

Auf der Insel gibt es ein geniales Rohrleitungsnetz, das für die Bewässerung der
Insel sorgt.

Ich war begeistert, als mir jemand ein Bild davon zeigte.

Dieses Rohrleitungsnetz ist für mich ein wichtiges Bild für unser Leben.

Hochseilartisten spannen im Zirkus ein Netz, das sie bei einem eventuellen Sturz auffängt.

Das Rohrleitungsnetz will uns bewusst machen, dass wir getragen und gehalten sind von IHM, der sein Herzblut für uns vergossen hat.

Das Blut des Auferstandenen Herrn Jesus fließt noch immer in unseren Adern und im Bild gesprochen, durch das Rohrleitungsnetz der Insel.

„Wir haben unseren Schatz gefunden!“

Der Blutstropfen Jesu,
seine Nähe, seine Liebe, seine Gegenwart,
ist unser Schatz.

In jeder Feier der Eucharistie, in jeder Liturgie, die sie zusammen mit Pater Hugo und Pater Stephan in der Eginokapelle feiern, wird es lebendig, beginnt es zu fließen, das Blut des Auferstandenen Herrn Jesus.

Das ist doch etwas Wunderbares, was da in den letzten Jahren durch die schlichte Präsenz der Mönche und ihr aller Mitbeten geworden ist.

Die Reichenau ist ein Ort, an dem „der Herr seine Herrlichkeit zeigt“. Vgl. Jes 61,3

„Die Kirche lebt in kleinen Strahlungszentren, die wie kleine Lichter in der Nacht über die Welt verstreut sind.“

Hans Urs von Balthasar

Es geht nicht um etwas Spektakuläres, es geht darum dass etwas sichtbar wird von dem Geist der Seligpreisungen, den Frère Roger, der Gründer von Taizé, so beschrieben hat.

„Freude, Einfachheit, Barmherzigkeit.“

Schätze kann man hüten, oder unter die Leute bringen indem man sie teilt.

Schätze werden mehr, wenn man sie verschenkt.

Ich komme aus Freiburg-Günterstal.

Hier ist es geschehen.

Hier wurde der Schatz der Reichenau am 17. Dezember 1737 geteilt.

Die aufgeweckte Äbtissin, Maria Franziska Cajetana, sorgte dafür.

Für mich ein starkes Zeichen.

Die Kirche ist doch keine Schatzkammer, die ihre kostbaren Schätze hütet, dass ja nichts passiert.

Was soll denn passieren?

Das ist es doch, was wir in der Kirche neu lernen müssen.

Unsere kostbaren Schätze müssen raus aus den verstaubten Schatzkammern, damit sie ihre Schönheit und Kostbarkeit neu entfalten können.

Raus aus der Kammer, rein ins Leben.

Ja, es passiert etwas, wenn wir unsere Schätze ins Spiel bringen.

Das gilt auch für die Schätze der Reichenau.

Weltkulturerbe das heißt doch nicht, das Leben findet in einer Glasvitrine statt.

Wer das Hl. Blut einsperrt, der nimmt sich das Leben.

Die Frage ist, wie kommt das Blut Jesu in unseren Adern ins Fließen?

„Wenn ihr das Fleisch des Menschensohnes nicht esst und sein Blut nicht trinkt, habt ihr das Leben nicht in euch.“ Joh 6, 53

Ein paar Hinweise, über die sie miteinander reden können.

In vielen Museen ist es immer und immer wieder zu lesen.

„Bitte nicht berühren!“

Ist ja gut und recht.

Diese Bitte haben wir uns in der Kirche zu Eigen gemacht.

„Bitte nicht berühren!“

Trug Jesus eigentlich einen Aufkleber auf seinem Gewand, auf dem zu lesen war: „Berühre mich nicht!“

Jesus war durch und durch berührbar.

Unzählige Menschen haben ihn berührt.

„Alle Leute versuchten, ihn zu berühren; denn es ging eine Kraft von ihm aus, die alle heilte.“ Lk 6,19

Lernen wir von den Kindern.

Die sind schnell dabei, die Dinge zu berühren, um mehr zu begreifen.

Von der Hl. Blut Reliquie wird ja von Anfang an gesagt, dass eine Heilkraft von ihr ausging.

Die Hl. Blut Reliquie will berührbar bleiben.

Könnte es hier im Münster einen Ort geben, an dem die Hl. Blut Reliquie berührt und verehrt werden kann?

Berühren, was berührt!

Ein zweiter Hinweis.

Das alltägliche Leben hat so seine Herausforderungen, in unseren Familien, in unseren Beziehungen, auf der Arbeit, in der Schule oder sonst wo.

Da gilt es, Spannungen auszuhalten, eine Krise zu meistern, einen Neuanfang zu machen, mit einer schweren Krankheit umzugehen oder sich selbst auszuhalten.

Manches geht uns nicht so leicht von der Hand. Staus gibt es nicht nur auf der Autobahn, es gibt sie auch in unserem Leben.

Es braucht ihn, sehr oft, gerade dort, wo das Leben ins Stocken geraten ist, den Tropfen Herzblut, damit das Ganze weitergeht.

Fragen wir uns jeden Abend, schlicht und einfach.

Wo habe ich heute einen Tropfen von meinem Herzblut gegeben?

Das ist die Lebensart Jesu.

Sich reingeben und nicht sich raushalten und die Hände anschließend in Unschuld waschen.

„Das Gegenteil von Liebe ist nicht Hass.

Das Gegenteil von Liebe ist Gleichgültigkeit.“

Eli Wiesel

Das Evangelium hat uns von einer Frau erzählt, die das was sie hatte, ins Leben „hineingeworfen“ hat.

Die „Herzmünze“ ist die Währung des Evangeliums.

Ein dritter Hinweis.

Am 23. Mai wurde Bischof Oscar Romero selig gesprochen. Am 24. März 1980 wurde er während der Feier der Eucharistie am Altar erschossen.

In einer seiner Predigten sagte er.

„Transzendenz bedeutet nicht: zum Himmel schauen, an das ewige Leben denken und über die Probleme der Erde hinweggehen. Vielmehr handelt es sich um eine Transzendenz, die dem menschlichen Herzen gilt.

Transzendenz bedeutet, sich auf das Leben der Menschen einzulassen und selbst diese Lage zu überschreiten, den Menschen zu erheben, ihn voranzubringen und ihm zu sagen:

Du bist kein Abfall. Du gehörst nicht an den Rand. Das Gegenteil ist der Fall:
Du hast eine große, große Bedeutung.“

23.9.1979

Wenn die Blutspur Jesu, die Spur seiner Liebe, auf die Reichenau führt, dann hat das Auswirkungen auf die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen. Das ist eine der großen Herausforderungen für uns als Kirche. Wie gehen wir miteinander um? Papst Franziskus weist uns beständig darauf hin. Nicht nur ich trage einen Blutstropfen Jesu in meinem Herzen, auch der und die, neben mir. Es ist an der Zeit, dass wir einander im Sinne des Hl. Benedikt, ehren, und dies einander zusagen, mit oder ohne Worte, was Oscar Romero ins Wort gebracht hat.

„Du bist kein Abfall. Du hast eine große, große Bedeutung.“

Solch ein Wort wirkt Wunder.

Liebe Reichenauer!

Ich gratuliere Ihnen von ganzem Herzen zu dem wunderbaren Schatz der ihnen anvertraut ist.

Es ist an der Zeit, ihn großzügig unter die Leute zu bringen.

Blut will fließen!

Blut will Leben spenden!

- Protokoll der Sitzung des Pfarrgemeinderates am 10. Juni 2015

Bücherei

Der für die Bücherei vorgesehene alte Gruppenraum muss saniert werden. Zum einen muss eine Entfeuchtung stattfinden und zum anderen benötigt der Raum auch eine Heizung. Das erzbischöfliche Bauamt kann sich vor dem Herbst 2015 der Sache nicht annehmen. Ziel ist es, die Bücherei auch zu einer Ludothek (Spieleverleih) auszubauen. Sie ist derzeit das einzige Angebot dieser Art in unserer Gemeinde. Zielgruppe sind vor allem Kinder und Jugendliche. Die Kirchengemeinde will dieses Ziel weiter verfolgen, aufgrund der derzeit hohen Belastung der zuständigen Ämter muss das Vorhaben auf Ende 2015 / Anfang 2016 vertagt werden.

Wettersegen

An Werktagsmessen und normalen Sonntagen wird der Wettersegen in der Zeit von Christi Himmelfahrt bis zum Fest Kreuzerhöhung gespendet. Pater Stephan und Pater Hugo wiesen daraufhin, dass an Hochfesten der Wettersegen nicht immer in die Gesamtliturgie passt. Auch an manchen „normalen“ Sonntagen wird aus liturgischen Gründen der Wettersegen nicht immer gespendet.

Trauerfeiern (18.00 Uhr) / Samstagstermine

Sofern dem Seelenamt keine Beerdigung folgt, möchten wir für die Messen bzw. Trauerfeiern auch die Möglichkeit anbieten, dass diese wochentags auch um 18.00 Uhr gefeiert werden können. Pater Stephan wird hierzu noch eine gesonderte Veröffentlichung im Mitteilungsblatt abdrucken. In diesem Zusammenhang wurden auch die starren Zeiten (freitags 11.00 Uhr) die in Zusammenhang mit den Arbeitszeitregelungen des Bauhofs stehen, diskutiert. Grundsätzlich würde die Kirchengemeinde es begrüßen, wenn Beerdigungen auch samstags möglich wären. In anderen Gemeinden ist dies schon seit langem möglich. Vor allem bei großen Beerdigungen mit vielen beteiligten Vereinen wäre es für alle Beteiligten mit weniger Fehlzeiten am Arbeitsplatz verbunden. Auch wären in diesen Zeiten mehr Ministranten zur Verfügung. Wir werden in dieser Angelegenheit demnächst auf die politische Gemeinde zugehen.

Angebot für ausländische Erntehelfer

Für die vielen polnischen Erntehelfer in unserer Gemeinde wird es im August einen deutsch-polnischen Sonntagsgottesdienst geben. Pfarrer Marek, der auch in diesem Jahr seinen Urlaub wieder auf der Reichenau verbringt, wird diesen Gottesdienst zelebrieren. Sobald der Termin feststeht, werden wir auch über die Genossenschaft versuchen, die Information an die Betriebe und damit an die Erntehelfer weiterzugeben.

Bauliche Maßnahmen / Aktueller Stand

Renovierung Glockenturm Mittelzell

Die Sanierungs- und Renovierungsarbeiten am Glockenturm des Münsters werden noch bis Ende des Jahres andauern. Die Firmen arbeiten intensiv an der immens schwierigen und aufwändigen Sanierung. Bauherr ist hier das staatliche Bauamt. Der Vorschlag aus der Gemeinde, den Glockenschlag durch eine digitale Aufnahme als Ersatz zu simulieren, wurde vom Gremium aufgrund der hohen Kosten abgelehnt. Siehe hierzu auch Bericht im Südkurier vom 18.06.2015.

Renovierung Kirchtürme Niederzell

In den nächsten zwei Jahren wird die Renovierung der Niederzeller Kirchtürme angegangen werden. Der erste Kostenvoranschlag liegt bei ca. 800 TEUR. Die große Glocke kann bis zur Renovierung der beiden Türme aufgrund eines Haarisses derzeit nicht geläutet werden. Der Glockensachverständige des Erzbistums hat die Glocke bis auf weiteres stillgelegt.

Renovierung Pfarrhaus Niederzell

Die Renovierung des Niederzeller Pfarrhauses ist in vollem Gange und wird voraussichtlich Ende Oktober 2015 ihren Abschluss finden. Die Farbgestaltung der Fassade wird durch das Denkmalamt anhand von historischen Vorlagen, die während der Renovierungsarbeiten freigelegt wurden, entschieden werden.

Stand Pfarrhaus Oberzell

Die Wohnung von Pfarrer Dannenmayer ist seit Kurzem geräumt. Das Erdgeschoss wurde bereits renoviert, nun folgt der erste Stock. Das Ordinariat bat uns mit der Neuvermietung noch etwas zu warten, da noch einige Gespräche hinsichtlich der weiteren Planung stattfinden müssen. Wir bitten auch von Mietanfragen Abstand zu nehmen, so lange die Kirchengemeinde zusammen mit dem Ordinariat noch keine Entscheidung getroffen hat.

Mesnerhaus Niederzell

Das Mesnerhaus Niederzell wird ebenfalls saniert. Die Bau- und Zuschussanträge sind bereits eingereicht, die Genehmigung seitens des Ordinariates liegt bereits vor.

Visitationsbericht

Aufgrund der Visitation unserer Kirchengemeinde am 30./31. Januar 2015 kam nun die Rückmeldung des Generalvikars Dr. Mehlmann. Das Ergebnis der Visitation war in jeder Hinsicht positiv. Aufgabe des neuen Pfarrgemeinderates wird sein, die Pastorale Konzeption umzusetzen und die noch offenen Punkte im Levi-Programm abzuarbeiten.

Anträge Pfarrgemeinderäte

KjG – Rückblick Heldenwelten 2015

Michael Heckmann informierte anhand der Bilder über das KjG-Großevent Heldenwelten. Diese Bilder und seinen Bericht finden Sie auf unserer Homepage www.kath-reichenau.de. Der Vorsitzende dankte dem Pfarrjugendleiter Michael Heckmann im Namen der Kirchengemeinde für die Mitorganisation der Veranstaltung und bat ihn, den Dank auch an die Leiter weiter zu geben.

Licht am Eingang der Kirche St. Georg / Beleuchtung Schaukasten

Bisher ist der Kirchplatz nicht beleuchtet. Änderung der Situation soll zum einen durch die Beleuchtung des Schaukastens erfolgen und zum anderen durch einen Bewegungsmelder, der eine Lampe am Pfarrhaus steuert.

Paramente

Die Paramente, die bisher in den Räumen des Pfarramtes gelagert werden, kommen in den nächsten Tagen in den Paramentschrank nach Niederzell.

Feiern der Reliquien

Aufgrund der Predigt anlässlich der Eröffnung des Heiligblutfestes „Reliquien gehören nicht in eine Schatzkammer“ wurde angeregt, dass künftig zum jeweiligen Festtag des Heiligen (Fortunata, Felix, Regula, Januarius etc.) der jeweilige Reliquienschrein in der darauffolgenden Sonntagsmesse im Altarraum aufgestellt wird. Ferner wurde vom Gremium darauf hingewiesen, dass die Monatssonntage mit Heiligblutverehrung in der Ankündigung im Mitteilungsblatt nicht vergessen werden. In diesem Zusammenhang wurde auch auf den Wunsch einiger Gemeindeglieder hingewiesen, die ab und zu eine Andacht mit Aussetzung des Allerheiligsten wünschen. Diese Andachten könnten durch Laien gestaltet werden, die Aussetzung kann durch Kommunionhelfer, die zur Aussetzung berechtigt sind, erfolgen. Über verschiedene Andachtsformen- bzw. Möglichkeiten werden sich zwei Mitglieder des Gremiums Gedanken machen.

Beleuchtung Markusstatue

Die Beleuchtung der Markusstatue ist schon seit Monaten defekt. Pater Stephan kümmert sich darum, warum in so langer Zeit keine Reparatur erfolgte.

Pilger/Studienfahrten 2016

Anlässlich des Heiligen Jahres plant die Kirchengemeinde für 2016 zwei Fahrten nach Rom. Zum einen die Ministrantenwallfahrt im Mai 2016 und zum anderen eine Studienfahrt nach Verona, Assisi, Rom und Siena Anfang September 2016. Genaue Informationen werden zu gegebener Zeit noch veröffentlicht.

Uwe Anker – Vorsitzender Pfarrgemeinderat

In Verantwortung vor Gott und den Menschen

65 Jahre Grundgesetz

Weltkulturerberede am 15. August 2014, Insel Reichenau

2014 ist ein Jahr vieler Gedenktage. Dazu gehört auch der 65. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai. Norbert Lammert zählte in der Feierstunde des Deutschen Bundestages das Grundgesetz „zu den besonderen Glücksfällen der deutschen Geschichte“ und bezeichnete es als „die unangefochtene Grundlage der politischen Ordnung unseres Landes. Der Schriftsteller Navid Kermani nannte das Grundgesetz bei gleicher Gelegenheit einen „bemerkenstwert schönen Text“. Seine „literarische Qualität“ sei „im deutschen Sprachraum vielleicht nur mit der Luther-Bibel vergleichbar.“

Wir richten unseren Blick heute – beim Inselfest der Reichenau – auf die Präambel des Grundgesetzes. In ihr ist die Rede von einer Rechenschaft „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Diese Aussage steht für eine Überzeugung, die ein Schlüssel zum Verständnis unseres Gemeinwesens ist. Sie ist heute so bedeutsam wie vor 65 Jahren. Sie besagt: Die Staatssouveränität ist nicht ohne Grenzen und Bedingungen. Die Macht des Staates gilt nicht ohne Einschränkungen. Der Staat lebt von Voraussetzungen, die ihm vorgegeben sind (Böckenförde) und über die er nicht alleine verfügt. Politisches Handeln ist begrenzt und der Endlichkeit unterworfen. Politik ist nicht das Heil und kann das Heil nicht machen.

Das waren die Konsequenzen, die aus den schrecklichen Erfahrungen mit der Nazibarbarei gezogen wurden. Das Selbstverständnis, das dahinter steckt, ist bis heute ein Glücksfall und hat damals der jungen Bundesrepublik Deutschland den Weg als akzeptiertes Mitglied der Völkergemeinschaft erleichtert.

Das Lebensgefühl im Jahre 1949 und in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war in Deutschland geprägt von der Überzeugung, dass das Christentum Kraft und Ermutigung ist. Der Einfluss der katholischen Soziallehre auf die Ordnung der Gesellschaft war groß. Es war die Lehre gegen den Zentralismus und für föderale Strukturen und Subsidiarität. Die kleine Einheit geht vor der großen Einheit, der freie Träger vor dem Staat. Das prägt bis heute die Bundesrepublik Deutschland. Das Christentum galt als wirksame geistige Kraft gegen alles Totalitäre. Auch damalige Kulturschaffende, wie z.B. der Kölner Schriftsteller Heinrich Böll, sprachen vom Christentum als einer Überzeugung, die Raum gibt für Respekt und Liebe. Das war den Menschen damals nicht nur ein theoretisches Anliegen. Sie hatten erfahren, wie das ist, wenn Kranke, Alte und Schwache als nutzlos angesehen werden. Das sollte es nie mehr geben. Auch deshalb war man davon überzeugt, dass das Christentum die einzig wirksame geistige Kraft sei, die dem Totalitären wehren kann und dem Menschen gerecht wird. Das Christentum mit seinem Gebot der Nächsten- und Feindesliebe war und ist die geistige Kraft gegen die vielen Verengungsgeschichten und alles Totalitäre. So kommt es dann auch in der Präambel dazu, Rechenschaft des Menschen nicht nur gegenüber dem Menschen, vielmehr auch gegenüber Gott zu verankern.

Unser Grundgesetz beginnt nicht im Namen Gottes. Die Formulierung in der Präambel ist eine Formel über Verantwortung. Sie weist hin auf die Demut des Staates, der niemals eine perfekte Ordnung ist. Der Staat ist Menschenwerk. Das ist die Absage an jedwedes totalitäre System. Die „Bezugnahme auf Gott ist Pfahl im Fleische innerweltlicher Selbstzufriedenheit des Verfassungsstaates“ (Josef Isensee). Das Grundgesetz beginnt nicht mit einer invocatio, einer Anrufung Gottes, wohl aber mit einer nominatio dei, also einer Nennung Gottes. So ist auch in den Landesverfassungen. Was ist damit gemeint?

Das Grundgesetz ist die Verfassung eines Staates, der sich zu religiös-weltanschaulicher Neutralität bekennt. Er ist damit offen für alle Religionen und Konfessionen. Er will Heimat sein für alle Bürgerinnen und Bürger, gleich welcher Religion. Somit verbietet es sich, mit dem Gottesbezug in der Präambel Bürgerinnen und Bürger auf eine bestimmte Religion oder ein spezifisches Gottesbild zu verpflichten. Gleichwohl ist gemeint, dass der Staat nicht blind vor den

Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger ist, sondern eine offene fordernde Neutralität praktiziert. Sie steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Religionsfreiheit und fördert eben diese Freiheit. Es ist die Freiheit zu glauben, oder eben nicht zu glauben. Diese Freiheit ist zugleich die Absage an allen „Atheismus als Staatsreligion“ (Münch).

Deshalb kann man auch sagen, dass der Gottesbezug in der Präambel unseres Grundgesetzes ein Freiheitsimpuls ist. Er ist verbunden mit einem Toleranzgebot, das auf dem ersten Blick wie eine „Relativierung“ der Gottestexte gewertet werden kann. Auf den zweiten Blick aber kann Religion in der Toleranz auch ihre Erfüllung sehen.

Der Bezug auf Gott in der Präambel des Grundgesetzes, die Nennung einer religiösen Instanz, bedeutet von daher ein Selbstverständnis von Religion als eine freiheitsstiftende Kraft. Sie befördert keine Verengungsgeschichte und keinen Zwang. Sie schafft Raum für Freiheit und in Zusammenhang mit dem Grundrecht der Religionsfreiheit meint dies eben auch die Freiheit zur Religion.

Der Gottesbezug stiftet Freiheit und beschreibt zugleich eine Pflicht. Gemeint ist jene Pflicht, wonach in unserem Gemeinwesen nicht allein Rechenschaft des Staates vor seinen Bürgern und der Bürger vor dem Staat existiert; vielmehr der Staat und die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Verantwortung vor einer alles Staatliche übersteigenden Instanz haben.

Im Blick auf das Jahr 1949 und die damalige Grundstimmung, wie ich sie eingangs beschrieben habe, steht dies zweifelsohne in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Lebenserfahrungen der Mütter und Väter des Grundgesetzes – in einem vorangegangenen Staat, der die Werte korrumpiert hatte und den Vorstellungen eines allmächtigen Staates erlegen war. So ist diese Präambel auch eine deutliche Distanzierung vom Nationalsozialismus. Sie hat die Grenzen der verfassungsgebenden Gewalt in Erinnerung gerufen. Der Staat begrenzt sich selbst und will nicht überall verfügen.

Staatliche Macht bleibt relativ. Ein Gemeinwesen ist auch eine Verantwortungsgemeinschaft. Das sind zutiefst christliche Impulse. Sie stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Menschenbild des Grundgesetzes. Der Bürger ist nie nur bloßes Objekt staatlichen Handelns. Die Rechtsordnung bewahrt ihn davor, von staatlichen und gesellschaftlichen Mächten zum bloßen Objekt gemacht zu werden. Das Grundgesetz anerkennt einen unverfügbaren Kernbereich der Selbstbestimmung, wie er in den Grundrechten zum Ausdruck kommt.

Wir werden in vielen Regionen der Welt beneidet – um unsere politische Stabilität, um die anerkannte Sozialpartnerschaft, um ökonomische Dynamik und kulturelle Ausstrahlung. Das Grundgesetz hat daran seinen Anteil. Es ermöglicht Vielfalt und hat in diesen 65 Jahren zahlreiche Integrationsprozesse gefördert. Es hat universale Werte zum Fundament des Gemeinwesens erklärt.

Die Überzeugungskraft des Grundgesetzes ist wohl auch deshalb nach der Wiedervereinigung Deutschlands deutlich geworden. Auch die Erinnerung daran, dass im Jahre 1989 die Mauer zu Fall gebracht wurde, gehört in dieses Gedenkjahr 2014. Auch daran wirkten Christinnen und Christen mit, die mit Kerzen auf die Straßen gingen und in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas zu Schlüsselfiguren für die friedliche Revolution wurden. Sie hatten die Kraft zur Relativierung eines Staates, der die Freiheit fürchtete. Sie überwand die Unfreiheit, die hatten die Kraft zur Freiheit. Die Funktionäre der DDR hatten mit allem gerechnet, aber nicht mit der Kraft der Kerzen und der Gebete. So konnte die Teilung Deutschlands und die Teilung Europas überwunden werden.

Was sagt uns das über die Rolle des Christentums?

Es war in beiden Zeiten – 1949 und 1989 – eine Quelle der Ermutigung zur Freiheit. Es fördert jenen Respekt, den eine Verantwortungsgemeinschaft ausmacht. Das Christentum lässt sich von keiner Politik vereinnahmen. Es stärkt den Einzelnen und provoziert den kritischen Blick auf die Verhältnisse, wie sie sind. Papst Franziskus tut dies auf eine besonders eindrucksvolle Weise. Er will offenkundig mehr Anstrengung unseres Verstandes und unserer Herzen.

Er will sich nicht damit abfinden, dass wir Verantwortung an Institutionen delegieren. Er sagt: „Das Menschliche muss der Schlüssel zur politisch-sozialen Verantwortung werden, jede menschliche Person – jeder Mann und jede Frau – muss das Zentrum aller Bemühungen, das Ziel allen Handelns und vor allem das Subjekt allen Handelns sein“ (Seite 320).

Was hat das mit unserem Grundgesetz zu tun?

Es ist ein gutes Fundament für die Ermutigung zu dem, was uns heute beschäftigen muss: unsere Verantwortung für unser Gemeinwesen in Zukunft, für Fairness zwischen den Generationen, für die Entwicklung einer globalen Welt, in der nicht fortwährend die einen auf Kosten der anderen leben dürfen.

Das Grundgesetz ist auch deshalb ein Glücksfall, weil es uns provoziert, nicht schon zufrieden zu sein. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine bemerkenswerte Stabilität erreicht – politisch, kulturell und ökonomisch. Darum beneiden uns Viele. Wer jungen Leuten aus anderen Regionen der Welt begegnet, der spürt ihre Neugierde auf Deutschland und auf Europa. Sie verbinden damit Hoffnungen – auch die, dass Freiheit zu Fairness und Verantwortung zu Gerechtigkeit führt. In vielen Regionen der Welt – auch in Europa – warten junge Leute auf Signale ihrer Gesellschaften, dass ihre Talente, ihre Kreativität und ihre Leistungsbereitschaft gefragt sind. Das ist ein großes Thema auch in Europa. Präziser gesagt: es ist ein europäischer Skandal, wenn 25 Prozent junger Erwachsener im Alter bis 25 Jahren ohne Berufsperspektive sind. Der Respekt vor ihnen verlangt nach überzeugenden Antworten. Europa muss dazu die Kraft entwickeln. Deutschland kann dabei helfen.

2014 ist ein Jahr vieler Gedenktage, die uns helfen, aus den Erfahrungen vergangener Jahrzehnte und gewonnener Stabilität an einem guten Fundament für die Zukunft und für künftige Generationen zu arbeiten – in Verantwortung vor Gott und den Menschen.

* Das Zitat ist dem folgenden Buch entnommen: Jorge Mario Bergoglio, Papst Franziskus: Die wahre Macht ist der Dienst, Freiburg 2014

**Deutsche UNESCO-Kommission und
Welterbestätten Deutschland e. V.
Jahrestagung am 22. und 23. Oktober in Eisenach
„ UNESCO-Welterbe in Gefahr“
Rede der Präsidentin des Deutschen Nationalkomitees
für Denkmalschutz, Frau Dr. Eva-Maria Stange**

Begrüßung

Sehr gern bin ich Ihrer Einladung, Herr Wadehn und Herr Hirche, zur UNESCO-Jahrestagung gefolgt. Die Wahl des Veranstaltungsortes - hier auf der Wartburg - entspricht dabei dem hohen Anspruch und der außerordentlichen Wertigkeit dieses Programmes der Jahrestagung der UNESCO-Kommission und Welterbestätten Deutschland e. V. in ganz überzeugender Art und Weise.

Ich möchte Ihnen ausdrücklich danken, dass Sie mir, dem DNK, die Gelegenheit geben, einleitend zu ihrer Tagung einige Worte aus Sicht des DNK zu dem UNESCO-Programm der Welterbestätten zu sagen.

Anrede!

Aus dem **Titel ihrer Tagung - "UNESCO-Welterbe in Gefahr"** - und der gleichzeitigen Bitte eine Festrede zu halten, ergibt sich schon eine Ambivalenz. Diskussionen, die - was ganz natürlich ist - an verschiedenen Welterbestätten in vielen Ländern zu einzelnen Fragen des Erhalts und Schutzes geführt werden, haben in Deutschland zum Teil einen grundsätzlichen Charakter angenommen. In diesem Sinne möchte ich in meiner "**Fest-Rede**" stark daran erinnern, dass die Verantwortlichen verschiedener Ebenen in der Bundesrepublik sich dieser Aufgabe ganz "fest" stellen. Die für dieses Thema Engagierten möchte ich sehr ermutigen, sich weiterhin und noch mehr dafür einzusetzen und die Verantwortlichen "fest" in die Pflicht zu nehmen.

Zunächst gibt es jedoch in diesem Jahr in Bezug auf die UNESCO-Liste der Welterbestätten einen sehr erfreulichen Anlass für Deutschland: das Welterbekomitee hat im Juli im kanadischen Quebec die Aufnahme von sechs Wohnsiedlungen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre in Berlin die „**Siedlungen der Berliner Moderne**“ als weitere Welterbestätte bestätigt und aufgenommen. Das ist ein sehr schöner Erfolg, der das Ergebnis von intensiven und abgestimmten Bemühungen der Berliner Denkmalpflege und der Senatsverwaltung im Zusammenspiel mit der Berliner Wohnungswirtschaft und auch der Bevölkerung ist. Dazu an dieser Stelle einen ganz herzlicher Glückwunsch! Damit ist die Kategorie "Architektur und Städtebau der klassischen Moderne", die bisher in der Welterbeliste eher unterrepräsentiert war, mit einem hervorragenden Beispiel aus einem der authentischen Ursprungsorte dieser Entwicklung vertreten. Sowohl die Welterbeliste Deutschlands, als auch die Welterbeliste der UNESCO werden somit abgerundet. Damit wird die Erfolgsgeschichte dieses UNESCO- Programms fortgesetzt.

Andererseits zeigt sich auch in Deutschland, dass das UNESCO-Welterbe in Gefahr ist. Nicht durch kriegserische Zerstörung oder Naturkatastrophen – sondern durch Windparks, Wirtschaft oder verkehrstechnische Nutzungen. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, die sicher auch mit den Ausschlag gab, die diesjährige Tagung unter den Titel "UNESCO-Welterbe in Gefahr“ zustellen.

Lassen Sie mich zu drei Gesichtspunkten einige Ausführungen darlegen:

- Zunächst eine Positionierung zum Programm der UNESCO - "Welterbestätten" - aus Sicht des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz.
- Zweitens möchte ich zu Fragen und Problemen im Umgang mit diesem Programm Stellung nehmen.
- Und drittens werde ich einige Erwartungen an die Fortführung des Programms Welterbestätten formulieren.

Anrede!

Die Internationale Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt, der mittlerweile über 180 Staaten beigetreten sind, datiert erst aus dem Jahr 1972. Erst seit 1978 werden Objekte als Welterbestätten auf der Liste eingetragen. Der konkrete Auslöser dieser Initiative der UNESCO war die Rettungsaktion für den ägyptischen Tempel Abu Simbel vor den steigenden Fluten eines gigantischen Stausees. Eine herausragende Leistung, die man am Ort des Geschehens am besten einschätzen kann. Das ist zugleich auch ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, dass es möglich ist, verschiedene Aspekte in einen sinnvollen Kompromiss zu vereinigen: wirtschaftliche Entwicklung und Erhalt des kulturellen Erbes.

Der geistige Ursprung des Programms der Welterbestätten ist jedoch deutlich vor 1972 anzusetzen. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges konnte sich die zivilisierte Welt auf die Schaffung der Vereinten Nationen verständigen. Ihre Aufgabe ist es, Konflikten vorzubeugen, für die Völkerverständigung zu werben und das friedliche Zusammenleben der Staaten zu befördern. Aufgabe der UNESCO als Teil der UNO ist es, das friedliche Zusammenleben der Völker auf kulturellem Gebiet und durch die Förderung von Bildung zu begleiten und zu unterstützen. Insofern hat das Programm der UNESCO der Welterbestätten eine enorm hohe Wertigkeit - denn **es entspringt letztendlich dem Bemühen der Vereinten Nationen um eine friedliche und kulturvolle Welt.** Zugleich ist es das erfolgreichste Programm der UNESCO. Es ist weltweit aller Orten zu sehen, dass es sowohl von den Regierungen als auch von der Bevölkerung hoch geschätzt wird - und dies mit wachsender Tendenz. Die touristische Bedeutung nimmt ebenfalls ständig zu, zum Teil sogar in einem problematischen Umfang. Durch ihre touristische Anziehungskraft bewirken diese Stätten wirtschaftspolitische Effekte und können wichtige Standortfaktoren sein.

Das UNESCO-Programm der Welterbestätten hat von der Natur der Sache her einen starken Bezug zur Denkmalpflege - sowie zum Naturschutz und der Landschaftspflege. Aber es ist darüberhinaus viel **komplexer angelegt**. Es hat die bedeutsamsten kulturellen Leistungen und Schöpfungen der Menschheit in einem sehr umfassenden Sinne zum Inhalt. Es steht für Verantwortung für das Vergangene und für das Künftige, es steht für die menschliche Vernunft. Gleichmaßen steht es

sowohl für Schönheit und Erbauung als auch für Tourismus und wirtschaftliche Entwicklung. Der Schutz und der Erhalt des außergewöhnlichen, universellen Erbes, unseres materialisierten kulturellen Gedächtnisses ist eine Pflicht, der sich alle Unterzeichnerstaaten und jeder Träger einer Welterbestätte verantwortungsbewusst stellen müssen.

In diesem Sinne ist es nur folgerichtig, dass sich auch die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ eindeutig zum Welterbe der UNESCO bekennt. Ausgehend von der völkerrechtlichen Verbindlichkeit der Welterbekonvention empfiehlt sie der Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern ein innerstaatliches Vertragswerk zur Umsetzung der Welterbekonvention auf den Weg zu bringen. Der hohe Stellenwert, den die Enquete-Kommission dem UNESCO-Programm der Welterbestätten beimisst, korrespondiert auch mit der Empfehlung, „Kultur als Staatsziel“ im Grundgesetz der Bundesrepublik zu verankern. Diese sieht vor, im Artikel 20b des Grundgesetzes eine Formulierung „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ aufzunehmen. Leider ist der BR dem Berliner Antrag nicht gefolgt - was aber kein Ende der politischen Umsetzung dieser Empfehlung sein sollte. Ich persönlich unterstütze dieses Ziel der Enquete-Kommission voll und ganz und sehe darin eine gute und angemessene Basis für den weiteren Umgang der Bundesrepublik auch mit dem kulturellen Welterbe.

Anrede!

Als zweiten Punkt möchte ich zu Fragen und Problemen im Umgang mit diesem Programm Stellung nehmen.

Die **Verbindlichkeit der UNESCO-Konvention** zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt von 1972 steht für die Bundesrepublik Deutschland außer Frage. Über 30 Jahre nach ihrer Unterzeichnung und der erfolgreichen Antragstellung von über 30 Welterbestätten durch Deutschland ist dies unstrittig! Es ist aber nicht zu übersehen, dass sich aus den föderalen Verantwortlichkeiten der Bundesrepublik für den Kulturbereich Fragen ergeben. Diese werden offenkundig, wenn Probleme auftreten.

Auf der Jahrestagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz im vergangenen Jahr wurde der **Würzburger Appell** verabschiedet. Er appelliert an alle Verantwortlichen in Deutschland dem Welterbe dauerhaft gerecht zu werden und fordert Bund und Länder auf, dafür Rechtssicherheit zu schaffen. Ausgehend vom Würzburger Appell hat das Deutsche Nationalkomitees für Denkmalschutz eine Abfrage unter den Bundesländern durchgeführt. Ich habe die Ministerpräsidenten gebeten, sich zur innerstaatlichen Verbindlichkeit der UNESCO-Konvention für ihre Bundesländer zu äußern und darzustellen, inwieweit ggfs. rechtliche Untersetzungen auf Landesebene vorgesehen seien. Obwohl noch nicht alle Länder geantwortet haben, ist eindeutig zu konstatieren, dass die Länder die UNESCO-Konvention als verbindliche Grundlage betrachten. Einige Länder halten dies für vollkommen ausreichend. Ein Land hat darüber hinaus bereits ergänzend eigene Regelungen in das Landesrecht aufgenommen, einzelne Länder arbeiten an entsprechenden Untersetzungen. Durch die KMK und das DNK wird dieser Prozess weiter begleitet. Die Ministerpräsidentenkonferenz muss die entscheidenden Weichenstellungen vornehmen, um ein rechtlich abgesichertes Ineinandergreifen von Bundes- und Landesrecht zu sichern und rechtliche Lücken zu schließen. Es bedarf dazu politischer und keiner juristischer Lösung!

Die Besonderheit der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer **föderalen Verantwortung** für die Kultur darf letztendlich nicht zum Hemmschuh werden beim Umgang Deutschlands mit den internationalen Verpflichtungen, die sich aus der UNESCO-Konvention für das Weltkultur- und Naturerbe ergeben. Partner der UNESCO sind circa 180 Nationalstaaten. Die UNESCO muss davon ausgehen können, dass diese Nationalstaaten innerstaatlich das jeweils Erforderliche tun, um Rechtssicherheit für dieses Programm und die Teilnehmer an diesem Programm - also die kommunalen, regionalen, institutionellen oder staatlichen Träger von Welterbestätten - zu gewährleisten.

Deutschland kann eine **Vorbildrolle sein und Partner** für die Länder einnehmen, die materiell wesentlich schlechter gestellt sind, um ihre Verpflichtungen als Teilnehmer am Programm der Welterbestätten erfüllen zu können - und die trotzdem große Anstrengungen unternehmen, vorhandene Welterbestätten zu schützen und zu erhalten oder sich sogar um die Aufnahme neuer Objekte bemühen.

Aus aufgetretenen Konflikten sollten wir lernen - und zwar die Probleme zusammen mit der UNESCO zu lösen! Statt Konfrontation kann nur gemeinsames Bemühen helfen, Konflikte aufzulösen – siehe Oberes Mittelrheintal. Dabei geht es auch um die Weiterentwicklung dieses Programms und seiner Instrumentarien selber. So sollte auch die UNESCO selber ein vorrangiges Interesse daran haben, sich abzeichnende Probleme möglichst im Vorfeld zu orten und auf der Basis eindeutiger und verträglicher Verfahren zu klären. Insbesondere angesichts der erreichten Anzahl von bestätigten Welterbestätten und der notwendigen künftigen Konzentration auf bisher unterrepräsentierte Kategorien wie Objekte der traditionellen Volksbauweise in Ländern der Dritten Welt, Zeugnissen der industriellen Entwicklung, Objekten der modernen Architektur des 20. Jahrhunderts oder komplexeren städtebaulichen Zusammenhängen oder Kulturlandschaften. Die Einrichtung eines Mediationsverfahrens, wie von Herrn Hirche vorgeschlagen, wäre ein ausgezeichnete Weg.

Die Regularien und Instrumentarien der UNESCO sollten so weiter entwickelt werden, dass sie den Spezifika dieser Kategorien gerecht werden. Dies gilt sicherlich auch für die Kategorie „sich weiter entwickelte Kulturlandschaft“. Hier braucht auch die UNESCO Partner, die mit ihr gemeinsam Probleme frühzeitig analysieren, mit dem Ziel sie zu lösen und perspektivisch zu vermeiden.

Es gilt, in diesem Sinne auf die UNESCO zuzugehen. Dabei ist die UNESCO m. E. nicht als außenstehender Dritter zu verstehen, sondern letztendlich als Vertreter und Wahrer der eigenen Interessen. Denn die UNESCO besteht schließlich aus ihren Mitgliedstaaten.

Anrede!

Bei Welterbestätten kommt es immer wieder sowohl zu ungeplanten Veränderungen, z. B. zu gravierenden **Verschlechterungen des Erhaltungszustandes** (Klima/Naturkatastrophen) als auch zu Fragen im Zusammenhang mit **geplanten Bau- oder Infrastrukturmaßnahmen**. Dadurch entstehen verschiedenartig gelagerte Diskussionen, die sich zu grundlegenden und auch fundamentalen Problemen auswachsen können - in Deutschland und auch weltweit. Jedoch konnten bis auf ein Naturschutzgebiet im Oman bisher alle Problemfälle letztendlich durch

Kompromisslösungen so gelöst werden, dass der besondere Wert der Welterbestätten erhalten werden konnte und damit auch der Welterbestatus weiterhin bestehen kann. Ich denke dabei an Köln, aber auch an den Nationalpark Everglades in Florida oder die antiken Zeugnisse der Römer und Byzantiner in Istanbul. Es ist den Vertragsstaaten unwürdig, Verhältnisse zuzulassen, die Eintragung von Objekten auf der so genannten „Roten Liste“ - der Liste des Welterbes in Gefahr - erfordern würde. Wenn dies doch geschehen ist, müssen die Verantwortlichen alles tun im Interesse der Rettung des kulturellen, für die Welt bedeutsamen Erbes, um diesen Zustand „zu reparieren“.

Anrede!

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einige Bemerkungen zum nach wie vor ungelösten Problem des Erhalts des Welterbes „**Dresden Elbtal**“ und damit seines Welterbestatus im Zusammenhang mit dem Bau der Waldschlösschenbrücke. Hier vollzieht sich aus meiner persönlichen Sicht eine geradezu tragische Entwicklung. Die Aufnahme des einmaligen „Dresdner Elbtals“ mit seiner Landschaft wie auch der Kulturdenkmäler war national und international mit großer Sympathie und äußerstem Wohlwollen begleitet worden - ausgehend von den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges in Dresden und den enormen Leistungen des Wiederaufbaues, die bis heute anhalten und betont nochmals durch die Auswirkungen der Flut 2002. Nun steht dies durch den Bau einer Brücke in einer ganz bestimmten Art und Weise auf dem Spiel. Zweifelsohne ist der demokratische Bürgerwille, eine Elbquerung zu schaffen, von den regionalen Verantwortungsträgern umzusetzen. Doch Dresden ist eine Stadt der Kreativität. Dresden – Stadt der Ingenieure, der ich zutraue, eine einvernehmliche und kluge Lösung zu finden mit dem Ziel, das Weltkulturerbe zu retten. Dresden ist eine Weltkulturstadt, dazu gehört neben der Semperoper, dem Grünen Gewölbe, dem Zwinger und dem Schauspielhaus Hellerau auch das einmalige Kultur- und Naturdenkmal „Dresdner Elbtal“. Ich bitte die Bundesregierung ausdrücklich, ihren außen- und damit auch außenkulturpolitischen Verpflichtungen nachzukommen und zu vermitteln. Ich bitte auch die Stadt Dresden, mit der UNESCO eine Lösung zu finden, die im wahrsten Sinne eine Brücke zwischen verkehrstechnischer Lösung und dem Schutz des Welterbes darstellt. Aber ich bitte auch die Vertreter der UNESCO aktiv mitzuwirken.

Anrede!

Weitere Probleme im Umgang mit Welterbestätten können das Öfteren durch eine einseitige **Überbetonung des Aspektes des Tourismus** entstehen - und dies auf ganz gegensätzliche Art und Weise. Da gibt es Einschätzungen, dass eine Stätte ohnehin schon bekannt genug sei und genügend Touristen anziehe und deshalb nicht noch eines - vermeintlich - „zusätzlichen“ Labels einer Welterbestätte bedürfte. Das ist jedoch ein völliges Verkennen des eigentlichen Anliegens des Programms der UNESCO - das wertvollste an Kulturleistungen und das bedeutsamste an Naturschönheiten im Interesse aller Menschen - und vor allem der nach uns kommenden Generationen - zu schützen und zu erhalten. Die Bewertung dieses Programms allein nach touristischen Gesichtspunkten ist letztendlich eine falsch verstandene Betrachtung der Welterbestätten.

Ein touristischer Effekt von Welterbestätten ist völlig legitim und sehr wünschenswert - das entspricht ihrer Bedeutung als authentische Orte kultureller und interkultureller Bildung. Das eigentliche Problem des Verhältnisses von Tourismus und Welterbestätten ist die Gefahr einer ungebremsten touristischen Übernutzung. Diese regelrechte „Ab“-Nutzung tritt weltweit an zahlreichen Objekten auf und bedroht diese ernsthaft. Die touristische Relevanz und Attraktivität von Welterbestätten ist auf der Basis des primären Zieles ihrer Erhaltung durchaus ein wichtiger Aspekt, aber eben nur ein begleitender und nicht der ausschlaggebende. Dies gilt umso mehr, als sonst durch die Einbeziehung von Welterbestätten in die gegenwärtige Mode einer lauten Eventkultur eine kurzlebige Beliebigkeit das Resultat sein könnte.

Anrede!

Lassen Sie mich als dritten Punkt einen Ausblick zum weiteren Umgang mit dem Programm der UNESCO-Welterbestätten geben.

Zunächst muss natürlich die allererste gemeinsame Aufgabe sein, der Erhalt und die Pflege unserer Welterbestätten.

Für die **Vorbereitung weiterer Antragstellungen** der Bundesrepublik Deutschland für die UNESCO-Liste der Weltkultur- und Naturerbestätten gilt die Tentativliste aus

dem Jahr 1998, die bis circa 2016 eine Reihe von bereits abgestimmten Anträgen vorsieht. Diese Anmeldeleiste der Bundesrepublik ist bis dahin also voll „ausgebucht“. Die Kultusministerkonferenz bereitet gegenwärtig die Fortschreibung der Tentativliste ab 2016 vor. Dabei hat jedes Bundesland grundsätzlich wiederum die Möglichkeit, bis zu zwei Anträge zu benennen. Hier werden hohe Qualitätsmaßstäbe anzulegen sein: was ist wirklich einmalig, einzigartig und von universellen Wert für die gesamte heutige und künftige Menschheit? Das „Verschwinden“ welcher Kultur- oder Naturorte wäre ein unermesslicher Verlust für die Menschheit?

Ausgehend von den bisher auf der Liste vertretenen Stätten, die überwiegend Einzelobjekte sind, werden zukünftig sicher komplexe Anträge die sowohl herausragende kulturelle Leistungen als auch besondere natürliche Gegebenheiten vereinigen - also „Kulturlandschaften“ im weiteren Sinne - die größten Chancen für eine Aufnahme haben.

Der Intention des Programms der Welterbestätten entsprechen in nahezu idealer Weise zum einen **grenzüberschreitende und internationale Gemeinschaftsanträge** und zum anderen **Partnerschaften** für Vorhaben in Ländern, denen es naturgemäß schwerer fällt, einen Antrag für das Programm der Welterbestätten vorzubereiten als reicheren Industrieländern wie Deutschland. Beispielhaft möchte ich hier die Unterstützung für die Antragsvorbereitung der Mongolei für die archäologische Stätte „Karakorum“, der Hauptstadt des Mongolenreiches von Dschingis Khan und seinen Nachfolgern, durch das Deutsche Archäologische Institut nennen. Kooperationen von deutschen Welterbestätten oder potentiellen Antragstellern in diesem Sinne mit Partnern insbesondere in der Dritten Welt wären sehr wünschenswert, nicht zuletzt, weil sie dem Geist dieser UNESCO-Konvention voll entsprechen.

Ganz wichtig für den Erfolg weiterer Antragstellungen in der Bundesrepublik wird es sein, die Bevölkerung und alle involvierten Interessenvertretungen, Einrichtungen, Behörden und Firmen usw. möglichst **frühzeitig zu informieren, zu beteiligen und einbeziehen**. Eine gründliche, umsichtige und langfristige Vorbereitung ist unerlässlich. Ein Beitrag zur kulturellen Bildung ist es dabei, bei der Bevölkerung ein engagiertes Mitwirken und den Stolz auf "ihr" Welterbe zu initiieren und damit auch

die Ziele der UNESCO transparent zu machen. Als hervorragende Beispiele möchte ich – stellvertretend - in diesem Zusammenhang die feierlichen Würdigungen anlässlich der Verleihung des Welterbestatus durch die UNESCO beim „Oberen Mittelrheintal“, beim Limes oder in Regensburg nennen.

Angesichts der außerordentlichen Wertigkeit und der wachsenden Bedeutung und öffentlichen Wahrnehmung des UNESCO-Programmes der Welterbestätten wäre es nur folgerichtig, wenn der Bund und auch die Länder diesen Aspekt bei der Ausgestaltung ihrer künftigen Förderpolitik entsprechend berücksichtigten. **Abgestimmte und konzentrierte Fördermöglichkeiten** zum Beispiel in den Bereichen Kultur, Städtebau, Wirtschaft, Denkmalschutz und Naturschutz sind wichtige Elemente, um die Welterbestätten zu schützen und zu erhalten, sie als hervorragende Imageträger für das Reise- und Kulturland Deutschland und zugleich auch als touristische und damit wirtschaftspolitische Impulsgeber zu entwickeln.

Anrede!

Gestatten Sie mir bitte noch einige **Gedanken zum Abschluss**.

Seit jeher übt Gold auf die Menschen nicht nur eine magische Wirkung aus, sondern es steht wie nichts anderes für einen dauerhaften, unvergänglichen Wert schlechthin. Ebenfalls seit altersher ist es üblich, dass besonders bedeutsame Dinge auf Münzen abgebildet werden: Herrscher, nationale Symbole, hervorragende Denker und Künstler, herausragende kulturelle oder technische Leistungen, Naturbesonderheiten. Insofern erscheint es fast selbstverständlich - oder es ist eben doch Ausdruck einer besonderen politischen Absicht und Aussage - dass auf den wertvollsten Münzen der Bundesrepublik, den **100-EURO-Goldmünzen**, deutsche Welterbestätten abgebildet werden. Dieser Tage erscheint bereits die fünfte Münze dieser Reihe, die die Welterbestätte Goslar mit ihrer Altstadt und dem Silberbergwerk Rammelsberg darstellt.

Die Sinnhaftigkeit, diese beiden tatsächlich ewigen und unvergänglichen Werte - das Edelmetall und die kulturgeschichtliche Höchstleistung - gemeinsam darzustellen, bekommt gerade in diesen Tagen noch eine besonders offensichtliche Bedeutung, sind es doch diese Werte, die jede Finanzkrise überstehen. War es doch letztlich die

Entkopplung - ja Entfesselung - des Geldes vom Wert des Goldes, die uns in eine im wahrsten Sinne des Wortes unfassbare Finanzkrise stürzte.

Werden die angeführten Probleme im Umgang mit Welterbestätten, wie auch immer entstandene **Missverständnisse oder Irrtümer**, begriffen, sollten sie sich bei gutem Willen und offenem Handeln aller Beteiligten doch lösen lassen.

Lassen Sie uns dies als Ermutigung auffassen, das UNESCO-Programm der Welterbestätten weiter zu stärken - nach innen und nach außen.

Das UNESCO-Programm der Welterbestätten hat erst eine kurze 30-jährige, aber sehr erfolgreiche Vergangenheit. Aber es ist vor allem ein Programm für die Zukunft. Es ist ein Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker. Es sichert und betont die kulturelle Vielfalt auf unserem Planeten und begleitet insofern die zunehmende Globalisierung auf eine sehr sinnvolle, kulturpolitische und friedliche Art und Weise.

Anrede!

Ich wünsche ihrer Tagung einen erfolgreichen Verlauf und Ergebnisse, die als Impulse wiederum von der Wartburg ausgehen sollen und das großartige Vorhaben Welterbestätten weiterhin befördern.

Und vielleicht findet eine der nächsten Jahrestagungen an den Bergen des UNESCO-Welterbes „Dresdner-Elbtal“ statt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.



Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART
STEUERUNG UND VERWALTUNG

Regierungspräsidium Stuttgart · Postfach 80 07 09 · 70507 Stuttgart

Stuttgart 01.12.2015
Name
Durchwahl
Aktenzeichen 12-0305.3-1-8 /0203
(Bitte bei Antwort angeben)

S t e l l e n a u s s c h r e i b u n g

Beim Regierungspräsidium Stuttgart ist im Referat 83.3 der Abteilung 8, Landesamt für Denkmalpflege, zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf vier Jahre befristet die Stelle einer / eines

wissenschaftlichen Mitarbeiterin / Mitarbeiters
zur Erarbeitung eines Managementplans für die
UNESCO-Welterbestätte Klosterinsel Reichenau

zu besetzen. Zu den Aufgaben gehören:

- die Erstellung eines Managementplans entsprechend den „Operational Guidelines“ der UNESCO
- die Abstimmung der Bestandteile des Managementplans zwischen allen mit der Welterbestätte befassten Akteuren und Institutionen - insbesondere der Gemeinde Reichenau
- die Einrichtung einer Managementstruktur zur zukünftigen Umsetzung des Managementplans

Voraussetzung ist ein abgeschlossenes kulturwissenschaftliches Hochschulstudium z.B. der Fachrichtungen Kunstgeschichte, Denkmalpflege oder Historische Geographie (M.A., Diplom oder Master an einer Universität, Techn. Hochschule oder anderen

Dienstgebäude Ruppmannstr. 21 · 70565 Stuttgart · Telefon 0711 904-0 · Telefax 0711 904-11290 /-11190
poststelle@rps.bwl.de · www.rp.baden-wuerttemberg.de · www.service-bw.de
Haltestelle Bahnhof Stuttgart-Vaihingen · Parkmöglichkeit Tiefgarage Dienstgebäude Ruppmannstr. 21 · 70565 Stuttgart · Telefon 0711 904-0 ·
Telefax 0711 904-11290 /-11190
poststelle@rps.bwl.de · www.rp.baden-wuerttemberg.de · www.service-bw.de
Haltestelle Bahnhof Stuttgart-Vaihingen · Parkmöglichkeit Tiefgarage

nach Landesrecht anerkannten wiss. Hochschule. Entsprechende Abschlüsse an einer anderen Hochschule müssen für den Zugang zum höheren Dienst akkreditiert sein. Die Akkreditierung ist nachzuweisen.). Eine Zusatzqualifikation mit Schwerpunkt Welterbemanagement ist erwünscht.

Erwartet werden erweiterte Kenntnisse zur Kultur- und Baugeschichte mittelalterlicher Klöster sowie zur UNESCO-Welterbekonvention. Wir suchen Persönlichkeiten mit ausgeprägten kommunikativen Fähigkeiten, Organisationstalent und der Bereitschaft zur Teamarbeit.

Die Vergütung erfolgt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) bei Vorliegen aller tariflichen und persönlichen Voraussetzungen in der Entgeltgruppe 13. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 39,5 Stunden. Die Stelle ist grundsätzlich teilbar. Dienort ist Esslingen. Eine regelmäßige Anwesenheit auf der Insel Reichenau ist erforderlich.

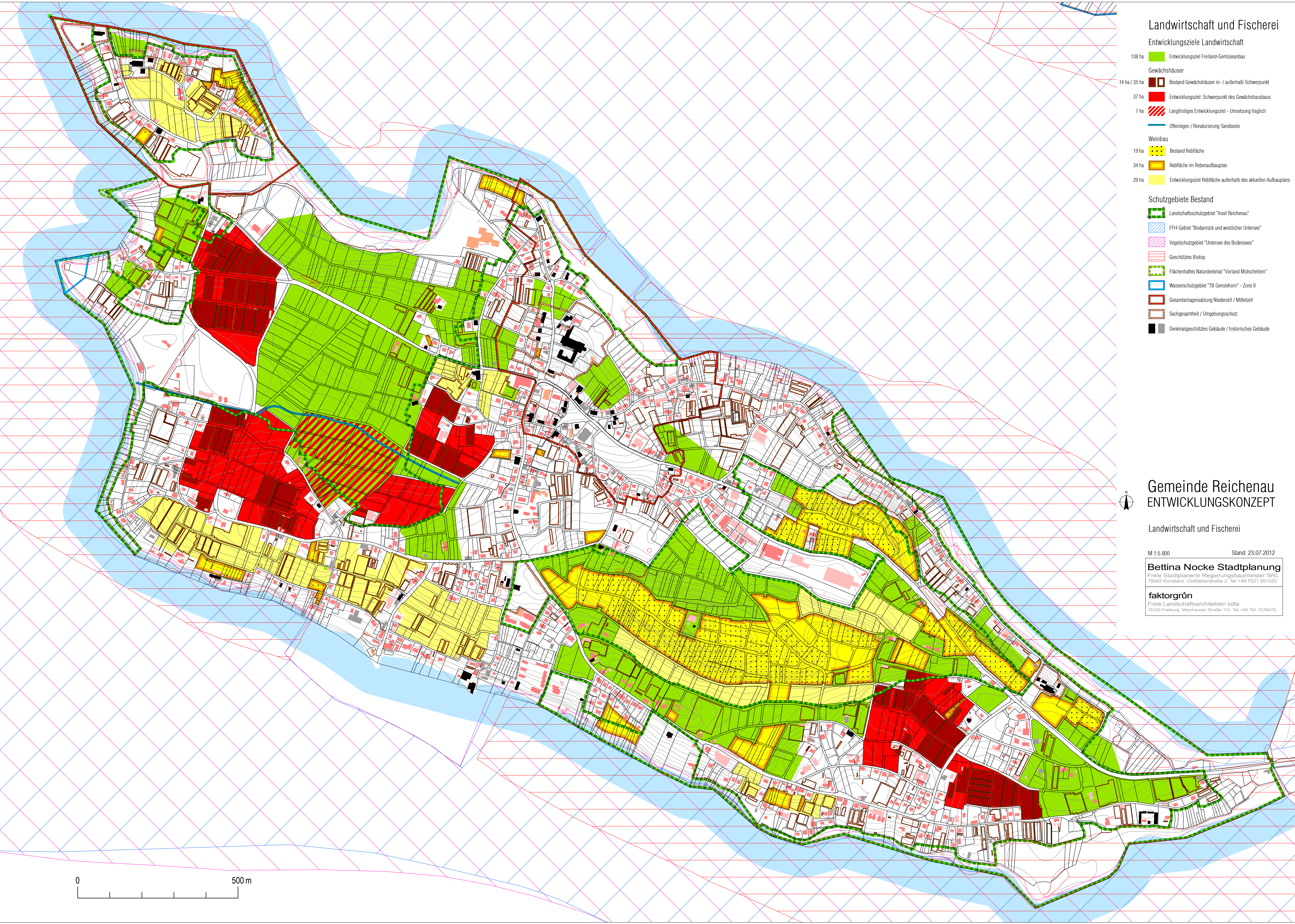
Das Regierungspräsidium Stuttgart strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in den Fachfunktionen an und fordert daher Frauen ausdrücklich auf, sich zu bewerben. Schwerbehinderte Bewerber/-innen werden bei entsprechender Eignung vorrangig berücksichtigt.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **bis 28.12.2015 unter Angabe des AZ: 12-0305.3-1-8 /0203** an das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 12, Sachgebiet 2, Ruppmannstraße 21, 70565 Stuttgart. Wir bitten um Verständnis, dass wir aus Verwaltungs- und Kostengründen die Bewerbungsunterlagen leider nicht zurücksenden können. Daher empfehlen wir Ihnen, keine Bewerbungsmappen zu verwenden und jegliche Bewerbungsunterlagen in Kopie einzureichen. Unterlagen nicht berücksichtigter Bewerber/-innen werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet. Von Bewerbungen per E-Mail bitten wir abzusehen.

Weitere Auskünfte zu der Stellenausschreibung erteilt Herr Volkmар Eidloth (Tel. +49/711/904-45173, E-Mail: volkmar.eidloth@rps.bwl.de).

gez.

Isolde Neujahr



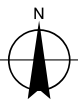
Landwirtschaft und Fischerei

Entwicklungsziele Landwirtschaft

- 138 ha Entwicklungsziel Freiland-Gemüseanbau
- Gewächshäuser
 - 14 ha / 35 ha Bestand Gewächshäuser in- / außerhalb Schwerpunkt
 - 37 ha Entwicklungsziel: Schwerpunkt des Gewächshaustaus
 - 7 ha Langfristiges Entwicklungsziel - Umsetzung fraglich
 - Offenlegen / Renaturierung Sandseele
- Weinbau
 - 19 ha Bestand Rebfläche
 - 34 ha Rebfläche im Rebenaufbauplan
 - 29 ha Entwicklungsziel Rebfläche außerhalb des aktuellen Aufbauplans

Schutzgebiete Bestand

- Landschaftsschutzgebiet "Insel Reichenau"
- FFH-Gebiet "Bodanrück und westlicher Untersee"
- Vogelschutzgebiet "Untersee des Bodensees"
- Geschütztes Biotop
- Flächenhaftes Naturdenkmal "Vorland Mutschellen"
- Wasserschutzgebiet "TB Genslehorn" - Zone II
- Gesamtanlagensatzung Niederzell / Mittelzell
- Sachgesamtheit / Umgebungsschutz
- Denkmalgeschütztes Gebäude / historisches Gebäude



Gemeinde Reichenau
ENTWICKLUNGSKONZEPT

Landwirtschaft und Fischerei

M 1:5.000Stand: 23.07.2012

Bettina Nocke Stadtplanung
Freie Stadtplanerin Regierungsbaumeister SRL
78462 Konstanz, Gottliebstraße 2, Tel. +49 7531 991035

faktorgrün
Freie Landschaftsarchitekten bdla
79100 Freiburg, Merzhauser Straße 110, Tel. +49 761 7076470





BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

BESCHLUSS

BVerwG 4 B 7.07
VGH 5 S 330/06

In der Verwaltungsstreitsache

hat der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichts
am 2. April 2007
durch den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Paetow
und die Richter am Bundesverwaltungsgericht Prof. Dr. Rojahn und Gatz

beschlossen:

Die Beschwerde der Beigeladenen gegen die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 14. November 2006 wird zurückgewiesen.

Die Beigeladene trägt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.

Der Wert des Streitgegenstandes wird für das Beschwerdeverfahren auf 224 000 € festgesetzt.

G r ü n d e :

- 1 Die auf § 132 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 VwGO gestützte Beschwerde bleibt ohne Erfolg. Das Beschwerdevorbringen rechtfertigt die Zulassung der Revision nicht.
- 2 1. Die Rechtssache hat nicht die grundsätzliche Bedeutung, die ihr die Beigeladene beimisst.
- 3 1.1 Die Beschwerde wirft eine Reihe von Fragen zum Erfordernis des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles i.S.v. § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB auf. Sie möchte rechtsgrundsätzlich geklärt wissen, ob eine Ansammlung von Gebäuden, die nur durch die Privilegierung des landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebs als Außenbereichsvorhaben gerechtfertigt sind, einen Ortsteil im Sinne dieser Vorschrift bilden kann. Sie wirft ferner sinngemäß die Fragen auf, ob ein organischer Bebauungszusammenhang angenommen werden kön-

ne, „wenn bei einer Bebauung mit nur wenigen Objekten Freiflächen vorhanden sind, welche die bebauten Flächen an Größe weit übertreffen“, und nach welchen Grundsätzen sich beurteilt, ob „Baulücken“ vorliegen, „wenn zwischen den bebauten Grundstücken größere freie noch landwirtschaftlich genutzte Flächen liegen, die zudem mit Gewächshäusern ausgestattet sind“. Diese Fragen lassen, soweit sie überhaupt einer verallgemeinerungsfähigen, fallübergreifenden Klärung zugänglich sind, keinen revisionsgerichtlichen Klärungsbedarf erkennen.

- 4 Die Frage, welche Anforderungen an das Vorliegen eines Bebauungszusammenhangs i.S.d. § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB zu stellen sind, ist im Grundsatz in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts geklärt. Danach ist ausschlaggebend, ob und inwieweit eine tatsächlich aufeinanderfolgende Bebauung trotz etwa vorhandener Baulücken nach der Verkehrsauffassung den Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit vermittelt und die zur Bebauung vorgesehene Fläche (noch) diesem Zusammenhang angehört (zusammenfassend Urteil vom 6. November 1968 - BVerwG 4 C 2.66 - BVerwGE 31, 20 <21 f.>). Ortsteil i.S.v. § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (Urteil vom 6. November 1968 - BVerwG 4 C 31.66 - BVerwGE 31, 22 <26 f.>). Für die Frage, ob ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil vorliegt, kommt es auf die tatsächlich vorhandene Bebauung an. Die Gründe für ihre Genehmigung sind unerheblich. Auch Gebäude, die nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB im Außenbereich privilegiert sind, können zur Entwicklung eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils beitragen. Es kommt weder auf die Zweckbestimmung noch auf die Entstehungsgeschichte der vorhandenen Bebauung an (Urteil vom 6. November 1968 - BVerwG 4 C 31.66 - a.a.O. S. 27).
- 5 Wie eng die Aufeinanderfolge von Baulichkeiten sein muss, um sich noch als zusammenhängende Bebauung darzustellen, ist nicht nach geografisch-mathematischen Maßstäben, sondern auf Grund einer umfassenden Bewertung des im Einzelfall vorliegenden konkreten Sachverhalts zu entscheiden (Urteil vom 6. November 1968 - BVerwG 4 C 2.66 - a.a.O. S. 21; Beschluss

vom 15. September 2005 - BVerwG 4 BN 37.05 - Buchholz 406.11 § 34 BauGB Nr. 205 m.w.N.). Zur Bebauung i.S.d. § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB gehören in der Regel nur bauliche Anlagen, die geeignet sind, dem Gebiet ein bestimmtes städtebauliches Gepräge zu verleihen. Hierzu zählen grundsätzlich nur Bauwerke, die dem ständigen Aufenthalt von Menschen dienen (Beschluss vom 2. März 2000 - BVerwG 4 B 15.00 - Buchholz 406.11 § 34 BauGB Nr. 198 m.w.N.). Dazu können auch landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Zwecken dienende Betriebsgebäude gehören. Welche Bedeutung Straßen und Wegen für die Abgrenzung von Innen- und Außenbereich zukommt, ergibt sich ebenfalls nur aus einer Bewertung der tatsächlichen Gegebenheiten (Beschluss vom 10. März 1994 - BVerwG 4 B 50.94 - Buchholz 406.11 § 34 BauGB Nr. 165 m.w.N.). Die Beschwerde zeigt nicht auf, dass diese Maßstäbe, die auch der Verwaltungsgerichtshof zugrunde gelegt hat, der Konkretisierung oder Fortentwicklung bedürfen.

- 6 Im Übrigen verkennt die Beschwerde, dass der maßgebliche Bebauungszusammenhang nach Ansicht des Berufungsgerichts aus den Häusern S.straße Nr. 46, 46 a, 44 und 40, dem Anwesen Nr. 38 - 38 a, dem Wohnhaus Nr. 28, den ihm gegenüberliegenden drei Wohnhäusern sowie den gegenüber dem Wohnhaus des Klägers stehenden zwei aneinandergebauten Betriebsgebäuden gebildet wird. Auf die vorhandenen Gewächshäuser in der Umgebung der zur Bebauung vorgesehenen Grundstücke hat die Vorinstanz bei ihrer Bewertung der baulichen Gegebenheiten nicht entscheidungstragend abgestellt. Die nach Osten führende Front von Gewächshäusern südlich der S.straße ordnet sie nicht dem Bebauungszusammenhang zu (UA S. 14). Wie das weitere Vorbringen der Beschwerde zur Begründung der erhobenen Grundsatzrügen zeigt, richten sich die Angriffe der Beigeladenen in der Sache gegen die vorinstanzliche Sachverhaltswürdigung und Rechtsanwendung. Eine derart einzelfallbezogene Entscheidungskritik ist jedoch nicht geeignet, die grundsätzliche Bedeutung einer Rechtssache i.S.v. § 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO darzulegen.
- 7 1.2 Der Vorwurf der Beschwerde, das angegriffene Urteil weiche von dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. April 1969 - BVerwG 4 C 38.67 - (BRS 22 Nr. 76) ab, erfüllt die Darlegungsvoraussetzungen einer Divergenzrü-

ge i.S.v. § 132 Abs. 2 Nr. 2 VwGO nicht und ist daher unzulässig (§ 133 Abs. 3 Satz 3 VwGO). Im Übrigen enthält das vorgenannte Urteil keinen entscheidungstragenden abstrakten Rechtssatz, von dem das Berufungsgericht in seinem Urteil abgewichen sein könnte.

- 8 1.3 Die von der Beschwerde weiter aufgeworfene Frage, „ob und bejahendenfalls unter welchen Voraussetzungen das Gericht die Baugenehmigungsbehörde zur Erteilung eines anderen Bauvorbescheids verpflichten darf als denjenigen, den der Kläger beantragt hat“, unterstellt einen Sachverhalt, den das Berufungsgericht nicht festgestellt hat. Nach den Gründen des angefochtenen Urteils macht der Kläger einen Anspruch auf Erteilung eines Bauvorbescheids zu der Frage geltend, ob das beabsichtigte Vorhaben nach Maßgabe der im Bauantrag eingereichten Bauvorlagen in bauplanungsrechtlicher Hinsicht, insbesondere an der bezeichneten Stelle und in dem bezeichneten Umfang, errichtet werden darf. Der Verwaltungsgerichtshof hat das Vorbringen des Klägers im Berufungsrechtszug dahin gewertet, dass er diesen Anspruch weiter verfolgt.
- 9 2. Die Verfahrensrügen bleiben ebenfalls erfolglos.
- 10 2.1 Die Beschwerde greift die Auffassung des Berufungsgerichts, das für den Bau des östlichen Doppelhauses vorgesehene Grundstück liege innerhalb eines Bebauungszusammenhangs, mit zahlreichen Aufklärungsrügen (§ 86 Abs. 1 Satz 1 VwGO) an, sieht zugleich einen Verstoß gegen den Grundsatz der freien Beweiswürdigung (§ 108 Abs. 1 VwGO) und macht geltend, das Berufungsurteil stelle insoweit eine unzulässige Überraschungsentscheidung dar (Art. 103 Abs. 1 GG, § 108 Abs. 2 VwGO). Ferner vermisst sie eine Begründung dafür, dass zwischen den Häusern Nr. 38/38 a und 28 ein Bebauungszusammenhang bestehe.
- 11 Die Aufklärungsrügen sind unzulässig. Sie genügen nicht den Darlegungsanforderungen des § 133 Abs. 3 Satz 3 VwGO. Die Beschwerde legt nicht substantiiert dar, welche Aufklärungsmaßnahmen das Berufungsgericht nach der von ihm durchgeführten Einnahme des Augenscheins noch hätte ergreifen sol-

len. Weiterhin hätte dargelegt werden müssen, dass bereits im berufsgerichtlichen Verfahren, insbesondere in der mündlichen Verhandlung, entweder auf die Vornahme der Sachverhaltsaufklärung, deren Unterbleiben nunmehr gerügt wird, hingewirkt worden ist oder dass sich dem Gericht weitere Ermittlungen auf der Grundlage seiner Rechtsauffassung hätten aufdrängen müssen. Das Berufungsgericht geht im rechtlichen Ansatz davon aus, dass über das Bestehen einer Baulücke nicht nach geografisch-mathematischen Maßstäben zu entscheiden sei, sondern auf der Grundlage einer umfassenden Wertung und Bewertung der konkreten Gegebenheiten. Es hatte deshalb von seinem Rechtsstandpunkt aus keinen Anlass, die von der Beschwerde vermisste mathematisch-präzise Bestandsaufnahme hinsichtlich der Abstände der vorhandenen Bebauung nördlich und südlich der S.straße vorzunehmen. Ebenso wenig kam es nach Auffassung der Vorinstanz auf den von der Beschwerde betonten Umstand an, zwischen dem Wohnhaus des Klägers und dem Anwesen Nr. 38 - 38 a befänden sich auf beiden Seiten der S.straße „riesige Gewächshäuser“.

- 12 Das Berufungsurteil stellt hinsichtlich der Annahme, das vorgesehene Baugrundstück liege innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils, auch kein unzulässiges Überraschungsurteil dar. Zur Klärung der baulichen Gegebenheiten hat das Berufungsgericht eine Augenscheinseinnahme an Ort und Stelle durchgeführt. Die Frage nach dem maßgeblichen Bebauungszusammenhang bildete den rechtlichen Schwerpunkt der mündlichen Verhandlung und der Beweisaufnahme. Das Berufungsgericht war nicht gehalten, den Beteiligten die seiner Auffassung nach entscheidenden Gesichtspunkte für die Annahme eines Bebauungszusammenhangs vor Erlass des Urteils mitzuteilen.
- 13 Anhaltspunkte dafür, dass das Berufungsgericht die Grundsätze der richterlichen Beweiswürdigung (§ 108 Abs. 1 VwGO) verletzt haben könnte, sind ebenfalls nicht ersichtlich. Die Beschwerde greift die vorinstanzliche Sachverhaltswürdigung und Rechtsanwendung an, indem sie der Beweiswürdigung des Berufungsgerichts eine eigene, davon abweichende Beweiswürdigung entgegensetzt. Damit kann ein Verstoß gegen § 108 Abs. 1 Satz 1 VwGO nicht dargetan werden. Der von der Beschwerde erhobene Vorwurf mangelnder Begründung

des Bebauungszusammenhangs erschöpft sich ebenfalls in einer inhaltlichen Urteils kritik, mit der eine Verfahrensrüge nicht begründet werden kann.

- 14 2.2 Erfolglos bleiben müssen auch die Verfahrensrügen zur Annahme des Berufungsgerichts, die in dem maßgeblichen Bebauungszusammenhang stehenden Gebäude bildeten einen Ortsteil i.S.v. § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB. Auch insoweit liegen die gerügten Aufklärungsmängel (§ 86 Abs. 1 Satz 1 VwGO) nicht vor. Fehl geht auch der Vorwurf, das Berufungsurteil enthalte insoweit eine unzulässige Überraschungsentscheidung. Das Berufungsgericht gelangt auf Grund seiner Beweisaufnahme zu dem Ergebnis, die Bebauung in dem hier maßgeblichen Abschnitt der S.straße sei Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur; die Gebäude bildeten nicht mehr eine unerwünschte Splittersiedlung, sondern wirkten eher wie eine städtebaulich gewollte, auslaufende Ortsrandbebauung entlang einer Gemeindeverbindungsstraße. Dieses Beweisergebnis beruht auf einer umfassenden Würdigung aller Umstände des Einzelfalls (UA S. 16 bis 18). Die erhobenen Aufklärungsrügen erschöpfen sich wiederum in einer inhaltlichen Kritik der vorinstanzlichen Sachverhalts würdigung. Verfahrensfehler sind damit nicht dargetan. Für eine unzulässige Überraschungsentscheidung fehlt auch insoweit jeglicher Anhaltspunkt. Der Hinweis des Berufungsgerichts (S. 17), das Gewicht der Bebauung in dem hier maßgeblichen Abschnitt der S.straße unterscheide sich deutlich von für sich durchaus gewichtigen Siedlungsansätzen und Splittersiedlungen außerhalb der drei Ortskerne von Niederzell, Mittelzell oder Oberzell, ist nicht entscheidungstragend, sondern dient lediglich der Bestätigung des aus der Augenscheins-einnahme gewonnenen Eindrucks.
- 15 2.3 Entgegen der Beschwerde beruht die Ansicht des Berufungsgerichts, das östliche Doppelhaus füge sich gemäß § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB in die nähere Umgebung ein, nicht auf einem Verstoß gegen § 108 Abs. 1 Satz 1 und 2, § 138 Nr. 6 VwGO. Das Berufungsgericht ist auf der Grundlage seiner vorangegangenen Ausführungen zum Vorliegen eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils davon ausgegangen, dass das östliche Doppelhaus sich in die nähere Umgebung einfügt. Das gilt nach Auffassung der Vorinstanz für das Maß der baulichen Nutzung ebenso wie für die überbaubare Grundstücksfläche. Als

maßstabsbildend hat es die Bebauung zwischen den Häusern Nr. 46 und Nr. 38/38 a angesehen. Anhaltspunkte dafür, dass das östliche Doppelhaus innerhalb dieses Rahmens bodenrechtlich beachtliche Spannungen auslösen oder vorhandene Spannungen erhöhen könnte, hat das Berufungsgericht nicht gesehen. Ein Verstoß gegen die Grundsätze der richterlichen Überzeugungs- bildung kann darin nicht gesehen werden. § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB verlangt, dass sich das Bauvorhaben in die nähere Umgebung einfügt. Das gesamte Landschaftsbild der Insel Reichenau musste das Berufungsgericht bei Anwen- dung dieser Vorschrift nicht in den Blick nehmen.

- 16 3. Soweit die Beschwerde geltend macht, das Berufungsurteil könne auch des- halb keinen Bestand haben, weil dem Kläger das Rechtsschutzinteresse an der vom Berufungsgericht ausgesprochenen Verpflichtung fehle, beschränkt sie sich auf Rechtsausführungen, die ihren vom Berufungsurteil abweichenden Rechtsstandpunkt stützen sollen. Grundsatz-, Divergenz- oder Verfahrensrü- gen (vgl. § 132 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 VwGO) erhebt die Beschwerde insoweit nicht.
- 17 Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 2 VwGO, die Streitwertfestset- zung auf § 47 Abs. 1 und 3, § 52 Abs. 1 GKG.



BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

BESCHLUSS

BVerwG 4 BN 30.15
VGH 5 S 1048/14

In der Normenkontrollsache

hat der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichts
am 5. Oktober 2015

durch den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht Prof. Dr. Rubel
und die Richter am Bundesverwaltungsgericht Petz und Dr. Decker

beschlossen:

Die Beschwerde der Antragsteller gegen die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 25. März 2015 wird zurückgewiesen.

Die Antragsteller tragen die Kosten des Beschwerdeverfahrens zu je 1/3.

Der Wert des Streitgegenstandes wird für das Beschwerdeverfahren auf 90 000 € festgesetzt.

G r ü n d e :

- 1 Die auf § 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO gestützte Beschwerde hat keinen Erfolg. Die Rechtssache hat nicht die grundsätzliche Bedeutung, die ihr die Beschwerde beimisst.
- 2 Grundsätzlich bedeutsam im Sinne von § 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO ist eine Rechtssache dann, wenn in dem angestrebten Revisionsverfahren die Klärung einer bisher höchstrichterlich ungeklärten, in ihrer Bedeutung über den der Beschwerde zugrunde liegenden Einzelfall hinausgehenden, klärungsbedürftigen und entscheidungserheblichen Rechtsfrage des revisiblen Rechts (§ 137 Abs. 1 VwGO) zu erwarten ist. In der Beschwerdebegründung muss dargelegt (§ 133 Abs. 3 Satz 3 VwGO), d.h. näher ausgeführt werden, dass und inwieweit eine bestimmte Rechtsfrage des Bundesrechts im allgemeinen Interesse klärungsbedürftig und warum ihre Klärung in dem beabsichtigten Revisionsverfahren zu erwarten ist (stRspr, so bereits BVerwG, Beschluss vom 2. Oktober 1961 - 8 B 78.61 - BVerwGE 13, 90 <91>; siehe auch Beschluss vom 13. August 2015 - 4 B 15.15 - juris Rn. 3). Daran fehlt es hier.

- 3 Die Beschwerde hält zunächst folgende Frage für grundsätzlich klärungsbedürftig:

Ist die dem Belang des Landschaftsbildschutzes zugeordnete Siedlungsstruktur gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB wegen der Erklärung der "Klosterinsel R." zur Welterbestätte als abwägungsrelevanter Belang per se stärker zu gewichten?

- 4 Soweit sich diese Frage überhaupt in verallgemeinerungsfähiger Form beantworten lässt, rechtfertigt sie nicht die Zulassung der Revision. In der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist hinreichend geklärt, dass die in § 1 Abs. 6 BauGB genannten Belange weder abschließend sind noch in ihrer Zusammenstellung einen Vorrang in sich oder gegenüber privaten Belangen enthalten (vgl. z.B. BVerwG, Urteil vom 1. November 1974 - 4 C 38.71 - BVerwGE 47, 144 <148>). Aus diesem Grund lässt sich ein auch nur relativer Vorrang des einen benannten Belangs gegenüber einem anderen nicht abstrakt festlegen (BVerwG, Beschluss vom 5. April 1993 - 4 NB 3.91 - BVerwGE 92, 231 <239, 240>; siehe ferner Beschluss vom 28. Juni 1993 - 4 NB 23.93 - Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 67 = juris Rn. 6). Gesetzlich vorprogrammiert ist weder, welche der in § 1 Abs. 6 BauGB aufgeführten oder sonstigen Belange bei der Planung zu berücksichtigen sind, noch mit welchem Gewicht sie bei der Abwägung zu Buche schlagen (BVerwG, Beschluss vom 20. August 1992 - 4 NB 20.91 - Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 57 = juris Rn. 15). Zu berücksichtigende Belange und deren Gewicht bestimmen sich vielmehr nach den Besonderheiten der konkreten Planungssituation (BVerwG, Beschluss vom 15. November 1989 - 4 NB 28.89 - juris Rn. 6). Deren Feststellung und Bewertung obliegt weitgehend der tatrichterlichen Beurteilung durch das Normenkontrollgericht. Davon ist der Verwaltungsgerichtshof ausgegangen (UA S. 22, 23, 25, 29). Einen hierüber hinausgehenden Klärungsbedarf zeigt die Beschwerde nicht auf.

- 5 Die weiter für grundsätzlich bedeutsam gehaltene Frage,

ob bei der Festsetzung eines Außenbereichsgrundstückes als nicht-überbaubare Fläche nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB der in § 35 Abs. 4 BauGB zum Ausdruck kom-

mende gesteigerte Bestandsschutz im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB berücksichtigt werden muss,

führt ebenfalls nicht zur Zulassung der Revision. Auf der Grundlage der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Abwägungsgebot im Bauplanungsrecht ist sie ohne weiteres zu bejahen. Die Gemeinde darf durch ihre Bauleitplanung die (bauliche) Nutzbarkeit von Grundstücken verändern und dabei auch die privaten Nutzungsmöglichkeiten einschränken oder gar aufheben. Einen Planungsgrundsatz, nach dem die vorhandene Bebauung eines Gebiets nach Art und Maß bei einer Überplanung weiterhin zugelassen werden muss, gibt es nicht (BVerwG, Urteil vom 31. August 2000 - 4 CN 6.99 - BVerwGE 112, 41 <48>). Allerdings setzt eine wirksame städtebauliche Planung voraus, dass hinreichend gewichtige, städtebaulich beachtliche Allgemeinbelange für sie bestehen (BVerwG, Urteil vom 12. Dezember 1969 - 4 C 105.66 - BVerwGE 34, 301 <305>). Diese müssen umso gewichtiger sein, je stärker die Festsetzungen eines Bebauungsplans die Befugnisse des Eigentümers einschränken oder Grundstücke von einer Bebauung ganz ausschließen, denn das durch Art. 14 GG gewährleistete Eigentumsrecht gehört in hervorgehobener Weise zu den von der Bauleitplanung zu berücksichtigenden Belangen (BVerfG, Kammerbeschluss vom 19. Dezember 2002 - 1 BvR 1402/01 - NVwZ 2003, 727 = juris Rn. 15; BVerwG, Urteil vom 16. April 1971 - 4 C 66.67 - Buchholz 406.11 § 35 BBauG Nr. 90 = DVBl 1971, 746 <750>). Es umfasst neben der Substanz des Eigentums auch die Beachtung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und des allgemeinen Gleichheitssatzes (BVerfG, Kammerbeschluss vom 19. Dezember 2002 a.a.O.; BVerwG, Urteil vom 27. August 2009 - 4 CN 5.08 - BVerwGE 134, 355 Rn. 16, Beschluss vom 24. November 2010 - 4 BN 40.10 - BRS 76 Nr. 28 = juris Rn. 4). Dass hierbei auch Gesichtspunkte des Bestandsschutzes nach Maßgabe des § 35 Abs. 4 BauGB als abwägungserheblich zu berücksichtigen sind, liegt auf der Hand (BVerwG, Beschluss vom 28. Januar 1992 - 4 B 21.92 - Buchholz 406.11 § 9 BauGB Nr. 54 = juris Rn. 5 allgemein zum Bestandsschutz). Die Beschränkung der Nutzungsmöglichkeiten eines Grundstücks muss daher von der Gemeinde als ein wichtiger Belang privater Eigentümerinteressen in der nach § 1 Abs. 7 BauGB gebotenen Abwägung der öffentlichen und der privaten Belange beachtet wer-

den (BVerwG, Beschluss vom 16. Januar 1996 - 4 NB 1.96 - Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 88 = juris Rn. 4). Im Rahmen dieser Abwägungsentscheidung hat die Gemeinde folglich die Nachteile einer Planung für Planunterworfenen zu berücksichtigen. Schränkt sie bestehende Baurechte ein, hat sie darüber hinaus auch die Tatsache und den möglichen Umfang hierfür zu leistender Entschädigungen nach den §§ 39 ff. BauGB in die Abwägung einzustellen (zusammenfassend: BVerwG, Beschluss vom 15. Mai 2013 - 4 BN 1.13 - ZfBR 2013, 573 = juris Rn. 17). Von diesen Grundsätzen hat sich der Verwaltungsgerichtshof ebenfalls leiten lassen. Er hat die Belange der Antragsteller (UA S. 24 f., 28 f., 30) dabei auch unter dem Gesichtspunkt des Bestandsschutzes und unter Berücksichtigung der Wertung des § 35 Abs. 4 BauGB gewürdigt (UA S. 25, 28), ist aber zu dem Ergebnis gelangt, dass die Antragsgegnerin, ohne gegen das Abwägungsgebot zu verstoßen, die auf den Grundstücken der Antragsteller vorhandene Bebauung auf den "passiven Bestandsschutz" setzen durfte. Ob diese Würdigung den Anforderungen gerecht wird, die an die gerichtliche Abwägungskontrolle zu stellen sind, ist einer rechtsgrundsätzlichen Prüfung nicht zugänglich (BVerwG, Beschluss vom 24. November 2010 - 4 BN 40.10 - BRS 76 Nr. 28 Rn. 5).

- 6 Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 154 Abs. 2, § 159 Satz 1 VwGO i.V.m. § 100 Abs. 1 ZPO. Die Festsetzung des Streitwerts folgt aus § 47 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3, § 52 Abs. 1 GKG.



Bundesverwaltungsgericht

Bundesverwaltungsgericht

20.08.2016

[Startseite](#) > [Presse](#) > [Pressemitteilungen](#) > [Pressemitteilung](#)

Pressemitteilung

Nr. 69/2016

BVerwG 4 C 5.15

09.08.2016

Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens bei Ausnahme von einer Veränderungssperre

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat heute entschieden, dass sich die Rechtmäßigkeit einer Ersetzung des nach § 14 Abs. 2 Satz 2 BauGB erforderlichen gemeindlichen Einvernehmens nach der Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Entscheidung der Baugenehmigungsbehörde beurteilt; nachträglich eintretende Rechtsänderungen haben außer Betracht zu bleiben.

Die Klägerin, eine Gemeinde, wandte sich gegen die Verlängerung eines den Beigeladenen erteilten Bauvorbescheides, der im Wege einer Ausnahme nach § 14 Abs. 2 BauGB von der Veränderungssperre unter Ersetzung ihres Einvernehmens erteilt worden war.

Im Berufungsverfahren änderte der Verwaltungsgerichtshof die vorinstanzliche Entscheidung und hob den Verlängerungsbescheid sowie den Widerspruchsbescheid auf. Im maßgeblichen Zeitpunkt der Entscheidung über die Verlängerung des Vorbescheids habe die Gemeinde zu Recht das zu einer Ausnahme von der Veränderungssperre erforderliche Einvernehmen verweigert, so dass es nicht ersetzt werden durfte. Die Veränderungssperre sei wirksam gewesen; die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach § 14 Abs. 2 Satz 1 BauGB hätten nicht vorgelegen. Der Umstand, dass während des Klageverfahrens die Veränderungssperre außer Kraft getreten und ihre Verlängerung erst wenige Tage danach bekannt gemacht worden sei, sei unbeachtlich.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Auffassung des Verwaltungsgerichtshofs bestätigt und die Revision der Bauherrn zurückgewiesen. Bundesrecht räumt den Gemeinden über die Einvernehmensregelungen, wie z.B. in § 14 Abs. 2 Satz 2 BauGB, zum Schutz ihrer Planungshoheit eine starke Stellung im Baugenehmigungsverfahren ein. Erteilt die Baugenehmigungsbehörde ohne das gemeindliche Einvernehmen eine Baugenehmigung oder ersetzt sie das verweigerter Einvernehmen der Gemeinde in rechtswidriger Weise, führt allein dieser Verstoß zur Aufhebung der erteilten Genehmigung. Ob das Einvernehmen rechtswidrig verweigert worden ist, kann dabei ausschließlich nach den Verhältnissen im Zeitpunkt der Entscheidung hierüber beurteilt werden. Nachträgliche Rechtsänderungen müssen folglich außer Betracht bleiben. Da die Veränderungssperre wirksam war und eine Ausnahme nach § 14 Abs. 2 Satz 1 BauGB schon tatbestandlich ausschied, hat die Klägerin das Einvernehmen zu Recht verweigert; es durfte folglich nicht ersetzt werden.

BVerwG 4 C 5.15 - Urteil vom 09. August 2016

Vorinstanzen:

VGH Mannheim 5 S 642/13 - Urteil vom 24. März 2015

VG Freiburg 6 K 594/11 - Urteil vom 04. Oktober 2012

Diese Seite ist Teil des Webangebotes des Bundesverwaltungsgerichts, © 2016. Alle Rechte vorbehalten.

VGH Baden-Württemberg Urteil vom 25.3.2015, 5 S 1047/14

Festsetzung einer von Bebauung freizuhaltenden Fläche für ein Außenbereichsgrundstück zugunsten historischer Siedlungsstruktur und Sichtbeziehungen

Leitsätze

Zur Festsetzung einer von Bebauung freizuhaltenden Fläche für ein Außenbereichsgrundstück zum Schutz einer historischen Siedlungsstruktur und zur Freihaltung bedeutsamer Sichtbeziehungen

Tenor

Der Antrag wird abgewiesen.

Die Antragsteller tragen die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand

- 1 Die Antragsteller wenden sich gegen den Bebauungsplan „Gaisser“ der Antragsgegnerin vom 16.05.2013 für das gleichnamige Gewann im Südwesten der Insel **Reichenau**, mit dem die Siedlungsstruktur und Sichtbeziehungen auf der Insel erhalten und eine weitere Bebauung nur sehr eingeschränkt zugelassen werden sollen.
- 2 Das Plangebiet erfasst den Bereich entlang der Dr.-Karl-Flesch-Straße im Nordwesten, der Unteren Rheinstraße im Nordosten, der Merzengasse im Westen, des „Schwyzer Wegs“ in der Mitte, der Straße „Zum Schatthütte“ im Süden und endet im Osten mit der Stedigasse. Die Antragsteller sind Miteigentümer des unbebauten Grundstücks Flst.-Nr. ..., das im Plangebiet liegt und südlich an die Untere Rheinstraße angrenzt. Der Plan setzt dieses Grundstück zusammen mit dem westlich angrenzenden Grundstück Flst.-Nr. ... als Fläche für die Landwirtschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB) und zugleich als von Bebauung freizuhaltende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB) fest.
- 3 Dem Bebauungsplan liegt folgendes Verfahren zu Grunde:
- 4 Nachdem der Gemeinderat der Antragsgegnerin am 27.10.2008 ein Entwicklungskonzept für die Insel **Reichenau** beschlossen hatte, fasste er am 27.07.2009 zur Umsetzung dieses Konzepts den Beschluss, den Bebauungsplan „Gaisser“ aufzustellen; dieser Beschluss wurde am 06.08.2009 öffentlich bekannt gemacht. Am 22.03.2010 bestätigte der Gemeinderat die Fortschreibung des Entwicklungskonzepts. Der Planentwurf wurde nach Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung in der Zeit vom 23.02.2012 bis 22.03.2012 öffentlich ausgelegt. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wurden eingeholt. Die Antragsteller erhoben Einwendungen gegen die Beschränkung von Baurechten auf ihrem Grundstück. Eine zweite öffentliche Auslegung des teilweise geänderten Planentwurfs fand vom 10.04.2013 bis 24.04.2013 statt und wurde wegen eines Verfahrensfehlers vom 26.04.2013 bis zum 10.05.2013 wiederholt. Die Änderungen betrafen die Grundstücke der Antragsteller nicht; gleichwohl nahmen sie nochmals ausdrücklich Bezug auf ihre bereits erhobenen Einwendungen.
- 5 Am 16.05.2013 beschloss der Gemeinderat der Antragsgegnerin den Bebauungsplan nach Befassung mit den eingegangenen Stellungnahmen als Satzung. Diese wurde vom Bürgermeister am 21.05.2013 ausgefertigt; am 29.05.2013 wurde der Plan im Amtsblatt der Antragsgegnerin öffentlich bekannt gemacht.
- 6 Am 26.05.2014 haben die Antragsteller Normenkontrollantrag gestellt und diesen auch begründet. Sie machen geltend, der Plan sei wegen Verstoßes gegen § 1 Abs. 6 und 7 sowie § 2 Abs. 3 BauGB unwirksam. Der generelle Bebauungsausschluss im Plangebiet, der auch ihr Grundstück erfasse, sei nicht vereinbar mit ihren privaten Belangen. Die Antragsgegnerin habe, ohne die konkret betroffenen Interessen im Einzelnen zu würdigen, ein grundsätzlich vorrangig zu schützendes öffentliches Interesse an der gänzlichen Freihaltung des Grundstücks aus Sichtgründen und wegen des spezifischen Splittersiedlungscharakters der Insel angenommen. Es sei nicht ordnungsgemäß in die Abwägung einbezogen worden, dass es sich bei dem

Grundstück Flst.-Nr. ... um Innenbereich im Sinne des § 34 BauGB handele. Infolge der Bebauung der Grundstücke Flst.-Nr. ... und ... sowie der etwas nördlicher gelegenen Grundstücke Flst.-Nr. ..., ... und ... werde insgesamt der Eindruck eines geschlossenen Bebauungszusammenhangs vermittelt, der auch das Grundstück Flst.-Nr. ... erfasse. Insofern habe sich die Situation seit dem Jahr 1982 verändert, als der Verwaltungsgerichtshof im Verfahren über eine Bauvoranfrage die Bebaubarkeit des Grundstücks verneint habe.

- 7 Zur Rechtfertigung des schwerwiegenden Eingriffs in ihr Grundrecht aus Art. 14 GG bedürfe es öffentlicher Belange von hinreichendem städtebaulichen Gewicht. Die Splittersiedlungsstruktur als allgemeine Siedlungsform auf der Insel **Reichenau** und die bloße Freihaltung einer Sichtbeziehung ohne Feststellung deren besonderer Schutzwürdigkeit genügen dafür nicht.
- 8 Durch eine Bebauung des Grundstücks Flst.-Nr. ... würde angesichts dessen, dass eine bloße Baulücke geschlossen würde, kein Eingriff in die Siedlungsstruktur vorgenommen; die Bebauung entspreche vielmehr den von der Antragsgegnerin aufgestellten Leitlinien. Es sei auch nicht zu erkennen, wie sie eine Sichtbeziehung beeinträchtigen könnte. Aufgrund der topographischen Lage des Grundstücks wäre auch im Fall der Bebauung eine Durchsichtigkeit von der Unteren Rheinstraße her denkbar, so dass mildere Maßnahmen etwa Festsetzungen zur Art und Weise der Bauausführung möglich gewesen wären. Zudem sei nicht ausreichend berücksichtigt worden, dass die südlich des Grundstücks vorhandene Bebauung mit einem mächtigen Gewächshaus die angegebene Sichtachse zum Bodensee und zum gegenüberliegenden Ufer bereits in einem solchen Maße beeinträchtige, dass selbst bei völliger Freihaltung des Grundstücks nicht einmal im Ansatz von einer schützenswerten Sichtbeziehung gesprochen werden könne.
- 9 Die Festsetzungen beschränkten sich nicht darauf, den Blick gezielt von wenig besonders geeigneten Stellen auf die markante Aussicht zu lenken, vielmehr solle offenbar ohne jede Gewichtung und Differenzierung ein weites Blickfeld freigehalten werden, das auch weniger eindrucksvolle Perspektiven umfasse. Dies sei rechtswidrig. Die gesamte Örtlichkeit sei angesichts der vorhandenen Bebauung gerade nicht von der Grundidee der Durchsichtigkeit geprägt. Auch die topographischen Spezifika seien nicht in die Abwägung einbezogen worden. Darüber hinaus fehle es an einer ausreichend bestimmten Definition einer Sichtbeziehung.
- 10 Eine Befassung mit alternativen Schutzmöglichkeiten zur Erhaltung angeblich schützenswerter Sichtbeziehungen etwa durch eine nur teilweise Bebaubarkeit oder eine angepasste Ausrichtung der Baukörper lasse die Planung gänzlich vermissen. Wenn wie hier Bauverbote entstünden, sei stets zu prüfen, ob die mit der Festsetzung zulässigerweise verfolgten Zwecke nicht auch unter einer weitergehenden Schonung des Grundbesitzes des betroffenen Eigentümers zu erreichen wären. Eine tatsächliche Auseinandersetzung mit den privaten Belangen, z.B. Grundstückstauschmöglichkeiten oder Entschädigungen, fehle. Selbst wenn hier nicht von einem Abwägungsausfall auszugehen wäre, läge ein beachtlicher Abwägungsfehler vor.
- 11 Durch die Festsetzung als nicht überbaubare Fläche nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB werde auch die privilegierte landwirtschaftliche Nutzung des Grundstücks ausgeschlossen, obwohl der Antragsteller zu 1 einen landwirtschaftlichen Gartenbaubetrieb führe. Diesen Eingriff in das Eigentumsgrundrecht habe die Gemeinde nicht in ihre Abwägung eingestellt.
- 12 Durch die Zulassung eines Baufensters auf dem Flurstück Nr. ... konterkariere die Antragsgegnerin im Übrigen ihre Ziele selbst und mache deutlich, dass das angebliche Ziel der Freihaltung von Sichtbeziehungen gerade nicht das Gewicht habe, welches ihm vorgeblich zugesprochen werde. Der fragliche Bereich sei von Bebauung geprägt und solle offensichtlich jetzt erst nachträglich durch den Bebauungsplan einen spezifischen Charakter erhalten.
- 13 Mit Blick auf die zugelassene Bebauung des Grundstücks Flst.-Nr. ... liege auch eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung vor. Das Grundstück Flst.-Nr. ... liege noch näher und damit in unmittelbarem Sichtbezugsbereich zum Untersee; seine Bebauung laufe daher den Zielsetzungen der Freihaltung von angeblich wichtigen Sichtbeziehungen in weit höherem Maße entgegen als die Bebauung des Grundstücks der Antragsteller.
- 14 Die Antragsteller beantragen,

- 15 den Bebauungsplan „Gaisser“ der Antragsgegnerin vom 16.05.2013 für unwirksam zu erklären, soweit für das gesamte Grundstück Flst.-Nr. ... Fläche, die von der Bebauung freizuhalten ist, nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB festgesetzt worden ist.
- 16 Die Antragsgegnerin beantragt,
- 17 den Antrag abzuweisen.
- 18 Sie vertritt die Auffassung, der Antrag sei unbegründet. Es sollten die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine geordnete bauliche Entwicklung im Einklang mit den siedlungsstrukturellen und landschaftsplanerischen Zielen geschaffen werden, wie sie auch in unverbindlicher Form im Entwicklungskonzept für die Insel **Reichenau** zum Ausdruck kämen. Insbesondere solle der historische und heute noch erkennbare Streusiedlungscharakter erhalten werden; aus diesem Grund sollten Siedlungssplitter nicht erweitert werden. Daneben werde insbesondere der Schutz noch vorhandener hochwertiger Sichtbezüge angestrebt. Der Bebauungsplan sei auch vollzugsfähig. Auch wenn einige der angestrebten Ziele nur teilweise erreicht werden könnten, weil aufgrund der regen Bautätigkeit auf der Insel und dem sorglosen Umgang der Baurechtsbehörde mit der Erteilung von Baugenehmigungen innerhalb der vergangenen Jahrzehnte vielerorts der Streusiedlungscharakter nur noch eingeschränkt erkennbar sei, sei er dennoch in nicht unerheblichem Umfang zu erkennen. Ebenso seien schützenswerte Sichtbeziehungen tatsächlich noch vorhanden. Die früheren Sichtbezüge insbesondere von der Unteren Rheinstraße seien in der Vergangenheit zwar bereits durch zusätzliche Wohnbebauung und die Errichtung von Gewächshäusern eingeschränkt worden. In dieser Situation messe die Antragsgegnerin dem Schutz der noch vorhandenen Sichtlücken jedoch besondere städtebauliche Bedeutung bei. Die Untere Rheinstraße sei auch in touristischer Hinsicht bedeutsam, weil es sich um einen der meist genutzten Verkehrswege auf der Insel handele.
- 19 Die Antragsgegnerin habe die privaten Belange der Antragsteller zutreffend ermittelt und bewertet. Ihr sei bewusst gewesen, dass durch eine Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB bestehende Baurechte grundsätzlich ausgeschlossen würden. Sie habe sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob eine teilweise Freihaltung nicht überbaubarer Flächen ausreichend sei, um die angestrebten städtebaulichen Ziele zu erreichen, wie etwa die Festsetzungen für die Grundstücke Flurstück Nrn. ..., ... und ... belegten.
- 20 Auch das Gebot gerechter Abwägung sei nicht verletzt. Belange des Orts- und Landschaftsbilds, des Erhalts hochwertiger Sichtbeziehungen und der herkömmlichen aufgelockerten Siedlungsstruktur stellten öffentliche Belange dar, die grundsätzlich zur planerischen Einschränkung oder gar Aufhebung bestehender Baurechte führen könnten.
- 21 Das Grundstück der Antragsteller befinde sich nach dem Entwicklungskonzept außerhalb der Siedlungszusammenhänge, die einer Nachverdichtung offen stünden. Es bestünden schützenswerte Sichtbeziehungen von der Unteren Rheinstraße sowohl zum Ufer der Insel als auch zum gegenüberliegenden Seeufer auf Schweizer Seite. Im Hinblick darauf sei eine bloß teilweise Freihaltung des Grundstücks von baulichen Anlagen nicht ausreichend. Die Beeinträchtigung durch das südlich anschließende Gewächshaus bestehe nicht in einem solchen Ausmaß, dass die Sichtbeziehungen nicht mehr schützenswert wären. Der Schutz dieser Belange überwiege nach Auffassung der Antragsgegnerin auch das Interesse an dem Fortbestand etwaiger bisheriger Baurechte auf diesem Grundstück. Abgesehen davon habe der Verwaltungsgerichtshof bereits 1982 entschieden, dass das Grundstück außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liege. Die Umgebungsbebauung habe sich seitdem nicht in einem Ausmaß geändert, dass eine andere Bewertung angezeigt wäre.
- 22 Eine sachwidrige Ungleichbehandlung im Vergleich zu den Festsetzungen für das Grundstück Flurstück Nr. ..., auf dem im östlichen Bereich eine Bebauung zugelassen, während im westlichen und südlichen Teil eine private Grünfläche festgesetzt worden sei, liege nicht vor. Die städtebauliche und genehmigungsrechtliche Ausgangssituation dieses Grundstücks unterscheide sich von derjenigen des Grundstücks der Antragsteller. Für das Grundstück Flst.-Nr. ... sei im Jahr 2011 ein Bauvorbescheid erteilt worden, obwohl die Antragsgegnerin die Zurückstellung der Bauvoranfrage beantragt gehabt habe. Dagegen habe die Antragsgegnerin Klage zum Verwaltungsgericht Freiburg erhoben. Auf der Grundlage einer Einigung mit dem Bauherrn über eine geringere Bebauung sei ein reduzierter Bauvorbescheid erteilt worden, dessen Umfang die

planerischen Festsetzungen der Antragsgegnerin entsprächen. Die jetzt zugelassene Bebauung sei so angeordnet, dass der Seeblick insbesondere von der Unteren Rheinstraße möglichst weitgehend erhalten werde; zu diesem Zweck sei auch die Höhe des Gebäudes auf ein Vollgeschoss beschränkt worden und der westliche Grundstücksteil als Grünfläche festgesetzt worden. Das Baufenster befinde sich teilweise hinter zwei bereits vorhandenen, verhältnismäßig großen Carports. Auf diese Weise habe eine weiterreichende Bebauung entsprechend dem von Landratsamt bereits erteilten Bauvorbescheid abgewendet werden können.

- 23 Der Senat hat das Grundstück der Antragsteller und dessen nähere Umgebung in Augenschein genommen. Wegen der Einzelheiten wird auf die Anlage zum Protokoll der mündlichen Verhandlung Bezug genommen.
- 24 Dem Senat liegt der angegriffene Bebauungsplan einschließlich der Verfahrensakten vor. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt dieser Unterlagen sowie den Inhalt der gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

I.

- 25 Der Antrag ist zulässig.
- 26 1. Gegen die Beschränkung des Antrags auf die Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB, nach der das Grundstück der Antragsteller von Bebauung freizuhalten ist, bestehen keine Bedenken. Denn die Unwirksamkeit einzelner Festsetzungen muss nicht den gesamten Bebauungsplan erfassen; dieser kann grundsätzlich auch nur teilweise für unwirksam erklärt werden. Ob die Voraussetzungen einer Teilunwirksamkeit (vgl. dazu BVerwG, Urteil vom 11.09.2014 - 4 CN 3.14 -, BauR 2015, 221) tatsächlich vorliegen, ist für die Zulässigkeit eines beschränkten Antrags ohne Belang. Aus der Pflicht des Normenkontrollgerichts, auf einen zulässigen Normenkontrollantrag gegen einen Bebauungsplan dessen Wirksamkeit umfassend zu prüfen (BVerwG, Urteil vom 09.04.2008 - 4 CN 1.07 -, BVerwGE 131, 100), ergibt sich, dass das Gericht bei seiner Entscheidung über einen eingeschränkt gestellten Antrag hinauszugehen hat, wenn die antragsgemäß für unwirksam zu erklärenden Festsetzungen mit den anderen, nicht angegriffenen Teilen des Bebauungsplanes in einem untrennbaren Zusammenhang stehen (vgl. BVerwG, Beschluss vom 20.08.1991 - 4 NB 3.91 -, BauR 1992, 48).
- 27 2. Der Antrag ist auch im Übrigen zulässig. Die Antragsteller haben ihn innerhalb der Jahresfrist nach Bekanntmachung des Plans gestellt (§ 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO). Sie sind antragsbefugt (§ 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO), weil sie sich als Eigentümer eines im Plangebiet gelegenen Grundstücks gegen eine bauplanerische Festsetzung wenden, die unmittelbar ihr Grundstück betrifft. Auch § 47 Abs. 2a VwGO steht der Zulässigkeit ihres Antrags - ungeachtet der Fehlerhaftigkeit des Hinweises auf die Rechtsfolge nach § 47 Abs. 2a VwGO im Rahmen der Beteiligung (vgl. § 47 Abs. 2a Satz 2, 2. Hs. VwGO, § 3 Abs. 2 Satz 2, 2. Hs. BauGB) - nicht entgegen. Die Antragsteller haben ihre jetzt geltend gemachten Einwände gegen die Planung im Wesentlichen bereits im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs vorgebracht und zudem bei der erneuten Auslegung wiederholt.

II.

- 28 Der Antrag ist jedoch nicht begründet. Die angegriffene Festsetzung einer von der Bebauung freizuhaltenden Fläche gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB ist wirksam.
- 29 Der Senat kann sich auf die Überprüfung dieser Festsetzung beschränken, weil ihre Wirksamkeit nicht von der Wirksamkeit der übrigen Festsetzungen abhängt. Insbesondere besteht zwischen der Festsetzung einer Fläche für die Landwirtschaft nach § 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB auf dem Grundstück der Antragsteller und der diese überlagernden Festsetzung einer von der Bebauung freizuhaltenden Fläche nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB kein untrennbarer Zusammenhang. Vielmehr vermögen die Festsetzungen des Plans auch ohne die angegriffene Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB gerade im Hinblick auf die Abgrenzung zwischen Flächen für die Landwirtschaft und Wohn- und Mischgebietsflächen eine sinnvolle städtebauliche Ordnung zu bewirken und wären angesichts des Ziels der Antragsgegnerin, eine weitere Bebauung des Plangebiets möglichst weitgehend zu beschränken, im Zweifel auch als solche beschlossen worden.

- 30 1. Eine nach §§ 214 Abs. 1, 215 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB beachtliche Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften liegt nicht vor.
- 31 a) Die Antragsteller machen eine Verletzung von § 2 Abs. 3 BauGB geltend, weil ihre konkret betroffenen Interessen nicht im Einzelnen gewürdigt worden seien und sich die Antragsgegnerin auch nicht mit alternativen Schutzmöglichkeiten zur Erhaltung angeblich schützenswerter Sichtbeziehungen - etwa durch eine nur teilweise Bebaubarkeit oder eine angepasste Ausrichtung der Baukörper - befasst habe. Tatsächlich hat die Antragsgegnerin aber eine umfassende Bestandsaufnahme aller überplanten Flächen vorgenommen, sich mit den Bauwünschen der Grundstückseigentümer befasst und auch die Möglichkeit einer nur teilweisen Bebauung erwogen, wie etwa die Festsetzungen für die Grundstücke Flst.-Nrn. ..., ... oder ... belegen. Dabei ist sie ausweislich ihrer Stellungnahme in der dem Satzungsbeschluss zu Grunde liegenden Abwägungstabelle auch im Einzelnen auf das Grundstück der Antragsteller eingegangen. In dieser Stellungnahme wird unter Verweis auf das Urteil des Senats vom 23.04.1982 - 5 S 2412/81 - zunächst dargelegt, dass eine Bebauung auf diesem Grundstück bereits damals abgelehnt worden sei, weil es dem Außenbereich zugehöre, und dass sich daran nichts geändert habe. Sodann wird weiter ausgeführt, an dieser Stelle komme neben dem Erhalt der historischen Siedlungsstruktur vor allem dem Erhalt der Sichtbezüge von der Unteren Rheinstraße zum Ufer und zum gegenüberliegenden Ufer auf der Schweizer Seite hohe Bedeutung zu. Im Bereich dieses Grundstücks befinde sich eine der aktuell noch bestehenden wenigen Sichtlücken zwischen Wohnbebauung und Gewächshäusern. Als eine der wichtigsten und meistgenutzten Verkehrswege auf der **Reichenau** sei die Untere Rheinstraße auch aus touristischer Sicht von besonderer Relevanz. Die Sichtbezüge zum Seeufer der **Reichenau** würden durch die aktuell vorhandene Gewächshausbebauung zwar eingeschränkt, insgesamt sei jedoch der Bezug zum See und vor allem zum gegenüberliegenden Schweizer Ufer deutlich gegeben und rechtfertige die Freihaltung (Abwägungstabelle Stand 12.05.2013, S. 11). Damit hat die Antragsgegnerin deutlich gemacht, dass nach ihrer Konzeption auch eine nur teilweise Bebauung des Grundstücks ausscheidet. Ihren Ausführungen ist entgegen der Auffassung der Antragsteller zudem ohne weiteres zu entnehmen, welche Sichtbezüge sie konkret für schutzwürdig erachtet. Aus dem Vorbringen der Antragsteller ergibt sich auch nicht, dass es konkrete Planungsalternativen gegeben hätte, die den Erhalt dieser Sichtbezüge sowie der Siedlungsstruktur in gleicher Weise gewährleisten würden wie die vollständige Freihaltung des Grundstücks. Die Argumentation der Antragsteller fußt vielmehr darauf, dass dem Schutz der Sichtbeziehungen und des Siedlungscharakters trotz bereits bestehender Beeinträchtigungen zu großes Gewicht in der Abwägung beigemessen worden sei. Dies ist keine Frage der Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials nach § 2 Abs. 3 BauGB, sondern der materiellen Rechtmäßigkeit der Abwägung (§ 1 Abs. 7 BauGB).
- 32 b) Auch die Rüge der Antragsteller, es sei nicht ordnungsgemäß in die Abwägung einbezogen worden, dass ihr Grundstück bauplanungsrechtlich im Innenbereich liege, geht fehl. Ein Bewertungsfehler im Sinne des § 2 Abs. 3 BauGB liegt nicht vor. Vielmehr ist die Antragsgegnerin zu Recht davon ausgegangen, dass das Grundstück dem Außenbereich nach § 35 BauGB zuzurechnen ist und sich insoweit seit dem Urteil des Senats vom 23.04.1982 zu einer Bauvoranfrage für ein Altenteiler- und Landarbeiterwohnhaus auf dem Grundstück der Antragsteller (damals Flst.-Nr. ...) nichts geändert hat (vgl. Abwägungstabelle Stand 12.05.2013 S. 11).
- 33 Entgegen der Auffassung der Antragsteller liegt ihr Grundstück nicht innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils im Sinne des § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB. Ein Ortsteil in diesem Sinn ist jeder Bebauungskomplex im Gebiet einer Gemeinde, der nach der Zahl der vorhandenen Bauten ein gewisses Gewicht besitzt und Ausdruck einer organischen Siedlungsstruktur ist (stRspr. BVerwG, grundlegend Urteil vom 06.11.1968 - IV C 31.66 -, BVerwGE 31, 22). Eine Siedlungsstruktur ist organisch, wenn sie im Gegensatz zur unerwünschten Splittersiedlung die angemessene Fortentwicklung der Bebauung innerhalb des gegebenen Bereichs ermöglicht. Eine völlig regellose und in dieser Anordnung geradezu funktionslose Bebauung kann die Annahme einer organischen Siedlungsstruktur ebenso ausschließen wie eine bandartige oder einzeilige Bebauung. Auch eine historisch gewachsene Bebauung kann eine unorganische Splittersiedlung sein, wenn die Fortführung der Siedlungsstruktur eine angemessene Fortentwicklung der Bebauung innerhalb des gegebenen Bereichs nicht zulässt (BVerwG, Beschluss vom 19.02.2014 - 4 B 40.13 -, BayVBl 2014, 477).
- 34 Danach bildet die in der Umgebung des Grundstücks vorhandene Bebauung, aus der die Antragsteller die Innenbereichsqualität ihres Grundstücks abzuleiten versuchen, mangels organischer Siedlungsstruktur schon keinen Ortsteil im Sinne des § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB. Der Augenschein hat gezeigt, dass sich entlang der Unteren Rheinstraße westlich und östlich des Grundstücks der Antragsteller verstreut einzelne Wohnhäuser

unterschiedlichen Zuschnitts befinden, nämlich das größer dimensionierte Wohnhaus auf dem östlich angrenzenden Nachbargrundstück Flst.-Nr. ..., die Reihenhäuser auf den Grundstücken Flst.-Nrn. ..., ... und ... an der Einmündung der Merzengasse, das von der Unteren Rheinstraße aus gesehen zurückgesetzt liegende Wohnhaus jenseits der Merzengasse auf dem Grundstück Flst.-Nr. ..., das nördlich der Unteren Rheinstraße liegende kleine Wohngebäude auf dem Grundstück Flst.-Nr. ..., das an der Kreuzung Untere Rheinstraße/Schwyzer Weg/Dr. Karl-Flesch-Straße befindliche Wohnhaus mit Doppelgarage (Flst.-Nr. ...) und das jenseits dieser Kreuzung liegende Wohnhaus auf dem Grundstück Flst.-Nr. ... Diese Häuser sind nicht nur von ihrem äußeren Erscheinungsbild unterschiedlich, sondern werden vor allem überwiegend durch Wiesen- und Ackergrundstücke optisch deutlich voneinander getrennt. So folgt westlich des Wiesengrundstücks der Antragsteller das Wiesengrundstück Flst.-Nr. ...; beide trennen die Reihenhäuser auf den Grundstücken Flst.-Nrn. ..., ... und ... von dem Wohnhaus auf dem Grundstück Flst.-Nr. ... Östlich dieses Wohnhauses befindet sich mit dem Flurstück Nr. ... wiederum ein Wiesengrundstück; dann folgt das mit unterschiedlich ausgerichteten Gewächshäusern bebaute Grundstück Flst.-Nr. ..., an das im Osten das Grundstück Flst.-Nr. ... mit Wohnhaus und Garage angrenzt. Weiter in östlicher Richtung schließen sich nach dem Schwyzer Weg erneut Ackerflächen auf den Grundstücken Flst.-Nrn. ... und ... an; erst die östliche Hälfte des Grundstücks Flst.-Nr. ..., das um ein Vielfaches größer ist als seine Nachbargrundstücke, ist mit einem Wohnhaus und Gewächshäusern bebaut. Nördlich der Unteren Rheinstraße gegenüber dem Grundstück Flst.-Nr. ... liegt das Wiesengrundstück Flst.-Nr. ..., auf dem zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses neben einem kleineren Gewächshaus in der nordwestlichen Ecke noch ein weiteres, größeres Gewächshaus an der östlichen Grenze stand; es trennt das Wohnhaus auf dem östlich angrenzenden Grundstück Flst.-Nr. ... von der Wohnbebauung auf dem Grundstück Flst.-Nr. ... und dem nördlich angrenzenden Flst.-Nr. ... jenseits des Abzweigs von der Dr. Karl-Flesch-Straße. Westlich der Einmündung der Dr. Karl-Flesch-Straße in die Untere Rheinstraße liegen vor dem Wohnhaus auf dem Grundstück Flst.-Nr. ... und gegenüber dem Wohnhaus auf dem Grundstück Flst.-Nr. ... wiederum zwei unbebaute Wiesengrundstücke (Flst.-Nrn. ... und ...); auf das Wohnhaus auf dem Flurstück Nr. ... folgen in westlicher Richtung gegenüber dem Grundstück Flst.-Nr. ... und dem Grundstück der Antragsteller zwei weitere unbebaute Wiesengrundstücke, an die sich westlich die mit großflächigen Gewächshäusern bebauten Grundstücke Flst.-Nrn. ..., ... und ... anschließen. Dieser ungeordneten Streuung von Wohngebäuden, die durch Wiesen, Äcker und Gewächshäuser voneinander getrennt sind, lässt sich keine Siedlungsstruktur entnehmen, die eine angemessene Fortentwicklung der Bebauung zuließe. Nach wie vor besteht bei der das Grundstück des Klägers umgebenden Bebauung, wie der Senat bereits in seinem Urteil vom 23.04.1982 festgestellt hat, der optische Eindruck der Zugehörigkeit zur freien Landschaft. Daran ändert die verhältnismäßig dichte, südlich an die Straße „Zum Schatthütte“ angrenzende Bebauung nichts; der Augenschein hat bestätigt, dass keinerlei Zusammenhang zwischen dieser Bebauung an der Uferrandzone des Bodensees und den etwa 100 m und mehr entfernten, deutlich höher im Bereich der Geländekuppe liegenden Wohngebäuden an der Unteren Rheinstraße besteht.

- 35 Angesichts der beschriebenen örtlichen Verhältnisse fehlt es zudem an einem Bebauungszusammenhang im Sinne des § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB, an dem das Grundstück der Antragsteller als Baulücke teilnehmen könnte. Ein Bebauungszusammenhang setzt voraus, dass eine tatsächlich aufeinanderfolgende Bebauung trotz etwa vorhandener Baulücken nach der Verkehrsauffassung den Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit vermittelt (BVerwG, Beschluss vom 01.09.2010 - 4 B 21.10 -, juris, m. W. N.; s. auch VGH Bad.-Württ., Urteil vom 05.08.2014 - 3 S 1673/12 -, NVwZ-RR 2014, 931). Einen solchen Eindruck der Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit vermitteln die verstreut liegenden Wohngebäude an der Unteren Rheinstraße einschließlich der von den Antragstellern in Bezug genommenen Häuser an der südlichen Dr. Karl-Flesch-Straße gerade nicht. Soweit die Antragsteller einen Bebauungszusammenhang auch aus den Gewächshäusern ableiten wollen, die sich auf den von ihnen angeführten Grundstücken Flst.-Nrn. ... und ... oder auf den möglicherweise anstelle des bezeichneten unbebauten Flurstücks Nr. ... gemeinten Grundstücken Flst.-Nrn. ... und ... befinden, ist ihnen entgegenzuhalten, dass zur Bebauung im Sinne des § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts grundsätzlich nur Bauwerke gehören, die dem ständigen Aufenthalt von Menschen dienen (vgl. etwa BVerwG, Beschluss vom 02.04.2007 - 4 B 7.07 -, BauR 2007, 1383). Dazu gehören Gewächshäuser nicht (vgl. dazu auch Urteil des Senats vom 18.07.2008 - 5 S 1175/07 - zur Unteren Rheinstraße östlich des Plangebiets).
- 36 c) Auch mit der Rüge, in die Abwägung sei nicht eingestellt worden, dass durch die Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB auch jegliche sonst im Außenbereich mögliche privilegierte Bebauung ausgeschlossen werde, obwohl der Antragsteller zu 1 einen landwirtschaftlichen Gartenbaubetrieb führe, zeigen die Antragsteller

keinen Ermittlungs- oder Bewertungsfehler im Sinne des § 2 Abs. 3 BauGB auf. Wie die Erwägungen zur Freihaltung des Grundstücks in der Abwägungstabelle belegen, war der Antragsgegnerin durchaus bewusst, dass ihre Festsetzung jegliche Bebauung ausschließt. Weshalb der Umstand, dass der Antragsteller zu 1 einen Gartenbaubetrieb führt, abwägungsrelevant gewesen sein sollte, ist nicht ersichtlich. Der Senat hat bereits in seinem Urteil vom 23.04.1982 deutlich gemacht, dass der für eine privilegierte Bebauung des Grundstücks erforderliche räumliche Bezug zu dem etwa 1,5 km entfernten Betrieb des Antragstellers zu 1 in Niederzell fehlt (vgl. zu § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB: BVerwG, Urteil vom 22.11.1985 - 4 C 71.82 -, BauR 1986, 188; zu § 35 Abs. 1 Nr. 2 BauGB: Söfker, in: Ernst/ Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, BauGB, Stand 11/2014, § 35 Rn. 50 m. w. N.).

- 37 d) Schließlich bestand entgegen der Auffassung der Antragsteller auch kein Anlass für die Antragsgegnerin, sich mit den Möglichkeiten eines Grundstücksaustausches oder einer Entschädigung zu befassen. Die Antragsgegnerin hat in ihrer Abwägungstabelle zutreffend darauf hingewiesen, dass mögliche Grundstücksaustausche nicht im Bebauungsplanverfahren geregelt werden (vgl. Abwägungstabelle S. 31). Die Möglichkeit einer Entschädigung bei Festsetzung einer von der Bebauung freizuhaltenen Fläche ist im Planschadensrecht zwar unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen (§ 40 Abs. 1 Satz 1 Nr. 12, Abs. 2 und 3 BauGB). Sie stellt aber, anders als die Antragsteller möglicherweise meinen, keine planerische Alternative, sondern erst die Folge einer städtebaulich gerechtfertigten Planung dar (vgl. dazu auch BVerfG, Beschluss vom 15.09.2011 - 1 BvR 2232/10 -, BVerfGK 19, 50). Zudem hat die Antragsgegnerin in der Planbegründung ausdrücklich ausgeführt, sie halte die für die Festsetzungen sprechenden öffentlichen städtebaulichen Belange für hinreichend gewichtig, um Einschränkungen bestehender Baurechte zu rechtfertigen, auch soweit keine Entschädigungen zu leisten seien (Planbegründung S. 7, vgl. dazu auch BVerwG, Beschluss vom 26.08.2009 - 4 BN 35.09 -, BauR 2010, 54). Dass hier ein Entschädigungsanspruch der Antragsteller bestehen könnte, ist im Übrigen weder dargelegt noch ersichtlich (vgl. §§ 39 ff. BauGB; BVerwG, Urteil vom 11.04.2013 - 4 CN 2.12 -, BauR 2013, 1396).
- 38 2. Die Festsetzung des Grundstücks der Antragsteller als Fläche, die von Bebauung freizuhalten ist (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB), ist auch materiell rechtmäßig.
- 39 a) Sie ist als Bestandteil einer positiven städtebaulichen Planungskonzeption der Antragsgegnerin erforderlich im Sinne von § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB (vgl. BVerwG, Urteil vom 06.06.2002 - 4 CN 4.01 -, BVerwGE 116, 296). Die Antragsgegnerin will mit der Freihaltung von Flächen ihr Entwicklungskonzept umsetzen, wonach die zentralen Bestandteile der Welterbestätte, zu der die Insel **Reichenau** im Jahr 2000 erklärt worden ist, und ihr Umfeld dauerhaft geschützt werden sollen. Die Besonderheit der Siedlungsstruktur in Form des „Streusiedlungscharakters“ (Planbegründung S. 6), der darauf zurückzuführen ist, dass die Klosterbauern einst verstreut jeweils bei ihren Feldern siedelten, weil die ganze Insel klösterlicher Grund und Boden war (vgl. Investitionsprogramm Nationale UNESCO-Welterbestätte, http://www.welterbeprogramm.de/INUW/DE/Projekte/Kommune/Reichenau/reichenau_node.html), soll gesichert und wichtige Sichtbeziehungen sollen freigehalten werden. Daher sollen die bestehenden Zäsuren erhalten, ein Zusammenwachsen der Splitter und Einzelgebäude an der Unteren Rheinstraße vermieden und eine weitere Bebauung in Richtung See ausgeschlossen werden (Planbegründung S. 5).
- 40 b) Abwägungsfehler liegen entgegen der Auffassung der Antragsteller nicht vor. § 1 Abs. 7 BauGB verlangt bei der Aufstellung eines Bebauungsplans die gerechte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander; maßgeblich ist die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses des Gemeinderats. Die gerichtliche Kontrolle der von der Gemeinde vorzunehmenden Abwägung hat sich nach ständiger Rechtsprechung darauf zu beschränken, ob in die Abwägung an Belangen eingestellt worden ist, was nach Lage der Dinge eingestellt werden musste, ob die Bedeutung der betroffenen öffentlichen und privaten Belange richtig erkannt worden ist und ob der Ausgleich zwischen den von der Planung berührten öffentlichen und privaten Belangen in einer Weise vorgenommen worden ist, die zu ihrer objektiven Gewichtigkeit in einem angemessenen Verhältnis steht. Das Eigentumsrecht ist bei der Abwägung in hervorgehobener Weise zu berücksichtigen; es umfasst neben der Substanz des Eigentums auch die Beachtung der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des Gleichheitssatzes (BVerwG, Beschluss vom 15.05.2013 - 4 BN 1.13 -, ZfBR 2013, 573; BVerfG, Beschluss vom 19.12.2002 - 1 BvR 1402/01 -, BauR 2003, 1338; s. jüngst auch VGH Bad.-Württ., Urteil vom 11.12.2014 - 8 S 1445/12 -). Die Gemeinde darf durch ihre Bauleitplanung die bauliche Nutzbarkeit von Grundstücken verändern und dabei auch die privaten Nutzungsmöglichkeiten einschränken oder gar

aufheben. Eine wirksame städtebauliche Planung setzt allerdings voraus, dass hinreichend gewichtige städtebaulich beachtliche Allgemeinbelange für sie bestehen. Diese städtebaulich beachtlichen Allgemeinbelange müssen umso gewichtiger sein, je stärker die Festsetzungen eines Bebauungsplans die Befugnisse des Eigentümers einschränken oder Grundstücke von einer Bebauung ganz ausschließen (BVerwG, Beschluss vom 15.05.2013 - 4 BN 1.13 -, a. a. O.). Nach diesen Maßgaben ist die Abwägung der Antragsgegnerin nicht zu beanstanden.

- 41 aa) Zwar ist die das Grundstück der Antragsteller betreffende Festsetzung einer Fläche, auf der bauliche Anlagen nicht errichtet werden dürfen (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB), eine besonders einschneidende Bestimmung von Inhalt und Schranken des Grundeigentums im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG (BVerwG, Beschluss vom 17.12.1998 - 4 NB 4.97 -, BauR 1999, 608). Ein Entzug von Bauland, der sich für den Betroffenen wie eine Teilenteignung auswirken kann und dem deshalb in der Abwägung erhebliches Gewicht beigemessen werden muss (BVerfG, Beschluss vom 19.12.2002 - 1 BvR 1402/01 -, BauR 2003, 1338), ist hier aber nicht damit verbunden. Denn anders als die Antragsteller meinen, ist ihr Grundstück, wie oben ausgeführt, nicht dem Innenbereich im Sinne des § 34 BauGB zuzurechnen. Schon deshalb ist der vorliegende Fall nicht mit demjenigen vergleichbar, den der erkennende Gerichtshof mit dem von den Antragstellern mehrfach zitierten Urteil vom 08.09.2010 (- 3 S 1381/09 -, juris) entschieden hat. Der Verlust von Bebauungsmöglichkeiten, die § 35 BauGB eröffnet, wiegt weit weniger schwer als ein Baulandentzug im Innenbereich. Denn Vorhaben im Außenbereich sind nicht ohne weiteres zulässig, sondern stehen unter dem Vorbehalt, dass öffentliche Belange nicht beeinträchtigt werden (§ 35 Abs. 2 BauGB) bzw. nicht entgegenstehen (§ 35 Abs. 1 BauGB, vgl. dazu BVerwG, Urteil vom 27.01.2005 - 4 C 5.04 -, BVerwGE 122, 364 zum Planschadensrecht; BVerwG, Urteil vom 17.02.1984 - 4 C 56.79 -, Buchholz 406.11 § 35 BBauG Nr. 211 zum Verhältnis der Rechtspositionen aus § 34 BauGB einerseits und § 35 Abs. 2 BauGB andererseits; s. auch Runkel, in: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, BauGB, Stand 11/2014, § 42 Rn. 35 a; Paetow, in: Berliner Kommentar, BauGB, Stand 4/2010, § 42 Rn. 12).
- 42 bb) Die von der Antragsgegnerin angeführten öffentlichen Belange sind hinreichend gewichtig, um das Interesse der Antragsteller am Erhalt der Bebauungsmöglichkeiten nach § 35 BauGB zu überwiegen. Die angegriffene Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB ist deshalb verhältnismäßig.
- 43 Planbegründung und Abwägungstabelle nennen insoweit entsprechend dem nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB zu berücksichtigenden Entwicklungskonzept den Schutz der historischen Siedlungsstruktur der Insel (dazu (1)) sowie die Freihaltung wichtiger Sichtbeziehungen (dazu (2)). Beides sind städtebauliche Gesichtspunkte, die bei der Bauleitplanung zu beachten sind (vgl. § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB) und Festsetzungen zur Freihaltung von Bebauung grundsätzlich zu rechtfertigen vermögen (vgl. etwa VGH Bad.-Württ., Urteil vom 12.03.2008 - 3 S 2588/06 -, ESVGH 58, 209; BayVGH, Urteil vom 16.06.2006 - 1 N 03.2347 -, NuR 2006, 658).
- 44 (1) Die Bedeutung der gerade auch an dieser Stelle zu erhaltenden historischen Siedlungsstruktur (vgl. Abwägungstabelle, Stand 12.05.2013, S. 11) wird in der Planbegründung ausführlich dargelegt. Zunächst wird erläutert, dass die **Reichenau** als gesamte Insel zur Welterbestätte erklärt worden sei und damit eine Kulturlandschaft geschützt werde, die sich durch eine enge Beziehung zwischen den Kulturdenkmälern, insbesondere den drei Klosterkirchen von weltweiter Bedeutung, und der Landschaft auszeichne. Die Siedlungsstruktur mit den Streusiedlungen sei Bestandteil dieser zu schützenden Kulturlandschaft (Planbegründung S. 3). Sodann wird der Bezug zum Entwicklungskonzept für die gesamte Insel hergestellt, nach dem die zukünftige Bebauung auf der Insel nur noch innerhalb bestehender Baulücken im Siedlungszusammenhang oder in Form von behutsamen Abrundungen zugelassen werde und Siedlungssplitter dann nicht, auch nicht durch privilegierte Bauten, erweitert werden dürften, wenn dadurch ein Zusammenwachsen einzelner Siedlungsteile gefördert werde und dies in Widerspruch zur inseltypischen Siedlungsstruktur stehe (S. 4 f.). Schließlich wird unter „Bebauung und Nutzung“ (S. 6) ausgeführt, das gesamte Plangebiet stelle noch heute ein Zeugnis für diesen traditionellen Siedlungstypus dar. Trotz der erfolgten Nachverdichtung lasse sich das ursprüngliche Ortsbild ablesen und sei es für die weitere Entwicklung wichtig, die Besonderheiten nicht durch beliebige Auffüllungen völlig zu verwischen. Auch im Umweltbericht, der gleichzeitig Teil der Planbegründung ist (vgl. Planbegründung S. 14), wird nochmals betont, dass mit der Verpflichtung zum Schutz der Weltkulturerbestätte auch die Verpflichtung zur Beibehaltung des siedlungsstrukturellen und landschaftlichen Grundmusters der Insel einhergehe (Umweltbericht S. 7). Die Untere Rheinstraße stelle auch eine für Busse und PKW touristisch bedeutende Wegeverbindung dar, von der

aus die inseltypische Siedlungsstruktur wahrgenommen werden könne (Umweltbericht S. 8). Auch wenn die historisch angelegte, lockere Streusiedlung im Laufe der letzten 50 Jahre stellenweise nachverdichtet worden sei und einzelne Siedlungssplitter entstanden seien, sei das ehemals lockere Streusiedlungsmuster aktuell trotzdem noch wahrnehmbar und kein durchgängiges Siedlungsband vorhanden (Umweltbericht S. 18).

- 45 Vor diesem Hintergrund, insbesondere aufgrund der dargelegten Bedeutung der historischen Streusiedlungsstruktur für den hohen kulturhistorischen Wert der Insel **Reichenau** in ihrer Gesamtheit, durfte die Antragsgegnerin dem Erhalt dieser Struktur gerade auch an der touristisch genutzten Unteren Rheinstraße in der Abwägung erhebliches Gewicht beimessen. Der Senat hat sich beim Augenschein davon überzeugt, dass die Streusiedlungsstruktur auch im Bereich des Grundstücks der Antragsteller noch zu erkennen ist und durch eine Bebauung des Grundstücks beeinträchtigt würde. Insoweit kann auf die Darstellung der örtlichen Gegebenheiten oben unter II.1.b) Bezug genommen werden.
- 46 (2) Auch die Bedeutung der zu schützenden Sichtbezüge wird in der Planbegründung näher dargelegt: Die Sichtbeziehungen von der Unteren Rheinstraße seien deshalb so wichtig, weil an vielen Stellen insbesondere durch den Bau relativ großer Gewächshäuser die Blicke verstellt seien und der Bezug zum See und in die freie Landschaft aufgelöst sei (S. 6). Weitere Bebauung werde insbesondere dann ausgeschlossen, wenn sie zu einer Beeinträchtigung der Sicht auf den See und in die Landschaft führen würde. Eine solche Sicht sei an vielen Stellen schon nicht mehr möglich, so dass die noch vorhandenen Sichtfelder von besonderer Bedeutung für das Orts- und Landschaftsbild seien (S. 6). Bei den wichtigsten Stellen sei nicht nur auf eine überbaubare Fläche verzichtet worden, sondern zusätzlich eine Fläche festgesetzt worden, die von Bebauung freizuhalten sei; hier seien auch keine privilegierten Bauten zugelassen (S. 6). In der Abwägungstabelle wird dann ausgeführt, dass es sich beim Grundstück der Antragstellerin um eine solche Stelle handle. Hier sei eine der aktuell noch bestehenden wenigen Sichtlücken gegeben, die insbesondere deshalb zu erhalten sei, weil die Untere Rheinstraße als einer der wichtigsten, meistgenutzten Verkehrswege auf der **Reichenau** auch aus touristischer Sicht von besonderer Relevanz sei. Vor allem der Erhalt der wertgebenden Sichtbezüge zum Ufer und zum gegenüberliegenden Ufer auf der Schweizer Seite sei hier von hoher Bedeutung. Die Sichtbezüge zum Seeufer der **Reichenau** würden durch die aktuell vorhandene Gewächshausbebauung zwar eingeschränkt, insgesamt sei jedoch der Bezug zum See und vor allem zum gegenüberliegenden Schweizer Ufer deutlich gegeben und rechtfertige die Freihaltung des Bereichs (Abwägungstabelle, Stand 12.05.2013, S. 11).
- 47 Angesichts dieser örtlichen Verhältnisse und der touristischen Relevanz der Unteren Rheinstraße durfte die Antragsgegnerin auch den Sichtbezügen vom Grundstück der Antragsteller zum Bodensee und seinen Ufern in der Abwägung deutliches Gewicht beimessen. Der Augenschein hat bestätigt, dass die von der Antragsgegnerin dargestellten Sichtbezüge tatsächlich bestehen. Von der Unteren Rheinstraße in Höhe des Grundstücks der Antragsteller kann man in südwestlicher Richtung ungehindert auf den Untersee blicken und auch den Ort Steckborn am Schweizer Ufer gut erkennen. Die seeseitige Bebauung entlang der Straße „Zum Schatthütle“ stört diesen Ausblick nicht; sie liegt nicht nur über 100 m entfernt von der Unteren Rheinstraße, sondern vor allem wegen des abfallenden Geländes deutlich tiefer. Die Dauerhaftigkeit dieser Sichtbeziehung vom Grundstück der Antragsteller in Richtung Steckborn wird dadurch gewährleistet, dass der Bebauungsplan auch auf den sich südwestlich anschließenden Grundstücken Flst.-Nrn. ..., ..., ..., ..., ..., ..., ... und ... von Bebauung freizuhaltende Flächen festsetzt. Der Blick vom Grundstück der Antragsteller Richtung Süden ist derzeit zwar durch die auf den Grundstücken Flst.-Nrn. ... und ... vorhandenen Gewächshäuser noch deutlich eingeschränkt. Auch diese Grundstücke setzt der Bebauungsplan aber als Flächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB fest, so dass sie auf längere Sicht - mit Ablauf des Bestandsschutzes für die Gewächshäuser - von Bebauung frei sein werden. Zudem besteht jedenfalls für einen Erwachsenen auch über die Gewächshäuser hinweg noch teilweise Seesicht.
- 48 Soweit sich die Antragsteller in diesem Zusammenhang darauf berufen, angesichts der topographischen Lage ihres Grundstücks sei auch bei einer Bebauung eine Durchsichtigkeit denkbar, ist ihnen entgegenzuhalten, dass jede Bebauung die - gerade wegen der Höhenlage besonders reizvolle - Aussicht zumindest beeinträchtigen würde. Im Übrigen hat der Senat nicht zu entscheiden, ob allein die Sichtbezüge zum See und seinen Ufern die vollständige Freihaltung des Grundstücks der Antragsteller rechtfertigen können. Es genügt, dass diese zusammen mit dem öffentlichen Belang des Erhalts der historischen Siedlungsstruktur hinreichend gewichtig sind, um das gegenläufige Interesse der Antragsteller am Fortbestehen der Bebauungsmöglichkeiten

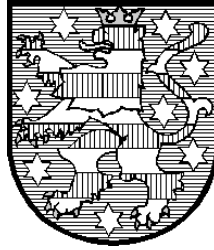
nach § 35 BauGB zu überwiegen.

- 49 cc) Schließlich werden die Antragsteller entgegen ihrer Auffassung auch nicht gleichheitswidrig gegenüber dem Eigentümer des Grundstücks Flst.-Nr. ... südlich der Straße „Am Schatthütte“ benachteiligt. Für die Ausweisung eines Baufensters auf diesem bislang nur mit zwei Carports bebauten Grundstück bestand ein hinreichend gewichtiger sachlicher Grund im Sinne von Art. 3 Abs. 1 GG. Die Antragsgegnerin hat darauf verwiesen, dass für die Bebauung dieses Grundstücks mit einem Wohnhaus am 15.11.2011 ein Bauvorbescheid erteilt worden war, den sie nicht ignorieren könne (Planbegründung S. 6). Dieser Bauvorbescheid ist zwar nicht bestandskräftig geworden, weil die Antragsgegnerin ihn angefochten hat. Sie hat aber dargelegt, dass sie sich mit dem Eigentümer des Grundstücks Flst.-Nr. ... auf ein gegenüber dem Bauvorbescheid reduziertes Vorhaben geeinigt habe. Das Gebäude sei jetzt so auf dem Grundstück platziert worden, dass der Seeblick insbesondere von der Unteren Rheinstraße aus möglichst weitgehend erhalten bleibe; außerdem sei die Gebäudehöhe beschränkt worden (Planeinschrieb WA 3: GH max. 408,5 ü.NN) und nur ein Vollgeschoss zulässig (Planbegründung S. 6). Die Ausgangslage auf dem Grundstück Flst.-Nr. ... sei angesichts der östlich und westlich vorhandenen bandartigen Bebauung entlang der Südseite der Straße „Zum Schatthütte“, die nahezu keinen Streusiedlungscharakter mehr aufweise, mit der Situation auf den nördlich davon gelegenen Grundstücken nicht vergleichbar. Diese Ausführungen sind zutreffend. Der Senat hat sich auch insoweit beim Augenschein davon überzeugt, dass die Antragsgegnerin die örtlichen Gegebenheiten richtig dargestellt hat und dass die jetzt zulässige Bebauung des Grundstücks Flst.-Nr. ... angesichts der Begrenzung der Gebäudehöhe, des zum See hin abfallenden Geländes und der gegenüber dem Bauvorbescheid erfolgten Verschiebung des Baufensters Richtung See die Seesicht kaum beeinträchtigen können wird, zumal auf dem Grundstück nördlich des geplanten Gebäudes bereits zwei Carports bestehen.

III.

- 50 Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 154 Abs. 1, 159 Satz 2 VwGO. Die Revision ist nicht zuzulassen, weil keine der Voraussetzungen des § 132 Abs. 2 VwGO vorliegt.
- 51 **Beschluss vom 17. März 2015**
- 52 Der Streitwert wird für das Normenkontrollverfahren endgültig auf EUR 20.000,-- festgesetzt (vgl. § 52 Abs. 1 GKG).
- 53 Dieser Beschluss ist unanfechtbar.

VERWALTUNGSGERICHT MEININGEN



BESCHLUSS

In dem Verwaltungsrechtsstreit

Gemeinde Marksuhl,
vertreten durch den Bürgermeister,
Bahnhofstraße 1, 99819 Marksuhl,

- Antragstellerin -

bevollmächtigt:
Rechtsanwältin Martina Trostmann,
Helenenstraße 4, 99817 Eisenach,

gegen

Landkreis Wartburgkreis,
vertreten durch den Landrat,
Erzberger Allee 14, 36433 Bad Salzungen,

- Antragsgegner -

G_____ GmbH & Co. KG,
vertreten durch den Geschäftsführer W_____ G_____,
O_____, _____ H_____,

- Beigeladene -

bevollmächtigt:
Rechtsanwälte Dr. Maslaton und Kollegen,
Hinrichsenstraße 16, 04105 Leipzig

Vertreter des öffentlichen Interesses
Thüringer Innenministerium,
Steigerstraße 24, 99096 Erfurt,

- Beteiligter -

wegen

Anfechtung der Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens
hier: Antrag nach § 80 a Abs. 3 VwGO i.V.m. § 80 Abs. 5 VwGO

hat die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Meiningen

durch

den Vizepräsidenten des VG Michel,
den Richter am VG Both-Kreiter,
die Richterin am VG Spiekermann,
die ehrenamtliche Richterin
den ehrenamtlichen Richter

auf Grund mündliche Verhandlung

vom 25. Januar 2006 **b e s c h l o s s e n :**

1. Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs der Antragstellerin gegen den Bescheid des Landratsamtes Wartburgkreis vom 12.05.2005 wird angeordnet.
2. Der Antragsgegner und die Beigeladene haben die Kosten des Verfahrens - mit Ausnahme ihrer außergerichtlichen Aufwendungen, die sie selbst zu tragen haben - jeweils zur Hälfte zu tragen.
3. Der Streitwert wird auf 25.000,- EUR festgesetzt.

G r ü n d e :

I.

1. Die Beigeladene beantragte am 20.01.2005 beim Antragsgegner die Baugenehmigung für die Errichtung von zwei Windenergieanlagen vom Typ MM 82 mit einer Nabenhöhe von 100 m und einem Rotor von 82 m mit Zuwegung und Trafostation zur Erzeugung von Strom auf dem Grundstück Flur 8, Flurstücks-Nr. a der Gemarkung Eckhardtshausen, Gemeinde Marksuhl. Die Standorte der beiden Windenergieanlagen befinden sich auf einer

Höhe von etwa 435 m und 461 m auf dem Milmesberg (461 m). Die Standorte liegen an einer öffentlichen Verkehrsfläche, einem Feldweg. Das Gebiet um den Milmesberg ist im Regionalen Raumordnungsplan Südthüringen (im Folgendem: RROP) als Gebiet zur Nutzung der Windenergie ausgewiesen. Die Standorte für die Windkraftanlagen befinden sich in einer Entfernung von etwa 607 m bzw. 936 m zu Eckhardtshausen. Die Wartburg (Wartburghof 411 m) ist etwa 7,5 km Luftlinie entfernt und der Rennsteig etwa 4,5 km. Der Milmesberg liegt im Schutzgebiet „Naturpark Thüringer Wald“.

Die Antragstellerin versagte unter dem 01.03.2005 ihr gemeindliches Einvernehmen zum Bauvorhaben der Beigeladenen. Mit Schreiben vom 05.04.2005 forderte der Antragsgegner die Antragstellerin auf, erneut über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens binnen eines Monats zu entscheiden. Zugleich teilte er mit, dass andernfalls beabsichtigt sei, das fehlende Einvernehmen zu ersetzen und die beantragte Baugenehmigung zu erteilen. Unter dem 04.05.2005 verweigerte die Antragstellerin die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zum Bauvorhaben der Beigeladenen.

Mit Bescheid vom 12.05.2005 erteilte der Antragsgegner der Beigeladenen die Genehmigung zur Errichtung der beiden Windkraftanlagen (Ziffer 1) und ersetzte zugleich das durch die Antragstellerin versagte Einvernehmen (Ziffer 2). Auf die Begründung des Bescheides wird Bezug genommen.

Die Antragstellerin legte am 30.05.2005 gegen den Bescheid vom 12.05.2005 Widerspruch ein und beantragte zugleich die Aussetzung der Vollziehung. Letzteres lehnte der Antragsgegner unter dem 06.06.2005 ab.

2. Die Antragstellerin hat am 16.06.2005 bei Gericht um vorläufigen Rechtsschutz nachgesucht.

Sie beantragt,

die aufschiebende Wirkung ihres Widerspruchs gegen die
der Beigeladenen erteilte Baugenehmigung vom
12.05.2005 anzuordnen.

Die Erschließung sei nicht gesichert. Die Mindestanforderungen an die Zuwegung für den Aufbau der Windkraftanlagen seien nicht gegeben. Für die Herstellung und Unterhaltung der Erschließung kämen unwirtschaftliche Ausgaben auf die Gemeinde zu. Von den Anla-

gen seien schädliche Umwelteinwirkungen zu erwarten. Insbesondere für den Ortsteil Eckhardtshausen seien mit einer erheblichen, unzumutbaren Geräuschbelastung und einem nicht hinnehmbaren Schattenwurf zu rechnen. Die vorliegende Lärmprognose werde angezweifelt. Belange des Naturschutzes seien nicht ausreichend geprüft worden. Das Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung sei mangels Begründung nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden. Es sei vor Erteilung der Baugenehmigung auch nicht hinreichend überprüft worden, ob dem Vorhaben ein Fledermaushabitat entgegenstehe. Nach dem nunmehr vorliegenden Gutachten sei das streitgegenständliche Bauvorhaben auf Grund der vorhandenen Fledermauspopulation auf dem Milmesberg wegen entgegenstehender Belange des Natur- und Artenschutzes nicht genehmigungsfähig. Es sei weiterhin nicht berücksichtigt worden, dass sich in dem Gebiet ein Schwarzstorchhorst befinde. Belange des Denkmalschutzes stünden dem Vorhaben ebenfalls entgegen. Das Bauvorhaben befinde sich im Blickfeld der Wartburg, welche als UNESCO-Weltkulturerbe besonders schützenswert sei. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass die Verwirklichung des Bauvorhabens zu einer Aberkennung des Status als Weltkulturerbe führe. Eine Verunstaltung des bislang nicht vorbelasteten Landschaftsbildes um den Milmesberg sei zu befürchten. Die Bergkuppe sei für die Umgebung landschaftsbildprägend. Die dem Bauvorhaben entgegenstehenden öffentlichen Belange seien im Rahmen der regionalen Raumordnungsplanung nicht geprüft und abgewogen worden, sodass sie trotz Ausweisung eines Vorranggebietes durch den Regionalen Raumordnungsplan Südthüringen beachtlich seien. Aus den Unterlagen, die Grundlage für die Ausweisung der Vorranggebiete gewesen seien, ergebe sich, dass gerade keine Abwägung hinsichtlich des streitgegenständlichen Vorranggebiets stattgefunden habe, da der Standort Milmesberg bei den Untersuchungen nicht vorkomme. Dieser Standort sei erst im Rahmen einer Planungsausschusssitzung auf Vorschlag des Vertreters des Wartburgkreises ohne weitere Prüfung den übrigen Standorten für Windkraftanlagen hinzugefügt worden. Ausweislich der Unterlagen zur Ausweisung der Vorranggebiete sei auch keine Voruntersuchung hinsichtlich vorhandener Fledermaushabitate erfolgt. Eine Abwägung aller öffentlichen Belange habe auch aus anderen Gründen bei der Aufstellung des regionalen Raumordnungsplanes nicht erfolgen können. So sei die Unterschutzstellung der Wartburg als UNESCO-Weltkulturerbe erst später erfolgt. Die optischen Auswirkungen auf das Landschaftsbild hätten auch nicht geprüft werden können, da zu diesem Zeitpunkt im Wartburgkreis noch keine Windkraftanlagen errichtet gewesen seien. 1997 sei man zudem noch nicht von Windkraftanlagen in den heutigen Dimensionen ausgegangen. Das der Ausweisung zu Grunde liegenden Standortgutachten (Döpel-Gutachten

vom Januar 1996) gehe - insbesondere bei der Festlegung der Pufferzonen - von Anlagen mit Nabenhöhen zwischen 40 m und 65 m aus. Die Untersuchungen seien für höhere Anlagen auch nur eingeschränkt verwertbar. Es seien angesichts der neuen Anlagengrößen neue standortbezogene Prüfungen und Bewertungen möglicher Konflikte mit öffentlichen Belangen erforderlich. Weiterhin habe noch nicht berücksichtigt werden können, dass das Gebiet 2001 zum Schutzgebiet „Naturpark Thüringer Wald“ erklärt werden würde. Die Windkraftanlagen seien mit den Zielen des Naturparks nicht vereinbar. Im Übrigen leide der Regionale Raumordnungsplan Südthüringen offensichtlich an zahlreichen Widersprüchen und Abwägungsfehlern. So sehe dieser insgesamt nur sechs Vorranggebiete für Windenergiegewinnung vor und diese alle im Wartburgkreis. Der Abstand zwischen einzelnen Vorranggebieten sei mit nur 2, 3 km für eine ausgewogene Raumnutzung zu gering. Laut Begründung des Raumordnungsplanes seien bei der Ausweisung von Vorranggebieten Mindestabstände berücksichtigt worden. Vorliegend werde jedoch weder der hiernach erforderliche Abstand von 1 km zu Wohn- und Dorfgebieten, noch ein Abstand von 5 km zu markanten geomorphologischen Elementen - hier die Kammlage des Thüringer Waldes und der Rennsteig - eingehalten. Das Ziel des Raumordnungsplans, besonders landschaftsprägende Kulturdenkmale wie die Wartburg mit Umgebungsschutz zu gewährleisten, werde ebenfalls nicht verwirklicht. Die Absicht der Regionalen Planungsgemeinschaft Südwestthüringen, den Standort Milmesberg einer Prüfung im Rahmen der Planfortschreibung zu unterziehen, belege, dass im Rahmen der Planungsprozesse in der Vergangenheit Fehler gemacht worden seien. Der Bauherrin entstünden durch einen einstweiligen Baustopp keine Nachteile, da die Anlagen sowieso auf absehbare Zeit nicht ans Stromnetz angeschlossen werden könnten. Anfang November hätten noch keine Vereinbarungen mit Netzbetreibern sowie keine verbindliche Reservierung von Einspeiseleistungen vorgelegen. Die Voraussetzungen für die Errichtung von Kabeltrassen seien ebenfalls noch nicht gegeben. Dies sei wegen der verschiedenen Eigentumsrechte auch sehr zeitaufwendig.

Der Antragsgegner beantragt,

den Antrag abzulehnen.

Der öffentliche landwirtschaftliche Weg sei als Erschließung ausreichend. Der Transport der Anlagenkomponenten sei Sache der Bauherrin. Eventuell erforderliche Instandsetzungen von Wegen nach Ende der Bauzeit seien nicht im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu klären. Nach der vorliegenden Schallimmissions- und Schattenwurfprognose sei

sichergestellt, dass die zulässigen Immissionswerte zur nächstgelegenen Wohnbebauung eingehalten würden. Es handele sich hierbei um standardisierte Berechnungsmodelle, die auf DIN-Normen basierten. Die Bauherrin sei zum Einbau eines Schattenwurfmodulmoduls beauftragt worden. Im Übrigen habe gemäß einer Auflage in der Baugenehmigung nach Inbetriebnahme eine Kontrollmessung stattzufinden. Die Bauaufsichtsbehörde habe im Rahmen eines Bauantragsverfahrens von der Gültigkeit des Regionalen Raumordnungsplans Südthüringen auszugehen. Mit der Ausweisung des Milmesberges als Vorranggebiet für die Nutzung von Windenergie stehe fest, dass die Errichtung von Windkraftanlagen an diesem Standort nicht zu einer unzulässigen Verunstaltung des Orts- und Landschaftsbildes führe. Man habe sich bei der Ausarbeitung des Raumordnungsplanes dafür eingesetzt, dass die Vorranggebiete ausreichend Abstand zu vorhandenen Kulturdenkmälern wie der Wartburg einhalten. Auf Grund der Entfernung zur Wartburg sei eine förmliche Beteiligung der Unteren Denkmalschutzbehörde nicht erfolgt. Ausgehend von den zwei großen Hauptverkehrsachsen, der Bundesautobahn A 4 und der Bundesstraße B 84, sei keine Beeinträchtigung der Sichtbeziehungen zur Wartburg durch die Windkraftanlagen auf dem Milmesberg zu erwarten.

Die Beigeladene beantragt ebenfalls,

den Antrag abzulehnen.

Als Erschließung sei für ein im Außenbereich privilegiertes Vorhaben ein Mindestmaß an Zugänglichkeit ausreichend. Es komme nur darauf an, dass die Wege geeignet seien, den von der Nutzung der baulichen Anlagen ausgehenden Verkehr aufzunehmen, was vorliegend bei dem vorhandenen Feldweg der Fall sei. Im Übrigen sei auch das vorhandene Straßennetz ausreichend für den Baustellenverkehr. Auf Grund ihrer Vorrangfunktion könnten nur solche Standorte als regionalplanerische Vorranggebiete festgelegt werden, die gewährleisten, dass sich die als vorrangig vorgesehene Nutzung auch tatsächlich durchsetzen lasse. Mit der Ausweisung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung seien folglich all diejenigen öffentlichen Belange abgewogen worden, die für die Standortentscheidung erheblich gewesen seien. Diese Belange könnten wegen der gesetzlichen Abwägungsabschichtungsklausel dem Vorhaben nicht mehr entgegen gehalten werden. Aus den der Ausweisung der Vorranggebiete im Regionalplan zu Grunde liegenden Unterlagen gehe hervor, dass man bereits damals von Windenergieanlagen mit Nabenhöhen bis zu 65 m ausgegangen sei und man habe auch berücksichtigt, dass zukünftig mit noch höheren

Anlagen zu rechnen sei. Deshalb habe man auch bei der Festlegung der Vorranggebiete von einer Höhenbeschränkung der Windenergieanlagen abgesehen. Auf Grund des beschränkten Prüfungsumfangs des gerichtlichen Eilverfahrens sei die Wirksamkeit des Regionalen Raumordnungsplans Südthüringen zu unterstellen. Dies gelte nur nicht für offensichtliche und eindeutige Fehler der Regionalplanung, welche vorliegend nicht gegeben seien. Aus regionalplanerischen Gründen seien nur im Wartburgkreis Vorranggebiete ausgewiesen worden. Ein Mindestabstand zwischen zwei Vorranggebieten von mindestens 5 km sei nicht zwingend erforderlich. Es sei auch unerheblich, dass das Vorranggebiet Milmesberg die im Regionalen Raumordnungsplan vorgesehenen Mindestabstände zu schutzbedürftigen Bereichen nicht einhalte. Es handele sich hierbei um generelle Abwägungsrichtlinien, die der Planungsgeber berücksichtigt habe, von denen er aber im Einzelfall unter Abwägung der konkret betroffenen Interessen abweichen können. Unabhängig hiervon stünden dem Vorhaben auch keine öffentlichen Belange entgegen. Ein unzumutbarer Schattenwurf gehe von den Anlagen nicht aus. Dies werde durch den Einbau des Schattenmoduls gewährleistet. Die Frage, ob das Gebot der Rücksichtnahme wegen auftretender Lärmimmissionen verletzt werde, setze eine Bewertung der besonderen Umstände des Einzelfalls voraus. Das Abstellen auf einen verallgemeinerten Mindestabstand verbiete sich. Vorliegend sei die Zumutbarkeit durch eine Immissionsprognose nachgewiesen. Die Werte der TA-Lärm würden danach eingehalten, auch unabhängig davon, ob es sich bei der nächstgelegenen Wohnbebauung um ein Mischgebiet oder um ein allgemeines Wohngebiet handele. Eine mögliche Entwicklung von Eckhardtshausen zu einem Fremdenverkehrsort sei für die Beurteilung nicht maßgebend. Die Belange des Naturschutzes seien ausweislich der Begründung des Raumordnungsplanes bereits bei der Ausweisung des Vorranggebietes durch die Festlegung von Ausschlussgebieten berücksichtigt worden. Zum Schutz des Fledermausvorkommens seien in der Baugenehmigung Auflagen erteilt worden. Das nunmehr vorliegende Fledermausgutachten bestätige, dass die Errichtung von vier Windenergieanlagen auf dem Milmesberg genehmigungsfähig sei. Das Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung sei ordnungsgemäß durchgeführt worden. Eine Begründung sei gesetzlich nicht vorgeschrieben. Denkmalschutzrechtliche Belange seien hinsichtlich der Wartburg bereits vom Regionalen Planungsgeber im Rahmen seiner Abwägung berücksichtigt worden. Die Sichtbeziehungen zur Wartburg seien durch die Windkraftanlagen nicht beeinträchtigt. Der Umgebungsschutz für die Wartburg werde durch das Vorranggebiet auf dem Milmesberg auf Grund der Entfernung nicht beeinträchtigt. Der Belang der Verunstaltung des Landschaftsbildes sei ebenfalls bereits im Rahmen der Regionalplanung berücksichtigt

worden. Unabhängig hiervon könne eine verunstaltende Wirkung von Windenergieanlagen auf Grund deren Privilegierung im Außenbereich nur dann angenommen werden, wenn es sich um eine wegen ihrer Schönheit und Funktion besonders schützenswürdige Umgebung handele oder wenn ein besonders grober Eingriff in das Landschaftsbild zu befürchten sei. Beides sei - auch wegen der zahlreichen Vorbelastung des Standortes (ehemaliger Militärstandort, Sendemast, Aufschüttungen im Kuppenbereich, unterdurchschnittliche Naturnähe, Windkraftanlagen zwischen Marksuhl und Förtha) - nicht der Fall. Hierzu werde auf die Einschätzung der Planungsgemeinschaft Marienau verwiesen. Das Vorhaben widerspreche auch nicht den Vorschriften der Verordnung über den Naturpark Thüringer Wald. Danach seien Windenergieanlagen nur im Bereich des Rennsteiges verboten. Im Übrigen sei im Rahmen einer Interessenabwägung dem Vollzugsinteresse der Bauherrin der Vorrang einzuräumen. Dies ergebe sich bereits aus der gesetzgeberischen Wertung des § 212 a BauGB. Ein Baustopp hätte zudem irreversible Folgen. Im Nachhinein könne eine Anlage nicht mehr zu den kalkulierten und so nur finanzierten Bedingungen genutzt werden. Zudem könnten eingegangene Kreditverpflichtungen und Verschlechterung der Absetzbarkeit von „Windstrom“ bei Eilantragsstattgabe den Vorteil zunichte machen, den die erteilte Baugenehmigung verheiße. Die noch notwendigen Vertragsverhandlungen könnten parallel zu den Bauarbeiten geführt und auf diese Weise unnötige Zeitverzögerungen bei der Realisierung des Projekts vermieden werden. Weiterhin bestünde auf Grund von Klimaschutzprogrammen ein gesteigertes öffentliches Interesse an der Verwirklichung von Windenergieanlagenprojekten.

Die Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen teilte mit Schreiben vom 01.12.2005 dem Gericht mit, dass die Mitglieder der Planungsversammlung und des Planungsausschusses in ihren Sitzungen am 11.10./22.11.2005 den Willen bekundet hätten, das Vorranggebiet auf dem Milmesberg im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans wegen der Nähe zur Wartburg, der Lage im Naturpark Thüringer Wald, der Nähe zum Rennsteig und wegen der kontinuierlichen Entwicklung der Nabenhöhen der Windkraftanlagen und die damit zunehmende Beeinträchtigung des Landschaftsbildes vor allem durch ihre Fernwirkung neu zu bewerten.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakte und die Behördenakten Bezug genommen.

II.

Der Antrag ist zulässig.

Der Antrag ist statthaft. Die Baugenehmigung ist gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 3 VwGO kraft Gesetzes sofort vollziehbar, da Widerspruch und Anfechtungsklage hiergegen nach § 212 a Abs. 1 BauGB keine aufschiebende Wirkung haben. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage nach § 212 a Abs. 1 BauGB erfasst auch die Rechtsbehelfe einer Gemeinde, mit denen sie sich gegen eine ohne ihr erforderliches Einvernehmen erteilte Baugenehmigung wendet (vgl. HessVGH, Beschl. v. 07.12.2000 - 4 TG 3044/99 -, BauR 2001, 924 f.; Niedersächsisches OVG, Beschl. v. 09.03.1999 - 1 M 405/99 -, NVwZ 1999, 1005 f.; VGH Bad-Württ., Beschl. v. 11.05.1998 - 5 S 465/98 -, NVwZ 1999, 422 f.; VG Neustadt, Beschl. v. 08.08.2005 - 4 L 1226/05.NW -, zitiert nach Juris). Soweit die Baugenehmigung als Ersatzvornahme nach § 69 Abs. 4 Satz 1 ThürBO gilt, haben Widerspruch und Anfechtungsklage nach § 69 Abs. 4 Satz 2 ThürBO ebenfalls keine aufschiebende Wirkung.

Die Antragstellerin ist auch entsprechend § 42 Abs. 2 VwGO analog antragsbefugt. Sie behauptet, in den ihr nach § 36 BauGB zustehenden Beteiligungsrechten verletzt zu sein, da das Bauvorhaben gegen § 35 BauGB verstoße und sie daher ihr Einvernehmen zu Recht versagt habe. Durch die Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens kann die Gemeinde in ihrer Planungshoheit (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG) verletzt sein. Aus der Planungsbefugnis der Gemeinde ergibt sich ihr Recht zur Beteiligung an Vorhaben, die ihre Planungsfreiheit berühren oder sich auf den örtlichen Bereich auswirken. Da in der Zulassung von Vorhaben nach den §§ 33 bis 35 BauGB eine Präjudizierung gemeindlicher Planung liegen kann, stellt § 36 Abs. 1 BauGB ein sich aus Art. 28 GG ergebendes Beteiligungsrecht dar (vgl. Battis/Krautzberger/Löhr: Kommentar BauGB, 9. Aufl., § 36 Rdnr. 1).

Die Antragstellerin hat beim Antragsgegner mit Schriftsatz vom 26.05.2005 einen Aussetzungsantrag nach § 80 a Abs. 3 Satz 2 VwGO i.V.m. § 80 Abs. 6 Satz 1 VwGO gestellt, den der Antragsgegner unter dem 06.06.2005 ablehnte. Der Antrag ist im Fall des Drittwiderspruchs gegen eine Baugenehmigung grundsätzlich Zulässigkeitsvoraussetzung für das gerichtliche Eilverfahren (vgl. ThürOVG, Beschl. v. 27.06.1994 - 1 EO 133/93 -, ThürVBl 1995, 64 f.).

Die Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes ist vorliegend auch nicht rechtsmissbräuchlich, weil die Antragstellerin sich im Rahmen der Verfahrens zur Aufstellung des Regionalen Raumordnungsplanes nicht gegen das Vorranggebiet auf dem Milmesberg ausgesprochen hat, den Milmesberg vielmehr selbst nach einem Beschluss des Gemeinderates vom 29.01.1998 als Fläche für die Nutzung von Windenergie benannt hatte. Unabhängig davon, dass die Antragstellerin zu diesem Zeitpunkt davon ausgegangen ist, dass eine Beschränkung der Nabenhöhe von Windkraftanlagen auf 45 m im Regionalen Raumordnungsplan erfolgen würde, betrifft das vorliegende Verfahren nicht die Unwirksamkeit bzw. Wirksamkeit des Regionalen Raumordnungsplanes, sondern die Frage der Rechtmäßigkeit von konkreten Bauvorhaben und damit die Frage, ob - unabhängig von der grundsätzlichen Befürwortung eines Vorranggebietes für Windenergie - den konkreten Anlagen öffentliche Belange entgegenstehen.

Der Antrag hat auch in der Sache Erfolg.

Im Rahmen des Antrags nach § 80 a Abs. 3 in Verbindung mit § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO hat eine Interessenabwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an der sofortigen Vollziehung und dem privaten Interesse der Beigeladenen an einer sofortigen Ausnutzung der Baugenehmigung einerseits und dem Interesse der Antragstellerin an einer vorläufigen Verhinderung des Bauvorhabens andererseits stattzufinden. Dabei ist davon auszugehen, dass in der Regel dem Antrag des Dritten auf Aussetzung der Vollziehung stattzugeben ist, wenn die Baugenehmigung nach summarischer Prüfung offensichtlich rechtswidrig ist und dessen Rechte verletzt, denn in diesem Fall kann ein überwiegendes öffentliches Interesse des Bauherrn oder ein Interesse der Öffentlichkeit an einer sofortigen Ausnutzung der Baugenehmigung nicht bestehen. Umgekehrt wird regelmäßig der Antrag abzulehnen sein, wenn die Baugenehmigung - mag sie auch rechtswidrig sein - den Antragsteller nicht in eigenen Rechten betrifft. Ist der Ausgang des Hauptsacheverfahrens dagegen offen, ist eine Abwägung der Interessen vorzunehmen, die für oder gegen eine sofortige Vollziehung der Baugenehmigung sprechen. Bei dieser Abwägung hat das Gericht das Gewicht der Beteiligteninteressen und das konkrete Ausmaß ihrer Betroffenheit zu berücksichtigen.

Vorliegend kann das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens auf Grund des eingeschränkten Prüfungsumfanges nicht abschließend klären, ob das gemeindliche Einvernehmen zu Recht ersetzt wurde oder nicht, d.h. ob die streitgegenständliche Baugenehmigung wegen Verstoßes gegen Bauplanungsrechts rechtmäßig oder rechtswidrig ist. Die Erfolgsaussichten

des Widerspruchs der Antragstellerin sind vielmehr offen. Dies ergibt sich im Einzelnen aus Folgendem:

Nach § 69 Abs. 1 Satz 1 ThürBO soll das fehlende Einvernehmen nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 ersetzt werden, wenn eine Gemeinde, die - wie vorliegend - nicht untere Bauaufsichtsbehörde ist, ihr nach § 36 Abs. 1 Satz 1 und 2 BauGB erforderliche Einvernehmen rechtswidrig versagt hat.

Die formellen Anforderungen an das Ersetzungsverfahren hat der Antragsgegner eingehalten. Die Gemeinde ist vor Erlass der Baugenehmigung angehört worden und ihr wurde mit Schreiben vom 05.04.2005 Gelegenheit gegeben, binnen angemessener Frist, hier binnen Monatsfrist, erneut über das Einvernehmen zu entscheiden (§ 69 Abs. 3 ThürBO).

Es ist offen, ob die Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens materiell rechtmäßig ist, weil die Gemeinde ihr Einvernehmen vorliegend rechtswidrig versagte. Dies wäre der Fall, wenn das Bauvorhaben der Beigeladenen, die Errichtung der beiden Windkraftanlagen, nicht gegen Bauplanungsrecht verstoßen würde. Bei dem Bauvorhaben der Beigeladenen handelt es sich um die Errichtung von baulichen Anlagen nach § 29 Abs. 1 BauGB, für die die §§ 30 bis 37 BauGB gelten. Das Bauvorhaben soll im Außenbereich verwirklicht werden - für das Gebiet existiert kein Bebauungsplan (§ 30 BauGB) und es liegt nicht innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils (§ 34 BauGB) -, so dass § 35 BauGB einschlägig ist. Bei raumbedeutsamen Vorhaben ist nach § 35 Abs. 3 Satz 2, 1. Halbsatz BauGB Voraussetzung, dass diese den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen (1). Nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB ist im Außenbereich ein privilegiertes Vorhaben, das - wie vorliegend - der Nutzung der Windenergie dient, weiterhin nur zulässig, wenn die ausreichende Erschließung gesichert ist (2) und öffentliche Belange nicht entgegenstehen (3).

(1) Bei den beiden Windkraftanlagen handelt es sich auf Grund ihrer Höhe und des exponierten Standorts auf dem Milmesberg und der damit einhergehenden Wirkungen auf die weitere Umgebung um raumbedeutsame Vorhaben im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 2, 1. Halbsatz BauGB (vgl. hierzu BVerwG, Urt. v. 02.08.2002 - 4 B 36.02 -, zitiert nach Juris; VG Weimar, Urt. v. 09.11.2000 - 1 K 654/00 -, ThürVBl 2001, 117 f.). Die Windkraftanlagen stehen im Einklang mit den Zielen der Raumordnung, da in dem am 05.10.1999 in Kraft getretenen Regionalen Raumordnungsplan Südthüringen (Sonderdruck Nr. 3/1999 des Thüringer Staatsanzeigers, Beilage zu Nr. 40/1999) für den Standort Milmesberg ein Vorranggebiet für die Errichtung von Einzelanlagen und Anlagengruppen zur Windener-

gienutzung für eine Netzeinspeisung gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 3 ThürLPLG, § 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 ROG ausgewiesen ist. Hierbei ist es auch unbeachtlich, dass laut Auskunft der Regionalen Planungsstelle Südwestthüringen eine Neubewertung des Bereichs Milmesberg erfolgen soll. Selbst wenn dies zur Aufhebung des Vorranggebiets für Windenergie führen würde, hätte dies keine Auswirkungen auf das vorliegende Verfahren, da nach Erteilung einer Baugenehmigung eintretende Rechtsänderungen zu Lasten des Bauherrn unberücksichtigt bleiben, auch wenn das Vorhaben dadurch objektiv unzulässig und einen Dritten in dessen Rechten verletzt würde (BVerwG, Urt. v. 21.05.1969 - 4 C 7/67 -, ZMR 1970, 375; Urt. v. 19.09.1969 - 4 C 18.67 -, NJW 1970, 263 f.; Beschl. v. 23.04.1998 - 4 B 40/98 -, zitiert nach Juris; ThürOVG, Beschl. v. 20.12.2004 - 1 EO 1077/04 -, BauR 2005, 106 f.).

(2) Das Erfordernis der ausreichenden wegemäßigen Erschließung wird vorliegend durch den vorhandenen öffentlichen Weg erfüllt. Für die Erschließung ist es erforderlich, dass das Bauvorhaben über einen öffentlichen Weg oder eine Straße verkehrlich erreichbar ist und dass diese Zuwegung auf Dauer zur Verfügung steht (vgl. BVerwG, Urt. v. 08.05.2002 - 9 C 5/01 -, NVwZ-RR 2002, S. 770 f.). Die Mindestanforderungen an einer ausreichenden Erschließung bestimmen sich nach Art und Umfang jeweils nach dem zu errichtenden Vorhaben. Es kommt hierbei auf die Auswirkungen und Bedürfnisse des jeweiligen Bauvorhabens, insbesondere auf das zu erwartende Verkehrsaufkommen für die Nutzung des Bauvorhabens an (BVerwG, Urt. v. 13.02.1976 - 4 C 53.74 -, BauR 76, 185). Nicht entscheidend ist hingegen, welche Anforderungen an die Erreichbarkeit während der Bauphase zu stellen sind. Dies ist Sache des Bauherrn und betrifft die Frage, ob das Bauvorhaben für ihn - auch unter Kostengesichtspunkten - überhaupt verwirklicht werden kann. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass an ein im Außenbereich privilegiertes Bauvorhaben nicht so hohe Anforderungen an die Erschließung gestellt werden können wie an ein Innenbereichsvorhaben. So sind beispielsweise an die Sicherung der Erschließung eines im Außenbereich liegenden landwirtschaftlichen Betriebs herkömmlicherweise nur geringe Anforderungen zu stellen (vgl. BVerwG, Urt. v. 30.08.1985 - 4 C 48/81 -, zitiert nach Juris). Gleiches gilt für Windkraftanlagen, die nur geringe Anforderungen an die wegemäßige Erschließung für deren Nutzung stellen, da sie nur gelegentlich, insbesondere zu Wartungszwecken, erreichbar sein müssen. Insoweit ist davon auszugehen, dass der vorhandene Feldweg als Erschließung ausreichend ist.

(3) Dem Bauvorhaben der Beigeladenen könnten jedoch öffentliche Belange entgegenstehen (§ 35 Abs. 1 BauGB). Zwar dürften von dem Bauvorhaben keine schädlichen Umwelt-

einwirkungen im Sinne von § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB ausgehen (a) und es sind keine unwirtschaftlichen Aufwendungen für Erschließungsmaßnahmen (vgl. § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 BauGB) zu befürchten (b). Es ist jedoch offen, ob den streitgegenständlichen Windkraftanlagen Belange des Naturschutzes, des Denkmalschutzes und des Schutzes des Landschaftsbildes im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB entgegenstehen (c). Eine Berufung auf diese öffentlichen Belange ist auch nicht nach § 35 Abs. 3 Satz 2, 2. Halbsatz BauGB ausgeschlossen (d).

(a) Schädliche Umwelteinwirkungen (vgl. § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB) sind von den Windkraftanlagen hinsichtlich Lärmemissionen und Schattenwurf nicht zu befürchten. Schädliche Umwelteinwirkungen liegen bei Immissionen vor, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen. Die Immissionen müssen das übliche und zumutbare Maß überschreiten. Hierbei sind die bebauungsrechtliche Prägung der Situation und die tatsächliche und planerische Vorbelastungen zu berücksichtigen (vgl. BVerwG, Urt. v. 30.09.1983 - 4 C 18.80 -, NJW 1984, 250). Anhaltspunkte für die Unzumutbarkeit von Beeinträchtigungen sind u.a. die technischen Regelwerke des Immissionsschutzrechtes wie die TA-Lärm, jedoch unter Berücksichtigung der konkreten bauplanungsrechtlichen Verhältnisse (vgl. BVerwG, Urt. v. 21.01.1983 - 4 C 59/79 -, BauR 1983, 143). Nach der vorliegenden Berechnung hinsichtlich der zu erwartenden Lärmimmissionen überschreiten die Lärmimmissionen der Windkraftanlagen die nach der TA-Lärm zulässigen Grenzwerte für ein allgemeines Wohngebiet - 55 dB(A) tags und 40 dB(A) nachts - bzw. für ein Dorf- und Mischgebiet - 60 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts - nicht. Von einer unzumutbaren Lärmbelästigung der Einwohner von Eckhardtshausen ist daher im Rahmen des Eilverfahrens nicht auszugehen. Eine unzumutbare Beeinträchtigung durch Schattenwurf dürfte ebenfalls auf Grund der vorliegenden Schattenwurfprognose und der hiernach erfolgten Auflage in der Baugenehmigung, ein Schattenwurfmodul einzubauen, welches gewährleistet, dass die maximale Schattenwurfdauer von 30 Stunden pro Jahr und 30 Minuten pro Tag eingehalten wird, ausgeschlossen sein. Dies gilt auch, obwohl der Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung nur 607 m beträgt. Eine abstrakte Bestimmung, welcher Mindestabstand bei Windkraftanlagen erforderlich ist, ist gerade nicht möglich, da auf die besonderen Umstände des Einzelfalles abzustellen ist, was vorliegend durch die Schattenwurfprognose geschehen ist.

(b) Unwirtschaftliche Aufwendungen für Straßen sind nicht zu befürchten, da nicht ersichtlich ist, dass auf die Gemeinde weitere Erschließungserfordernisse zukommen. Der vorhandene Feldweg ist - insoweit wird auf die obigen Ausführungen verwiesen - für eine wegemäßige Erschließung der Anlagen als ausreichend anzusehen.

(c) Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass dem Vorhaben Belange des Naturschutzes (aa) und des Denkmalschutzes (bb) entgegenstehen und dass die Windkraftanlagen das Landschaftsbild verunstalten (cc) (vgl. § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB).

(aa) Eine Beeinträchtigung der Belange des Naturschutzes kommt vorliegend schon deshalb in Betracht, weil der Milmesberg seit 2001 zum Schutzgebiet „Naturpark Thüringer Wald“ gehört. Es bedarf einer eingehenden rechtlichen Prüfung, die jedoch auf Grund ihrer Komplexität nicht Gegenstand des vorliegenden Eilverfahrens sein kann, ob eine Errichtung von Windkraftanlagen mit der Unterschutzstellung des Gebiets als Naturpark in Einklang zu bringen ist. Unabhängig davon, dass die Verordnung über den Naturpark Thüringer Wald vom 27.06.2001 (GVBl 2001, 300 f.) ein ausdrückliches Verbot für die Errichtung von Windparks und Windkraftanlagen nur für den Rennsteigbereich vorsieht (§ 4 Nr. 1), wird die Widerspruchsbehörde hier eine eingehende rechtliche Überprüfung vorzunehmen haben, ob die streitgegenständlichen Windkraftanlagen mit den Schutzzinhalten und Entwicklungszielen des Naturparks in Einklang zu bringen sind.

Belange des Naturschutzes können aber nicht nur beeinträchtigt sein, wenn eine förmliche Unterschutzstellung - wie vorliegend durch die Ausweisung als Naturpark - bereits stattgefunden hat (vgl. BVerwG, Urt. v. 13.04.1984 - 4 C 69.80 -). Auch in sonstigen Gebieten dürfen Außenbereichsvorhaben die Belange des Naturschutzes nicht in tatsächlicher Hinsicht beeinträchtigen. Maßgebend ist, ob die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne der §§ 1 und 2 BNatSchG negativ betroffen werden (vgl. BVerwG, Urt. v. 13.04.1984 - 4 C 69.80 -). Dies gilt insbesondere für die Erhaltung schützenswerter Tier- und Pflanzenarten. Vorliegend befindet sich auf dem Milmesberg ein Fledermaushabitat. Dem Gericht liegen keine hinreichenden Angaben dazu vor, wie gravierend die Beeinträchtigung dieses Fledermaushabitats durch die Windkraftanlagen sein wird und ob Kompensationsmaßnahmen ausreichend sind. Dies bedarf einer weitergehenden Begutachtung. Nach dem vorliegenden Gutachten vom 04.11.2005, welches im Auftrag der Beigeladenen erstellt wurde, spricht viel dafür, dass ein beachtlicher Eingriff in die Fledermauspopulation durch die Windkraftanlagen zu erwarten ist und dass die zur Kom-

pensation vorgeschlagenen Maßnahmen nicht realisierbar sind. Laut Gutachten stellt der Milmesberg einen für Fledermäuse wertvollen Lebensraum dar. Die betroffenen Flächen werden hiernach aus fledermausfachlicher Sicht als regional bedeutsam bewertet (Stufe 7 nach RECK 1990). Weiterhin wird im Gutachten ausgeführt, dass der geplante Eingriff zu Beeinträchtigungen für das Fledermausvorkommen führen könne, dass die Windenergieanlagen jedoch genehmigungsfähig seien, sofern die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung umgesetzt werden. Hierzu benennt das Gutachten zwei Empfehlungen. Zum einen wird im Gutachten empfohlen, die Windenergieanlagen während Zeiten mit hoher Fledermausflug-Aktivität zeitweise automatisch abzuschalten, insbesondere um Kollisionen und den von den Anlagen ausgehenden Barriereeffekt für Zeiten hoher Fledermausaktivität zu minimieren. Dies soll vor allem ziehende Fledermausarten schützen, bei denen das Kollisionsrisiko sehr hoch ist. Zum anderen sollen die Windenergieanlagen mit größtmöglicher Distanz zum Wald, und zwar mit einem Mindestabstand von 300 m zum nächstgelegenen Waldrand, errichtet werden. Dies ist erforderlich, um insbesondere die Jagdreviere der Fledermausarten zu erhalten, die entlang von Baumreihen fliegen. Auf Grund ihrer unterschiedlichen Schutzrichtungen sind beide Maßnahmen kumulativ erforderlich, um die Beeinträchtigungen zu reduzieren. Nach dem vorliegenden Kartenmaterial erscheint der Abstand von 300 m zum Waldrand von beiden Standorten nicht eingehalten zu werden. Insofern hat das Gericht nach summarischer Prüfung Bedenken an der Genehmigungsfähigkeit der Windkraftanlagen aus naturschutzrechtlicher Sicht. Eine abschließende Klärung dieser Frage bleibt dem Widerspruchsverfahren vorbehalten.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass hinsichtlich der Vorgehensweise der Baubehörde in diesem Punkt erhebliche Bedenken bestehen. So hat eine Begutachtung der Fledermaussituation vor Erlass der Baugenehmigung trotz entsprechender Hinweise der Unteren Naturschutzbehörde nicht stattgefunden. Vielmehr ist diese Überprüfung zur Auflage in der Baugenehmigung gemacht worden mit der Folge, dass die Begutachtung möglicherweise auch erst nach Errichtung der Windkraftanlagen und damit für einen umfassenden Schutz zu spät erfolgt wäre. Diese Vorgehensweise der Baubehörde ist auch deshalb bedenklich, da im Vorfeld nicht ausgeschlossen werden konnte, dass eine Begutachtung zu dem Ergebnis gelangt, dass - beispielsweise wegen des Funds einer vom Aussterben bedrohten und deshalb besonders geschützten Fledermausart - der Eingriff in den Naturhaushalt derart gravierend ist, dass Kompensationsmaßnahmen nicht ausreichend

sind. Dies hätte zur Folge, dass man im Nachhinein zu dem Ergebnis käme, dass die Baugenehmigung nicht hätte erteilt werden dürfen.

Neben einer Begutachtung der Fledermaushabitate wird die Widerspruchsbehörde noch zu untersuchen haben, ob das Bauvorhaben der Beigeladenen Belange des Naturschutzes deshalb beeinträchtigt, weil sich in der Nähe ein Schwarzstorchhorst befindet. Anhaltspunkte darüber, ob der Lebensraum dieses geschützten Vogels durch die Windkraftanlagen beeinträchtigt wird, liegen dem Gericht nicht vor. Ausgeschlossen werden kann es jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

(bb) Weiterhin ist nicht auszuschließen, dass denkmalschutzrechtliche Belange dem Bauvorhaben entgegenstehen. Bei der Wartburg handelt es sich um ein schutzwürdiges Denkmal im Sinne von § 2 ThürDSchG. Nach dieser Vorschrift sind schutzwürdige Kulturdenkmäler Sachen, Sachgesamtheiten oder Sachteile, an deren Erhaltung aus geschichtlichen, künstlerischen, wissenschaftlich-technischen, volkskundlichen oder städtebaulichen Gründen sowie aus Gründen der historischen Dorfbildpflege ein öffentliches Interesse besteht. Dies ist bei der Wartburg der Fall. Im Außenbereich ist insbesondere auch der Umgebungsschutz von Denkmälern von Bedeutung (vgl. Ernst-Zinkhahn-Bielenberg, Kommentar BauGB, Stand April 2005, § 35 Rdnr. 95). Hierzu zählt bei einer auf einer Anhöhe errichteten Burg mit der hiervon ausgehenden Fernwirkung auch die weitere Umgebung. Weiterhin ist die Wartburg als Weltkulturerbe der UNESCO - unabhängig von der Frage, ob eine Aberkennung dieses Status wegen der Windkraftanlagen tatsächlich zu besorgen wäre - besonders schutzwürdig.

Hierbei ist für das Gericht ohne weitere Prüfung, insbesondere ohne Durchführung eines Ortstermins, nicht möglich abzuschätzen, inwiefern die Sichtbeziehungen zur Wartburg durch das Bauvorhaben der Beigeladenen so erheblich negativ beeinflusst werden, dass hiervon eine Beeinträchtigung der Denkmaleigenschaft der Wartburg bzw. deren Aberkennung als Weltkulturerbe zu befürchten ist. Auszuschließen ist dies jedenfalls nicht, auch wenn die Windkraftanlagen in einer Entfernung von immerhin ca. 7,5 km zur Wartburg errichtet werden sollen, da der Standort für die Windkraftanlagen auf dem Milmesberg bereits höher liegt als der Burghof der Wartburg und die Windkraftanlagen von Weitem sichtbar sein werden. Es ist daher nicht auszuschließen, dass erhaltenswerte Sichtbeziehungen zur Wartburg durch die Windkraftanlagen, von denen auf Grund der Höhe und der exponierten Standorte eine besondere Fernwirkung ausgehen, beeinträchtigt werden. Der

Einwand des Antragsgegners, dass die Wartburg vor allem von den zwei großen Hauptverkehrsachsen, der Bundesautobahn A 4 und der Bundesstraße 84, für Durchreisende und Besucher erlebbar sei, überzeugt in diesem Zusammenhang nicht. Zwar mag es zutreffend sein, dass von diesen Verkehrsachsen aus keine Beeinträchtigungen in den Sichtbeziehungen zur Wartburg durch die streitgegenständlichen Windkraftanlagen zu befürchten sind. Der Umgebungsschutz beschränkt sich jedoch nicht auf einen unverbauten Blick von der Autobahn und der Bundesstraße aus auf die Wartburg.

Unabhängig davon, dass es im Rahmen des Umgebungsschutzes von Burgen hauptsächlich auf die Sichtbeziehungen zur Burganlage ankommt (vgl. auch § 13 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 2 ThürDSchG), sollte jedoch berücksichtigt werden, dass gerade für den Tourismus auch der Blick von der Wartburg aus von besonderer Bedeutung ist. Die Touristen haben ein schützenswertes Interesse daran, das bestehende Panorama aus der Umgebung auf die Wartburg, aber auch von der Wartburg aus Richtung Rhön möglichst ungeschmälert genießen zu können. Dieses Interesse ist vorliegend auch angesichts der Bedeutung des Tourismus für die Wirtschaft von gewichtigem öffentlichem Belang (vgl. hierzu OVG NRW, Ur. v. 18.11.2004 - 7 A 3329/01 -, BauR 2005, 836).

(cc) Vorliegend kann auch eine Verunstaltung des Landschaftsbildes im Rahmen der nur möglichen summarischen Prüfung des Eilverfahrens nicht ausgeschlossen werden. Voraussetzung für eine Verunstaltung ist, dass das Bauvorhaben dem Orts- oder Landschaftsbild in ästhetischer Hinsicht grob unangemessen ist und auch von einem für ästhetische Eindrücke offenen Betrachter als belastend empfunden wird. Ob die Schwelle zur Verunstaltung überschritten ist, hängt von den konkreten Umständen der jeweiligen Situation ab (BVerwG, Beschl. v. 18.03.2003 - 4 B 7/03 -; BauR 2004, 295). Eine Verunstaltung ist beispielsweise dann zu bejahen, wenn in einer Mittelgebirgslandschaft an exponierter Stelle zu errichtende Windenergieanlage unmittelbar in das Blickfeld einer bislang unbeeinträchtigten Fernsicht treten und durch ihre Rotoren optisch eine Unruhe stiften würden, die diesem Bild fremd ist und seine ästhetisch wertvolle Einzigartigkeit massig beeinträchtigt (vgl. OVG NRW, Ur. v. 18.11.2004 - 7 A 3329/01 -, BauR 2005, 836 f.).

Ob die beiden streitgegenständlichen Windkraftanlagen zu einer Verunstaltung des Landschaftsbildes führen, ist allein auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen nicht ohne weiteres feststellbar. Insoweit müsste eine Ortsbegehung stattfinden, um sich ein abschließendes Urteil bilden zu können. Die Entscheidung darüber muss daher notwendigerweise der

Widerspruchsbehörde vorbehalten bleiben. Eine Verunstaltung ist zumindest nicht ausgeschlossen. Zwar ist der Standort durch einen Mobilfunkmast, Aufschüttungen und Bunkerreste vorbelastet. Der Milmesberg wird zudem ackerbaulich bzw. als Grünland genutzt und stellt sich damit nicht als naturnahe Fläche dar. Die Windkraftanlagen würden zwar das Erscheinungsbild auch im Nahbereich beeinflussen, ob hierdurch jedoch eine schützenswerte Umgebung beeinträchtigt wird, ist auf Grund der Vorbelastungen sehr fraglich. Auf Grund der Fernwirkung der Anlagen wegen ihrer enormen Höhe, der exponierten Lage, der anlagentypischen Drehbewegung der Rotorblätter und der Nachtbeleuchtung ist jedoch hinsichtlich des Landschaftsbildes nicht nur auf die nähere Umgebung abzustellen. Hier ist vor allem auch der Fernblick von Bedeutung, weshalb eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes eher wahrscheinlich sein dürfte. Soweit die von der Antragstellerin in der mündlichen Verhandlung vorgelegten Photos die Gegebenheiten zutreffend wiedergeben, hat man momentan von der Wartburg aus noch einen nahezu unbelasteten Blick Richtung Rhön. Bei der Frage der Schutzwürdigkeit des Landschaftsbildes dürfte auch hier wieder eine Rolle spielen, dass gerade der Blick von der Wartburg in den Thüringer Wald und Richtung Rhön auch touristisch von Belang ist.

(d) Die so eben angesprochenen öffentlichen Belange, die dem Vorhaben der Beigeladenen entgegenstehen könnten, wären jedoch unbeachtlich, soweit sie bei der Ausweisung des Milmesbergs als Vorranggebiet zur Nutzung von Windenergie im Regionalen Raumordnungsplan Südthüringen von 1999 berücksichtigt und abgewogen worden wären. Dies folgt aus § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB. Danach stehen öffentliche Belange raumbedeutsamen Vorhaben nach Absatz 1 nicht entgegen, soweit die Belange bei der Darstellung dieser Vorhaben als Ziele der Raumordnung abgewogen worden sind.

Voraussetzung hierfür ist allerdings zunächst, dass der Regionale Raumordnungsplan nicht wegen offensichtlicher Widersprüche und Abwägungsmängeln unwirksam ist.

Im Rahmen eines Eilverfahrens ist grundsätzlich die Überprüfung von Regionalen Raumordnungsplänen ausgeschlossen. In den nur auf eine summarische Prüfung der Sach- und Rechtslage ausgerichteten Eilverfahren ist in der Regel kein Raum für die inzidente Kontrolle von Bauleitplanungen. Allerdings kann das Gericht in Anbetracht der weit reichenden Folgen einer "vorzeitigen" Ausnutzung einer Baugenehmigung vor offenkundigen oder hinreichend wahrscheinlichen Fehlern einer Planung nicht die Augen verschließen und gleichwohl - gewissermaßen unbesehen - die Gültigkeit der Planung unterstellen (vgl.

OVG Saarland, Beschl. v. 13.04.1993 - 2 W 5/93 -, zitiert nach Juris). Ein solcher offensichtlicher bzw. hinreichend wahrscheinlicher Fehler ist vorliegend nicht gegeben.

Es könnte aber dennoch ein beachtlicher Abwägungsfehler vorliegen. Dies bedarf jedoch weiterer Aufklärung.

Vorliegend ergeben sich im Regionalen Raumordnungsplan Südthüringen Widersprüchlichkeiten hinsichtlich der Ziele und Begründungen und deren Umsetzung, die einen beachtlichen Abwägungsfehler darstellen könnten. So sind im Regionalen Raumordnungsplan Ziele festgelegt und hierzu Begründungen gegeben wurden, die bei der Ausweisung des Milmesberges als Vorranggebiet für Windkraftanlagen nicht verwirklicht bzw. nicht eingehalten wurden. So wurden laut Begründung zum Kapitel 10.2.4.3 zur Vermeidung von Nutzungs- und Interessenkonflikten bei der Bestimmung von Vorranggebieten zur Nutzung von Windenergie Mindestabstände berücksichtigt. So soll zu Wohngebieten, Dorfgebieten u.a. ein Abstand von 1.000 m und zu markanten geomorphologischen Elementen (z.B. Inselberge, Kammlagen, Schichtstufen, Taleingänge) als sehr empfindlichen Landschaftsbildern ein Abstand von 5.000 m berücksichtigt worden sein. Diese Mindestabstände hält das Vorranggebiet auf dem Milmesberg nicht ein. Der Abstand zur nächsten Wohnbebauung wie zur Kammlage des Thüringer Waldes und dem Rennsteig ist geringer als diese Mindestabstände. Insoweit spricht viel dafür, dass die Mindestabstände gerade nicht berücksichtigt wurden. Aus den dem Gericht vorliegenden Unterlagen ist jedoch nicht ersichtlich, ob die Unterschreitung der Mindestabstände im Rahmen des Abwägungsvorgangs hinsichtlich des Vorranggebiets Milmesberg doch gesehen und berücksichtigt wurde oder ob man fälschlicherweise davon ausgegangen ist, dass die Mindestabstände eingehalten werden würden. Insoweit bedarf es einer weiteren Aufklärung, möglicherweise durch eine Befragung des Planungsgebers, die dem Widerspruchsverfahren vorbehalten bleibt. Es wird dann ebenfalls zu klären sein, ob der Planungsgeber bei der Ausweisung des Milmesberges als Vorranggebiet zur Nutzung von Windenergie auch berücksichtigt hat, dass - so die Begründung zu Kapitel 10.2.4.3. - raumordnerisch eine Konzentration der Anlagen angestrebt wird, die den Naturhaushalt und das Landschaftsbild weniger belasten soll. Das streitgegenständliche Vorranggebiet ist nur 2,3 km entfernt von dem ausgewiesenen Vorranggebiet zur Windenergienutzung „südwestlich von Förtha an der B84/Gemeinde Marksuhl“.

Daher liegen zwar durchaus Hinweise auf beachtliche Abwägungsfehler vor, offensichtlich sind diese Fehler jedoch nicht. Nur für das vorliegende Verfahren ist deshalb zu unterstellen, dass der Regionale Raumordnungsplan Südthüringen wirksam ist. Unter diesen Umständen kommt es darauf an, ob die Belange, die vorliegend durch das Bauvorhaben der Beigeladenen beeinträchtigt sein könnten, im Rahmen der Raumordnungsplanung abgewogen worden sind. Hiervon ist im Rahmen der summarischen Prüfung eher nicht auszugehen.

Bei der Erstellung des Raumordnungsplans konnte jedenfalls noch nicht berücksichtigt werden, dass der Milmesberg Teil des Schutzgebiets „Naturpark Thüringer Wald“ werden würde. Diese Unterschutzstellung ist erst mit Verordnung vom 27.06.2001 erfolgt. Insofern könnte dies im Falle einer Beeinträchtigung dem Bauvorhaben der Beigeladenen trotz Regionalplanung entgegengehalten werden. Es handelt sich hierbei auch um einen nicht unbedeutsamen Aspekt für die Raumplanung. So geht das Standortgutachten für Windenergieparks vom Januar 1996 bei Naturparks von einer Pufferzone als Tabuarea für Windkraftanlagen von 300 m aus. Hierzu wird ausgeführt, dass in den Bereichen von Naturparks auf Grund der sehr hohen Bedeutung für den Naturhaushalt, das Landschaftsbild oder anderen raumordnerische Belangen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieparks auszuschließen sei. Dies könnte auch für die vorliegende Unterschutzstellung als Naturpark von Bedeutung sein, obwohl kein ausdrückliches Verbot von Windkraftanlagen auf dem Milmesberg in der Verordnung ausgesprochen wurde.

Ob die Belange des Naturschutzes hinsichtlich des Fledermaushabitats und des Schwarzstorchhorsts hinreichend bei der Erstellung des Raumordnungsplanes im Rahmen der Abwägung Berücksichtigung gefunden haben oder nicht, lässt sich im vorliegenden Eilverfahren auf Grund des eingeschränkten Prüfungsumfangs nicht abschließend klären. Dies bedarf einer weiteren Aufklärung im Widerspruchsverfahren. Aus den dem Gericht vorliegenden Unterlagen ergibt sich jedenfalls nicht, dass im Rahmen der Raumordnung die Fledermaushabitate und der Schwarzstorchhorst Einfluss auf die Abwägung genommen hätten. Das Standortgutachten für Windenergieparks in Thüringen vom Januar 1996 („Döpel-Gutachten“), welches der Regionalplanung zu Grunde liegt, geht jedenfalls nicht auf Fledermäuse ein. Im Übrigen könnte sich auch die Fauna auf dem Milmesberg seit der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsplans erheblich verändert haben.

Ob eine ausreichende Abwägung hinsichtlich der Belange des Denkmalschutzes und des Schutzes des Landschaftsbildes im Rahmen der regionalen Raumordnung stattgefunden hat, lässt sich ohne weitere Prüfung ebenfalls nicht feststellen. Dies dürfte nach den bisherigen Erkenntnissen des Gerichts eher zu verneinen sein, da der Planungsgeber zum Zeitpunkt des Erlasses des Raumordnungsplans offensichtlich unterstellt hat, dass zukünftige Windkraftanlagen eine Nabenhöhe von maximal 60 m bis 65 m haben würden. Die streitgegenständlichen Windkraftanlagen sind wesentlich höher. Der Planungsgeber hat zwar bewusst darauf verzichtet, eine Maximalhöhe für Windkraftanlagen von 45 m Nabenhöhe in den Vorranggebieten vorzugeben, wie es zuvor beabsichtigt gewesen war, und hat damit in Kauf genommen, dass auch höhere Anlagen verwirklicht werden können. Im Rahmen der Abwägung ist er jedoch von Windkraftanlagen in den damals üblichen Höhen ausgegangen. Die Fernwirkung der Anlagen für das Landschaftsbild und den Umgebungsschutz der Wartburg dürften daher im Hinblick auf höhere Anlagen nicht im erforderlichen Maße bei der regionalen Raumplanung Berücksichtigung gefunden haben. Weiterhin ist eine Unterschutzstellung der Wartburg als UNESCO-Weltkulturerbe ebenfalls erst nach Erlass des Regionalplanes erfolgt. Auch dies konnte daher nicht im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden.

Damit ist der Ausgang des Hauptsacheverfahrens, also zunächst des Widerspruchsverfahrens, offen. Im Rahmen des vorliegenden Verfahrens kann wegen der nur summarischen Prüfung nicht abschließend geklärt werden, ob die Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens durch die Erteilung der Baugenehmigung rechtmäßig oder rechtswidrig ist. Im Rahmen der demnach vom Gericht vorzunehmenden Interessenabwägung überwiegt vorliegend unter Berücksichtigung des Gewichts der jeweiligen Beteiligteninteressen und unter Berücksichtigung des konkreten Ausmaßes ihrer Betroffenheit das Aussetzungsinteresse der Antragstellerin das Vollzugsinteresse der Beigeladenen.

Auch in den Fällen des gesetzlichen Ausschlusses der aufschiebenden Wirkung nach § 212 a BauGB bleibt die Interessenabwägung einzelfallbezogen, d.h. individuell-konkret, ohne dass sich ein überwiegendes Vollzugsinteresse der Bauherrin bereits aus § 212 a BauGB ergeben würde. Der Gesetzgeber hat mit der Einfügung des § 212 a BauGB keine materielle Bewertung der Interessen des Bauherrn und des die Baugenehmigung anfechtenden Dritten in dem Sinne vorgenommen, dass dem Interesse des Bauherrn an der sofortigen Vollziehbarkeit der Baugenehmigung regelmäßig ein höheres Gewicht zukommt (vgl. BVerwG, Beschl. v. 17.09.2001 - 4 VR 19/01 -, DVBl 2001, 1861 f.; BayVGh,

Beschl. v. 21.12.2001 - 15 ZS 01.2570 -, NVwZ-RR 2003, 9 f.; OVG Nordrhein-Westfalen, Besch. v. 13.07.1998 - 7 B 956/98 -, NVwZ 1998, 980 f.).

Das Interesse der Antragstellerin an der Abwendung der sofortigen Vollziehbarkeit der Baugenehmigung für die beiden Windkraftanlagen ist höher zu bewerten als das Vollzugsinteresse der Beigeladenen. Den Belangen des Naturschutzes, des Denkmalschutzes und des Schutzes des Landschaftsbildes kommt vorliegend ein größeres Gewicht zu als dem wirtschaftlichen Interesse der Beigeladenen und dem öffentlichen Interesse an einer Förderung der Windenergie. Dies vor allem auch deshalb, weil nicht auszuschließen ist, dass mit einer Verwirklichung des Bauvorhabens vollendete Tatsachen geschaffen werden, die praktisch nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Sind die Windkraftanlagen erst einmal errichtet, ist es äußerst fraglich, ob eine Beseitigung erzielt werden könnte, da die Anordnung der Beseitigung einer Anlage und die Untersagung einer Nutzung im Ermessen der Bauaufsichtsbehörde steht (vgl. § 77 ThürBO) und damit nur beim Vorliegen einer Ermessensreduzierung auf Null überhaupt ein Anspruch auf Beseitigung der Windkraftanlagen besteht. Dies würde zudem einiger nachfolgender Verwaltungsverfahren und möglicherweise auch Gerichtsverfahren bedürfen und damit einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Dieser Gesichtspunkt rechtfertigt es, bei unklarer Rechtslage in der Regel dem Interesse des die Baugenehmigung Angreifenden den Vorrang einzuräumen (vgl. BayVGh, Beschl. v. 21.12.2001 - 15 ZS 01.2570 -, NVwZ-RR 2003, S. 9 f.; VGh Bad-Würt., Beschl. v. 03.06.1991 - 8 S 1170/91 -, BauR 1991, 590 f.). Weiterhin droht bei einem Eingriff in die Fauna durch die Errichtung und den Betrieb der beiden Windkraftanlagen ein endgültiger Verlust in der Tierwelt.

Demgegenüber erschöpft sich das Interesse der Beigeladenen in dem gewöhnlichen, für jeden Bauherrn gleichermaßen geltenden Interesse, die erteilte Baugenehmigung möglichst rasch ausnutzen zu können. Soweit die Beigeladene geltend gemacht hat, dass sie aus wirtschaftlichen Gründen auf eine rasche Errichtung der Windkraftanlagen angewiesen sei, vermag dies kein das Interesse der Antragstellerin überwiegendes Interesse zu begründen.

Die Beigeladene hat nicht dargetan, dass die Möglichkeit der Ausnutzung der Baugenehmigung erst nach Eintritt der Bestandskraft für diese zu unüberwindbaren finanziellen oder wirtschaftlichen Nachteilen führen könnte, welche vergleichbar wären mit vollendeten Tatsachen zu Lasten des Bauherrn (vgl. BayVGh, Beschl. v. 21.12.2001 - 15 ZS 01.2570 -, NVwZ-RR 2003, 9 f.). Dass sich die Verzögerung der Inbetriebnahme der Windkraftan-

lagen auf Grund der degressiven Förderung für sie wirtschaftlich negativ auswirkt, muss diese im Hinblick auf die gewichtigen entgegenstehenden öffentlichen Belange hinnehmen. Unabhängig davon, ob kurzfristig überhaupt die Voraussetzungen für die Errichtung der Windkraftanlagen - der Transport der Anlagenteile wirft noch einige klärungsbedürftige Fragen auf - und für die Einspeisung des durch die Windkraftanlagen erzeugten Stromes in das Stromnetz geschaffen werden könnten, musste die Beigeladene im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Dispositionen in Betracht ziehen, dass die Baugenehmigung im Falle der Einlegung dagegen gerichteter Rechtsbehelfe unter Umständen erst nach Eintritt der Bestandskraft ausgenutzt werden kann. Dies gilt erst Recht, wenn es - wie vorliegend - bereits vor Erteilung der Baugenehmigung auf Grund der Versagung des gemeindlichen Einvernehmens nicht von vornherein ausgeschlossen erschien, dass die Baugenehmigung angefochten und gegebenenfalls ihre Vollziehbarkeit ausgesetzt wird. Berücksichtigt dies der Bauherr bei seiner Planung nicht, so fallen die durch einen zeitweisen Stopp des Vorhabens hervorgerufenen wirtschaftlichen Probleme allein in seine Risikosphäre und können nicht etwa zur Begründung eines vorrangigen privaten Vollzugsinteresses herangezogen werden (vgl. auch OVG NRW, Beschl. v. 13.07.1998 - 7 B 956/98 -, NVwZ 1998, 980 f.).

Weiterhin besteht zwar auch grundsätzlich ein öffentliches Interesse an der Förderung von Windenergie als regenerativer Energieform zum Schutz des Weltklimas. Dieses Interesse muss vorliegend jedoch hinter dem Aussetzungsinteresse der Antragstellerin zurückstehen. Unabhängig davon, dass die im Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen avisierten Ziele zur CO₂-Einsparung nicht von den beiden streitgegenständlichen Windkraftanlagen abhängig sind, ist eine Bevorzugung von Windenergieanlagen nur für solche Standorte gerechtfertigt, an denen diese nicht andere, höhergewichtige öffentliche Belange beeinträchtigen. Das Gericht erkennt hierbei nicht, dass die eigentlich vom Gesetzgeber in § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB beabsichtigte positive Wirkung der Ausweisung von Vorranggebieten für den Bauherren vorliegend den Effekt hat, dass mangels entsprechender Plananpassung eine Errichtung der Windkraftanlagen im Vorranggebiet Milmesberg auf Grund der seit Planerstellung geänderten Umstände nicht ohne ergänzende Abwägung der widerstreitenden öffentlichen Interessen möglich ist, möglicherweise an diesem Standort eine Errichtung bauplanungsrechtlich wegen entgegenstehender öffentlicher Belange unzulässig ist, während an anderen Standorten, an denen keine öffentlichen Belange beeinträchtigt werden würden, eine Errichtung ausscheidet, weil dort keine Ausweisung als Vorranggebiet erfolgt ist. Dies kann jedoch nicht dazu

führen, dass das Vollzugsinteresse des Bauherrn grundsätzlich zu überwiegen hat, unabhängig davon, ob im Vorranggebiet durch die Errichtung der Windkraftanlagen gewichtige öffentliche Interessen beeinträchtigt werden oder nicht. Es wäre Sache des Gesetzgebers, diesem Umstand gegebenenfalls durch eine Gesetzesänderung Rechnung zu tragen.

Nach alledem ist dem Antrag mit der Kostenfolge des § 154 Abs. 1, Abs. 3, § 159 VwGO stattzugeben.

Die Festsetzung des Streitwerts beruht auf §§ 63 Abs. 2, 53 Abs. 3, 52 GKG. Das Gericht schätzt vorliegend das Interesse der Antragstellerin am Ausgang des Verfahrens betreffend beide Windkraftanlagen auf 50.000,- € Dieser Wert war wegen des nur vorläufigen Charakters des vorliegenden Verfahrens um die Hälfte zu kürzen.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g :

Gegen **Nrn. I** und **II** des Beschlusses steht den Beteiligten die Beschwerde an das Thür. Oberverwaltungsgericht zu. Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Verwaltungsgericht Meiningen, Lindenallee 15, 98617 Meiningen (Briefanschrift: Postfach 100 261, 98602 Meiningen), schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen.

Diese Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung zu begründen. Die Begründung ist, sofern sie nicht bereits mit der Beschwerde vorgelegt worden ist, beim Thür. Oberverwaltungsgericht, Kaufstraße 2 – 4, 99423 Weimar, einzureichen. Sie muss einen bestimmten Antrag enthalten, die Gründe darlegen, aus denen die Entscheidung abzuändern oder aufzuheben ist, und sich mit der angefochtenen Entscheidung auseinandersetzen.

Vor dem Thür. Oberverwaltungsgericht muss sich jeder Beteiligte, soweit er einen Antrag stellt, durch einen Rechtsanwalt oder einen Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt als Bevollmächtigten vertreten lassen. Das gilt auch für die Einlegung der Beschwerde. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und Behörden können sich auch durch Beamte oder Angestellte mit Befähigung zum Richteramt sowie Diplomjuristen im höheren Dienst, Gebietskörperschaft-

ten auch durch Beamte und Angestellte mit Befähigung zum Richteramt der zuständigen Aufsichtsbehörde oder des jeweiligen kommunalen Spitzenverbandes des Landes, dem sie als Mitglied zugehören, vertreten lassen.

Gegen **Nr. III** des Beschlusses steht den Beteiligten die Beschwerde an das Thür. Oberverwaltungsgericht zu, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,00 Euro übersteigt. Die Beschwerde ist innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, beim Verwaltungsgericht Meiningen, Lindenallee 15, 98617 Meiningen (Briefanschrift: Postfach 100 261, 98602 Meiningen), schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen.

gez.: Michel

Both-Kreiter

Spiekermann

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

03.05.2010

2 A 18.08

Urteil

BauGB § 1 Abs. 3 , 6, 7; VWGO § 47 Abs. 2 Satz 1

1. Der Unzulässigkeit eines Normenkontrollantrags wegen formeller Präklusion gemäß § 47 Abs. 2a VwGO steht grundsätzlich nicht entgegen, dass andere Miteigentümer eines planbetroffenen Grundstücks im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung Einwendungen geltend gemacht haben. *)

2. Zur Abwägung bei der Überplanung einzelner unbebaut gebliebener Grundstücke innerhalb eines allgemeinen Wohngebietes als private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage zur Vermeidung weiterer Beeinträchtigungen von Sichtbeziehungen aus einer als Teil des Weltkulturerbes denkmalgeschützten historischen Parkanlage. *)

OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 03.05.2010 - 2 A 18.08

Tatbestand

Die Antragsteller sind Eigentümer von Grundstücksflächen und zum Teil von Wohnungen in der Wohnanlage "A...", die im Plangebiet des am 17. Februar 1995 in Kraft getretenen (ursprünglichen) Bebauungsplans Nr. 7 "Berliner Straße/Havelseite" liegt. Der Geltungsbereich dieses Bebauungsplans erstreckt sich auf das so genannte Glienicker Horn, eine an die Havel grenzende Landzunge nordwestlich des Babelsberger Parks. Sowohl der Babelsberger Park als auch die angrenzenden Gewässer der Havel befinden sich im räumlichen Geltungsbereich der Satzung zum Schutz des Denkmalsbereichs Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft, gemäß Eintragung in die Liste des Kulturerbes der Welt (World Heritage List der UNESCO), vom 30. Oktober 1996. In östlicher Richtung des Plangebiets liegen jenseits der Havel auf Berliner Gebiet die ebenfalls zum Bereich des Weltkulturerbes gehörenden Parkanlagen des Jagdschlusses Glienicke und des Volksparks Klein Glienicke.

Aufgrund einer notariellen Urkunde (Teilungserklärung) vom 2. März 1998 wurde u.a. das dort als Gemeinschaftsgrundstück L bezeichnete Flurstück 788/12 der Flur 2 der Gemarkung Potsdam geschaffen, das als Verkehrsfläche der Erschließung der anliegenden Grundstücke A bis K dient. Auf den Grundstücken A bis J sollten Villen errichtet und Wohnungseigentumsrechte begründet werden. Das Grundstück K (Flurstück 788/6) war bereits mit der im Eigentum der Antragstellerin zu 1. stehenden "Villa K..." bebaut. Die Miteigentumsanteile am Gemeinschaftsgrundstück L wurden nach dem Verhältnis der Flächengrößen der Grundstücke A bis K gebildet und den Eigentümern dieser Grundstücke zugeordnet. Auf diese Weise sollte an dem Gemeinschaftsgrundstück L eine Miteigentümergeinschaft gemäß §§ 1008 ff., 742 ff. BGB errichtet werden. In Ziffer VII. der notariellen Urkunde vom 2. März 1998 ist zur Lasten- und Kostentragung folgendes bestimmt: Jeder Miteigentümer trägt die Lasten sowie die Kosten der Erhaltung, Verwaltung und gemeinschaftlichen Benutzung des Grundstücks L und seiner Anlagen entsprechend seinem Miteigentumsanteil. Zu diesen Kosten gehören auch die Kosten der Unterhaltung und Erhaltung der auf dem Grundstück L einzurichtenden Leitungen, Geh- und Fahrflächen, des Schmutzwasser-Übergabeschachtes, der Transformatorstation, der Pfortnerloge und der Sicherungsanlagen, soweit diese nach den unter Ziffer V. bestellten Grunddienstbarkeiten auf das Grundstück L entfallen, sowie sämtliche Betriebskosten hierfür, einschließlich der Kosten für das Personal der Pfortnerlogen-Anlage."

Nach 1998 wurden die in der Teilungserklärung genannten Grundstücke A bis F veräußert, entsprechend den Bestimmungen des Bebauungsplans Nr. 7 mit mehrgeschossigen Wohnhäusern (so genannten Stadtvillen) bebaut, in Wohnungseigentum aufgeteilt und bezogen. Die im ufernahen Bereich südlich der Villa K... gelegenen, im Teilungsplan genannten Grundstücke G bis J (Flurstücke 788/10, 788/11, 788/13 und 788/14) sind bis heute unbebaut. Diese (im Geltungsbereich des angegriffenen Änderungsbebauungsplans gelegenen Grundstücke) wurden im Jahr 2002 von der Antragstellerin zu 1. (Flurstücke 788/10 und 788/11) und der Antragstellerin zu 2. (Flurstücke 788/13 und 788/14) erworben. Das zuletzt genannte Grundstück (Grundstück I) veräußerte die Antragstellerin zu 2. im Jahr 2005 ihrerseits weiter an die Eheleute L.... Für die übrigen Grundstücke (Grundstücke G, H und J) stellten die Antragstellerinnen zu 1. und 2. am 9. Mai 2006 jeweils Anträge auf Bauvorbescheid, die - unter Berufung auf die am 31. August 2005 zugleich mit dem Aufstellungsbeschluss für den Änderungsbebauungsplan beschlossene Veränderungssperre - abgelehnt worden sind. Die hiergegen erhobenen Klagen sind - ebenso wie die Klage der Eigentümer des Grundstücks I (Berliner Straße 75 H) gegen die Versagung der beantragten Baugenehmigung für die Errichtung eines Einfamilienhauses - noch beim Verwaltungsgericht Potsdam anhängig (4 K 2222/06, 4 K 2217/06 und 4 K 1787/06).

Die Antragsteller 3. und 4. sind jeweils gemeinsam (Antragsteller zu 3.) bzw. allein (Antragstellerin zu 4.) Wohnungseigentümer in einer der Wohnungseigentümergeinschaften auf den bebauten Grundstücken im Bereich des Bebauungsplans Nr. 7. Zu den Wohnungen gehört jeweils ein Miteigentumsanteil an dem teilweise im Geltungsbereich des Änderungsbebauungsplans gelegenen Erschließungsgrundstück (Flurstück 788/12). Mit am 14. Dezember 2007 verkündetem Urteil (1 O 410/06) hat das Landgericht Potsdam die (weiteren) Mitglieder der Bruchteilsgemeinschaft Eigentümergeinschaft A... Grundstück L..., antragsgemäß u.a. zur Zustimmung der von den Eigentümern des Grundstücks I begeherten Änderung der Kostenverteilungsregelung verurteilt. Die hiergegen gerichtete Berufung hat das Brandenburgische Oberlandesgericht mit am 5. Februar 2009 verkündetem Urteil (5 U 32/08) unter Neufassung des Tenors des erstinstanzlichen Urteils zurückgewiesen.

Am 31. August 2005 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Antragsgegnerin, den Bebauungsplan Nr. 7 "Berliner Straße/Havelseite" im Teilbereich Berliner Straße 75 G bis 75 L zu ändern. Zur Sicherung der Planung beschloss die Stadtverordnetenversammlung ferner eine Veränderungssperre; ein hiergegen gerichteter Normenkontrollantrag der Eigentümer des Grundstücks I (Flurstück 788/14) blieb ohne Erfolg (Urteil des Senats vom 19. Dezember 2006 - OVG 2 A 21.05 -, juris). Die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Änderungsbebauungsplans und der Begründung erfolgte in der Zeit vom 10. April bis 11. Mai 2007. In der Auslegungsbekanntmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Potsdam vom 29. März 2007 wurde darauf hingewiesen, dass ein Antrag nach § 47 VwGO unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können. Mit Schreiben ihres Prozessbevollmächtigten vom 4. Mai 2007 nahmen die Antragstellerinnen zu 1. und 2. zu dem Entwurf Stellung. Mit Schreiben vom 9. Mai 2007 machten ferner "Eigentümer der Wohnanlage Arkadien gemäß anliegender Unterschriftenliste" Bedenken gegen die Planung geltend. Das von den Antragstellern (unstreitig) nicht unterschriebene Schreiben, in dem als "Kontaktadresse" Name und Anschrift eines Regierungsbaudirektors a.D. S... angegeben werden, schließt mit der Bemerkung: "Diese Ausführungen werden von der wesentlichen Mehrheit der Wohnungseigentümer mit getragen, wenn auch wegen Abwesenheit nicht alle Befürworter hier unterzeichnen können". Ferner ist das Schreiben mit folgender handschriftlicher Anmerkung versehen: "Nicht unterschrieben haben auch Anwohner, die zwar anwesend sind, sich aber gegen diesen Brief aussprechen."

In ihrer Sitzung vom 7. Mai 2008 entschied die Stadtverordnetenversammlung über die vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit und beschloss die erste (förmliche) Änderung des Bebauungsplans Nr. 7 "Berliner Straße/Havelseite", Teilbereich Berliner Straße 75 G bis 75 L als Satzung. Der Beschluss des Bebauungsplanes wurde im Amtsblatt für die Landeshauptstadt Potsdam vom 29. Mai 2008 bekannt gemacht. Durch den angegriffenen Änderungsbebauungsplan wird der ursprüngliche Bebauungsplan insoweit geändert, als die Festsetzung eines allgemeinen Wohngebietes in Bezug auf die im ufernahen südöstlichen Bereich des Glienicker Horns belegenen Flurstücke 788/10, 788/11, 788/12 (teilweise), 788/13 und 788/14 (teilweise) der Flur 2 der Gemarkung Potsdam durch die Festsetzung als private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage ersetzt wird und die im ursprünglichen Bebauungsplan vorhandenen vier Baufelder gestrichen werden. Nach den textlichen Festsetzungen sind vorhandene Bäume, Sträucher und offene Wiesenflächen zu erhalten (1.1); bei Abgang von Bäumen, für die der Plan eine Erhaltungsbindung festsetzt, ist an gleicher Stelle gleichartiger Ersatz zu pflanzen (1.2). Als Ziel der Planänderung wird in der Planbegründung "die Verbesserung der Verträglichkeit der städtebaulichen Situation im Hinblick auf die bestehenden Sichten aus den historischen Parkanlagen und den Schutz des empfindlichen landschaftlich-architektonischen Gefüges im Weltkulturerbebereich" genannt (S. 4). Ferner wird zur Begründung der Änderung u.a. ausgeführt, dass die Anfang 1990 errichtete Bebauung des Glienicker Horns mit Stadtvillen für die umgebenden Parkanlagen (Park Babelsberg, Park Glienicke, Jagdschlusspark Glienicke) eine erhebliche Beeinträchtigung darstelle. Die fachlichen und politischen Diskussionen und geäußerten Bedenken zur entstehenden Bebauung am Glienicker Horn hätten zur Konkretisierung und einer neuen Bewertung der denkmalpflegerischen Gesichtspunkte geführt (S. 5).

Die Antragstellerinnen zu 1. und 2. haben am 2. Juni 2008 den Normenkontrollantrag gestellt, dem die Antragsteller zu 3. und 4. mit am 5. August 2008 eingegangenen Schriftsatz beigetreten sind. Zur Begründung machen sie im Wesentlichen geltend, die Festsetzung "Private Grünfläche - Parkanlage" sei weder rechtlich noch tatsächlich

vollzugsfähig. Die betroffenen Baugrundstücke und die Erschließungsfläche seien jeweils zu klein, um für sich eine Parkanlage im Sinne des Gesetzes bilden zu können. Es bestehe auch keine gesetzliche Grundlage, wonach die verschiedenen Eigentümer zur gemeinsamen Herstellung und Unterhaltung einer Parkanlage gezwungen werden könnten. Es handle sich um eine ausschließlich negative und daher planungsrechtlich unzulässige Festsetzung zum Ausschluss der bisher im Bebauungsplan Nr. 7 vorgesehenen baulichen Nutzung.

Die Abwägung beruhe auf einem unzutreffenden Sachverhalt in Bezug auf die Schutzwürdigkeit der Eigentümerposition. Die Festsetzung als "Private Grünfläche - Parkanlage" habe eine vollständige Entwertung der im Eigentum der Antragstellerinnen zu 1. und 2. stehenden Flächen zur Folge, weil diese weder veräußert werden könnten noch ihnen irgendein privatnütziger Zweck verbleibe. Die Antragstellerinnen hätten sich überdies weiterhin mit einem hohen Anteil an der Unterhaltung der im Miteigentum aller Wohnungs- bzw. Grundstückseigentümer stehenden Erschließungsanlage im Umfang von insgesamt ca. 55.000 ? im Jahr zu beteiligen, obwohl diese nicht mehr Erschließungszwecken für die bauliche Nutzung ihrer Grundstücke diene. Der bis auf den umstrittenen Bereich umgesetzte Bebauungsplan Nr. 7 habe ein eigentumsrechtlich geschütztes hohes Vertrauen in den Fortbestand der Bebaubarkeit der Grundstücke begründet. Eine verstärkte Schutzwürdigkeit der Eigentümerposition folge zudem daraus, dass die Voreigentümerin auf der Grundlage des Bebauungsplans sowie einer Vereinbarung mit der Stadt den Uferstreifen zur öffentlichen Nutzung freigebe und auf eigene Kosten entsprechend hergerichtet habe. Gehe man mit der Antragsegegnerin davon aus, dass sie wegen des Ablaufs der Siebenjahresfrist des § 42 Abs. 2 BauGB keine Entschädigung für den Baulandverlust verlangen können, komme die Herabzonung einer entschädigungslosen Enteignung nahe. Die Annahme des Plangebers, dass die Antragstellerinnen bzw. die Voreigentümerin die umstrittenen Flächen bereits als private Grünfläche hergerichtet hätten und diese entsprechend genutzt würden, sei unzutreffend. Das an die Villa K... angrenzende Grundstück sei nur deshalb als Teil der leer stehenden Gesamtanlage gärtnerisch angelegt, um potentiellen Käufern dieser Villa eine Nutzungsoption zu zeigen. Auf den übrigen Grundstücken sei Spontanvegetation entstanden. Soweit Anwohner diese Fläche für Freizeitzwecke nutzten, handele es sich um eine aus der Situation gegebene "wilde" Nutzung. Die Tatsache, dass die vier Grundstücke zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Veränderungssperre nicht bebaut gewesen seien, beruhe ausschließlich auf internen wirtschaftlichen Entwicklungen bei der damaligen Eigentümergesellschaft. Die Belange der Antragsteller zu 3. und 4. seien bei der Änderungsplanung überhaupt nicht berücksichtigt worden, obwohl die Frage der Höhe des Wohngelds sowohl für den Wert einer Eigentumswohnung als auch für die wirtschaftliche Lebensführung des Eigentümers von erheblichem Gewicht sei. Den zu erwartenden zusätzlichen Kosten stehe kein zusätzlicher Nutzen für die Antragsteller zu 3. und 4. gegenüber, da sie entgegen der Annahme der Antragsegegnerin an einer Nutzung der privaten Grünflächen nicht interessiert seien.

Weiter liege eine Fehlgewichtung der öffentlichen Belange vor. Entgegen der Auffassung der Stadt seien die denkmalpflegerischen Belange bereits bei der Abwägung zum ursprünglichen Bebauungsplan zutreffend ermittelt und abgewogen worden. Die Höhenentwicklung der zukünftigen Bebauung sei genauestens unter Berücksichtigung ausgewählter Sichtbeziehungen untersucht und entsprechend konzipiert worden; die Baugrenzen seien zurückverlagert worden. Entgegen der Annahme des Plangebers habe sich das Gewicht der Denkmalbelange seit der Festsetzung des Bebauungsplans Nr. 7 nicht erheblich verstärkt. Der Babelsberger Park habe bereits seit 1979 unter Denkmalschutz gestanden. Der räumliche Geltungsbereich der Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft, gemäß Eintragung in die Liste des Kulturerbes der Welt (World Heritage List der UNESCO), vom 30. Oktober 1996, umfasse entgegen der Darstellung des Plangebers nicht den dem Babelsberger Park gegenüberliegenden Uferstreifen des Tiefen Sees am Glienicker Horn. Die Annahme des Plangebers, dass die Sicht vom Denkmal auf die Umgebung geschützt sei, führe im Ergebnis zu einer rechtswidrigen Erweiterung des Denkmalschutzbereichs. Die Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berliner Vorstadt der Landeshauptstadt Potsdam vom 9. Juni 2005 habe für die hier in Rede stehenden Denkmalbelange keine Bedeutung. Zudem würde die geplante Bebauung die Sichtbeziehungen in keiner ins Gewicht fallenden Weise stören. Die der Abwägung zugrunde liegenden Darstellungen der Computersimulation sowie die Bilddokumentation für einzelne Standorte seien irreführend und nicht geeignet, einen wirklichkeitstgetreuen Eindruck einer zukünftigen Bebauung zu vermitteln.

Der Bebauungsplan scheitere weiter auch an einer unzureichenden Alternativenprüfung. Im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung hätte es sich aufgedrängt, den alleinigen Zweck der Planung, angebliche Sichtbeziehungen im öffentlichen Interesse zu erhalten, durch die Festsetzung einer öffentlichen anstelle einer privaten Grünfläche zu erreichen. Damit hätten die Eigentümer einen Übernahmeanspruch gegen die Stadt mit einer entsprechenden Entschädigungsforderung nach § 42 BauGB, so dass sie geringer als mit der Festsetzung einer für sie nutzlosen privaten Grünfläche belastet wären. Zudem wäre dann die dauerhafte Gestaltung und Unterhaltung der umstrittenen Fläche sichergestellt gewesen.

Die Antragsteller beantragen,

die Unwirksamkeit der Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über die erste (förmliche) Änderung des Bebauungsplans Nr. 7 "Berliner Straße/Havelseite", Teilbereich "Berliner Straße 75 G - 75 L", bekannt gemacht im Amtsblatt der Landeshauptstadt Potsdam Nr. 9/2008 vom 29. Mai 2008, festzustellen.

Die Antragsgegnerin beantragt,

den Antrag zurückzuweisen.

Sie hält die Anträge der Antragsteller zu 3. und 4. mangels Antragsbefugnis für unzulässig, da es sich bei den geltend gemachten Auswirkungen der Planung auf die Höhe des Wohngelds sowie den Wert der Eigentumswohnungen nicht um Belange von städtebaulicher Relevanz handle. Zudem hätten die Antragsteller zu 3. und 4. im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Änderungsbebauungsplans keine Stellungnahme abgegeben. Das Schreiben vom 9. Mai 2007 könne weder als Erklärung aller Wohnungseigentümer verstanden werden noch handle es sich um eine notwendige Erhaltungsmaßregel gemäß § 744 Abs. 2 BGB.

Die Festsetzung einer privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage sei nicht als unzulässige Negativplanung anzusehen, da der Ausschluss der Bebauung nicht das Primärziel der Planung sei, sondern dieses vielmehr vorrangig darin liege, weitere Beeinträchtigungen des empfindlichen landschaftlich-architektonischen Gefüges im Weltkulturerbbereich zu vermeiden. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts dürften Grünflächen auch aus Gründen des städtebaulichen Denkmalschutzes festgesetzt werden. Das von der Festsetzung betroffene Areal weise keine spontan gewachsene Vegetation auf, sondern eine gestaltete Freifläche, die im Zusammenhang mit der Bebauung des Glienicker Horns erstellt worden sei und auch im Verkaufsprospekt für die Wohnanlage dargestellt werde. Da es im Wesentlichen um einen Erhalt des Bestands gehe, komme es nicht darauf an, ob es rechtlich und wirtschaftlich möglich sei, dass auf den streitgegenständlichen Flächen künftig eine Parkanlage errichtet werde. Selbst wenn die Festsetzung "Parkanlage" unwirksam sei, würde dies nicht zur Unwirksamkeit des ganzen Bebauungsplans führen, da die Festsetzung einer privaten Grünfläche auch ohne den konkretisierenden Zusatz "Parkanlage" den Hauptzweck der Planung, die Sicherung der denkmalrechtlichen Sichtbeziehungen, gewährleisten würde.

Der der Abwägung zu Grunde liegende Sachverhalt sei zutreffend ermittelt worden. Es bestünden im vorliegenden Fall keine Anhaltspunkte zur Annahme eines besonderen Vertrauensschutzes. Auch gebe es keinen allgemeinen Grundsatz, dass Baurechte die ein Bebauungsplan einmal eingeräumt hat, auf alle Ewigkeit weiterbestehen müssten. Seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans im Februar 1995 seien mehr als 13 Jahre vergangen, so dass sich ohne weiteres eine veränderte städtebauliche Beurteilung der Situation am Glienicker Horn habe ergeben können. Die fehlende Realisierung der Bebauung auf den betroffenen Grundstücken habe allein auf einer Entscheidung der Eigentümer beruht und sei der Gemeinde nicht anzulasten. Aus dem Vertrag über die Errichtung des Uferwanderwegs ergebe sich keine Vertrauenslage auch für spätere Erwerber im Hinblick auf die Bebaubarkeit der nunmehr mit dem Änderungsbebauungsplan überplanten Flächen. Dass die Antragsteller zu 1. und 2. die Grundstücke im Vertrauen auf deren Bebaubarkeit erworben hätten, begründe kein erhöhtes Maß an Vertrauensschutz. Der Umstand, dass die Antragsteller nach Ablauf der Siebenjahresfrist keine Entschädigung für den Baulandverlust mehr verlangen könnten, führe nicht zu einer stärkeren, sondern eher zu einer geringeren Bedeutung der betroffenen Eigentümerrechte. Im übrigen müssten Auswirkungen auf den Verkehrswert nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts in der Abwägung nicht berücksichtigt werden.

Das öffentliche Interesse an einer Freihaltung der maßgeblichen Sichtachsen sei im vorliegenden Fall zutreffend höher gewichtet worden als die betroffenen Eigentümerbelange. Die neue Abwägung habe in zutreffender Weise der gestiegenen Sensibilität der Fragen rund um den Schutz des Weltkulturerbes Rechnung getragen. Maßgeblich sei, dass die Festlegung der von der UNESCO geforderten "Pufferzonen" für die Bereiche des Weltkulturerbes einen hinreichenden städtebaulichen Grund für die Festsetzung von Freiflächen darstelle. Dass die geplante Bebauung auf den hier umstrittenen Baufeldern die Sichtbeziehungen störe, ergebe sich aus den in den Verfahrensakten befindlichen Computersimulationen. Die als Alternative geprüfte Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche wäre nur dann sinnvoll, wenn es tatsächlich auch einen Bedarf an einer öffentlichen Nutzung und Zugänglichkeit dieser Flächen gebe. Dies sei jedoch nicht der Fall. Die Festsetzung einer öffentlichen Fläche wäre auch nicht interessengerecht, da die Privatnützigkeit der Grundstücke noch weiter eingeschränkt würde. Den Antragstellern bleibe als sinnvolle Verwendungsmöglichkeit ihrer Grundstücke die Veräußerung an die Eigentümergemeinschaften der Wohnanlage, die auch ein Interesse sowohl an der Nutzung als auch an der Pflege der dann gemeinschaftlichen privaten Grünfläche haben dürften.

Der Senat hat am 29. April 2010 eine Augenscheinseinnahme des Plangebiets sowie der sich von verschiedenen Blickpunkten im Babelsberger Park sowie im Park des Jagdschlusses Glienicke aus ergebenden Sichtbeziehungen durchgeführt. Auf die Niederschrift wird verwiesen. Hinsichtlich der Einzelheiten des Sachverhalts und des

Vorbringens der Beteiligten im Übrigen wird auf den Inhalt des beigezogenen Verwaltungsvorgangs und der Gerichtsakte verwiesen.

Entscheidungsgründe

I.

Der Normenkontrollantrag ist in Bezug auf die Antragsteller zu 3. und 4. unzulässig.

Zwar ist die subjektive Antragsweiterung grundsätzlich entsprechend § 91 Abs. 1 und 2 VwGO zulässig, da sich die Antragsgegnerin, ohne ihr zu widersprechen, auf die Änderung eingelassen hat. Der am 5. August 2008 eingegangene Antrag der Antragsteller zu 3. und 4. ist ferner fristgerecht innerhalb von einem Jahr nach der am 29. Mai 2008 erfolgten Bekanntmachung des Änderungsbebauungsplans (vgl. § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO) gestellt worden. Entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin fehlt es den Antragstellern zu 3. und 4. auch nicht an der Antragsbefugnis. Dabei kann dahinstehen, ob es sich bei den von ihnen geltend gemachten Auswirkungen auf die Höhe des Wohngelds sowie den Wert ihrer Eigentumswohnungen um abwägungserhebliche Belange handelt. Denn hierauf kommt es nur an, soweit sich die Antragsteller zu 3. und 4. als Eigentümer von außerhalb des Plangebiets befindlichen Wohnungen - mithin als Plannachbarn - gegen den Änderungsbebauungsplan wenden. Zu den Wohnungen gehört jedoch jeweils auch ein Miteigentumsanteil an dem teilweise im Geltungsbereich des Änderungsbebauungsplans gelegenen Erschließungsgrundstück (Flurstück 788/12), das in seiner baulichen Nutzbarkeit eingeschränkt wird. Jedenfalls insoweit sind die Antragsteller zu 3. und 4. in einer durch Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG grundrechtlich geschützten Rechtsstellung betroffen. Der Einwand der Antragsgegnerin, dass das betreffende Teilstück des Flurstücks 788/12 auch nach den bisherigen Festsetzungen des Bebauungsplans nicht bebaubar gewesen sei, überzeugt nicht, da die Festsetzung einer Grünfläche jedenfalls auch die bisher zulässige Herstellung einer Privatstraße ausschließt.

Der Normenkontrollantrag ist in Bezug auf die Antragsteller zu 3. und 4. jedoch deshalb unzulässig, weil diese mit ihren Einwendungen gemäß § 47 Abs. 2a VwGO in formeller Hinsicht präkludiert sind. Nach dieser Vorschrift ist der Antrag einer natürlichen oder juristischen Person, der einen Bebauungsplan oder eine Satzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3 oder § 35 Abs. 6 des Baugesetzbuchs zum Gegenstand hat, unzulässig, wenn die den Antrag stellende Person nur Einwendungen geltend macht, die sie im Rahmen der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) oder im Rahmen der Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit (§ 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB) nicht oder verspätet geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können, und wenn auf diese Rechtsfolge im Rahmen der Beteiligung hingewiesen worden ist. So liegt der Fall hier. Die Antragsgegnerin hat den Entwurf des Bebauungsplans entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB in der Zeit vom 10. April bis 11. Mai 2007 öffentlich ausgelegt. Die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung erfolgte im Amtsblatt der Landeshauptstadt Potsdam vom 29. März 2007. Bedenken gegen die Ordnungsgemäßheit der Auslegung sind weder von den Antragstellern vorgetragen worden noch sonst ersichtlich. Die Antragsgegnerin hat im Rahmen der Beteiligung - konkret: in der Auslegungsbekanntmachung - ferner in nicht zu beanstandender Weise auf die in § 47 Abs. 2a VwGO angeordnete Rechtsfolge der (formellen) Präklusion hingewiesen. Dass sie bei dem Hinweis auf die Fehlerfolgen nicht den Wortlaut des § 47 Abs. 2a VwGO verwendet, sondern - entsprechend ihrer gesetzlichen Verpflichtung - den Hinweis dem Wortlaut des § 3 Abs. 2 Satz 2, Halbsatz 2, 3. Alternative BauGB entnommen hat, ist unschädlich (vgl. VGH Mannheim, Beschluss vom 2. November 2009 - 3 S 3013/08 -, juris). Die Antragsteller zu 3. und 4. haben im Rahmen der öffentlichen Auslegung keine Einwendungen geltend gemacht. Alle nunmehr im Normenkontrollantrag erhobenen Einwendungen hätten indes schon im Zeitpunkt der öffentlichen Auslegung geltend gemacht werden können, denn die maßgeblichen Umstände, auf die die Antragsteller ihr Vorbringen zur fehlenden Vollzugsfähigkeit der Festsetzung "Private Grünfläche - Parkanlage" sowie diverser Verstöße gegen das Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB stützen, sind nicht etwa nachträglich entstanden, sondern bestanden unstreitig bereits im Zeitpunkt der Auslegung.

Entgegen der Auffassung der Antragsteller können sie sich zur Vermeidung einer Präklusion ihrer Abwehrrechte gemäß § 47 Abs. 2a VwGO nicht auf diejenigen Einwendungen berufen, die verschiedene "Eigentümer der Wohnanlage A..." gemäß anliegender Unterschriftenliste" mit Schreiben vom 9. Mai 2007 fristgemäß gegen die Planung geltend gemacht haben. Die Antragsteller zu 3. und 4. haben die zuletzt genannte Stellungnahme unstreitig nicht mit unterschrieben. Die von ihnen behauptete Möglichkeit einer Zurechnung der Einwendungen Dritter auf der Grundlage einer zwischen den Miteigentümern an einem im Plangebiet gelegenen Grundstück kraft Gesetzes bestehenden Bruchteilsgemeinschaft i.S.d. §§ 1008 ff., 741 BGB findet im Wortlaut des § 47 Abs. 2a VwGO keine Stütze und lässt sich auch nicht im Wege einer teleologischen Reduktion der Vorschrift begründen. Gegen eine solche Auslegung spricht schon, dass es im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung für die planende Gemeinde regelmäßig von entscheidender Bedeutung ist, nicht nur möglichst vollständige Kenntnis von allen abwägungserheblichen Belangen, sondern insbesondere auch Klarheit über die Zahl der Einwender und die von ihnen verfolgten - möglicherweise divergierenden - Interessen zu erlangen; denn nur so ist es ihr möglich, die widerstreitenden öffentlichen und privaten Interessen mit dem zutreffenden Gewicht in die Abwägung einzustellen. Könnten Antragsteller im Normenkontrollverfahren die Präklusionsfolge des § 47 Abs. 2a VwGO unter Berufung darauf umgehen, dass ein von ihnen geltend gemachter Belang im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung von in gleicher Weise betroffenen anderen Grundstückseigentümern geltend gemacht worden ist, stünde dies schwerlich in Einklang mit dem vom Gesetzgeber verfolgten Zweck der Präklusionsvorschrift und der Folgeänderungen in § 3 Abs. 2 Satz 2, Halbsatz 2, § 13 Abs. 2 Satz 2 und § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB, dass die Betroffenen ihrer Obliegenheit nachkommen, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung Einwände möglichst frühzeitig zu erheben, und über die Rechtsfolgen einer unterbliebenen Mitwirkung ausreichend informiert sind (vgl. die Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung, BTDrucks 16/2496 S. 18; BVerwG, Urteil vom 26. April 2007 - 4 CN 3.06 -, BVerwGE 128, 382).

Diese allgemeinen Erwägungen gelten auch für den hier vorliegenden Fall, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung Einwände von anderen Teilhabern einer aufgrund des Miteigentums an einem im Plangebiet gelegenen Grundstück - hier des Erschließungsgrundstücks (Flurstück 788/12) - bestehenden Bruchteilsgemeinschaft i.S.d. §§ 1008 ff., 741 BGB geltend gemacht worden sind. Insbesondere ist kein Grund für die Annahme der Antragsteller ersichtlich, dass im Anwendungsbereich des § 47 Abs. 2a VwGO die rechtzeitigen Einwendungen anderer Bruchteilseigentümer in entsprechender Anwendung des § 744 Abs. 2 BGB für und gegen alle Bruchteilseigentümer gelten. Nach der erwähnten Vorschrift ist jeder Teilhaber berechtigt, die zur Erhaltung des Gegenstands notwendigen Maßregeln ohne Zustimmung der anderen Teilhaber zu treffen; er kann verlangen, dass diese ihre Einwilligung zu einer solchen Maßregel im Voraus erteilen. Normzweck des § 744 Abs. 2 BGB ist die Sicherung des Rechts jedes Teilhabers auf Werterhaltung (vgl. K. Schmidt, in: MünchKommBauGB, 5. Aufl. 2009, § 744, 745 Rn. 41). Erfasst sind solche Maßnahmen, die der Erhaltung des gemeinschaftlichen Gegenstandes in der Substanz oder in der Nutzungsmöglichkeit, bei einem Recht auf Geltendmachung dienen (vgl. K. Schmidt, a.a.O., Rn. 42). Soweit zu den zur Erhaltung eines der Gemeinschaft gehörenden Gegenstandes notwendigen Maßnahmen nach der von den Antragstellern erwähnten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auch die Verjährungsunterbrechung durch Klage nur eines Teilhabers gerechnet werden kann (vgl. BGH, Urteil vom 21. März 1985 - VII ZR 148/83 -, NJW 1985, 1826), ist dieser Fall nicht vergleichbar mit der Geltendmachung von Einwendungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) oder im Rahmen der Beteiligung der betreffenden Öffentlichkeit (§ 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB). Für die dieser Rechtsprechung zugrunde liegende Annahme einer gesetzlichen Prozessführungsbefugnis jedes Teilhabers gemäß § 744 Abs. 2 BGB besteht im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit im Planaufstellungsverfahren kein Bedarf, da jeder Miteigentümer seine Belange ohne Mitwirkung der anderen Miteigentümer in die Abwägung einbringen kann.

Selbst wenn es sich bei der Geltendmachung von Einwendungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung um eine Maßnahme zur Erhaltung - hier der Funktion des Flurstücks 788/12 als Erschließungsfläche - handeln sollte, lassen sich diese Einwendungen nicht wegen der nach Maßgabe der §§ 1008 ff., 741 BGB bestehenden Bruchteilsgemeinschaft ohne weiteres den anderen Miteigentümern zurechnen. Gerade der vorliegende Fall zeigt nämlich sehr anschaulich, dass die Interessen der Miteigentümer in Bezug auf die den gemeinschaftlichen Gegenstand erfassende Planung durchaus divergieren können und sich nicht auf das Erhaltungsinteresse reduzieren lassen. Ein Teil der Miteigentümer hat sich im Aufstellungsverfahren nachdrücklich für den Entwurf des Änderungsbebauungsplans ausgesprochen. Dies kommt in dem von den Antragstellern für sich in Anspruch genommenen Schreiben vom 9. Mai 2007 deutlich zum Ausdruck. Schon die darin enthaltene Bemerkung, dass die Ausführungen "von der wesentlichen Mehrheit der Wohnungseigentümer mit getragen" würden, "wenn auch wegen Abwesenheit nicht alle Befürworter hier unterzeichnen können", lässt erkennen, dass zumindest eine Minderheit der Wohnungseigentümer das geltend gemachte Interesse nicht teilt. Noch deutlicher wird dies durch die handschriftliche Anmerkung, dass auch Anwohner, "die zwar anwesend sind, sich aber gegen diesen Brief aussprechen", nicht unterschrieben hätten. Jedenfalls bei einer solchen Sachlage fehlt es offensichtlich an der tatsächlichen Grundlage für die Annahme, dass mit der Stellungnahme nicht nur die individuellen Interessen einzelner Miteigentümer verfolgt werden soll, sondern es sich um eine im Interesse der Werterhaltung des gemeinschaftlichen Grundstücks gleichsam unabweisbar gebotene Maßnahme handelt. Ob der Senat der in der Rechtsprechung vertretenen Auffassung folgen würde, dass § 47 Abs. 2a VwGO nicht zulasten des Ehemannes eingreife, wenn seine Ehefrau für das im Miteigentum stehende Grundstück im Planaufstellungsverfahren Einwendungen vorgebracht hatte (vgl. OVG Lüneburg, Beschluss vom 19. Mai 2009 - 1 MN 12/09 -, NVwZ-RR 2009, 830), kann dahinstehen, da es sich offensichtlich um eine besondere Fallgestaltung handelt, die mit der vorliegenden nicht vergleichbar ist.

II.

In Bezug auf die Antragsteller zu 1. und 2. ist der Normenkontrollantrag zulässig und begründet.

1. Der angegriffene Bebauungsplan ist allerdings nicht bereits unter dem Gesichtspunkt mangelnder Erforderlichkeit für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung zu beanstanden.

Nach § 1 Abs. 3 BauGB haben die Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Was im Sinne dieser Vorschrift erforderlich ist, folgt nicht allein aus räumlichen Vorgegebenheiten sowie aus allgemeinen Grundsätzen oder sonstigen abstrakten Vorgaben, sondern hängt weitgehend von Willensentscheidungen der Gemeinde ab (vgl. BVerwG, Urteil vom 31. August 2000 - 4 CN 6.99 -, BVerwGE 112, 41, 46 f.). Welche städtebaulichen Ziele die Gemeinde sich setzt, liegt in ihrem planerischen Ermessen. Der Gesetzgeber ermächtigt sie, die "Städtebaupolitik" zu betreiben, die ihren städtebaulichen Ordnungsvorstellungen entspricht (vgl. BVerwG, Beschluss vom 11. Mai 1999 - 4 BN 15-99 -, NVwZ 1999, 1338, m.w.N.). Nicht erforderlich i.S.d. § 1 Abs. 3 BauGB sind nur solche Bauleitpläne, die einer positiven Planungskonzeption entbehren und ersichtlich der Förderung von Zielen dienen, für deren Verwirklichung die Planungsinstrumente des Baugesetzbuchs nicht bestimmt sind. Davon wäre etwa auszugehen, wenn eine planerische Festsetzung lediglich dazu dient, private Interessen zu befriedigen, oder eine städtebauliche Zielsetzung nur vorgeschoben wird, um eine in Wahrheit auf bloße Verhinderung gerichtete Planung zu verdecken (vgl. BVerwG, Beschluss vom 11. Mai 1999, a.a.O., S. 1137, m.w.N.).

Ein solcher Fall liegt hier entgegen der Auffassung der Antragsteller nicht vor. Eine positive Plankonzeption ist vorhanden. In der Planbegründung wird auf S. 4 als Ziel der Planänderung "die Verbesserung der Verträglichkeit der städtebaulichen Situation im Hinblick auf die bestehenden Sichten aus den historischen Parkanlagen und den Schutz des empfindlichen landschaftlich-architektonischen Gefüges im Weltkulturerbebereich" genannt. Ferner wird zur Begründung der Änderung u.a. ausgeführt, dass die Anfang 1990 errichtete Bebauung des Glienicker Horns mit Stadtvielen für die umgebenden Parkanlagen (Park Babelsberg, Park Glienicke, Jagdschlosspark Glienicke) eine erhebliche Beeinträchtigung darstelle. Die fachlichen und politischen Diskussionen und geäußerten Bedenken zur entstehenden Bebauung am Glienicker Horn hätten zur Konkretisierung und einer neuen Bewertung der dem denkmalpflegerischen Gesichtspunkte geführt (S. 5). Ferner wird hervorgehoben (S. 6 f.), dass sich die Fläche in unmittelbarer Nachbarschaft zum räumlichen Geltungsbereich des Denkmalbereichs Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft gemäß § 1 der Denkmalbereichssatzung (d.h. der Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft, gemäß Eintragung in die Liste des Kulturerbes der Welt (World Heritage List der UNESCO), vom 30. Oktober 1996) befinde, in dem nach § 2 der Satzung "die aufeinander wirkenden optischen Bezüge der einzelnen Teilbereiche geschützt" seien. Die Verknüpfung des Babelsberger Parks mit der umliegenden Landschaft, den Parkanlagen und der Stadt Potsdam sei ein wesentliches Gestaltungsmerkmal der ab 1833 durch Peter Joseph Lenné und Fürst Pückler angelegten bedeutenden landschaftlichen Parkanlage. Von den auf unterschiedlichen Höhen verlaufenden Wegen des Parks ergebe sich "eine Vielzahl bewusst komponierter Sichten nicht als lineare Sichtachse, sondern als erlebbare Sichtbereiche, in denen der Blick geführt" werde. Dabei sei "nicht nur der Zielpunkt der Sicht entscheidend (von einem Anfangs- und Endpunkt), sondern auch der wesentlich für die künstlerische Blickführung verantwortliche Vorder- und Mittelgrund". Von den höher gelegenen Wegen wirke "der verbliebene Geländestreifen der noch unbebauten Grundstücke als landschaftlicher Vorder- oder Mittelgrund (z.B. für die Sichten auf den Pfingstberg), von den tiefer gelegenen Wegen als unmittelbares Gegenüber, das in Bezug auf die vorhandene Bebauung am Glienicker Horn eine puffernde Wirkung" entfalte.

Die genannten Planungsziele, nämlich der Schutz des empfindlichen landschaftlich-architektonischen Gefüges im Weltkulturerbebereich und insbesondere die Verhinderung weiterer Beeinträchtigungen der Sichtbeziehungen aus den historischen Parkanlagen und die Bewahrung der (zwischen den Parkanlagen und der bereits vorhandenen Bebauung) puffernden Wirkung der auf dem Glienicker Horn verbliebenen Grünfläche lassen ein tragfähiges städtebauliches Konzept erkennen. Bei der Aufstellung eines Bebauungsplans sind insbesondere auch Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes (§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB) zu berücksichtigen. Als Vertragsstaat des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 16. November 1972 ist die Bundesrepublik Deutschland zudem verpflichtet, den Schutz der Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft als Weltkulturerbe zu gewährleisten (vgl. Art. 4 des Übereinkommens, BGBl. 1977 II S. 213). Dass die Verhinderung der durch den ursprünglichen Bebauungsplan zugelassenen Ausdehnung der mehrgeschossigen Wohnbebauung in unmittelbarer Nachbarschaft zu den denkmalgeschützten Parkanlagen den Schutz des Weltkulturerbebereichs vor weiteren Beeinträchtigungen verbessern kann, erscheint plausibel. Ob der öffentliche Belang zutreffend ermittelt und gewichtet wurde, ist eine Frage der Abwägung.

Die Auffassung der Antragsteller, dass es sich hier um eine ausschließlich negative und daher planungsrechtlich unzulässige Festsetzung zum Ausschluss der bisher im Bebauungsplan Nr. 7 vorgesehenen baulichen Nutzung handele, lässt sich auch nicht damit begründen, dass die maßgeblichen öffentlichen Belange bereits im Rahmen der dem ursprünglichen Bebauungsplan zugrunde liegenden Abwägung berücksichtigt worden seien und seither keine Änderungen eingetreten seien. In der Planbegründung (S. 4) wird darauf hingewiesen, dass die erneuten Diskussionen um das "Glienicker Horn" aktuell ausgelöst worden seien durch die fachliche Erörterung einer Simulation, die das für die Bauantragstellung vorbereitete Bauvorhaben auf dem Grundstück Berliner Straße 75 H dargestellt habe. Die fachliche Beurteilung dieses Vorhabens durch die beteiligten Denkmalbehörden habe die widerstreitenden Beurteilungen aus dem seinerzeitigen Bebauungsplanverfahren wieder aufleben lassen und die Notwendigkeit aufgezeigt, die schon 1993 getroffene Abwägungsentscheidung des Bebauungsplanverfahrens zu überprüfen. Die zwischen den Beteiligten umstrittene Frage, ob sich das Gewicht der Denkmalbelange seit der Festsetzung des Bebauungsplans Nr. 7 durch das Inkrafttreten der Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft, gemäß Eintragung in die Liste des Kulturerbes der Welt (World Heritage List der UNESCO), vom 30. Oktober 1996 sowie der Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berliner Vorstadt der Landeshauptstadt Potsdam vom 9. Juni 2005 (gewissermaßen objektiv) verstärkt hat, kann in diesem Zusammenhang offen bleiben. Denn da die Entscheidung über planerische Zielsetzungen - wie oben dargelegt - eine Frage der Gemeindepolitik und nicht bloße Rechtsanwendung ist, kann es der Gemeinde auch nicht verwehrt sein, ihre planerischen Zielsetzungen in Bezug auf ein bestimmtes Gebiet zu ändern und die abwägungserheblichen Belange zu einem späteren Zeitpunkt anders zu gewichten (vgl. bereits Urteil des Senats vom 19. Dezember 2006 - OVG 2 A 21.05 -, LKV 2007, 468, 469). Die unzureichende Berücksichtigung früherer Planungen und der hierdurch ggf. begründeten privaten Rechtspositionen kann zwar gegebenenfalls zu einem Abwägungsfehler führen, stellt jedoch nicht schon die städtebauliche Erforderlichkeit der Planung in Frage.

Die städtebauliche Erforderlichkeit fehlt auch nicht aus anderen Gründen. Zwar folgt aus dem in § 1 Abs. 3 BauGB enthaltenen Gebot der Erforderlichkeit, dass die Gemeinde keinen Bebauungsplan aufstellen darf, der aus Rechtsgründen nicht vollzugsfähig ist (vgl. BVerwG, Urteil vom 28. Februar 2002 - 4 CN 5/01 -, NVwZ 2002, 1114, 1117, für den Fall, dass sich im Fall der Umsetzung der getroffenen Festsetzungen die immissionsschutzrechtlich maßgeblichen Grenzwerte nicht werden einhalten lassen). Bei dem von den Antragstellern in diesem Zusammenhang geltend gemachten Umstand, dass keine gesetzliche Grundlage bestehe, wonach die Eigentümer der vier Grundstücke sowie die Eigentümergemeinschaft an dem Erschließungsgrundstück zur gemeinsamen Herstellung und Unterhaltung einer Parkanlage gezwungen werden könnten, handelt es sich nicht um eine Frage der Vollzugsfähigkeit in diesem Sinne. Zwar kann dieses Vorbringen der Antragsteller angesichts ihres Widerstands gegen die Planung abwägungserheblich sein und im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung gegen die Eignung der Festsetzungen zur Erreichung des Planungsziels sprechen; es stellt jedoch nicht schon deren Vollzugsfähigkeit infrage, da es sich bei der fehlenden Bereitschaft betroffener Grundeigentümer zur Umsetzung der Festsetzungen jedenfalls nicht um ein zwingendes (rechtliches oder auch nur tatsächliches) Hindernis handelt. Für die tatsächliche Realisierbarkeit der Planung spricht nicht zuletzt der gegenwärtige Zustand des Plangebiets; denn nach dem Ergebnis der Augenscheinseinnahme im Ortstermin ist ungeachtet der Eigentumsverhältnisse jedenfalls derzeit durchaus eine zusammenhängende Fläche vorhanden, die als Grünfläche hergestellt und von einem privaten Benutzerkreis für Freizeit Zwecke genutzt werden könnte.

2. Auch der Inhalt der Festsetzungen des Änderungsbebauungsplans ist für sich genommen nicht zu beanstanden.

Soweit im Geltungsbereich eine private Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Parkanlage" festgesetzt wird, ist dies nach § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB grundsätzlich zulässig. Entgegen der Auffassung der Antragsteller ist die Zweckbestimmung "Parkanlage" nicht nur im Zusammenhang mit öffentlichen Grünflächen zulässig. Zwar trifft es zu, dass Parkflächen in den meisten Fällen öffentlich sind; es kann aber auch eine private Parkanlage als Grünfläche festgesetzt werden, sofern hierfür ein städtebaulicher Grund vorliegt (vgl. Gierke, in: Brügelmann, BauGB, Stand: Januar 2010, § 9 Rn. 284). Ein solcher - mit Rücksicht auf § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB anzuerkennender - Grund ist hier wegen der unmittelbaren Nachbarschaft zum Weltkulturerbebereich gegeben. Der durch die Planung angestrebte Schutz der denkmalgeschützten Parkanlagen und der zwischen ihnen bestehenden Sichtbeziehungen lässt sich zweifellos besser durch eine parkartige Gestaltung der angrenzenden Freifläche erreichen als etwa durch abgetrennte Einzelgärten. Ob aus Gründen der Verhältnismäßigkeit die Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche vorzugswürdig gewesen wäre, ist eine im Rahmen der Abwägung zu prüfende Frage.

3. Die den Festsetzungen des angegriffenen Änderungsbebauungsplans zugrunde liegende Abwägung weist erhebliche Mängel auf.

Nach § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist das Gebot gerechter Abwägung verletzt, wenn eine (sachgerechte) Abwägung überhaupt nicht stattfindet. Es ist verletzt, wenn in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss. Es ist ferner verletzt, wenn die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt oder wenn der Ausgleich zwischen den von der Planung betroffenen Belangen in einer Weise vorgenommen wird, die zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht. Innerhalb des so gezogenen Rahmens wird das Abwägungsgebot jedoch nicht verletzt, wenn sich die zur Planung berufene Gemeinde in der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die Zurückstellung des anderen entscheidet (vgl. BVerwG, Urteil vom 12. Dezember 1969 - IV C 105.66 -, BVerwGE 34, 301, 309). Soweit die Ermittlung und Bewertung der Belange, die für die Abwägung von Bedeutung sind, in § 2 Abs. 3 BauGB nunmehr auch als verfahrensbezogene Pflicht ausgestaltet worden ist, ergeben sich hieraus keine inhaltlichen Änderungen gegenüber den in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Abwägungsgebot entwickelten Anforderungen (vgl. BVerwG, Urteil vom 9. April 2008 - 4 CN 1.07 -,

Wie sich aus der Begründung des Änderungsbebauungsplans sowie aus den Abwägungsvorschlägen der Stadtverwaltung, die Gegenstand des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 7. Mai 2008 gewesen sind, ergibt, hat die Antragsgegnerin zwar die für die Planung sprechenden öffentlichen Belange im Planaufstellungsverfahren ausreichend ermittelt und mit dem ihnen zukommenden hohen Gewicht bei der Abwägung berücksichtigt (a), nicht jedoch die privaten Belange der betroffenen Grundstückseigentümer, die mit dem öffentlichen Interesse an der beabsichtigten städtebaulichen Neuordnung des Plangebiets abzuwägen sind (b). Dieser Abwägungsfehler ist auch erheblich (c).

Wie bereits im Zusammenhang mit der städtebaulichen Anforderlichkeit ausgeführt, dient die Planung dem Schutz des empfindlichen landschaftlich-architektonischen Gefüges im Weltkulturerbebereich und insbesondere der Verhinderung weiterer Beeinträchtigungen der Sichtbeziehungen aus den historischen Parkanlagen sowie der Bewahrung der (zwischen den Parkanlagen und der bereits vorhandenen Bebauung) puffernden Wirkung der auf dem Glienicker Horn verbliebenen Grünfläche. Dass es sich hierbei um einen erheblichen öffentlichen Belang handelt, ergibt sich aus § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB, wonach bei der Aufstellung der Bauleitpläne die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, der erhaltenen Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung und der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes zu berücksichtigen sind. Besonderes Gewicht kommt diesen Belangen hier dadurch zu, dass sich das Plangebiet in unmittelbarer Nachbarschaft zum räumlichen Geltungsbereich der Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft, gemäß Eintragung in die Liste des Kulturerbes der Welt (World Heritage List der UNESCO), vom 30. Oktober 1996 befindet und die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 16. November 1972 verpflichtet ist, den Schutz der Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft als Weltkulturerbe zu gewährleisten (vgl. Art. 4 des Übereinkommens, BGBl. 1977 II S. 213).

Aufgrund des Ergebnisses der Augenscheineinnahme im Ortstermin teilt der Senat die Einschätzung des Plangebers, dass die in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts errichtete Bebauung des Glienicker Horns mit so genannten Stadtvillen für die umgebenen Parkanlagen, insbesondere den Park Babelsberg, eine erheblich störende Beeinträchtigung darstellt, die als städtebauliche Fehlentwicklung anzusehen ist. Der Schutz der Sichtbeziehungen aus dem zum Denkmalbereich gehörenden Babelsberger Park heraus ist ein - sowohl in denkmalpflegerischer als auch städtebaulicher Hinsicht - schützenswerter öffentlicher Belang. Die auf die gesetzliche Regelung zum Umgebungsschutz (vgl. § 2 Abs. 3 BbgDSchG) gestützte Auffassung der Antragsteller, dass grundsätzlich nur die Sicht in Richtung auf das Denkmal vor erheblichen Störungen geschützt sei, greift hier zu kurz; denn nach § 2 der erwähnten Denkmalschutzsatzung werden in ihrem sachlichen Geltungsbereich gerade auch "die durch planmäßige Verteilung der Gebäude und Anlagen entwickelte räumliche Struktur" sowie "die Silhouetten und aufeinander wirkenden optischen Bezüge in den ausgewählten Teilbereichen geschützt". Sind die Sichtbeziehungen mithin unmittelbar Bestandteil des geschützten Denkmals, ist es hier nicht weiter relevant, ob nach § 2 Abs. 3 BbgDSchG auch die nähere Umgebung des Denkmals geschützt ist, weil sie für dessen Erhaltung, Erscheinungsbild oder städtebauliche Bedeutung erheblich ist. Die Annahme des Plangebers, dass im vorliegenden Fall auch die Sicht vom Denkmal auf die Umgebung geschützt sei, führt damit entgegen der Auffassung der Antragsteller nicht im Ergebnis dazu, dass der Denkmalschutzbereich rechtswidrig erweitert wird, sondern erweist sich im Hinblick auf den konkreten Schutzgegenstand als zutreffend. Unabhängig davon teilt der Senat auch die Bewertung des Plangebers, dass der vorhandenen Grünfläche eine puffernde Wirkung zwischen dem - auch die Wasserfläche der Havel einschließenden - Denkmal- und Weltkulturerbebereich und der vorhandenen mehrgeschossigen Wohnbebauung auf dem Glienicker Horn zukommt.

Die Augenscheineinnahme hat die Annahmen des Plangebers zur Schutzwürdigkeit der Sichtbeziehungen bestätigt. Diese werden in der Planbegründung (S. 7 f.) dahingehend beschrieben, dass sich von den auf unterschiedlichen Höhen verlaufenden Wegen des Parks "eine Vielzahl bewusst komponierter Sichten nicht als lineare Sichtachse, sondern als erlebbare Sichtbereiche, in denen der Blick geführt" werde, ergebe. Dabei sei "nicht nur der Zielpunkt der Sicht entscheidend (von einem Anfangs- und Endpunkt), sondern auch der wesentlich für die künstlerische Blickführung verantwortliche Vorder- und Mittelgrund". Im einzelnen werden sodann die prägenden Merkmale der Sichtbeziehungen vom Uferweg und den höher gelegenen Wegen des Babelsberger Parks sowie von verschiedenen Standpunkten des Jagdschlossparks Glienicke näher dargelegt. Durch die Engführung der beiden Uferlinien im Bereich der Babelsberger Enge wirke die Fläche vom Uferweg des Babelsberger Parks aus gesehen als unmittelbar in den Park einbezogen. Die Wasserflächen verschwänden optisch, das gegenüberliegende Ufer werde zur Fortsetzung des Parks. Jede weitere Bebauung der noch verbliebenen freien Fläche würde den Rest noch verbliebener Qualität dieses Gegenübers zerstören. Die mildernde Wirkung in Bezug auf die dahinter liegende Bebauung käme dann nicht mehr zum Tragen. Die noch vorhandene räumliche Tiefe ginge verloren, indem die Bebauung optisch wesentlich näher an den Park rücke. Von den höher gelegenen Wegen oberhalb der Rosentreppe wirke die vordere Fläche des Glienicker Horns als landschaftlicher Vordergrund der Aussichten, aus denen Fußwegen im Pleasureground als unmittelbarer Hintergrund der Blumenbeete. Eine weitere Bebauung der noch freien Fläche würde die genannten Prospekte erheblich beeinträchtigen. Von diesen höheren Punkten sei nicht nur die Ansicht der geplanten Bebauung und damit der Verlust räumlicher Tiefe maßgeblich, vielmehr dominierten durch den veränderten Winkel die Dachflächen in der Draufsicht den Mittelgrund der Aussichten. Von verschiedenen Standpunkten des Jagdschlossparks Glienicke wirke das Glienicker Horn im Mittelgrund der Ansichten der Stadtsilhouette als landschaftliches Pendant der gegenüberliegenden Landzunge im Park Babelsberg. Der besondere Reiz liege in der "Übersichtlichkeit" der Landzungen, wodurch die Wasserfläche dahinter sichtbar bleibe. Eine weitere Bebauung der noch vorhandenen Flächen würde diese Wirkung beeinträchtigen. Selbst wenn der zuletzt genannte Aspekt der Sichtbarkeit der Wasserfläche hinter dem Glienicker Horn vom Park des Jagdschlusses Glienicke aus wegen der jahreszeitbedingten Vegetation im Ortstermin nicht abschließend verifiziert werden konnte, hat sich der Senat insgesamt davon überzeugen können, dass die in der Planbegründung enthaltene Beschreibung der Sichtbeziehungen und der sich durch die Bebauung des Plangebiets ergebenden Beeinträchtigungen für den in durchschnittlichem Maße für gestalterische Eindrücke aufgeschlossenen Teil der Betrachter ohne weiteres nachvollziehbar ist.

Der von den Antragstellern hervorgehobene Umstand, dass "die das Glienicker Horn überstreichenden Sichtbeziehungen" bereits in der Begründung und der Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 7 hervorgehoben und im einzelnen erläutert worden seien, die Höhenentwicklungen der zukünftigen Bebauung unter Berücksichtigung dieser ausgewählten Sichtbeziehungen untersucht worden seien und im Rahmen der damaligen Abwägung hinsichtlich der nun umstrittenen Baufelder die Gebäudehöhen vermindert und die Baugrenzen zurückverlagert worden seien, mindert das Gewicht der öffentlichen Belange nicht. Da für die Abwägung die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Bebauungsplan maßgebend ist (§ 214 Abs. 3 Satz 1 BauGB), kann die Frage, ob eine bauliche Fehlentwicklung vorliegt, nicht nach dem Kenntnisstand des damaligen Planaufstellungsverfahrens beurteilt werden. Im Abschnitt "Anlass und Erforderlichkeit der Planänderung" der Planbegründung (S. 3 f.) wird darauf hingewiesen, dass die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 7 "Berliner Straße/Havelseite" schon Anfang der 90er Jahre erhebliche Kontroversen ausgelöst habe, und zwar gerade im Hinblick auf die Wirkung einer Neubebauung der Landzunge des Glienicker Horns. Dass sich eine damals noch für ausreichend gehaltene Konfliktlösung zwischen der vorgesehenen Bebauung und den denkmalpflegerischen Belangen nachträglich als unzureichend herausstellen kann, ist nicht zweifelhaft. Auf den von den Antragstellern massiv kritisierten Gesichtspunkt, dass sich die denkmalpflegerischen Gesichtspunkte wegen des Inkrafttretens der Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft gemäß der Eintragung in die Liste des Kulturerbes der Welt sowie der Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs "Berliner Vorstadt" zunehmend verfestigt und konkretisiert hätten (vgl. S. 3 f. der Planbegründung) kommt es deshalb nicht an. Nur ergänzend ist daher zu bemerken, dass die erwähnte Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Berliner Vorstadt der Landeshauptstadt Potsdam vom 9. Juni 2005 für die hier in Rede stehenden Denkmalbelange keine Bedeutung hat, da die streitgegenständliche Freifläche unter keinem Gesichtspunkt von dem sachlichen Geltungsbereich gemäß § 2 der Satzung erfasst wird; denn dieser beschränkt sich auf den "seit Anfang des 18. Jahrhunderts in mehreren Schritten entwickelten Grundriss der Vorstadt und die umfänglich erhaltene Substanz der baulichen Anlagen, soweit sie das Erscheinungsbild der Vorstadt trägt". Dass hierzu auch die nach der teilweisen Realisierung der Stadt villenbebauung auf dem Glienicker Horn verbliebene Freifläche gehören könnte, liegt fern.

Die weitere Annahme des Plangebers, dass der durch die Änderung des Bebauungsplans Nr. 7 bewirkte Wegfall des Baurechts auf den noch unbebauten Grundstücken geeignet und erforderlich sei, "um eine Verstärkung von Beeinträchtigungen des empfindlichen landschaftlich-architektonischen Gefüges im Weltkulturerbbereich zu vermeiden", ist ebenfalls nicht zu beanstanden. Die hiergegen gerichteten Einwände der Antragsteller greifen nicht durch. Dass die schützenswerten Sichtbeziehungen vom Babelsberger Park zum Glienicker Horn bereits vollständig und unwiderruflich zerstört sind, lässt sich nicht feststellen. Der Senat hält vielmehr auch nach der im Rahmen der mündlichen Verhandlung durchgeführten Augenscheineinnahme an der Feststellung in seinem die Veränderungssperre betreffenden Urteil vom 19. Dezember 2006 (OVG 2 A 21.05) fest, dass es sich bei dem bisher unbebauten Bereich, der in südlicher und östlicher Richtung an die Havel grenzt, um den topografisch exponiertesten und dem Babelsberger Park am nächsten liegenden Teil der Landzunge handelt und dass das - laut Planbegründung - ca. 1 ha große Plangebiet nicht zuletzt wegen dieser exponierten Lage vom gegenüberliegenden Babelsberger Park aus gesehen nicht etwa nur als untergeordnete "Baulücke" zwischen der westlich gelegenen mehrgeschossigen Wohnbebauung und der nordöstlich gelegenen Villa K... erscheint, sondern als geschlossen wirkende, parkartige Grünfläche am Havelufer. Obwohl die vorhandene Bebauung am Rand dieser Fläche deutlich sichtbar ist, kann von einer gänzlichen Zerstörung der Sichtbeziehungen auf die unbebaute südöstliche Spitze des Glienicker Horns, die eine Abstimmung mit den Interessen des Weltkulturerbes hinsichtlich des noch unbebauten Bereichs von vornherein gegenstandslos machen würde, weiterhin keine Rede sein. Hieran ändert auch der im Rahmen der Augenscheineinnahme festgestellte Umstand nichts, dass insbesondere das südlich an die Villa K... angrenzende Grundstück nicht von allen aufgesuchten Blickpunkten im Babelsberger Park und im Park des Jagdsschlösses Glienicke gleichermaßen einsehbar ist bzw. sich ein Teil der geplanten Bebauung insoweit nicht oder nur geringfügig von der vorhandenen Bebauung abheben würde; maßgeblich ist vielmehr, dass von der überwiegenden

Von diesem Sachverhalt ist entgegen der Auffassung der Antragsteller auch die Stadtverordnetenversammlung der Antragsgegnerin bei ihrer Beschlussfassung über die Abwägung zutreffend ausgegangen. Das im Aufstellungsvorgang vorhandene Bildmaterial lässt die in der Planbegründung (S. 6) hervorgehobene "hohe Bedeutung der unbebaut gebliebenen Geländestreifen für die Sichtbezüge und für die Wirkung auf die umliegenden Parkanlagen" sowie die "negativen Folgen", die eine "zusätzliche Bebauung auf das gesamte Erscheinungsbild dieses hochsensiblen Raumes erzeugen" könne, hinreichend deutlich erkennen. Soweit die Antragsteller geltend machen, dass die der Abwägung zugrunde liegenden Darstellungen der Computersimulation sowie die Bilddokumentation für einzelne Standorte grob irreführend und nicht geeignet seien, einen wirklichkeitstgetreuen Eindruck einer zukünftigen Bebauung zu vermitteln, kann der Senat dem nach dem Ergebnis der Augenscheinseinnahme im Ortstermin nicht folgen. Einzuräumen ist zwar, dass die störende Wirkung der bereits vorhandenen Bebauung auf den Fotos durch eine auffällig dunkle und kontrastarme Darstellung abgeschwächt erscheint. Auch dürften die Computersimulationen, auf denen die hinzukommende Bebauung in weißer Farbe und die vorhandene Bebauung in grauer Farbe jeweils als würfelförmige Baukörper dargestellt werden, für die Beurteilung der hier maßgeblichen Frage der Auswirkungen auf die Sichtbeziehungen wenig zweckdienlich sein. Letztlich konnte sich der erkennende Senat bei der Augenscheinseinnahme im Ortstermin aber davon überzeugen, dass die im Rahmen des Aufstellungsverfahrens angefertigten und den Stadtverordneten bei der Beschlussfassung über die Abwägung zugänglichen Fotos die tatsächlichen Sichtbeziehungen von den durch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg ausgewählten Betrachtungsstandorten im Park des Jagdschlosses Glienicke und im Babelsberger Park hinreichend erkennen lassen. Hinzu kommt, dass auch die seitens der Antragsteller selbst im Abwägungsverfahren vorgelegten Bilder trotz ihrer sehr viel kontrastreichen, die vorhandene Bebauung betonenden Darstellung belegen, dass eine zusätzliche Bebauung neben der bereits vorhandenen Bebauung erheblich störend ins Auge fallen würde.

Dabei ist davon auszugehen, dass ein (wirksamer) Bebauungsplan zwar Inhalt und Schranken des Eigentums im Sinne von Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG bestimmt und ihm gegenüber deshalb eine Berufung auf die Eigentumsgewährleistung nach Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG versagt ist. Die Beschränkung der Nutzungsmöglichkeiten eines Grundstücks muss von der Gemeinde als ein wichtiger Belang privater Eigentümerinteressen in der nach § 1 Abs. 7 BauGB gebotenen Abwägung der öffentlichen und der privaten Belange beachtet werden. Die städtebaulich beachtlichen Allgemeinbelange, die hinter der Planung stehen, müssen umso gewichtiger sein, je stärker die Festsetzungen eines Bebauungsplans die Privatnützigkeit von Grundstücken beschränken oder gar ausschließen (vgl. BVerwG, Urteil vom 31. August 2000 - 4 CN 6.99 -, BVerwGE 112, 41, 48 f., m.w.N.). Die im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigende Bestandsgarantie des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG fordert, dass in erster Linie Vorkehrungen getroffen werden, die eine unverhältnismäßige Belastung des Eigentümers real vermeiden und die Privatnützigkeit des Eigentums so weit wie möglich erhalten (vgl. BVerfG, Beschluss vom 19. Dezember 2002 - 1 BvR 1402/01 -, NVwZ 2003, 727, 728). Bei der Inanspruchnahme von Grundeigentum ist dem Grundsatz des geringst möglichen Eingriffs als Element des Verhältnismäßigkeitsprinzips Geltung zu verschaffen. Es muss also stets geprüft werden, ob es ein milderes Mittel gibt, das zur Zweckerreichung gleich geeignet ist, den Eigentümer aber weniger belastet (BVerwG, Urteil vom 6. Juni 2002 - 4 CN 6.01 -, NVwZ 2002, 1506).

Die Festsetzung einer privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage auf einer Fläche, bei der es sich nach dem bisher gültigen Bebauungsplan um hochwertiges Bauland gehandelt hat, beschränkt die Nutzungs- und Verwertungsmöglichkeiten in Bezug auf die betroffenen Grundstücke in einer Weise, die grundsätzlich die Substanz des grundrechtlich garantierten Eigentums berührt. Dass sich der Plangeber dieses weitreichenden Eingriffs bewusst gewesen ist, lässt sich weder der Planbegründung noch den Abwägungsvorschlägen entnehmen. Vielmehr ergibt sich aus den dortigen Ausführungen, dass die Antragsgegnerin von einer herabgesetzten Schutzwürdigkeit der Eigentumsinteressen ausgegangen ist.

Im Rahmen der Abwägungsvorschläge zu den "Baurechten auf den Grundstücken Berliner Straße 75 G, 75 L, 75 I/K und 75 H" (S. 14 ff.) sowie zu den "öffentlichen und privaten Belangen" (S. 36 ff.) finden sich jeweils auf mehreren Seiten ausschließlich Ausführungen zu den für die Planung sprechenden öffentlichen Interessen. Mit dem Einwand, dass die Baugrundstücke durch die Herabstufung zur privaten Grünfläche vollständig ihren Wert verlieren und ohne die Bebauungsmöglichkeit nicht nur wertlos, sondern zu einer erheblichen finanziellen Belastung würden, setzt sich die Antragsgegnerin lediglich in dem Abwägungsvorschlag zur Festsetzung "Private Grünfläche - Parkanlage" (S. 29) ausdrücklich auseinander. Dass nicht selbstständig nutzbare Grünflächen in ihrem Verkehrswert erheblich niedriger anzusetzen seien als Baulandflächen, wird dort zwar als "unzweifelhaft" bezeichnet. Weiter wird jedoch wiederum nur ausgeführt, dass den öffentlichen Belangen zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart, des Orts- und Landschaftsbildes der Berliner Vorstadt, dem Belang der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege der Vorrang vor den privaten Belangen, ein Baurecht zu erhalten, eingeräumt worden sei. Dem Umstand des praktisch vollständigen Wertverlusts der im Privateigentum stehenden hochwertigen Baulandflächen wird damit nicht ausreichend Rechnung getragen.

"Auch die Anwendung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in Gestalt des Urteils vom 6. Mai 1999 - III ZR 174/98 - in: BGHZ 141, S. 319 ff., die zu einer einschränkenden Auslegung der Sieben-Jahres-Frist führen würde, kommt hier nicht in Betracht, da die zu Grunde liegende Fallkonstellation nicht mit der hier beabsichtigten Planänderung identisch ist. Der Bundesgerichtshof hatte einen Streit über den Wertansatz für die Höhe der Entschädigungsleistung eines Übernahmeverlangens zu entscheiden. Dabei wurde ein seit 1960 bestehendes, aber nicht ausgenutztes Baurecht für ein Grundstück mit der Festsetzung als allgemeines Wohngebiet 1994 in eine Fläche für "Gemeinbedarf - Zweckbestimmung Kindertagesstätte und Anlagen für soziale Zwecke" geändert. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes, in diesem Fall entgegen des Wortlautes von § 42 Abs. 2 BauGB mit Blick auf Art. 14 GG einen Wertausgleich anzunehmen, wird von zwei Erwägungen getragen. Einerseits muss es sich um eine "fremdnützige", eigentumsverdrängende Planung handeln. Dazu trete der Gedanke der Lastengleichheit, also der Gedanke, dass andere - benachbarte - Grundstückseigentümer in einer ähnlichen Situation sind und die Belastung nicht zu tragen haben. Nicht zu vergleichen ist zunächst die Festsetzung der privaten Grünfläche mit einer ausschließlich fremdnützigen und damit eigentumsverdrängenden Planung. Die Aussage, den Eigentümerinnen verbleibe

kein privater Nutzen, wäre dann zutreffend, wenn es sich um eine öffentliche Grünfläche gehandelt hätte. Dies ist aber gerade nicht der Fall. Schließlich läuft der Gedanke der Lastengleichheit ins Leere, da das übrige Plangebiet bereits bebaut wurde. Wäre dies nicht der Fall, so wäre mit Blick auf die veränderte Gewichtung der berührten Belange die Planänderung auch auf weitere gleich gelagerte Flächen erstreckt worden."

Auch diese Ausführungen machen deutlich, dass die Antragsgegnerin das Gewicht der privaten Eigentumsbelange in der Abwägung verkannt hat. Gerade aus der in Bezug genommenen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes ergibt sich, dass die vorliegende Planung über eine Inhaltsbestimmung i.S. von Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG hinausgeht und die betroffenen Eigentümer unmittelbar in ihrer grundrechtlich geschützten Rechtsstellung trifft. Nach der zitierten Rechtsprechung (vgl. zuletzt Urteil vom 19. Juli 2007 – III ZR 305/06 – BRS 68 Nr. 183) steht die (Wert-)Garantie des Eigentums und der in Art. 14 Abs. 1, 3 i.V.m. Art. 3 Abs. 1 GG verankerte Grundsatz der Lastengleichheit einer Anwendung der § 42 Abs. 3, § 43 Abs. 3 Satz 2, § 95 Abs. 2 Nr. 7 BauGB entgegen, wenn einzelne Eigentümer, die in einem Plangebiet von eigentumsverdrängenden Festsetzungen betroffen sind, im Falle der Enteignung mit einem (weiteren) Sonderopfer und im Verhältnis zu den übrigen Planbetroffenen ungleich und unzumutbar belastet werden. Bei "isolierter" eigentumsverdrängender Planung (§ 40 Abs. 1 BauGB), wenn die spätere Enteignung auslösende Planung nicht von einer gleichzeitigen allgemeinen Nutzungsbeschränkung im Plangebiet begleitet wird, könne deshalb ungeachtet des Ablaufes der Sieben-Jahres-Frist des § 42 Abs. 2, 3 BauGB eine Entschädigung nach derjenigen Grundstücksqualität (Nutzbarkeit) verlangt werden, die das enteignete Grundstück vor der es herabzonenden Ausweisung im Bebauungsplan besaß und die übrigen Grundstücke im Plangebiet weiter besitzen. Für die Beurteilung komme es dabei nicht in einem technisch-formalen Sinn darauf an, wie die Gemeinde in die Enteignung begründenden Bebauungsplan das Plangebiet abgegrenzt hat, sondern darauf, ob aus städteplanerischer Sicht ein einheitlich einzustufendes und fortzuentwickelndes Gebiet vorliegt.

Hiervon ausgehend spricht gerade vieles dafür, dass jedenfalls diejenigen Eigentümer der im Plangebiet belegenen Baugrundstücke, die über keine weiteren Grundstücke im Geltungsbereich des (ursprünglichen) Bebauungsplans Nr. 7 verfügen, von einer "isolierten" eigentumsverdrängenden Planung betroffen sind, die ihnen gegenüber den übrigen Grundstückseigentümern im Geltungsbereich des (ursprünglichen) Bebauungsplans Nr. 7, auf den hier abzustellen ist, ein Sonderopfer abverlangt. Denn die Ausweisung der vier Baugrundstücke als private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage ist im Ergebnis den weiteren umliegenden Grundstücken nützlich, die zudem ihre Qualität als Bauland und damit ihren Wert behalten haben. Dabei kann das Sonderproblem der Mehrbelastungen für einen Teil der anderen Wohnungseigentümer im Zusammenhang mit der im Plangebiet gelegenen Erschließungsfläche hier dahinstehen, da die Herstellung einer Parkanlage an der Stelle der ursprünglich geplanten weiteren baulichen Verdichtung auch denjenigen Eigentümern benachbarter Grundstücke zugute käme, die keine zusätzlichen Wohngeldzahlungen zu befürchten hätten. Jedenfalls die Antragstellerin zu 2. als Eigentümerin des Flurstücks 788/13 und die Eheleute L... als Eigentümer des Flurstücks 788/14 sind von der Planung ausschließlich belastet und in keiner Weise begünstigt. Insbesondere sind sie als von der eigentumsverdrängenden Planung Betroffene nicht zugleich im Wesentlichen die Nutznießer der geplanten Parkanlage, da sie - anders als die Antragstellerin zu 1. als Eigentümerin der Villa K... - über keine weiteren Grundstücke im Geltungsbereich des (ursprünglichen) Bebauungsplans Nr. 7 verfügen. Der im Abwägungsvorschlag vertretenen Auffassung, dass die Festsetzung der privaten Grünfläche nicht mit einer ausschließlich fremdnützigen und damit eigentumsverdrängenden Planung zu vergleichen sei, vermag der Senat nicht zu folgen. Denn nach den Umständen des vorliegenden Einzelfalls hat die Festsetzung einer privaten Grünfläche für die betroffenen Grundstückseigentümer ebenso wenig einen Nutzen wie die Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche; vielmehr entstehen den betroffenen Grundstückseigentümern ausschließlich Mehrbelastungen durch die erforderliche Pflege und Erhaltung der Grünfläche, während sie andererseits nicht, wie im Fall der Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche (vgl. § 40 Abs. 1 Nr. 8 BauGB) einen Übernahmeanspruch gegen die Antragsgegnerin geltend machen können. Eine Veräußerung der Fläche an die Eigentümer der benachbarten Wohngrundstücke erscheint aussichtslos, nachdem diese ihr mangelndes Interesse an einem Erwerb bereits im Aufstellungsverfahren deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Auch die weitere Erwägung des Plangebers, dass der Gedanke der Lastengleichheit hier ins Leere laufe, da das übrige Plangebiet bereits bebaut worden sei und anderenfalls mit Blick auf die veränderte Gewichtung der berührten Belange die Planänderung auch auf weitere gleich gelagerte Flächen erstreckt worden wäre, erscheint verfehlt. Letztlich würde der Ansatz der Antragsgegnerin im Ergebnis dazu führen, dass die Stadt ihre frühere Fehlplanung einseitig und ohne angemessenen Ausgleich zu Lasten einzelner Grundstückseigentümer korrigieren könnte. Dies wäre mit der Eigentumsgewährleistung nach Art. 14 Abs. 1 GG nicht vereinbar.

Die deshalb bestehende konkrete Möglichkeit, dass den betroffenen Grundstückseigentümern ein Entschädigungsanspruch nach derjenigen Grundstücksqualität zusteht, die die Grundstücke vor der sie herabzonenden Ausweisung im angegriffenen Änderungsbebauungsplan besaßen, hätte in die Abwägung eingestellt werden müssen.

Unabhängig davon, dass das Gewicht der privaten Eigentumsbelange in der Abwägung schon im Ansatz verkannt worden ist, hat der Plangeber auch nicht ausreichend geprüft, ob der mit der umstrittenen Festsetzung zulässigerweise verfolgte Zweck nicht auch unter größerer Schonung des privaten Grundeigentums zu erreichen gewesen wäre. In diesem Zusammenhang war es entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin nicht schon ausreichend, dass im Aufstellungsverfahren ein von seiten der Eigentümer des Grundstücks Berliner Straße 75 H vorgebrachter "Kompromissvorschlag", der im wesentlichen eine abnehmende Bebauungsdichte zum Uferbereich, eine niedrigere Bebauung sowie eine Reduzierung der Bauvolumen und der Baufelder vorsah, nach eingehender Prüfung abgelehnt worden ist (vgl. Abwägungsvorschlag zu 7.3., S. 39 f.). Denn als das Eigentumsrecht schonendere Alternative wäre hier insbesondere auch die Festsetzung der betreffenden Fläche als öffentliche Grünfläche in Betracht gekommen, da dies einen Übernahmeanspruch nach § 40 Abs. 1 Nr. 8 BauGB ausgelöst hätte. Den betroffenen Grundstückseigentümern hätte damit zumindest ein Entschädigungsanspruch gegen die Antragsgegnerin zugestanden. Ferner hätten sie die mit der Pflege und Erhaltung der für sie nutzlos gewordenen Fläche verbundenen Belastungen nicht mehr zu tragen gehabt. Soweit sich die Antragsgegnerin in dem Abwägungsvorschlag zur Festsetzung "Private Grünfläche - Parkanlage" (S. 28) mit dieser Alternative auseinandersetzt, greifen ihre Erwägungen zu kurz, da sie letztlich maßgeblich darauf abstellen, dass die Übernahme bzw. der Erwerb der Fläche "aus räumlich-funktionalen und auch aus finanziellen Gründen nicht erforderlich und nicht ratsam sei". Hierbei handelt es sich wiederum ausschließlich um Erwägungen, die die öffentlichen Interessen betreffen. Die privaten Interessen der Eigentümer werden auch an dieser Stelle nicht angemessen berücksichtigt.

c) Die festgestellten Mängel im Abwägungsvorgang sind auch im Sinne des § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 BauGB erheblich, denn sie gehen ohne weiteres aus dem Aufstellungsvorgang und der Planbegründung hervor und sind damit offensichtlich. Sie sind ferner auch auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen. Hätte die Antragsgegnerin die Schutzwürdigkeit der privaten Eigentumspositionen zutreffend erkannt und gewichtet, spricht viel dafür, dass sie eine eingehendere Prüfung der Erforderlichkeit der Festsetzung einer privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage auf den bisherigen Baugrundstücken vorgenommen hätte. Trotz der in der Planbegründung und den Abwägungsvorschlägen nachdrücklich betonten Bedeutung der auf dem Spiel stehenden denkmalpflegerischen Belange kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Ergebnis dieser Prüfung anders ausgefallen wäre, wenn die Stadt sich insbesondere auch der entschädigungsrechtlichen Folgen der Planung bewusst gewesen wäre.

3. Die Abwägungsmängel haben zur Folge, dass der Bebauungsplan insgesamt für unwirksam zu erklären ist, da die zu beanstandende Festsetzung der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage auf den bisherigen Baugrundstücken den wesentlichen Inhalt des Änderungsbebauungsplans darstellt.

III.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 1, § 155 Abs. 1 VwGO, § 100 ZPO. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 167 Abs. 1 VwGO i.V.m. § 709 ZPO.

Die Revision ist nicht zuzulassen, da keine Zulassungsgründe nach § 132 Abs. 2 VwGO vorliegen.

Mecklenburg-Vorpommern: Das Dienstleistungsportal

Wirksamkeit der Kurabgabensatzung einer Gemeinde

1. Regelungen des Ordnungswidrigkeitenrechts können nicht Gegenstand einer verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle sein.

2. Eine Kurabgabensatzung beschwert einen Vermieter wegen der angeordneten Haftung für die zu erhebenden Kurabgaben, der Pflicht zur Einziehung und Abführung derselben und der ihm durch die Satzung auferlegten Meldepflichten.

3. Die Kalkulation des Kurabgabensatzes muss erkennen lassen, dass die eingestellten Positionen abgabefähig sind, weil sie öffentliche Kur und Erholungseinrichtungen betreffen.

4. Bei der Kalkulation des Kurabgabensatzes ist in aller Regel ein dem Nutzen für die Einwohner des Erhebungsgebietes entsprechender Anteil außer Ansatz zu lassen. Erforderlich ist in jedem Fall, dass die Gemeindevertretung nachvollziehbare Erwägungen zur Höhe des Eigenanteils anstellt und diese dokumentiert.

5. Maßgeblicher Bezugspunkt für die Frage, ob eine Person ortsfremd ist, ist nicht das gesamte Gemeindegebiet, sondern das Erhebungsgebiet, wenn die Gemeinde nur mit einem Ortsteil als Kur und Erholungsort anerkannt ist.

6. Die Freistellung von Teilnehmern an Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen von der Kurabgabepflicht setzt voraus, dass die Teilnahme ganz oder zumindest weit überwiegend aus beruflichen Gründen erfolgt.

7. Die Gemeinde muss auch Tagesgäste zur Kurabgabe heranziehen, soweit diese mit vertretbarem Verwaltungsaufwand ermittelt werden können, etwa weil sie abgrenzbare oder abgegrenzte Kur und Erholungseinrichtungen benutzen oder an entsprechenden Veranstaltungen teilnehmen.

8. Die Übertragung der Veranlagung und Erhebung von Kommunalabgaben nach § 12a Abs. 1 Satz 1 KAG M V setzt voraus, dass die übertragene Aufgabe bei der Gemeinde liegt. Es bleibt offen, ob § 127 Abs. 1 Satz 5 KV M V die Übertragung der Abgabenerhebung auf amtsangehörige Gemeinden ermöglicht, wenn diese für diese Aufgabe keinen Eigenbetrieb vorhalten.

Oberverwaltungsgericht für das Land Mecklenburg-Vorpommern 1. Senat, Urteil vom 26.11.2014, 1 K 14/11

§ 47 VwGO, § 127 Abs 1 S 5 KV MV 2011, § 127 Abs 2 S 1 KV MV 2011, § 11 KV MV 2011, § 12a Abs 1 S 1 KAG MV 2005, § 68 OWiG

Tenor

Die Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Gemeinde Zislow vom 26. Mai 2011, bekanntgemacht am 18. Juni 2011, wird mit Ausnahme des § 10 für unwirksam erklärt. Im Übrigen wird der Antrag zurückgewiesen.

Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Das Urteil ist wegen der Kosten gegen Sicherheitsleistung in Höhe der vollstreckbaren Kosten vorläufig vollstreckbar.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand

- 1 Die Beteiligten streiten um die Wirksamkeit einer Kurabgabensatzung.
- 2 Die Antragstellerin betreibt einen Campingplatz in der Gemeinde Zislow. Die Antragsgegnerin ist eine amtsangehörige Gemeinde im Amt Malchow und

Alleingesellschafterin der Wald- und Seeblick Camp GmbH, die in Zislow gleichfalls einen Campingplatz betreibt.

- 3 Das Ministerium für Soziales und Gesundheit erkannte die Antragsgegnerin am 27. Mai 2011 beschränkt auf den Ortsteil Zislow als Erholungsort an (Amtsbl. M-V S. 323). Die Gemeindevertretung der Antragsgegnerin beschloss am 26. Mai 2011 die Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Gemeinde Zislow einschließlich der Kalkulation des Abgabensatzes. Bei der Beschlussfassung wirkten die Schwester der Geschäftsführerin der Wald- und Seeblick Camp GmbH, der damalige Bürgermeister der Antragsgegnerin, der zugleich Angestellter der Gesellschaft ist und zwei Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft mit. Die Satzung wurde am 26. Mai 2011 ausgefertigt und am 18. Juni 2011 im „Amtsspiegel“, dem amtlichen Bekanntmachungsblatt der Antragsgegnerin, öffentlich bekanntgemacht. Sie trat am 1. Juli 2011 in Kraft.
- 4 Am 7. Juli 2011 beschloss die Gemeindevertretung der Antragsgegnerin rückwirkend zum 1. Juli 2011 die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Gemeinde Zislow. Die Änderungssatzung wurde am 13. Juli 2011 bekanntgemacht. Am 30. Januar 2012 beschloss die Gemeindevertretung der Antragsgegnerin zudem rückwirkend zum 1. Januar 2012 eine 2. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Gemeinde Zislow. Diese Änderungssatzung wurde am 4. Februar 2012 bekanntgemacht.
- 5 Die Antragsgegnerin und die Wald- und Seeblick Camp GmbH schlossen am 11. Juli 2011 einen Vertrag über die gegenseitigen Leistungen zur Förderung der touristischen Entwicklung der Gemeinde Zislow. Mit diesem Vertrag wurde unter anderem die Erhebung und Einziehung der Kurabgabe im Namen und für Rechnung der Gemeinde auf die Gesellschaft übertragen. Mit einem Nachtrag zu diesem Vertrag vom 4. August 2011 schlossen die Vertragsparteien einen Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung nach dem Bundesdatenschutzgesetz.
- 6 Bereits am 6. Juli 2011 hat die Antragstellerin einen Normenkontrollantrag gegen die Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Gemeinde Zislow vom 26. Mai 2011 gestellt. Zudem beantragte sie, diese Satzung, hilfsweise in der Gestalt der 1. Änderungssatzung vom 7. Juli 2011, bis zur Entscheidung über den Normenkontrollantrag außer Vollzug zu setzen. Der Senat lehnte mit Beschluss vom 9. November 2011 – 4 M 95/11 – den Antrag der Antragstellerin auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ab.
- 7 Zur Begründung ihres Normenkontrollantrags trägt die Antragstellerin im Wesentlichen vor:
- 8 Sie sei antragsbefugt, die Kurabgabensatzung verletze sie in ihren Rechten aus Art. 12, 14 und 2 des Grundgesetzes. Sie sei als Inhaberin eines Beherbergungsbetriebes unmittelbar dazu verpflichtet, die Meldung der kurabgabepflichtigen Personen, die Einziehung der Kurabgabe sowie deren Abführung an die Gemeinde vorzunehmen. Zudem solle sie für die Zahlung der Kurabgabe haften. Die angegriffene Satzung betreffe daher nicht nur das Rechtsverhältnis zwischen der Antragsgegnerin und den kurabgabepflichtigen Personen, sondern auch das Rechtsverhältnis zwischen den Beteiligten.

- 9 Der Antrag sei auch begründet.
- 10 Die Kurabgabensatzung sei verfahrensfehlerhaft zu Stande gekommen. Bei der Beschlussfassung hätten der frühere Bürgermeister, die Schwester der Geschäftsführerin der Wald- und Seeblick Camp GmbH und die beiden Aufsichtsratsmitglieder nicht mitwirken dürfen. Diese Gemeinderatsmitglieder seien nicht unabhängig gewesen, weil die gemeindeeigene Gesellschaft durch die beschlossene Satzung mitfinanziert und durch die Kontrollbefugnisse gegenüber ihrer Konkurrentin, der Antragstellerin, bevorteilt werde.
- 11 Die angegriffene Kurabgabensatzung sei zudem in materieller Hinsicht rechtswidrig.
- 12 Es fehle bereits an einer hinreichenden kalkulatorischen Grundlage. Es sei aus der Kalkulation nicht zu erkennen, welche konkreten Vorteile kurabgabepflichtigen Personen überhaupt zukommen sollten. Dass die geänderte Kurabgabensatzung nunmehr eine Ermächtigung der beauftragten Gesellschaft enthalte, die Berechnungsgrundlagen für den Kurabgabesatz zu ermitteln, spreche auch dafür, dass bei Erlass der ursprünglichen Satzung keine ordnungsgemäße Kalkulationsgrundlage zur Verfügung gestanden habe. Dies führe zur Nichtigkeit der Satzung von Anfang an. Zudem hätte eine Staffelung nach der Hauptsaison und den übrigen Zeiten in Erwägung gezogen werden müssen. Die Befreiung aller Gemeindeeinwohner von der Kurabgabe widerspreche dem Gesetz. Gleiches gelte für deren Familienangehörige, auch diese hätten die Möglichkeit, Kureinrichtungen im Erhebungsgebiet zu nutzen. Es fehle an Regelungen zur Erhebung der Kurabgabe von Abgabeschuldnern, die sich im Erhebungsgebiet aufhielten, ohne bei einem Vermieter Unterkunft zu nehmen, etwa von Inhabern einer Zweitwohnung.
- 13 Es sei unverhältnismäßig, dass die Antragstellerin als Vermieterin dazu verpflichtet werde, die Meldescheine zur Kurabgabe sorgfältig aufzubewahren und der Beauftragten der Antragsgegnerin auf Verlangen vorzulegen. Die Beauftragte der Gemeinde sei dazu berechtigt, die Belegung der Antragstellerin anhand der Meldescheine zu überprüfen. Da es sich bei der Beauftragten der Antragsgegnerin um die größte Konkurrentin der Antragstellerin handle, komme es dazu, dass diese Einblick in die kompletten Kundendaten der Antragstellerin erhalte. Das verschaffe ihr einen unzulässigen Wettbewerbsvorteil, zumal über die Mehrheit in der Gemeindevertretung die Satzungsregelungen und die Verwendung der Mittel in ihrem Sinne gestaltet werden könnten. Die Kundendaten seien eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Betrieb der Campingplätze. Eine Trennung der privatwirtschaftlichen Geschäftsbereiche der gemeindeeigenen Gesellschaft von der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben bei der Abgabenerhebung sei nicht glaubhaft gemacht worden und letztlich auch nicht durchführbar.
- 14 Kommunalverfassungsrechtlich sei die Ausführung der hier in Rede stehenden Selbstverwaltungsaufgaben dem Amt zugewiesen. Eine Rückübertragung auf die Gemeinde habe nicht stattgefunden. Es werde bestritten, dass die Voraussetzungen dafür gemäß § 127 Abs. 1 Satz 5 KV M-V vorliegen würden. Die gesetzlichen Vorschriften dienten dem Zweck, Aufgaben, die mit der Besorgung der Kassen- und Rechnungsführung verbunden seien, generell dem

Amt und damit besonders ausgebildetem und erfahrenem Personal zu übertragen. Gleiches gelte für § 12a KAG M-V. Auch diese Regelung setze voraus, dass bei einer Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf Dritte die Standards, die für deren Erfüllung anzulegen seien, gewahrt blieben. Vorliegend könne jedoch nicht gewährleistet werden, dass die Antragsgegnerin selbst oder durch die von ihr beauftragte Gesellschaft diese Aufgaben sachgerecht erfülle. Außerdem setze eine Aufgabenübertragung nach § 12a KAG M-V voraus, dass die Aufgabe zunächst der Gemeinde zugeordnet werde, was hier nicht erfolgt sei.

- 15 Die Antragstellerin beantragt,
- 16 die Satzung der Antragsgegnerin über die Erhebung einer Kurabgabe in der Gemeinde Zislow vom 26. Mai 2011 für unwirksam zu erklären.
- 17 Die Antragsgegnerin beantragt,
- 18 den Antrag abzulehnen.
- 19 Die Antragsgegnerin trägt vor, die beanstandete Satzung sei wirksam. Bei der Beschlussfassung hätten keine Personen mitgewirkt, die gemäß § 24 KV M-V von der Mitwirkung ausgeschlossen gewesen seien. Bereits aus dem Protokoll der Gemeindevertretersitzung vom 26. Mai 2011 ergebe sich, dass eine Kalkulation der Abgabensätze vorgelegen habe und beschlossen worden sei. Es sei rechtlich nicht geboten, die Kurabgabe in der Haupt- und Nebensaison unterschiedlich hoch festzusetzen. Dies gelte umso mehr, als die vorhandenen Einrichtungen wie Spiel- und Sportstätten, ein Schwimmbad, Lese- und Aufenthaltsräume sowie das Rad- und Wanderwegenetz den Gästen ganzjährig zur Verfügung stünden.
- 20 Die Vorschriften der Satzung über die Mitwirkungspflichten der Vermieter stünden mit § 11 KAG M-V in Übereinstimmung. Durch die Verschwiegenheitsverpflichtung der mit der Abwicklung der Kurabgabensatzung betrauten Mitarbeiterin der Wald- und Seeblick Camp GmbH und die räumlich-organisatorische Trennung von deren sonstigem Geschäftsbereich sei gewährleistet, dass für die kommunale Gesellschaft keine Wettbewerbsvorteile entstünden.
- 21 Im Bereich des Amtes Malchow werde in allen amtsangehörigen Gemeinden die Kurabgabe direkt von der Gemeinde erhoben. Die geordnete Verwaltung der Einnahmen sei dadurch gewährleistet, dass diese auf Konten flössen, die für die Gemeinden durch das Amt Malchow eingerichtet worden seien. Zudem erfolge die Bearbeitung der Widersprüche und die Vollstreckung offener Forderungen durch das Amt.
- 22 Der Landrat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte hat auf Nachfrage des Gerichts mitgeteilt, dass dort keine Unterlagen über eine Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde zu einer Entscheidung der Gemeinde Zislow, die Veranlagung und Erhebung der Kurabgabe selbst an Stelle des Amtes zu übernehmen, vorliegen.
- 23 Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den

Inhalt der von den Beteiligten in den Verfahren 1 K 14/11 und 4 M 95/11 eingereichten Schriftsätze und Anlagen sowie auf die übersandten Verwaltungsvorgänge der Antragsgegnerin und des Amtes Malchow verwiesen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung geworden sind.

Entscheidungsgründe

- 24 Der Normenkontrollantrag hat, soweit er zulässig ist (1.), Erfolg. Die Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Gemeinde Zislow vom 26. Mai 2011 (nachfolgend: Kurabgabensatzung) ist im tenorierten Umfang unwirksam (2.).
- 25 1. Der Antrag ist unzulässig, soweit er § 10 der Kurabgabensatzung betrifft, im Übrigen jedoch zulässig.
- 26 Gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO i.V.m. § 13 Halbsatz 1 AGGerStrG M-V entscheidet das Obergerverwaltungsgericht im Rahmen seiner Gerichtsbarkeit auf Antrag über die Gültigkeit von im Rang unter dem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften. Die Vorschrift des § 10 der Kurabgabensatzung liegt nicht im Rahmen der Gerichtsbarkeit des Obergerverwaltungsgerichts. Insoweit ist der Verwaltungsrechtsweg gemäß § 40 Abs. 1 Satz 1 VwGO wegen der abdrängenden Sonderzuweisung in § 68 OWiG nicht eröffnet. Regelungen des Ordnungswidrigkeitenrechts können daher von vornherein nicht Gegenstand einer verwaltungsgerichtlichen Normenkontrolle sein (BVerwG, Beschl. v. 27.07.1995 – 7 NB 1/95 –, juris Rn. 21; OVG Greifswald, Beschl. v. 14.09.2010 – 4 K 12/07 –, juris Rn. 17; OVG Schleswig, Urt. v. 20.03.2002 – 2 K 4/00 –, juris Rn. 14). Der Senat hat erwogen, ob der nicht ausdrücklich beschränkte Antrag der Antragstellerin so verstanden werden könnte, dass er sich wegen dieser rechtlichen Situation nicht gegen § 10 Kurabgabensatzung richtet. Dem konnte jedoch nicht nähergetreten werden, da die Antragstellerin in ihrer Antragsbegründung zunächst auch auf die nach ihrer Auffassung bestehende Nichtigkeit dieser Regelung abgestellt hatte. Im Umfang des nicht eröffneten Rechtswegs war der Antrag daher zurückzuweisen.
- 27 Im Übrigen ist der Antrag insbesondere rechtzeitig innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der streitbefangenen Satzung gestellt worden (§ 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO). Die Antragstellerin kann gemäß § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO auch geltend machen, durch die Rechtsvorschrift oder deren Anwendung in ihren Rechten verletzt zu sein oder in absehbarer Zeit verletzt zu werden. An die Geltendmachung einer Rechtsverletzung nach § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO sind grundsätzlich dieselben Anforderungen zu stellen, wie sie für die Klagebefugnis nach § 42 Abs. 2 VwGO gelten. Ausreichend, aber auch erforderlich ist daher, dass die Antragsteller hinreichend substantiiert Tatsachen vortragen, die es zumindest als möglich erscheinen lassen, dass sie durch den zur Prüfung gestellten Rechtssatz in ihren subjektiven Rechten verletzt werden. Die Antragsbefugnis fehlt danach, wenn offensichtlich und nach keiner Betrachtungsweise subjektive Rechte der Antragsteller verletzt sein können (OVG Greifswald, Beschl. v. 27.11.2013 – 4 M 167/13 –, juris Rn. 30 m.w.N.).
- 28 Nach diesem Maßstab ist die Antragstellerin antragsbefugt. Zwar ist sie als juristische Person selbst nicht kurabgabepflichtig. Ihre Beschwer ergibt sich indes aus der in der Kurabgabensatzung angeordneten Haftung für die von den

von ihr beherbergten Personen zu erhebenden Kurabgaben, der Pflicht zur Einziehung und Abführung derselben und aus den ihr durch die Satzung auferlegten Meldepflichten (vgl. OVG Greifswald, Beschl. v. 27.07.2005 – 4 K 4/03 –, juris Rn. 24; VGH Kassel, Beschl. v. 22.02.1995 – 5 N 2973/88 –, juris Rn. 37). Da die Haftung der Antragstellerin als Vermieterin in dem Sinne akzessorisch ist, dass die fremde Abgabenschuld, für die haftet wird, auch bestehen muss (vgl. OVG Greifswald, Urt. v. 30.11.2000 – 1 L 125/00 –, juris Rn 49: „keine Haftung ohne Schuld“), beschweren alle Rechtsvorschriften, die die Kurabgabepflicht der beherbergten Personen selbst betreffen, mittelbar auch die Antragstellerin.

- 29 2. Soweit der Antrag der Antragstellerin zulässig ist, ist er auch begründet. Die Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Gemeinde Zislow vom 26. Mai 2011 verstößt mit mehreren Vorschriften gegen zwingendes höherrangiges Recht, das der Prüfung des Oberverwaltungsgerichts unterliegt. Im Ergebnis ist die Satzung nicht nur hinsichtlich einzelner Bestimmungen, sondern insgesamt unwirksam.
- 30 a) Die angefochtene Kurabgabensatzung weist nicht den durch § 2 Abs. 1 Satz 2 KAG M-V vorgeschriebenen Mindestinhalt einer Abgabensatzung auf. Sie enthält keine wirksame Bestimmung des Abgabensatzes, der Abgabenschuldner und der Fälligkeit der Abgabe. Das führt zur Gesamtunwirksamkeit der Satzung.
- 31 aa) Die Regelung der Abgabensätze in § 9 Kurabgabensatzung ist unwirksam.
- 32 Der Gemeindevertretung muss nach der ständigen Rechtsprechung des Senats bei der Beschlussfassung einer Abgabensatzung neben der Beschlussvorlage über die Satzung selbst eine Kalkulation über die Abgabensätze vorliegen. Wird dem Rechtssetzungsorgan vor oder bei seiner Beschlussfassung über den Abgabensatz eine solche Kalkulation nicht zur Billigung unterbreitet oder ist die unterbreitete Abgabekalkulation in einem für die Abgabensatzhöhe wesentlichen Punkt mangelhaft, hat dies die Ungültigkeit des Abgabensatzes zur Folge, weil das Rechtssetzungsorgan das ihm bei der Festsetzung der Abgabensätze eingeräumte Ermessen nicht fehlerfrei hat ausüben können. Die Ungültigkeit einer Abgabensatzung ist dann anzunehmen, wenn in erheblichem Umfang nicht beitragsfähiger Aufwand angesetzt und daher gegen das Aufwandsüberschreitungsverbot verstoßen wird oder wenn erhebliche methodische Fehler die Feststellung unmöglich machen, ob das Aufwandsüberschreitungsverbot beachtet ist oder nicht (vgl. OVG Greifswald, Urt. v. 02.06.2004 – 4 K 38/02 –, juris Rn. 63, 142 m.w.N.).
- 33 Diesen rechtlichen Anforderungen genügt die bei den Verwaltungsvorgängen befindliche Kalkulation, die Gegenstand der Beratung und der Beschlussfassung der Gemeindevertretung am 26. Mai 2011 war, nicht.
- 34 Zwar ist bei einer Kurabgabe, bei der von vornherein eine volle Kostendeckung nicht angestrebt wird, eine überschlägige Berechnung der Abgabe ausreichend, aus der sich insbesondere ergibt, dass lediglich abgabefähiger Aufwand eingestellt worden ist (OVG Greifswald, Beschl. v. 27.07.2005 – 4 K 4/03 –, juris Rn. 37). Ein solcher Fall liegt hier allerdings nicht vor. Die Kalkulation

bewegt sich bei einem angenommenen Aufwand von 80.000 Euro und prognostizierten Einnahmen in Höhe von 75.600,92 Euro in der Nähe der Aufwandsdeckung. Unabhängig davon ergibt sich aus der Berechnung nicht, dass nur kurabgabefähiger Aufwand eingestellt worden ist. Ein Verstoß gegen das Aufwandsüberschreitungsverbot kann daher nicht sicher ausgeschlossen werden.

- 35 Eine Kurabgabe darf gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 KAG M-V nur für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung, Erneuerung, Verwaltung und Unterhaltung der zu Kur- und Erholungszwecken bereitgestellten öffentlichen Einrichtungen erhoben werden. Die Kalkulation des Abgabensatzes muss daher auf der Aufwandsseite erkennen lassen, dass die eingestellten Positionen abgabefähig sind, weil sie entsprechende Einrichtungen betreffen. Daran fehlt es hier. Der abgabefähige Aufwand ist in der Kalkulation wie folgt veranschlagt worden:

36	Personalaufwand	41.000 Euro
	Verwaltungsaufwand	7.000 Euro
	Unterhaltungskosten	5.000 Euro
	Geräte und Ausstattung	5.500 Euro
	Versicherung	200 Euro
	Bewirtschaftungskosten	6.000 Euro
	Kulturelle Veranstaltungen	2.300 Euro
	Fahrzeughaltung	5.000 Euro
	Verbrauchsmaterial	2.000 Euro
	Bürobedarf	6.000 Euro

- 37 Es ist mangels näherer Darlegungen in der Kalkulation weder nachzuvollziehen, dass sich der angenommene Sach- und Personalaufwand ausschließlich auf die Schaffung und den Betrieb von Kur- und Erholungseinrichtungen im Erhebungsgebiet bezieht, noch ist erkennbar, dass dieser Aufwand tatsächlich in der prognostizierten Höhe anfällt. Der Aufwandskalkulation lässt sich zudem nicht entnehmen, ob Einnahmen wie Gebühren und Entgelte für die Benutzung besonderer öffentlicher Einrichtungen und die Teilnahme an allgemein zugänglichen Veranstaltungen der Gemeinde im Erhebungsgebiet aufwandsmindernd berücksichtigt worden sind.

- 38 Die Kalkulation des abgabefähigen Aufwands leidet an einem weiteren Mangel. Wegen des Entgeltcharakters der Kurabgabe und des Äquivalenzprinzips ist in aller Regel ein dem Nutzen für die Einwohner des Erhebungsgebietes entsprechender Anteil außer Ansatz zu lassen. Die gemeindlichen Kur- und Erholungseinrichtungen stehen als öffentliche Einrichtungen nicht nur ortsfremden Personen, sondern auch den Einwohnern des Erhebungsgebietes

zur Verfügung, mögen diese die Einrichtungen auch in einem geringeren Maße nutzen, als es die Kurgäste typischerweise tun. Ist danach in aller Regel die Festlegung eines Eigenanteils geboten, liegt dessen Bestimmung der Höhe nach im weiten Ermessen des Satzungsgebers. Er hat sich dabei an den örtlichen Verhältnissen zu orientieren. Der kommunale Anteil muss nicht in der Satzung festgeschrieben werden, er kann sich auch aus den Kalkulationsunterlagen ergeben (vgl. Holz, in: Aussprung/Siemers/Holz/Seppelt, KAG M-V, Stand: Juli 2013, § 11, Anm. 2.7.3 m.w.N.). Erforderlich ist aber in jedem Fall, dass die Gemeindevertretung nachvollziehbare Erwägungen zur Höhe des Eigenanteils anstellt und diese dokumentiert. Im vorliegenden Fall ist nicht zu erkennen, ob die Vertretungskörperschaft der Antragsgegnerin überhaupt in eine Ermessensbetätigung über die Frage, ob und in welcher Höhe ein auf die Einwohner im Erhebungsgebiet entfallender Anteil vom ermittelten Aufwand abgesetzt werden soll, eingetreten ist.

- 39 Auch die Ermittlung der voraussichtlichen Einnahmen im Erhebungszeitraum geschah methodisch fehlerhaft. Zum einen geht die Kalkulation von einer ermäßigten Kurabgabe in Höhe von nur 0,25 Euro je Übernachtung aus, obwohl der in § 9 Kurabgabensatzung festgesetzte ermäßigte Abgabensatz 0,50 Euro beträgt. Zum anderen fasst die Kurabgabensatzung den Kreis der Abgabenschuldner in mehrfacher Hinsicht zu eng (dazu nachfolgend unter bb). Das führt gleichfalls zu methodisch fehlerhaft zu niedrig veranschlagten Einnahmen aus der Kurabgabe. Ob schließlich die Einnahmeseite der Kalkulation rechnerisch fiktiv um die entgangenen Kurbeiträge zu erhöhen war, die der Antragsgegnerin durch gesetzlich nicht gebotene Befreiungen und Ermäßigungen aus sozialen Gründen nach § 11 Abs. 5 KAG M-V entgehen oder ob diese Einnahmeausfälle auf die verbliebenen Kurabgabepflichtigen umverteilt werden konnten, musste der Senat nach alledem nicht mehr entscheiden (vgl. zur Frage des Ausgleichs des ermäßigten Beitrags durch eine Eckgrundstücksvergünstigung im Ausbaubeitragsrecht einerseits OVG Schleswig, Urt. v. 13.10.1999 – 2 L 116/97 –, juris Rn. 32, und andererseits VG Leipzig, Urt. v. 07.04.2014 – 6 K 410/12 –, juris Rn. 27).
- 40 bb) Die angegriffene Satzung enthält keine wirksame Bestimmung des Kreises der Abgabenschuldner. Eine kommunale Kurabgabensatzung hat bei der Festlegung der Abgabetatbestände die Vorgaben des § 11 Abs. 2 KAG M-V zu beachten (OVG Greifswald, Urt. v. 15.11.2006 – 1 L 38/05 –, juris). Dem wird die Kurabgabensatzung in mehrfacher Hinsicht nicht gerecht.
- 41 Gemäß § 11 Abs. 2 Satz 1 KAG M-V wird die Kurabgabe von allen Personen erhoben, die sich im Erhebungsgebiet aufhalten, ohne dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu haben (ortsfremd) und denen die Möglichkeit zur Benutzung von öffentlichen Einrichtungen oder zur Teilnahme an Veranstaltungen geboten wird. Ortsfremd in diesem Sinne sind auch diejenigen Einwohner der Gemeinde Zislow, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt (§ 9 AO) nicht im Ortsteil Zislow haben. Maßgeblicher Bezugspunkt für die Frage, ob eine Person ortsfremd ist, ist nicht das gesamte Gemeindegebiet, sondern das Erhebungsgebiet, da die Gemeinde Zislow nur mit einem Gemeindeteil, dem Ortsteil Zislow, als Kur- und Erholungsort anerkannt ist (vgl. Holz, in: Aussprung/Siemers/Holz/Seppelt, KAG M-V, Stand: Juli 2013, § 11, Anm. 2.2.1). Erhebungsgebiet ist nach § 2 Kurabgabensatzung nur der Ortsteil Zislow. Soweit § 4 Abs. 1

Kurabgabensatzung alle Einwohner der Gemeinde Zislow von der Kurabgabe befreit, beinhaltet er in der Sache eine vom Gesetz nicht gedeckte Beschränkung des Kreises der Abgabenschuldner. § 11 Abs. 2 Satz 1 KAG M-V unterscheidet nicht danach, wie weit der gewöhnliche Aufenthalt der ortsfremden Person räumlich vom Erhebungsgebiet entfernt ist. Die Regelung hat auch nicht als Befreiungstatbestand Bestand. Es fehlt insoweit an einer rechtlichen Ermächtigung. § 11 Abs. 5 KAG M-V erlaubt die Befreiung von der Abgabepflicht in Kurabgabensatzungen nur aus sozialen Gründen. Das sind Gründe, die an die eingeschränkte finanzielle Leistungsfähigkeit oder die besondere Schutzbedürftigkeit von Personengruppen anknüpfen. § 4 Abs. 1 Kurabgabensatzung knüpft indes nicht an soziale Gründe, sondern an den Wohnsitz an und verstößt damit gegen höherrangiges Recht.

- 42 Entsprechendes gilt für § 4 Abs. 7 Kurabgabensatzung, wonach Dienstreisende sowie Teilnehmer an Tagungen, Seminaren, Kongressen, Lehrgängen und sportlichen Veranstaltungen im Erhebungsgebiet für die ersten zwei Übernachtungen von der Kurabgabe befreit sind. Auch diese Vorschrift ist unwirksam. Sie betrifft keine sozialen Gründe im Sinne von § 11 Abs. 5 KAG M-V und lässt sich auch nicht als Einschränkung des Kreises der Abgabenschuldner auf § 11 Abs. 2 Satz 3 KAG M-V stützen. Nach dieser Vorschrift gilt nicht als ortsfremd, wer im Erhebungsgebiet arbeitet oder in einem Ausbildungsverhältnis steht. Die Freistellung von der Kurabgabepflicht kann danach nicht für jeden Teilnehmer einer der genannten Veranstaltung im Erhebungsgebiet eingreifen, sondern setzt voraus, dass die Teilnahme ganz oder zumindest weit überwiegend aus beruflichen Gründen erfolgt (vgl. VGH Mannheim, Urt. v. 28.02.2002 – 2 S 2283/01 –, juris Rn. 21 ff.). Entscheidend ist allein, ob der Aufenthaltszweck als Bestandteil der Berufsausübung oder Berufsausbildung anzusehen ist. Eine Ausnahme von der Beitragspflicht ist für diese Personengruppe nur gerechtfertigt, weil eine Vermutung dafür spricht, dass sie gar nicht die Möglichkeit hat, die durch die Kurabgabe mitfinanzierten Einrichtungen in Anspruch zu nehmen (vgl. VGH Kassel, Beschl. v. 22.02.1995 – 5 N 2973/88 –, juris Rn. 52). Die in Rede stehende Satzungsregel ist deshalb zu eng, soweit sie bei Dienstreisenden generell eine zeitliche Beschränkung vorsieht, und zu weit, soweit sie Teilnehmer an Tagungen, Seminaren, Kongressen, Lehrgängen und sportlichen Veranstaltungen im Erhebungsgebiet unabhängig vom Zweck des Aufenthaltes von der Abgabepflicht ausnimmt.
- 43 Zu Unrecht nimmt die Kurabgabensatzung schließlich Tagesgäste von der Kurabgabepflicht aus. § 3 Abs. 1 Kurabgabensatzung beschränkt die Kurabgabepflicht auf Personen, die im Erhebungsgebiet Unterkunft nehmen. Die für die Höhe der Abgabe maßgebliche Aufenthaltsdauer wird gemäß § 6 Abs. 2 Kurabgabensatzung nach der Anzahl der Übernachtungen berechnet. Auch daraus ergibt sich, dass die Beklagte keine Tageskurabgabe erheben will. Allerdings haben auch die nicht im Erhebungsgebiet übernachtenden Tagesgäste die Möglichkeit, die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde zu benutzen oder an Veranstaltungen teilzunehmen, wie es § 11 Abs. 2 Satz 1 KAG M-V bei einem Aufenthalt im Erhebungsgebiet für die Abgabepflicht genügen lässt. Auch diesen Personenkreis muss die Gemeinde daher zur Kurabgabe heranziehen. Die gesetzliche Vorschrift ist nur insoweit einschränkend auszulegen, dass sie nur Tagesgäste betrifft, die mit

vertretbarem Verwaltungsaufwand ermittelt werden können, etwa weil sie abgrenzbare oder abgegrenzte Kur- und Erholungseinrichtungen benutzen oder an entsprechenden Veranstaltungen teilnehmen (vgl. OVG Lüneburg, Beschl. v. 10.06.2011 – 9 LA 122/10 –, juris Rn. 4). In diesen Fällen ist es ohne weiteres möglich, eine Tageskurabgabe zusammen mit der Benutzungsgebühr oder dem Entgelt für den Eintritt zu vereinnahmen. Einem anerkannten Kur- oder Erholungsort kann dagegen nicht angesonnen werden, die Kurabgabe von vornherein defizitär zu kalkulieren, weil eine Erhebung bei sämtlichen Tagesgästen verwaltungspraktisch ausgeschlossen ist.

- 44 cc) Die Kurabgabensatzung verfehlt den Mindestinhalt einer Satzung zuletzt auch dadurch, dass sie keine vollständige Fälligkeitsregel enthält. Die Antragstellerin weist zu Recht darauf hin, dass § 7 Abs. 1 Satz 1 Kurabgabensatzung, wonach die Kurabgabe am Tag der Ankunft an den Vermieter zu entrichten ist, die Fälle einer eigenen Unterkunft des Abgabepflichtigen nach § 3 Abs. 2 Kurabgabensatzung nicht erfasst.
- 45 b) Außerhalb der zum Mindestinhalt einer Abgabensatzung zählenden Vorschriften ist wenigstens für zwei weitere Satzungsbestimmungen die Unwirksamkeit festzustellen.
- 46 Soweit in den Bestimmungen über die Pflichten der Vermieter geregelt ist, dass für jeden nicht zurückgegebenen Meldescheinvordruck ein Betrag in Höhe von 25 Euro berechnet wird (§ 8 Abs. 5 Kurabgabensatzung), vermag der Senat dafür keine Ermächtigungsgrundlage im höherrangigen Recht festzustellen. Zwar kann, wer Personen beherbergt oder ihnen Wohnraum zu Erholungszwecken überlässt, verpflichtet werden, die beherbergten Personen zu melden, die Kurabgabe einzuziehen und abzuführen. Er haftet dann für die rechtzeitige und vollständige Einziehung und Abführung der Kurabgabe (§ 11 Abs. 3 Satz 1 und 2 KAG M-V). Für die Aufstellung einer unwiderleglichen Vermutung, dass für jeden nicht zurückgegebenen Meldescheinvordruck vom Vermieter eine Kurabgabe in Höhe der Jahreskurabgabe eingezogen worden ist, besteht jedoch auch angesichts der Möglichkeit der Schätzung nach § 12 Abs. 1 KAG M-V i.V.m. § 162 AO keine Rechtfertigung.
- 47 Mit Landesrecht unvereinbar ist schließlich die in § 1 Abs. 1 Satz 2 Kurabgabensatzung getroffene Regelung, nach der die Antragsgegnerin sich zur Erhebung der Kurabgabe der Wald- und Seeblick Camp GmbH bedient. Die Übertragung auch nur von Teilen der Abgabenveranlagung und Abgabenerhebung nach § 12a Abs. 1 Satz 1 KAG M-V durch die abgabenberechtigte Körperschaft setzt voraus, dass die übertragene Aufgabe zunächst bei der Gemeinde liegt. Das ist hier nicht der Fall.
- 48 § 127 Abs. 2 Satz 1 KV M-V bestimmt, dass für amtsangehörige Gemeinden das Amt die Gemeindeabgaben veranlagt und erhebt (OVG Greifswald, Beschl. v. 23.04.2012 – 1 M 211/11 –, juris Rn. 3). Diese gesetzliche Aufgabenzuordnung ist vorliegend nicht geändert worden.
- 49 Es kann dahinstehen, ob die Vorschrift des § 127 Abs. 1 Satz 5 KV M-V, auf die sich die Antragsgegnerin bezieht, in den Fällen des § 127 Abs. 2 Satz 1 KV M-V überhaupt anwendbar ist. Dagegen könnte sprechen, dass § 127 Abs. 2 Satz 1

KV M-V eine spezialgesetzliche Vorschrift zu § 127 Abs. 1 Satz 2 KV M-V ist und der Absatz 2 des § 127 KV M-V eine dem Absatz 1 Satz 5 entsprechende Regelung nicht kennt. Der Senat hat diese Frage bisher nicht allgemein beantwortet, aber ausgesprochen, dass ein kommunaler Eigenbetrieb in seinem Zuständigkeitsbereich als Organ und Behörde der Gemeinde mit der Fähigkeit zum Erlass von Verwaltungsakten auch im Bereich der Gemeindeabgaben tätig werden kann (OVG Greifswald, Beschl. v. 24.06.2008 – 1 M 54/08 –, juris Rn. 10 m.w.N.). Das rechtfertigt sich aus der Überlegung, dass Eigenbetriebe nach § 68 Abs. 3 KV M-V kommunalverfassungsrechtlich zugelassen sind und gemäß § 174 Abs. 1 Nr. 19, Abs. 2 Nr. 11, 16 und 17 KV M-V i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 3 Eigenbetriebsverordnung der Betriebsleitung die laufende Betriebsführung obliegt, soweit diese Aufgabe gemäß § 3 Abs. 2 Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 127 Abs. 1 Satz 5 KV M-V vom Amt auf die amtsangehörige Gemeinde übertragen worden ist. Zur laufenden Betriebsführung kann auch der Vollzug einer Abgabensatzung rechnen (VGH Kassel, Beschl. v. 02.03.1993 – 5 TH 1649/91 –, juris Rn. 3). Zudem sind anders als bei den ehrenamtlich tätigen Organen einer amtsangehörigen Gemeinde in einem Eigenbetrieb regelmäßig die sachlichen und personellen Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Veranlagung und Erhebung von Kommunalabgaben in einem weiteren Gemeindeorgan geschaffen.

- 50 Jedenfalls ist der Tatbestand des § 127 Abs. 1 Satz 5 KV M-V nicht erfüllt. Nach dieser Vorschrift kann die Gemeinde nach Anhörung des Amtes mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde beschließen, einzelne Selbstverwaltungsaufgaben selbst durchzuführen. Für einen solchen Beschluss der Antragsgegnerin ist nichts ersichtlich. Den Beschluss über die Kurabgabensatzung selbst als eine konkludente Entscheidung der Gemeinde nach § 127 Abs. 1 Satz 5 KV M-V zu verstehen, scheidet aus. Die Zuständigkeitsordnung für öffentliche Aufgaben unterliegt dem Gebot der Klarheit und Erkennbarkeit. Das spricht für ein streng formalisiertes Verfahren. Hinzu kommt, dass sich die Anhörung des Amtes und die Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde auf den konkreten Umfang der Aufgabenübertragung beziehen müssen. Dazu muss dieser eindeutig erkennbar sein, was vorliegend durch den Umstand illustriert wird, dass das Amt nach eigenen Angaben Teilbereiche der Aufgabe, namentlich das Widerspruchsverfahren und die Vollstreckung weiter wahrnimmt, ohne dass ein entsprechend beschränkter Beschluss der Antragsgegnerin ersichtlich wäre. Zudem liegt eine rechtsaufsichtliche Zustimmung zu einer Aufgabenübertragung nicht vor, wie der Landrat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte mit Schreiben vom 24. November 2014 mitgeteilt hat. Auch die Antragsgegnerin konnte dafür in der mündlichen Verhandlung nichts weiter vortragen.
- 51 Der Senat musste daher der Frage nicht mehr nachgehen, ob die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung durch einen Dritten auch dann gemäß § 12a Abs. 1 Satz 2 KAG M-V gewährleistet ist, wenn dieser wie hier in eigener Person und in erheblicher Weise als Normunterwerfener von der Abgabensatzung beschwert ist und sich gewissermaßen selbst überprüfen muss und zudem mit anderen Normbetroffenen in einer wirtschaftlichen Konkurrenzsituation steht. Auch auf die sonstigen Einwände der Antragstellerin gegen die Wirksamkeit der Satzung kommt es nach alledem für die

Entscheidung nicht mehr an.

- 52 3. Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 154 Abs. 1, 155 Abs. 1 Satz 3 VwGO. Die Vollstreckbarkeitsentscheidung beruht auf § 167 VwGO i.V.m. § 709 Satz 1 ZPO. Die Revision war nicht zuzulassen, da keiner der Gründe des § 132 Abs. 2 VwGO vorliegt.

Rechtsprechung der niedersächsischen Justiz

Kurbeitragspflicht von Tagesgästen in Niedersachsen

Nach niedersächsischem Landesrecht sind neben den Übernachtungsgästen auch die Tagesgäste kurbeitragspflichtig, soweit sie - wie z. B. beim Besuch abgrenzender Fremdenverkehrseinrichtungen oder bei der Teilnahme an Fremdenverkehrsveranstaltungen - mit vertretbarem Verwaltungsaufwand erfasst werden können.

OVG Lüneburg 9. Senat, Beschluss vom 10.06.2011, 9 LA 122/10


§ 10 Abs 2 S 1 KAG ND

Verfahrensgang

vorgehend VG Göttingen, 27. Mai 2010, Az: 3 A 5/09, Urteil

Gründe

- 1 Der Kläger wendet sich gegen seine Heranziehung zu einem Jahreskurbeitrag für das Jahr 2009 in Höhe von 33,- Euro. Das Verwaltungsgericht hat seiner Klage stattgegeben, weil die Kurbeitragssatzung der Beklagten vom 13. Dezember 2007 - KBS - in der Fassung der 1. Nachtragssatzung vom 19. März 2009 in mehrfacher Hinsicht unwirksam sei und außerdem die vorgelegte Nachtragskalkulation nicht geeignet sei, die festgelegten Beitragssätze zu rechtfertigen. Ihren dagegen gerichteten Antrag auf Zulassung der Berufung begründet die Beklagte mit ernstlichen Zweifeln an der Richtigkeit des angefochtenen Urteils (§ 124 Abs. 2 Nr. 1 VwGO) sowie einer grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache (§ 124 Abs. 2 Nr. 3 VwGO).
- 2 Der Antrag der Beklagten hat keinen Erfolg.
- 3 Wird die angefochtene Entscheidung - wie hier - auf mehrere, jeweils selbstständig tragende Gründe gestützt, kann die Berufung nur zugelassen werden, wenn für jedes die angefochtene Entscheidung selbstständig tragende Begründungselement ein Zulassungsgrund dargelegt wird und vorliegt (st. Rspr., vgl. BVerwG, Beschluss vom 1.2.1990 - 7 B 19.90 - Buchholz 310 § 153 VwGO Nr. 22; Beschlüsse des Senats vom 27.6.2008 - 9 LA 154/07 -, 15.12.2006 - 9 LA 248/05 -; 8.5.2003 - 9 LA 93/03 -; 1.11.2000 - 9 L 2511/00 - und 22.9.2000 - 9 L 2734/00 -). Dieser Anforderung wird der Vortrag der Beklagten im Zulassungsverfahren jedenfalls insoweit nicht gerecht, als er sich gegen die Annahme des Verwaltungsgerichts richtet, die Beklagte habe bei ihrer Nachtragskalkulation zu Unrecht die „nicht-übernachtenden tatsächlichen Nutzer von Erholungseinrichtungen“ unberücksichtigt gelassen. Gegen diese Auffassung wendet die Beklagte ein, nicht übernachtende Tagesgäste könnten nicht in die Kalkulation eingestellt werden, weil ihre Berücksichtigung aus tatsächlichen Gründen unmöglich sei. Dieser Einwand ist aus folgenden Gründen nicht geeignet, ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit des angefochtenen Urteils hervorzurufen:
- 4 Bei einer Kalkulation des höchstens zulässigen Kurbeitragssatzes wird der veranschlagte Aufwand auf die nach Maßgabe des § 10 Abs. 2 NKAG und der gemeindlichen Kurbeitragssatzung Kurbeitragspflichtigen verteilt, und zwar entsprechend der Zahl der Beitragsfälle (vgl. Rosenzweig/Freese, NKAG, Stand: August 2010, § 10 Rdn. 48). Es kommt bei der Aufwandsverteilung im Rahmen der Kalkulation also nicht auf die subjektive Bewertung der Zahl der Beitragsfälle durch den Kalkulierenden, sondern ausschließlich darauf an, wer nach § 10 Abs. 2 NKAG und der Kurbeitragssatzung beitragspflichtig ist. § 10 Abs. 2 Satz 1 NKAG erstreckt die Kurbeitragspflicht auf alle Personen, die sich in dem anerkannten Gebiet aufhalten, ohne dort eine Hauptwohnung zu haben, und denen die Möglichkeit zur Benutzung der Fremdenverkehrseinrichtungen und zur Teilnahme an den zu Zwecken des Fremdenverkehrs durchgeführten Veranstaltungen geboten wird. § 3 KBS legt den Kreis der Beitragspflichtigen in derselben Weise fest. Beide Vorschriften erfassen nicht nur Gäste, die im Gemeindegebiet eine Wohnung nehmen, dort also übernachten. Sie erstrecken sich in zulässiger Weise (vgl. Lichtenfeld, in: Driehaus, Kommunalabgabenrecht, Stand: März 2011, § 11 Rdn. 27; Rosenzweig/Freese, aaO § 10 Rdn. 26) auch auf solche Gäste, die sich im anerkannten Gebiet aufhalten, ohne dort eine Wohnung zu beziehen. Auch diese nicht im Gemeindegebiet übernachtenden Gäste haben angesichts ihres Aufenthalts im anerkannten Gebiet die Möglichkeit, die dem Fremdenverkehr dienenden gemeindlichen Einrichtungen zu nutzen sowie an zu Zwecken des Fremdenverkehrs durchgeführten Veranstaltungen teilzunehmen. Sie sind bei der insofern gebotenen einschränkenden Auslegung des § 10 Abs. 2 Satz 1 NKAG kurbeitragspflichtig, soweit sie mit vertretbarem Verwaltungsaufwand erfasst werden können. Letzteres ist vor allem der Fall, wenn sie abgrenzbare bzw. tatsächlich abgegrenzte Fremdenverkehrseinrichtungen benutzen, wie etwa eintrittspflichtige Kureinrichtungen oder Kurstrände, oder wenn sie an Fremdenverkehrsveranstaltungen teilnehmen (Rosenzweig/Freese, aaO, § 10 Rdn. 36a). Bei dieser Rechtslage darf die Kalkulation - und natürlich auch die Verwaltungspraxis - sich nicht darauf beschränken, nur die eine Wohnung im Gemeindegebiet nehmenden Beitragspflichtigen zu erfassen. Da die Beklagte diesen Grundsatz nicht beachtet hat, weist ihre Nachtragskalkulation einen deutlich überhöhten Beitragssatz auf, was zu einer rechtswidrigen Mehrbelastung der im Gemeindegebiet Übernachtenden und - wie das Verwaltungsgericht zutreffend festgestellt hat - zur Unwirksamkeit des Beitragssatzes führt.
- 5 An der Richtigkeit der angefochtenen Entscheidung des Verwaltungsgerichts bestehen somit schon deshalb keine ernstlichen Zweifel, weil das Gericht zu Recht von einer Fehlerhaftigkeit der Nachtragskalkulation ausgegangen ist. In Bezug auf die rechtliche Bewertung dieser Nachtragskalkulation hat die Beklagte grundsätzlich bedeutsame Fragen, die im Interesse der Rechtsfortbildung und Rechtsvereinheitlichung der Klärung in einem Berufungsverfahren bedürfen, nicht aufgezeigt. Damit scheidet die begehrte Zulassung der Berufung insgesamt aus, weil jedenfalls die Annahme der Unwirksamkeit des Beitragssatzes die angefochtene Entscheidung selbstständig trägt.

 Diesen Link können Sie kopieren und verwenden, wenn Sie **genau dieses Dokument** verlinken möchten:
<http://www.rechtsprechung.niedersachsen.de/jportal/?quelle=jlink&docid=MWRE110001993&psml=bsndprod.psml&max=true>

Optionen
Geschichte
Hilfe
Feedback
Schließen

13. August 2010

Geldspritze für die Reichenau

Seit zehn Jahren darf sich die Kloster- und Gemüseinsel im Bodensee mit dem Titel Weltkulturerbe schmücken. Aber es hat seine Zeit gebraucht, bis man in der Gemeinde verstanden hatte, dass damit die gesamte Insel gemeint war.



Beliebtes Ausflugsziel: Radfahrer vor der St.Georgs-Kirche in Oberzell Foto: DPA

REICHENAU. Sie ist bislang und wohl auch auf längere Sicht Südbadens einziges Weltkulturerbe – die Klosterinsel Reichenau. Vor zehn Jahren wurde sie dazu ernannt. Aber es hat seine Zeit gebraucht, bis man in der Gemeinde verstanden hatte, dass damit die gesamte Insel gemeint war. Also auch die Schilfgürtel am Ufer, die Gemüsefelder, ja selbst die Glashäuser der Landwirtschaft und die eigenen Wohnhäuser. Am Wochenende feiert man auf der Reichenau ein Jahrzehnt Weltkulturerbe.

Es gibt gute Botschaften von der Klosterinsel. Das Bundesbauministerium zahlt mehr als 600 000 Euro für drei Projekte auf der Insel, die das Land um eine halbe Million aufstockt. Das Geld dient dazu, im nächsten Jahr die Kirchen in Mittel- und Oberzell baulich zu sichern. Finanziert wird zudem ein Konzept, wie aufgegebene Gewächshäuser zurückgebaut werden können. Für die kleine und nicht allzu reiche Gemeinde Reichenau kommt der Geldsegen recht – auch wenn damit noch nicht alle ihre Wünsche erfüllt sind.

Wie viele Gäste verträgt die Insel?

Verglichen mit dem Stand vor zehn Jahren sind diese Zuschüsse jedoch eine enorme Verbesserung. Vor allem fühlt sich die Gemeinde nicht mehr allein gelassen mit den hohen Anforderungen, die der Status Weltkulturerbe mit sich bringt.

Wie die Jungfrau zum Kinde, so sei die Insel Reichenau vor zehn Jahren zu der Auszeichnung gekommen. Dies sagt Ilse Friedrich, früher Denkmalpflegerin der Stadt Konstanz, heute Beauftragte von Icomos, dem Internationalen Rat für Denkmalpflege, der für die Unesco die Entwicklung der einzelnen Weltkulturerbestätten beobachtet. Heute hat die Insel das Kind angenommen, das ihr die Landesdenkmalpflege mit ihrem Antrag bei der Unesco geschenkt hat. Und sie ist besser gerüstet für die vielen Menschen, die der Kultur wegen auf die Reichenau strömen. An jeder der drei Kirchen steht ein Informations- und Dokumentationspavillon, deren Bau die Landesstiftung bezahlt hat. Dort werden die Besucher eingeführt in die Kultur und die bis ins Jahr 724 zurückreichende Geschichte des einstmals europaweit bedeutsamen Klosters. Wie Bürgermeister Wolfgang Zoll berichtet, wird derzeit auch ein neues Besucherleitsystem installiert.

Gerade mit Blick auf die Kirche St. Georg in Oberzell und deren tausendjährige Wandmalerei verbindet sich mit den Pavillons auch ein Hintergedanke: Dank ihrer vielen Reproduktionen der alten Bilder könnten sie eiligen Touristen, die mit Bussen angekartt werden, als Ersatz fürs Original dienen. Denn der Andrang, oft mehr als 30 Busse am Tag, schafft im Kircheninneren ein feuchtes Klima, das den Fresken schadet.

Das Landesdenkmalamt lässt demnächst die Klimaveränderungen messen, um eine präzise Aussage treffen zu können, wie viele Besucher die Kirche in Oberzell verträgt, ohne Schaden zu nehmen. Ein Ergebnis könnte sein, sagt Dagmar Zimdars vom Landesdenkmalamt in Freiburg, dass aus konservatorischen Gründen diese Zahl pro Tag begrenzt wird – wie es andersorts auch üblich ist.

Aber das Weltkulturerbe umfasst nicht bloß die drei mittelalterlichen Kirche in Ober-, Mittel- und Unterzell. Vielmehr ist die ganze Insel, der gesamte frühere Klosterbezirk, gemeint. Die Kommunalpolitiker haben sich anfangs scharfe Kritik der Fachleute anhören müssen, weil sie zugelassen haben, dass die Reichenau mit so viel schlechter neuer Architektur zugebaut werde. Etwa das Sparkassengebäude in Mittelzell, in Dimension und Gestaltung ein viel beklagter Missgriff.

Das gibt auch Ilse Friedrich zu – doch seit zehn Jahren habe sich vieles zum Bessern entwickelt. Bebauungspläne sollen das Unwesen einer Streusiedlung, in der jeder fast nach Belieben bauen konnte, eindämmen. Da heißt es auch, dem starken Druck von Bauinteressenten zu widerstehen: Reichenau ist ein beliebter Wohnvorort von Konstanz. Ähnliches gilt für die Gewächshäuser. Manche aus den 20er Jahren stehen heute selbst unter Denkmalschutz. Aber vielen Bauern sind diese Bauten zu klein, zu unwirtschaftlich. Große Glashäuser stören jedoch das Gesamtbild. Nun streitet niemand ab, dass sich Landwirtschaft auf der Reichenau weiterentwickeln soll, auch unterm Dach des Weltkulturerbes. Deshalb lässt die Gemeinde ein Konzept erarbeiten, wo auf der Insel Glaspaläste Platz finden könnten, ohne zu stören.

Es war ein gegenseitiger Lernprozess, sagt Dagmar Zimdars im Rückblick. Ilse Friedrich spricht ebenfalls von einem Lernprozess, in dem freilich auch erst zu lernen war, "dass man die Bürger mitnehmen muss". Zoll, seit Februar als Bürgermeister im Amt, sieht alles auf gutem Weg: "Die meisten Menschen auf der Insel haben den Grundgedanken des Weltkulturerbes verstanden. Und wenn sie sehen, wie andere um diesen Status kämpfen,

sind sie sogar stolz darauf."

Autor: Wulf Rüskamp

WEITERE ARTIKEL: SÜDWEST

Baden-Württemberger leben am ungesündesten

Zu wenig Bewegung, zu viel Alkohol: Die Menschen in Baden-Württemberg leben einer Studie zufolge im bundesweiten Vergleich am ungesündesten. Woran kann das liegen? **MEHR**

Palmer würde nach Syrien abschieben – Kritik aus Partei

Der grüne Tübinger OB Boris Palmer hat sich für eine Abschiebung gewaltbereiter Flüchtlinge auch nach Syrien ausgesprochen. Dafür erntete er scharfe Kritik aus der eigenen Partei. **MEHR**
10

Kretschmann verteidigt seine Geheimabsprachen

Kretschmann verteidigt erneut seine Geheimabsprachen / Seit fast einhundert Tagen regiert die grün-schwarze Koalition. **MEHR** 1

12.07.16 | Weltkulturerbe

Der Waldschlösschenbrücke droht der Abriss

Deutschlands umstrittenste Brücke steht seit 2013. Naturschützer kämpfen weiter dagegen an. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs könnte dazu führen, dass die Brücke abgerissen werden müsste. *Von Sven Eichstädt*

Der Preis für die Waldschlösschenbrücke in Dresden war hoch. Neben den 181 Millionen Euro, die für den Bau aufgebracht werden mussten, kostete die Elbquerung die Stadt auch noch den Unesco-Weltkulturerbe-Titel für das Elbtal. Nun könnte all das umsonst gewesen sein – und sogar in noch höheren Kosten enden.

Denn am Ende des jahrelangen Streits um die 2013 eröffnete Brücke könnte tatsächlich ihr Abriss stehen. Am Mittwoch verhandelt das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erneut über die Zukunft des Bauwerks.

Wie konnte es so weit kommen? Vorausgegangen ist ein langer Gang durch die Instanzen der Justiz. 2008 zogen die Grüne Liga, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (Link: <http://www.welt.de/themen/bund-fuer-umwelt-und-naturschutz/>) (BUND) und der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) vor das Dresdener Verwaltungsgericht – vergeblich, die Klage wurde abgewiesen.

Ebenso erging es den drei Naturschutzverbänden drei Jahre später vor dem sächsischen Obergerverwaltungsgericht in Bautzen. Der Brückenbau galt damit zunächst als rechtmäßig.

Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Projekts

Doch 2014 konnten die Naturschützer dann erstmals einen juristischen Erfolg verbuchen. Im März vor zwei Jahren erörterte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erstmals den Planfeststellungsbeschluss zum Bau der Brücke ausführlich.

Dabei wurden erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Projekts deutlich. Die Leipziger Richter riefen daraufhin den Europäischen Gerichtshof an. Im Januar dieses Jahres kamen die Luxemburger Richter zu eben jenem Befund, der jetzt den Abriss der Brücke nach sich ziehen könnte.

Die Europarichter stellten fest, dass die Auswirkungen auf die Umwelt vor dem Bau der Brücke neu hätten geprüft werden müssen. Diese Prüfung hatte in der Tat nicht stattgefunden. Der Vorgang ist vertrackt: Das Gebiet um die Elbe war nämlich zum Zeitpunkt des Beschlusses für den Brückenbau 2004 noch ein Gebiet ohne besondere Auflagen.

Im Januar 2007 aber wurde es zum Naturschutzgebiet nach EU-Recht erklärt – sieben Monate vor Baubeginn der Brücke im August 2007. Dadurch wäre allerdings eine besondere Umweltprüfung zum Zeitpunkt des Baubeginns aus Sicht nötig geworden, wie der Europäische Gerichtshof befand. Die sächsischen Behörden sowie die Gerichte in Dresden und Bautzen hatten das zuvor nicht so gesehen.

Auch ein Abriss hätte Folgen für die Umwelt

Nach der Entscheidung der Luxemburger Richter muss nun zunächst eine solche Untersuchung auf die Verträglichkeit mit der Umwelt nachgeholt werden. Dabei muss geprüft werden, ob sich durch den Brückenbau und den Betrieb der Brücke bereits Verschlechterungen für das Naturschutzgebiet ergeben haben.

Das Ergebnis könnte letztlich sogar einen Abriss nach sich ziehen. Die Ironie: Auch ein Abriss hätte natürlich erhebliche Folgen für die Umwelt. Und auch die müssten zunächst einmal geprüft werden.

Trotz des Einsatzes der Naturschutzverbände ist die Umwelt in dem Naturschutzgebiet also in jedem Fall der Verlierer. Und womöglich die Kassen Dresdens und Sachsens, denn ein Abriss käme den Bauherren teuer zu stehen.

Dazu hat der Europäische Gerichtshof den Entscheidern vor Ort schon eine Richtlinie an die Hand gegeben. Die Kosten des Abrisses dürfen bei der Entscheidung nur eine untergeordnete Rolle spielen: Dem Naturschutz muss nach dem Urteil der Luxemburger Richter eine deutlich größere Bedeutung zukommen als den Rückbaukosten.

Beim Bürgerentscheid war die Mehrheit für den Bau

Zudem müsse beachtet werden, dass der Betrieb der Brücke langfristig angelegt ist. Auch die Umweltfolgen würden also langfristig anfallen. Die Zeitspanne für den Abriss wäre hingegen überschaubar. Damit träten auch die Auswirkungen auf die Natur nur einmalig ein. Eine Argumentation, die am Ende einen Abriss gar nicht so unwahrscheinlich erscheinen lässt.

Die Auseinandersetzung hatte nicht nur die Gerichte, sondern auch die Dresdener Bürgerschaft schon seit den ersten Planungen in den 1990er-Jahren beschäftigt. Bei einem Bürgerentscheid beteiligte sich im Februar 2005 die Hälfte der Dresdner Bürger: Davon sprachen sich knapp 68 Prozent für den Bau der Brücke aus.

Als 2006 die Unesco ([Link: http://www.welt.de/themen/unesco/](http://www.welt.de/themen/unesco/)) ihre Kritik am Brückenbau äußerte und mit dem Entzug des Welterbtitels für das Dresdner Elbtal drohte, spitzte sich der Streit in Dresden zu. "Der Verlust des Welterbtitels ist verkraftbar", befand seinerzeit Ministerpräsident Georg Milbradt ([Link: http://www.welt.de/themen/georg-milbradt/](http://www.welt.de/themen/georg-milbradt/)) (CDU). Die spätere sächsische Wissenschaftsministerin Sabine von Schorlemer schätzte den Brückenbau 2006 hingegen als "einzigartigen Akt der kulturellen Selbstverstümmelung" ein.

Es dürfte noch ein paar Jahre dauern

Die Unesco hatte einen Tunnel anstelle der Brücke favorisiert und erkannte den Welterbtitel im Juni 2009 ab. Nicht unmittelbar aus Naturschutzgründen, sondern vor allem, weil der "Landschaftsraum des Elbbogens an seiner empfindlichsten Stelle irreversibel in zwei Hälften geteilt" werde.

Was bedeutet das Ganze für die nähere Zukunft im Dresdener Elbtal? Es darf angenommen werden, dass nicht schon am Mittwoch vom Bundesverwaltungsgericht über einen Abriss entschieden wird. Es ist im Gegenteil sogar wahrscheinlich, dass der Neunte Senat das Urteil des Obergerichtes von Dezember 2011 aufheben und das Verfahren wieder nach Bautzen verweisen wird.

Bis ein neuerliches Gerichtsverfahren abgewickelt sein wird, dauert es eine Weile, die erforderlichen Gutachten nehmen viel Zeit in Anspruch. Und: Gegen das dann in Bautzen ergehende Urteil könnte abermals Revision zum Bundesverwaltungsgericht beantragt werden. Bis zu einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung über die Waldschlösschenbrücke dürften also wiederum Jahre ins Land gehen.



Die Salatfelder auf der Bodenseeinsel Reichenau werden auch als Motiv für die Gemüse-Genossenschaft genutzt.

Foto dpa

Tomaten mit Tigermuster

Die Gemüsebauern auf der Bodenseeinsel Reichenau müssen auch Marketing-Fachleute sein / Von Rüdiger Soldt

REICHENAU, im August. Einige Tomaten sind gelb, manche rot, wieder andere haben sogar ein dunkelgrünes Tigerstreifenmuster. Süßer als die normalen Supermarktomaten sind sie zudem. „Gemüse Reichenau“ steht auf den kleinen weißen Pappschildern, die der Gemüsegärtner Gerhard Uricher auf die oberste Tomatenlage der Kartons legt. Offenbar muß ein Gemüsebauer auf der Insel Reichenau heute genausoviel von Marketing verstehen wie von Veredelungsschnitten.

Gerhard Uricher ist einer von den etwa 70 Gemüsegärtnern auf der Reichenau, deren Gewächshäuser die im Jahr 2001 zum Weltkulturerbe erhobene Landschaft nicht gerade schmücken. Auf der Insel nennen sie Uricher den „Tomatenkönig“. Zwei Kilogramm Tomaten erntet Uricher pro Erntewoche und Quadratmeter. „Der Druck der Verbraucher, mit sowenig Chemie auszukommen wie möglich, war sehr groß“, sagt Uricher. „In Konstanz bekommen die Grünen 22 Prozent, wir mußten Anfang der neunziger Jahre unbedingt etwas tun, und das hat sich bewährt.“

Die Genossenschaft begann, den umweltschonenden „integrierten Anbau“ zu fördern. Gegen die weiße Fliege, den größten Schädling für Tomaten, sprühten die Gemüsebauern nun nicht mehr Insektizide, sondern setzten Schlupfwespenlarven aus, die wiederum die Larven der weißen Fliege auffressen. Die Böden der Gewächshäuser werden auf der Klosterinsel mit 75 Grad heißem Dampf gereinigt, und zur Bestäubung von Tomatenblüten setzen die

Bauern Hummeln in den Gewächshäusern aus.

Die Kunden in den Supermärkten sollen sich für das teurere Reichenau-Gemüse entscheiden, weil es „integriert“, also mit weniger Spritz- und weniger Düngemitteln angebaut wird, weil es besser schmeckt und weil „Inseltomate“ einfach besser klingt. Grauschimmel und Mehltau müssen aber weiterhin mit Fungiziden bekämpft werden. Im April zahlen Stuttgarter Hausfrauen für die ersten Gurken von der Reichenau Liebhaberpreise, in der Haupterntezeit ist das Insel-Gemüse fünf bis zehn Prozent teurer als das spanische im Discount-Markt. Zu kaufen ist das Gemüse größtenteils nur in Bayern und Baden-Württemberg – die Genossenschaft will vor allem die regionalen Märkte beliefern.

Zertifizierte Öko-Gemüsebauern sind auf der Klosterinsel in der Minderheit geblieben, auch diese Betriebe leiden unter dem Preisdruck: Die Erträge fallen bis zu 25 Prozent geringer aus als bei den „integriert“ wirtschaftenden Betrieben; die Verbraucher wollen das Öko-Gemüse aber immer häufiger zu Niedrigpreisen kaufen. Die Genossenschaft hilft den Ökobetrieben, ihren Salat oder ihre Gurken zu vermarkten.

Wenn sich der „integrierte Anbau“ auch bewährt hat und es den Gemüsebauern sogar gelingt, die Qualität durch etwa 1600 Rückstandskontrollen im Jahr und neue umweltfreundliche Verfahren zur Schädlingsbekämpfung weiter zu verbes-

sern, ist der Wettbewerbsdruck in den vergangenen Jahren weiter gewachsen. Vor allem die hohen Energiepreise machen den Bauern zu schaffen. Zwar gibt es auf der Insel das größte zusammenhängende Anbaugelände für Freilandtomaten in Deutschland mit einer Größe von fünf Hektar, die Gesamtanbaufläche für Gemüse auf der Insel ist aber 150 Hektar groß. Hiervon liegen etwa 40 Hektar unter Glas, das heißt, der Großteil der Tomaten reift in Gewächshäusern. Fallen die Verkaufspreise für ein Gemüse wie zum Jahresbeginn etwa die für Salate und steigen gleichzeitig die Heizölpreise, macht sich das in der Kasse der Bauern gleich bemerkbar. Ein Ausweg sind der Bau neuer, größerer Gewächshäuser und eine Flurbereinigung. Das ist aber auf lange Sicht nur schwer in Einklang zu bringen mit dem kulturellen Erbe der Insel – auch wenn der stellvertretende Geschäftsführer der Gemüsegenossenschaft, Christian Müller, darauf hinweist, daß nicht nur die berühmten Kirchen die Kulturlandschaft prägen. „Erst wenn der letzte Gemüsebauer die Insel verlassen hat“, sagt Müller, „werden die Leute spüren, welchen Beitrag wir zur Pflege der Kulturlandschaft geleistet haben.“

In den vergangenen Jahren ist die von Gewächshäusern bedeckte Anbaufläche auf der Insel um etwa einen Hektar gewachsen. Der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) hält ein begrenztes Wachstum der Anbaufläche noch für vertretbar. Irgendwann ist aber auch hier die Grenze des Wachstums erreicht. Denn etwa eine Milli-

on Tagestouristen kommen jährlich auf die Insel Reichenau, die mit einer Länge von vier Kilometern und einer Breite von anderthalb Kilometern die größte Bodenseeinsel ist. Sie interessieren sich vielleicht auch für das Bewässerungssystem auf den Gemesefeldern, wollen aber eigentlich die drei Kirchen des 724 von dem Missionar Pirmin gegründeten Benediktinerklosters sehen. Pirmin hatte die Insel als Schenkung von Karl Martell bekommen. Im neunten und zehnten Jahrhundert war das Kloster eines der wichtigsten Zentren der ottonischen Kultur in Europa.

Die Gemüsebauern geben sich viel Mühe, das historische Erbe respektvoll zu würdigen: Ein Motiv, mit dem die Genossenschaft wirbt, ist ein auf einem Salatfeld vor der Stiftskirche St. Georg in Oberzell knieender Erntehelfer. In dem Gemesekochbuch der Genossenschaft wird an den berühmten Kräutergarten des Abts Wahlfried Strabo vor dem Münster in Mittelzell erinnert.

Bis Ende der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde auf der Reichenau vor allem Wein angebaut. Dann zerstörte der Frost 1929 alle Rebstöcke; die Winzer konnten nicht eine einzige Flasche Wein produzieren und rissen die Rebstöcke aus dem Boden, um Gemüse anzubauen. Sie wollten nicht mehr von nur einer Kulturpflanze abhängig sein. Im Jahr 1928 ließ ein Gemüsebauer das erste gläserne Gewächshaus auf der Insel aufstellen. Mittlerweile gedeiht auf 17 Hektar wieder Wein – vor allem der Sorten Guttedel, Müller-Thurgau und Kerner.

Persönlich

Pete Doherty musiziert im Entzug

Was machen drei Musiker, die gleichzeitig in einer Drogenentzugsklinik landen? Sie gründen eine Band. So geschehen in der Londoner Klinik „The Priory“, in der Pete Doherty zur Zeit versucht, vom Rauschgift loszukommen. Der gebeutelte „Babyshambles“-Sänger brachte mit den kurz nach ihm eingelieferten Kollegen Tom Chaplin von der Gruppe „Keane“ und Justin Hawkins von „The Darkness“ anderen Patienten ein Ständchen. Chaplin setzte sich nach Erkenntnissen der britischen Boulevardpresse als erster ans Klavier, Doherty und Hawkins stimmten ein. Das Trio soll sogar vorhaben, gemeinsam Musik zu schreiben. Die „Sun“ spekulierte schon über passende Bandnamen wie „Rolling Stoned“, „Arctic Junkies“ oder „The Cured“. Der Entzug fällt Doherty aber offensichtlich nicht leicht. Einen Tag zuvor hatten Zeitungen berichtet, daß der 27 Jahre alte Musiker in der Klinik randaliert hatte. Er habe einen Krankenpfleger angegriffen, sein Zimmer verwüstet und geschrien, er wolle Kate. Doherty ist seit kurzem wieder mit dem Fotomodell Kate Moss liiert, die zu dem Zeitpunkt noch auf Bali weilte, wo die beiden einen romantischen Urlaub verbringen wollten. Sogar von einer anstehenden Hochzeit war die Rede. Dies wurde von Kate Moss jedoch umgehend dementiert. (clb.)

David Lennon rächt sich mit E-Mails

David Lennon hat fünf Millionen E-Mails an seinen früheren Arbeitgeber geschrieben, um sich für seine Entlassung zu rächen. Der 19 Jahre alte Britte hatte als Teilzeitkraft in der Buchhaltung einer Versicherungsfirma gearbeitet. Als er nach fünf Monaten seine Kündigung bekam, schickte er mittels eines Computerprogramms andauernd E-Mails an sein früheres Unternehmen, bis dessen Server kollabierte. Die Mails enthielten lediglich ein Zitat aus dem Horrorfilm „The Ring“. Ein Gericht verurteilte Lennon jetzt zu einer zwei Monate langen Ausgangssperre. In erster Instanz hatte ein Richter entschieden, daß Lennon nichts zur Last gelegt werden könne. Da der Zweck eines Servers darin bestehe, E-Mails zu empfangen, habe das Unternehmen implizit den E-Mail-Sendungen zugestimmt. (clb.)

Prinz Laurent scheint Geld zu brauchen

Er gilt als Enfant terrible im belgischen Königshaus. Lange war es jedoch ruhig geblieben um Prinz Laurent, den jüngsten Sohn von König Albert II. und Königin Paola. Jetzt macht der 42 Jahre alte Vater von drei Kindern kräftig von sich reden. Als ruchbar wurde, daß er Fotos der Zwillingssöhne Aymeric und Nicolas exklusiv für 15 000 Euro an ein flämisches Magazin verkaufen wollte, reagierte die Regierung mit diskret, aber unmißverständlichem Tadel. Nun zeigt sich, daß der Freund bedrohter Tierarten und schneller Autos nicht aus reiner Geldgier, sondern auch aus Not gehandelt hat. Offenbar kommen der Prinz und seine Frau Claire nicht mit der jährlichen Apanage von knapp 300 000 Euro über die Runden. Ausgerechnet die Jugendorganisation einer keineswegs monarchietreuen flämischen Regionalpartei versucht jetzt, dem Prinzen unter die Arme zu greifen. Unter dem Motto „Rettet Laurent“ hat sie im Internet eine – spöt-

tische – Website (www.redlaurent.tk) sowie ein Spendenkonto eingerichtet. Ein Kekse, Mayonnaise und Bier umfassendes Nahrungsmittelpaket wollten sie dem Prinzen in seiner Villa vor den Toren Brüssels bereits überreichen. Sie trafen ihn nicht an, weil er in Urlaub weilte. Den kann er sich offenbar noch leisten. (now.)

Britney Spears darf sich hängenlassen

Daß großflächig abgebildete Nackedeis Autounfallstatistiken durcheinanderbringen können, hat Anna Nicole Smith schon vor Jahren bewiesen. Daß auch der U-Bahn-Verkehr davon betroffen ist, wäre neu. Dennoch haben die japanischen Behörden erwogen, ein Zeitschriftenplakat mit der nackten und schwangeren Britney Spears, die sich in jüngster Zeit auf Fotos eher hängenzulassen pflegte, aus der Tokioter U-Grundbahn zu verbannen. Die Ansicht sei zu stimulierend für Jugendliche, hieß es zunächst nach Mitteilung der englischen Boulevardzeitung „Sun“. Später gaben die Verkehrsbetriebe zu bedenken, daß man gegen das Bild einer glücklichen Mutter eigentlich nichts einwenden könne. In Japans Nachbarland China, wo das Mutterglück bekanntermaßen nicht allzuhoch im Kurs stehen darf, wäre solch ein Kurswechsel wohl nicht denkbar gewesen. Dort ließen jetzt die Behörden Stripshows bei Beerdigungen verbieten, ein Brauch, der sich längst immer größerer Beliebtheit erfreute, um die Zahl der Trauergäste zu mehren. Britney Spears verfährt bei ihren Konzerten ja ganz ähnlich. (tifr.)

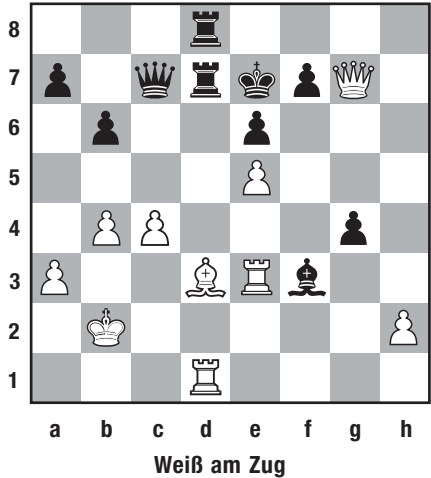


Foto Großherzoglicher Hof Luxemburg

Prinz Louis (links), drittältester Sohn des luxemburgischen Großherzogs Henri und der Großherzogin Maria Teresa, wird am 29. September seine Freundin Tessy Antony (rechts) heiraten. Die beiden haben bereits einen Sohn, Gabriel (Foto), der am 12. März zur Welt gekommen ist. Wie es zu der Verbindung zwischen dem gerade 20 Jahre alt gewordenen Louis und seiner gleichaltrigen, aus bürgerlichen Verhältnissen stammenden künftigen Ehefrau kam, schilderte das „Luxemburger Wort“ in seiner Internetausgabe: „Die Liebe zwischen Prinz Louis und seiner Freundin entflammte im militärischen Zentrum auf Herrenberg.“ Beide haben inzwischen der luxemburgischen Armee den Rücken gekehrt. Tessy hat eine Stelle in der Genfer Vertretung Luxemburgs bei den Vereinten Nationen. Da trifft es sich gut, daß der Prinz zur Zeit ebenfalls in Genf ein Praktikum absolviert. Für eine Zukunft als Großherzog üben muß der Prinz hingegen nicht mehr. Wie der Hofmarschall am Donnerstag mitteilte, habe er „im Interesse einer größeren Unabhängigkeit in seinem beruflichen und privaten Leben“ auf seinen Anspruch in der Erbfolge verzichtet. (now.)

Schach

Jetzt, da der Sommer anfängt, ein älterer Herr zu werden, und viele Touristen aufhören, welche zu sein, ist es an der Zeit, teilnahmslos auf sie zu blicken. Richtig, sie sind ein Wirtschaftsfaktor. Erdöl ist auch ein Wirtschaftsfaktor, und was für einer, doch hat der ganz normale Bürger eines Erdölförderstaates nicht die geringste Lust, die Schmiere anzufassen oder sonstwie nett zu ihr zu sein. Wo der Faktor eine Südfucht ist, nähern sich vermute, maskierte Spezialisten den Obstbäumen und spritzen sie an, meistens fachkundig, manchmal vorschriftsmäßig und immer in Abwesenheit der jeweils ortsansässigen Bevölkerung. Diese überläßt auch die Touristen der zuständigen Branche, hat überhaupt eine unnachahmliche Art, zahlenden Eindringlingen aus dem Weg zu gehen. Hochentwickelt ist in Fremdenverkehrsorten die Kulturtechnik der Kontakttarmut, zu deren Pflege es gehört, daß ihre Opfer nichts von ihr merken. Am besten, die Touristen treten in Rudeln auf, und die Stimme ihres Wortführers scheppert. Sie werden belehrt und aufgeklärt, die Eingeborenen aber rechtzeitig verschuecht. Der Tourist in Einzelbegleitung ist willkommen, doch niemand auf ihn neugierig. Seine Wünsche sind bekannt, vor allem diejenigen, von denen er möchte, daß sie erraten werden. Auch im Jahr 2007 wird es eine Ewigkeit dauern, bis er von der Rezeption aus den Fahrstuhl erreicht hat, so gemessen werden wieder seine Schritte sein. Auch dann wird er die Sehenswürdigkeiten und deren Gegenteil schwimmenden Blicks aufsuchen. Und wenn es regnen sollte, wird er fragen, warum und wie lange noch. Großstädter ahnen nicht, was das wahre Bild des Jammers ist: ein Kaff, darin ein Schaufenster, davor ein Tourist, darüber eine Wolke, aus der es nieselt. Er kennt die Auslage, will nichts kaufen und guckt sie trotzdem an, aus purer Langeweile, denn fünf Cappuccini hat er schon getrunken, zehn Telefonate schon geführt und hundertmal schon seine Begleiterin spüren lassen, daß er mit ihr nichts anzufangen weiß. In



Weiß am Zug

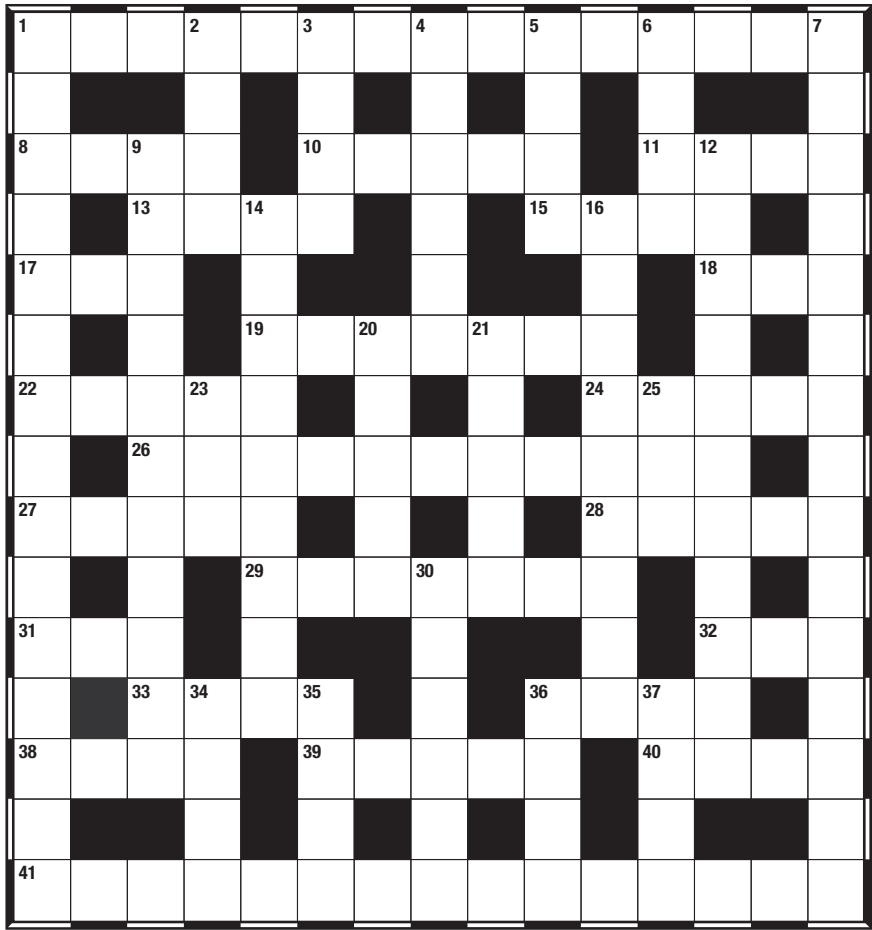
Deutschland kriegten heimische Großstädter allerdings rasch heraus, ob sie typisch deutschen aussehen. Tun sie es, werden sie gnadenlos angesprochen, in der Regel höflich und zuweilen so manierlich, daß sie den Touristen mit einem schlecht gekleideten Bettler verwechseln, ihren Gang wortlos fortsetzen, anstatt auf englisch zu sagen, wo der Zwinger sei, das Hofbräuhaus. In der Schweizer Provinzstadt Biel, Kanton Bern, spielen die Touristen Schach und sind anspruchslos. Wo ist bitte das Kongreßzentrum? ROSWIN FINKENZELLER

Weiß: Morosewitsch; **Schwarz:** Pelletier – Französisch – 1.e4 e6 2.d4 d5 3.Sc3 de4: 4.Se4: Sd7 5.Ld3 Sg6 6.Sf6+ Sf6: 7.Lg5 c5 8.de5: Lc5: 9.Sf3 h6 10.Lh4 0-0 11.Dd2 b6 12.0-0-0 Lb7 13.The1 Le7 14.Se5 Sd5 15.Le7: De7: 16.a3 Tad8 17.f4 Sf6 18.c4 De7 19.b4 Sd7 20.Kb2 Se5: 21.fe5: Kh8 22.De3 Td7 23.g4 Tfd8 24.g5 hg5: 25.Dh3+ Kg8 26.Dh7+ Kf8 27.Te3 g4 28.Dh8+ Ke7 29.Dg7: Lf3 (siehe Diagramm) 30.Lg6 Tf8 31.Td7+ Dd7: 32.Td3 Dc8 33.Df6+ Ke8 34.Td6 (Schwarz gab auf)

Auflösung vom 18. August

1..Se7 (Schwarz gab auf. Grund: 1. ... Tf2 2.Sf5)

Kreuzwort



kommt? (engl.) **38** Zu dieser fällt mir Rosenstein polnisch-surrealistisch ein (Vorn.) **39** Naja, na ja, die Brillenschlange – aber manch einer solchen reicht auch schon ein Monokel **40** Der ist den Wasserwegen ganz schlichtweg überlegen **41** Die ganze Hausordnung auf Knopfdruck per Nachname? Schon mal was davon läuten hören? (Pl.)

SENKRECHT: 1 Dank dem man sich nicht die Finger leckt, wenn den Tisch der Rasen deckt **2** Der ist über dem Arzt:

Wenn er aus dem Hause fortgeht, weiß er, was den Leuten fehlt (Dt. Spruchweisheit) **3** „Das Schicksal ist die der Welt“ (Friedrich Hebbel) **4** Zehnerpack seit Jahr und Tag **5** Wenn Omi um die Stadt herumgeht, hat das Spiel ganz viele Falten und Kniffe **6** Nicht nur erster Wikinger in Amerika, sondern auch ganz große Kanone in „High Chaparral“ (Vorn.) **7** Bei den etruskischen Friesen verkörpert sie viele von diesen (Sg.) **9** Danach zu fragen – da überlegt

man doch nicht lange, da faßt man sich doch nur an den Kopf! **12** ERGIBT FLUGS einen Gipfel der Wetterföhligkeit **14** Das auf Erden? Das könnte was werden – und sei's 'ne Gewerkschaft **16** Gegen die LAUE FORM – die bürokratische Norm! (Pl.) **20** Testamentarisch festgehalten: Ist bei den kleinen Propheten als erster angetreten **21** „Die ist heiß und kalt der Dank“ (Simrock) **23** Horch, es kommt von draußen rein – sollt's ein deutsches Volkslied sein? **25** Ein erhabenes Grabsgrab in ... barg Sarg, 'ne Bahre nie (offenbar mitten in einer armenischen Geisterstadt angesiedelt Palindrom) **30** Sein edler Anschein ist ja echt 'ne Wolke! **34** In Göttingen als Platz zu nennen, um Wielands Bücher zu verbrennen **35** Steht im Zeichen, von Rechtswegen eins auf den Deckel zu kriegen **36** Läßt Heiner lauter werden, Dirk und Patrick haben aber rein gar nichts mehr dazu zu sagen (Nachn.) **37** Zum Kuckuck mit seinem Sängerstreit – speziell zur schönen Maizenzeit meü.

Auflösung vom 18. August

Waagerecht: 1 Seezungenfilets **8** Hebbel (Charakterisierung des Dichters im Prolog „Der Diamant“) **11** Essbar **14** Plastik (aus Plastik) **17** Fiete (= G. Knuth in „Große Freiheit Nr. 7“) **18** Anton („sachtä Cervinski für mich“ = Ruhrpott-Glossenfigur) **19** Neuheit (= h-e-u-t-e i-n) **20** Echt (er nach er Springprozeßion; Kalauer, pardon!) **22** Pulk **23** Einzelteile **24** Karl (der Prinz, Öko-Schnulze der Gruppe „Steinwolke“) **25** (Käfer) Igor (Oper von Alexander Borodin, vollendet von Rimsky-Korsakov und Glasunov) **26** Gaukler **28** Aruba **29** Amrum **30** Retina **34** Immens (ee; Kalauer, pardon!) **36** Abende (= E-b-e-n-d-a) **38** Richtungsangabe **Senkrech:** 1 Schifferklavier (u.a. in: „Antje, Antje, hörst du von ferne das Schifferklavier“) **2** ZOB **3** Null **4** Eins **5** Frei (Gehege) **6** Lis (Verhoeven, Schauspielerei; ehem. Gattin von M. Adorf) **7** Strandkörbmiete **9** Buchenwurm **10** Epen **12** Skat **13** Betruegerin **15** Aqueduct **16** Tuffteile **21** Tili (bury, -burg) **22** (Kom) Pli (Men) **26** Gam **27** (Stefan) Raab **31** Esau **32** Sieg **33** Nana (Mouskouri) **35** ETH (=Eidgenössische Technische Hochschule) **37** Eng (agiert)



Der Titel Welterbe ist bares Geld wert

Die Unesco-Auszeichnung lockt vor allem ausländische Touristen in ländliche Regionen Deutschlands.

Von Elisabeth Hoos

MESSSEL, 7. August
Unesco-Weltnaturerbe Grube Messel – mit dieser Aufschrift lockt am Fahrbahnrand der A5 bei Darmstadt eines der braunen touristischen Hinweisschilder zu einem Abstecher in die Fossil-Lagerstätte. In einer einstündigen Führung können Besucher Fossilien von Urpferden, Fischen oder Amphibien bewundern, die hier vor 47 Millionen Jahren entstanden sind. Sogar die halbverdaute letzte Mahlzeit ist bei manchem versteinigten Erdbewohner noch zu erkennen.

Rund 22.000 Besucher zählt die Grube pro Saison (April bis Oktober). Darunter finden sich Tagesausflugsgäste ebenso wie Durchreisende aus dem In- und Ausland. In diesem Jahr legt die Besucherstatistik noch einiges zu. Der Sensationsfund von „Ida“, dem weltweit ältesten komplett erhaltenen Fossil eines Primaten, im Mai 2009 zeigt ebenso wie verstärkte Werbung seine Wirkung. Doch allem voran ist der Titel „Unesco-Weltnaturerbe“ ein Segen für den Tourismus in der Ölschiefergrube. „Ohne die Auszeichnung hätten

wir wohl nur ein Drittel der Besucher“, schätzt Michael Kauer, der Marketingchef der Grube Messel. Seit der Prämierung im Jahr 1995 ist der Besucherandrang rasant gestiegen.

Auf der ganzen Welt hat die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) 890 Denkmäler als außergewöhnliche Zeugnisse der Menschheits- und Naturgeschichte zum Welterbe erklärt und so unter besonderen Schutz gestellt. In Deutschland schmücken sich 33 Stätten mit dem Titel. Dazu gehören Altstädte, Schlösser, Kirchen und Gärten, aber auch Industriedenkmäler wie die Zeche Zollverein in Essen. „Gerade kleinere Sehenswürdigkeiten, die nicht in Großstadtnähe liegen, zehren im Tourismus von dem Titel“, beobachtet die Deutsche Unesco-Kommission. Die Denkmäler werden vom Verein Unesco Welterbestätten Deutschland seit 2001 gegen einen pauschalen Mitgliederbeitrag über Broschüren, Messeauftritte sowie Internet- und Printwerbung vermarktet. Viele Sehenswürdigkeiten leisten sich darüber hinaus nur ein kleines Marketingbudget. Eine Besucherstatistik führt der Verein nicht. Unter Berufung auf Rückmeldungen der Betreiber sagt der Vorsitzende Horst Wadehn: „Durch den Welterbestatus gewinnen kulturelle Stätten einen deutlich höheren Stellenwert.“

Das Interesse geht heute über Tagesausflüge oder Zwischenstopps auf der Urlaubsreise hinaus. „Immer mehr Besucher machen einen gezielten Welterbe-Tourismus“, sagt Peter Braun, der Leiter der Klosterverwaltung Maulbronn. Der Welterbestätten-Verein fördert dies mit Routenempfehlungen, etwa für die Reise von

Trier (Liebfrauenkirche) über Völklingen (Eisenwerk), Lorsch (Benediktiner-Abtei) und Speyer (Dom) nach Maulbronn. Das beschauliche Örtchen Maulbronn bei Karlsruhe lockt jährlich 180.000 Gäste in die ehemalige Zisterzienser-Abtei. Im ersten Halbjahr 2009 ist die Besucherzahl um 10 Prozent geklettert. Der Grund: Im Juni war Maulbronn Austragungsort des diesjährigen Welterbetages, einer Veranstaltung des Welterbevereins, und hat daher kräftig die Werbetrommel gerührt.

Mit einem starken Marketing kann der Unesco-Titel sogar zum touristischen Zugpferd für eine ganze Region werden. Susanne Lengger, Geschäftsführerin des Tourismusverbandes im bayerischen Pfaffenwinkel, sagt: „Wir werben nicht für die Unesco-Stätte Wieskirche, sondern mit ihr.“ Wegen der Nähe zum Schloss Neuschwanstein kann sich die Wallfahrtskirche vor Besuchern kaum retten. Jährlich sind es rund eine Million Menschen. Dass sich nur wenige für weitere Sehenswürdigkeiten der Klosterregion interessieren, soll sich künftig durch eine stärkere Werbung für diese Attraktionen ändern.

Für Großstädte wie Köln oder Dresden ist der touristische Mehrwert des Unesco-Titels deutlich schwerer zu fassen als bei der Wieskirche, dem Kloster Maulbronn oder der Grube Messel. Den Kölner Dom besuchen jährlich 6,5 Millionen Menschen, und in Dresden wurden 2008 rund 3,3 Millionen Übernachtungen gebucht. Ende Juni wurde der sächsische Barockstadt die Unesco-Auszeichnung für das Elbtal aberkannt, da sie nicht vom Bau der stählernen Waldschlößchenbrücke abrücken wollte. Auswirkungen des fehlenden Unesco-Titels auf das Interesse deut-

scher Touristen an der Stadt erwartet Bettina Bunge, Geschäftsführerin der Dresdener Marketing GmbH, nicht. Der aktuelle „moderate Rückgang“ der Besucherzahlen sei auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. Mit der Frauenkirche, der Semperoper und dem Residenzschloss verfüge Dresden über eine ganze Reihe weiterer Publikumsmagneten. „Allerdings haben die negativen Schlagzeilen einen Imageschaden angerichtet“, räumt Bunge ein. Den soll nun die Kommunikation über andere Sehenswürdigkeiten beheben.

Anders als im Inlandstourismus spielt der Welterbe-Titel aber für Dresdens ausländische Besucher eine wichtige Rolle. Die Unesco-Stätten sind in Reiseführern aufgelistet und werden von vielen Gruppen angefahren. Beim Ziel, den Anteil ausländischer Touristen von heute rund 20 Prozent auszubauen, soll Dresden mittelfristig ein Unesco-Titel für eine andere Sehenswürdigkeiten wichtige Schützenhilfe leisten. Bunge zufolge gibt es in der Stadt Dresden Pläne für eine Bewerbung.

Zur Vermarktung der deutschen Unesco-Stätten im Ausland kooperiert der Welterbe-Verein mit der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT). In der Profilierung des Reiselandes Deutschland gegenüber Ländern wie Österreich, der Schweiz und Frankreich, Russland, Amerika, Japan und China stehen die Welterbestätten weit oben auf der Prioritätenliste. „Mit dieser Strategie konnte Deutschland in den letzten Jahren im Kulturtourismus schneller wachsen als Wettbewerbsdestinationen“, sagt Petra Hedorfer, die DZT-Vorsitzende. Rund 10 Prozent aller Kulturreisen führten nach Deutschland, dem Land mit den meisten Welterbestätten.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Her mit dem Bonus

Von Holger Appel

Porsche hat mehr Gewinn als Umsatz gemacht? So eine Schlagzeile kann kein Banker von Format auf sich sitzen lassen. Leider haben die Finanzjongleure kurzfristig eine Weltwirtschaftskrise ausgelöst, was das Projekt etwas behindert hat. Aber jetzt schlägt das Geldgewerbe zurück. „Mehr Bonus als Gewinn“ lautet die Devise, ausgegeben von Amerikas ersten Adressen in Sachen neue Bescheidenheit wie Goldman Sachs oder Morgan Stanley. Neun amerikanische Banken haben 175 Milliarden Dollar Staatsgeld erhalten, 81 Milliarden Dollar Verlust ausgewiesen – und 33 Milliarden Dollar Bonus gezahlt. Aber gemacht, keine Fachkraft in Europa muss die Koffer packen und über den Atlantik ziehen. Die französische BNP hat eine Milliarde Euro für Sonderzahlungen in der Bilanz versteckt. Und auch die mit Hilfe des fröhlichen Steuerzahlers geretteten West LB und Commerzbank halten ihr Personal bei Laune. Letztere selbstredend nicht mit Boni, denn da hat der Chef verkündet: „Wer nichts verdient, kann nichts verteilen.“ Die Commerzbank verdient noch immer nichts, aber ein paar „Stabilisierungszahlungen“ oder „Integrationsmehraufwandspauschalen“ müssen jetzt schon drin sein. Da kann wahrlich keiner meckern.

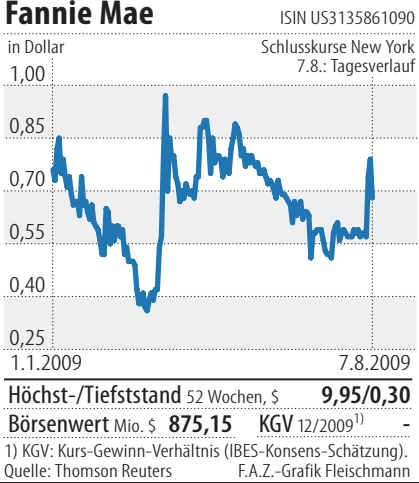
Fannies Problem

Von Norbert Kuls

Fannie Mae und auch deren Konkurrent Freddie Mac bleiben die Sorgenkinder der amerikanischen Regierung. Während sich die Lage beim größten Empfänger staatlicher Hilfen, dem Versicherer AIG, zu stabilisieren scheint, braucht Fannie immer mehr Geld. Die aktuellen Meldungen über neue Finanzspritzen in zweistelliger Milliardenhöhe stumpfen beinahe ab. Mit Weitsicht hatte die Regierung im Februar das Hilfsprogramm für die beiden verstaatlichten Finanzriesen verdoppelt. Der neuerliche Verlust von Fannie Mae verdeutlicht, wie angespannt die Lage am amerikanischen Häusermarkt weiterhin ist. Das verwundet nicht. War doch die Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten in den vergangenen Monaten kontinuierlich gestiegen. Das resultierte in steigenden Zahlungsausfällen von Hypothekenschuldnern und einer wachsenden Zahl von Zwangsvollst-

ckungen. Die jüngsten Daten vom Häusermarkt signalisieren zwar eine leichte Erholung, zumindest ein Abflauen des Preisverfalls. Entscheidend wird aber die weitere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sein. Erst wenn es dort eine nachhaltige Erholung gibt, können auch Fannie und Freddie wieder mit geringeren Ausfällen und Verlusten rechnen.

Fannie Mae



Opel im Kreis

Von Christoph Ruhkamp

Der Bundesregierung stehen in Sachen Opel kurz vor der Wahl äußerst schwierige Wochen bevor. Lassen sich die Verhandlungen zwischen General Motors und Magna nicht zum Erfolg führen, dann gibt es nur noch zwei unangenehme Optionen für Opel: Entweder der Autohersteller wird mit zusätzlicher Staatshilfe an den Finanzinvestor RHJ verkauft. Das würde einen Gesichtverlust mindestens für die Ministerpräsidenten der vier Opel-Länder bedeuten, weil sie sich frühzeitig und lautstark drohend auf Magna festgelegt haben. Oder die Politik steht die Hängepartie bis nach der Bundestagswahl durch, um dann doch noch den Weg der Insolvenz für Opel zu wählen. Dann wären die bereits ausgezahlten 1,5 Milliarden Euro an Staatskredit verbräuchelt – ohne dass letztlich das ursprüngliche Ziel der Vermeidung einer Insolvenz erreicht wäre. Opel würde dann voraussichtlich in seine Einzelteile zerlegt. Konkurrenten wie Fiat könnten sich die Filettstücke herauscheiden. Der Stellenabbau fiel weit größer aus als in jedem der bislang von den Investoren vorgelegten Konzepten. Die schlechteste aller Lösungen wäre auch das nicht. Nur hätte man sie schon viel früher haben können.

Die F.A.Z.-Wetterinformationen im Internet: www.faz.net/wetter

DEUTSCHLAND

Messwerte und Prognosen

	Fr.	Sa.	So.	Mo.
	7.8.	8.8.	9.8.	10.8.
Aachen	27°w	23°G	22°b	22°w
Arkona	21°h	23°h	24°h	23°w
Berlin	26°h	30°h	29°h	27°w
Bremen	26°h	27°G	26°w	22°w
Brocken	19°h	22°G	20°w	16°w
Cottbus	26°h	29°h	29°h	27°w
Cuxhaven	24°h	26°h	23°w	22°Rs
Dresden	25°b	29°h	28°h	25°w
Düsseldorf	26°h	25°G	24°b	23°w
Erfurt	26°h	30°h	28°h	24°R
Essen	28°h	24°G	23°b	22°w
Feldberg	17°s	16°Rs	15°R	13°b
Feldberg Is.	21°s	24°w	21°w	19°Rs
Frankfurt/M.	28°h	29°w	28°Rs	26°w
Freiburg	26°h	26°G	25°w	24°w
Garmisch	24°h	25°G	23°R	20°R
Greifswald	24°h	27°h	27°h	25°Rs
Hamburg	26°h	29°h	28°h	23°w
Hannover	27°h	28°Rs	27°w	24°w
Helgoland	21°h	23°Rs	21°w	20°w
Hof	24°h	27°h	26°h	23°w
Kahler Asten	22°h	23°Rs	20°R	18°w
Karlsruhe	28°h	29°Rs	28°w	26°Rs
Kassel	27°h	29°w	26°w	23°w
Köln	28°w	26°G	24°R	23°w
Konstanz	23°h	25°G	26°w	23°R
Leipzig	26°h	30°h	29°h	25°w
Lübeck	27°h	28°h	29°h	24°w
Magdeburg	27°h	31°h	30°h	26°w
Mannheim	28°h	29°Rs	28°w	26°w
München	25°h	27°h	27°w	22°R
Norderney	26°h	23°Rs	20°w	20°w
Nürnberg	25°h	28°h	28°w	25°w
Osnabrück	27°h	24°G	23°R	20°R
Passau	24°h	26°h	26°w	24°R
Rostock	26°h	30°h	28°h	23°w
Saarbrücken	26°h	26°G	25°G	23°Rs
Stuttgart	24°w	27°Rs	25°R	23°Rs
Sylt	25°h	25°Rs	22°w	21°w
Trier	28°h	26°G	25°w	24°w
Wendstein	15°h	17°G	15°N	11°R
Zugspitze	6°h	9°Rs	7°R	5°Rs

s = sonnig, h = heiter, w = wollig, b = bedeckt, G = Gewitter, N = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, Sr = Sprühregen, S = Schnee, SR = Schneeregen, Ss = Schneeschauer, — = keine Meldung. Für alle Tabellen: Werte von gestern sind Messwerte von mittags Ortszeit.

Heute

Im Osten bestimmt hoher Luftdruck das Wetter. Im Westen sorgt ein flaches Tief für Schauer und Gewitter.

Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen: Heute gibt es eine Mischung aus Sonne und hohen Wolkenfeldern. Es bleibt trocken. Bei schwacher Südwind erreichen die Werte 29 bis 31 Grad.

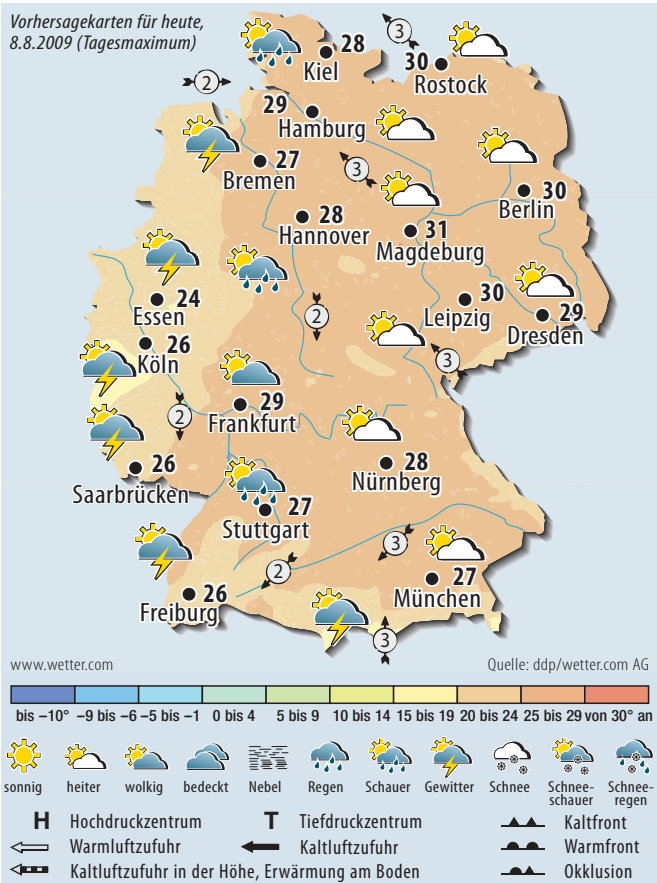
Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern: In Niedersachsen und Schleswig-Holstein ziehen bereits am Vormittag dichte Wolken heran. Örtlich bilden sich Gewitterschauer. In Mecklenburg-Vorpommern bleibt es bei Sonne und lockeren Wolken trocken. Die Höchstwerte liegen zwischen 27 und 30 Grad. Dazu weht schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: Bereits am Morgen bewölkt sich der Himmel von Westen her. Im Laufe des Tages entstehen immer wieder Schauer oder Gewitter. In Ostthessen scheint noch längere Zeit die Sonne. Bei Werten zwischen 24 und 29 Grad weht schwacher Wind aus Nord.

Baden-Württemberg und Bayern: In Baden-Württemberg ziehen von Frankreich her dichte Wolken heran. Im Laufe des Tages bilden sich teils kräftige Gewitterschauer. In Bayern scheint länger die Sonne. Nur am Alpenrand entstehen am Nachmittag lokale Schauer oder Gewitter. Die Temperaturen steigen auf 26 bis 28 Grad. Dazu weht schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Sonne & Mond

06:04/20:57Uhr
Auf- und Untergang in Mitteleuropäischer Sommerzeit (MESZ) für Frankfurt/Main.



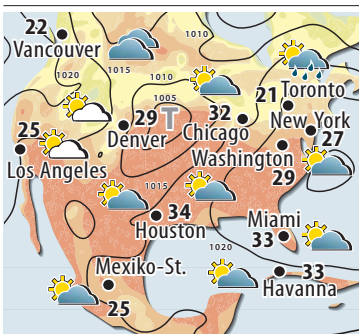
Aussichten

Am Sonntag bilden sich im Westen und Süden Deutschlands örtlich gewitterige Schauer. Sonst wechseln sich meist Sonne und Wolken ab. Die Höchstwerte liegen zwischen 22 und 30 Grad. Am Montag ist es im Osten noch längere Zeit sonnig. In den übrigen Landesteilen entstehen im Tagesverlauf immer wieder Schauer oder Gewitter, die vor allem im Südosten kräftiger sein können. Die Temperaturen erreichen 20 Grad in Garmisch und 27 Grad in Berlin.

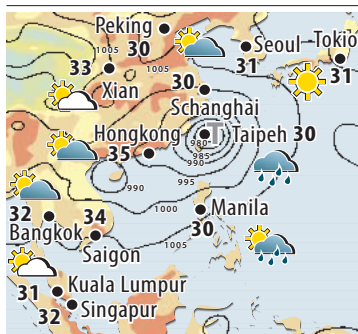
Pollenflug und Biowetter

Im Westen und im Süden des Landes leiden Wetterfuhlige in schwüler Luft verstärkt unter Kreislaufbeschwerden, Kopfschmerzen und Migräne. Auch Schlafstörungen treten häufig auf. Dies führt am Tage zu einer verminderten Konzentrationsfähigkeit. Ansonsten sorgt sonniges Wetter für ein gutes Allgemeinbefinden. Im Osten müssen sich Allergiker auf einen mäßigen bis starken Flug von Beifußpollen einstellen. Im Westen nimmt der Pollenflug aufgrund der Schauer ab.

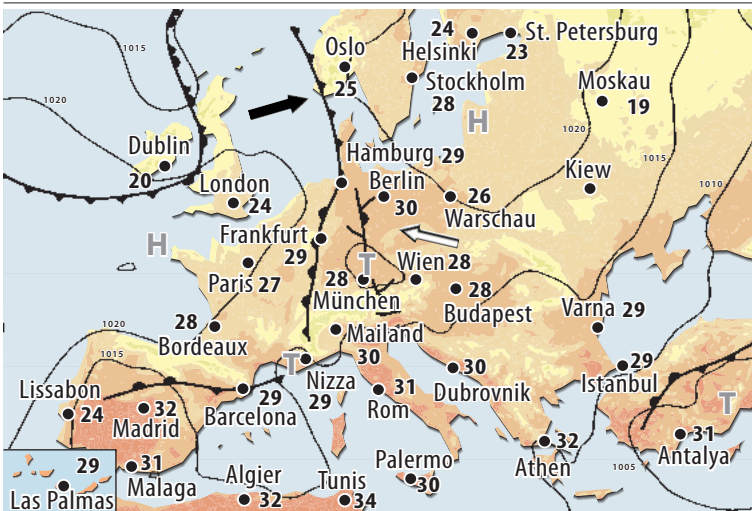
NORDAMERIKA



ASIEN



EUROPA



Reisewetter in Europa – Vorhersage für Samstag bis Montag

Österreich, Schweiz: Wechselhaft mit Sonne, Wolken und örtlichen Schauern oder Gewittern. Werte: 19 bis 28 Grad.
Frankreich: Viele Wolken, etwas Sonne. Örtlich Gewitterschauer bei 20 bis 30 Grad.
Griechenland, Türkei, Zypern: Im Norden lokal Schauer oder Gewitter, sonst viel Sonne. Temperaturen: 25 bis 38 Grad.
Spanien, Portugal: In Nordspanien teils kräftige Gewitterschauer. Sonst Mischung aus Sonne und Wolken. 21 bis 34 Grad.
Balearen, Sardinien, Korsika: Viel Sonne. Ab Montag wechselhaft mit lokalen Ge-

Ausländische Städte

Europa	Fr.	Sa.	So.	Mo.
	7.8.	8.8.	9.8.	10.8.
Amsterdam	26°w	23°w	22°w	23°w
Athien	31°h	32°h	32°h	32°h
Barcelona	29°h	29°R	29°w	29°w
Belgrad	25°h	28°w	28°h	30°h
Bordeaux	23°h	28°w	28°w	27°w
Boston	32°h	30°Sr	29°R	27°R
Brüssel	26°w	24°w	23°w	23°w
Budapest	27°h	28°h	28°h	29°h
Bukarest	26°Rs	28°h	28°h	29°h
Dublin	17°w	20°b	19°b	20°R
Dubrovnik	29°h	30°h	29°h	28°h
Edinburgh	19°w	21°w	20°b	20°b
Faro	25°s	26°h	24°h	28°h
Helsinki	22°h	24°w	24°h	25°h
Innsbruck	27°h	28°w	25°Rs	22°Rs
Istanbul	28°Rs	29°w	29°w	28°w
Kiew	20°w	21°w	22°w	22°w
Kopenhagen	25°h	26°h	26°w	23°w
Larnaka	32°h	32°h	32°h	32°h
Las Palmas	29°h	29°w	28°w	26°w
Lissabon	23°h	24°w	28°h	33°h
Ljubljana	27°h	28°h	27°w	26°Rs
Locarno	28°w	26°b	26°w	25°w
London	20°w	24°w	24°w	23°w
Madrid	31°h	32°h	30°w	32°h
Mailand	31°h	30°w	30°w	26°w
Malaga	33°h	31°h	28°h	33°h
Mallorca	30°h	32°h	31°h	30°h
Moskau	16°w	19°b	20°w	23°w
Neapel	31°h	32°h	31°w	30°w
Nizza	27°h	29°w	28°h	28°h
Oslo	24°w	25°w	22°Rs	21°R
Ostende	21°w	21°w	22°w	22°w
Palermo	28°h	30°h	30°h	31°h
Paris	25°w	27°w	26°w	25°w
Prag	27°h	29°h	28°h	27°w
Reykjavik	13°Rs	14°Rs	14°Rs	15°Rs
Riga	22°h	25°h	25°h	26°h
Rom	30°h	31°h	30°h	29°w
Saburg	26°h	27°h	25°w	22°R
Sofia	32°h	24°w	26°w	25°w
Stockholm	26°w	23°h	28°h	26°w
St.Petersbg.	20°h	23°h	24°h	24°h
Venedig	29°h	31°h	30°w	28°w
Warschau	25°w	26°h	24°h	26°h
Wien	27°h	28°h	28°h	27°w
Zürich	27°h	25°R	25°w	23°w
Afrika				
Accra	28°b	29°R	28°R	28°R
Algier	30°h	32°h	33°w	33°w
Casabl.	26°h	24°h	25°w	25°h
Dakar	30°h	31°R	31°R	32°R
Johannesb.	14°h	19°h	19°s	21°s
Kairo	32°s	34°h	33°h	34°h
Kapstadt	15°h	20°h	19°h	17°R
Kinshasa	27°w	30°w	30°w	30°w
Afrika				
Almaty	28°h	31°h	34°h	35°w
Bangkok	32°w	32°w	32°w	32°R
Bombay	29°h	29°h	27°Rs	29°Rs
Colombo	30°Rs	31°w	32°w	32°w
Hanoi	31°Rs	34°R	36°G	34°R
Hongkong	32°Rs	35°w	35°w	34°w
Jakarta	33°w	34°h	34°w	35°w
Kalkutta	32°G	34°h	34°w	38°h
Manila	29°G	30°Rs	31°Rs	32°Rs
New Delhi	35°h	38°h	38°h	38°h
Peking	27°G	30°w	31°w	29°w
Seoul	26°w	31°w	32°w	30°R
Schanghai	29°G	30°w	29°R	28°R
Singapur	29°G	32°G	32°w	32°w
Taipeh	28°h	30°R	28°R	29°w
Tokio	29°h	31°s	30°h	30°Rs
Xian	29°h	33°h	32°h	30°w
Australien und Neuseeland				
Melbourne	13°Rs	15°b	16°b	15°b
Sydney	21°b	16°s	17°h	19°h
Wellington	13°h	13°s	12°s	13°s

Toskana

Reise-Hörbuch

Über sanfte Hügel und in engen Gassen

Bestellen Sie das Hörbuch des F.A.Z.-Archivs zum Preis von 19,90 € zzgl. Versand. ISBN: 978-3-89843-992-3
Telefonisch (069) 75 91-10 10, auf www.faz-archiv.de/hoerbuch oder im Buchhandel.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

04.08.2016 (Aktualisiert 18:25 Uhr)

Von [Oliver Linsenmaier](#)

Basilika als Unesco-Welterbe: Stadt sucht Experten

Im Weingartener Haushalt sind 20000 Euro für eine Vorprüfung hinterlegt – Historiker soll noch dieses Jahr gefunden werden



Die Chancen für einen erfolgreichen Antrag sind wohl größer, wenn nicht nur die Basilika, sondern der gesamte Martinsberg in der Bewerbung auftauchen. (Foto: Fotos: Arno Roth/www.quadrocopterfluege.de)

Weingarten / sz Es könnte für Weingarten das einschneidende Ereignis der nähren Zukunft sein. Falls die Basilika zum Unesco-Welterbe ernannt werden würde, hätte das wohl massive Auswirkungen auf den Touristen-Verkehr in der Stadt – und würde jede Menge Zusatzeinnahmen in die klamme Stadtkasse spülen. Doch bis dahin ist es ein weiter Weg. Die ersten Schritte werden derzeit sorgfältig vorbereitet. 20000 Euro hat der Gemeinderat für die Prüfung einer möglichen Antragstellung im Haushalt vorgesehen. Nun soll ein Historiker gefunden werden, der das Ganze in die Wege leitet.

„Die Gespräche konzentrieren sich derzeit auf Persönlichkeiten aus den Weingartener Hochschulen beziehungsweise deren Netzwerk“, teilt die Stadt auf Anfrage der „Schwäbi-

schen Zeitung“ mit. Nach den Sommerferien soll dann ein Austausch mit der Diözese Rottenburg-Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg stattfinden. Dabei dürften weitere Details für den Posten des Antragssteller geklärt werden, sprich: Die Themenfelder sollen abgesteckt, die Fragen nach der benötigten Expertise und dem realistischen Zeitbedarf geklärt werden. Daraus soll sich bis Herbst ein konkretes Anforderungsprofil ergeben. Ob diese Stelle dann öffentlich ausgeschrieben wird, oder potenzielle Kandidaten gezielt angesprochen werden, ist derzeit noch unklar.

Gleiches gilt für das Anstellungsverhältnis. Entweder wird der Experte direkt bei der Stadt angestellt oder er bekommt einen Beratervertrag. Ziel ist es aber, die Stelle bis zum Ende dieses Jahres zu besetzen. „Aktuell gehen wir davon aus, dass der Oberbürgermeister unter Einbindung des Gemeinderates die Auswahl vornehmen wird“, heißt es in der Stellungnahme der Stadt.

Und das wäre auch konsequent. Schließlich war es Stadträtin Doris Spieß von der SPD, die das Thema überhaupt angestoßen hat. Sie hatte im vergangenen Jahr eine Anfrage an die Stadt gestellt und dabei Unterstützung von den Freien Wählern erhalten. Schon damals waren sich beide Fraktionen einig, welche Chance man habe und die Basilika in Deutschland in eine Reihe von 41 anerkannten Stätten stellen könnte.

Zwei Welterbe-Stätten in der Nähe

Zwei von diesen Stätten befinden sich im erweiterten Umkreis von Weingarten: Die Klosterinsel Reichenau und die prähistorischen Pfahlbauten rund um die Alpen,. Von Letzteren befinden sich 18 in Baden-Württemberg und Bayern, sechs in Oberschwaben. Auch dazu hatte Spieß schon damals eine klare Meinung: „Viele können der Basilika nicht das Wasser reichen. Außerdem gäbe es genug, was wir kulturell noch herauskramen könnten. Damit spielte sie auf die Welfengruft, die Heilig-Blut-Reliquie und das Klostergebäude an. Schließlich steigere es die Wahrscheinlichkeit einer Anerkennung, wenn man all diese Dinge in einer Bewerbung bündeln könnte. Und genau das scheint momentan auch der Plan der Stadtverwaltung. „Bislang nimmt die Stadt den Martinsberg als Ensemble in den Fokus, eine Ausweitung ist nicht ausgeschlossen“, heißt es in dem Schreiben.

Erheblicher Aufwand

Allerdings soll die Bewerbung von den Kriterien (siehe Kasten) und einer realistischen Chance auf Erfolg abhängig gemacht werden. Schließlich ist mit einer Antragstellung ein erheblicher organisatorischer und finanzieller Aufwand verbunden. Daher schaut die Stadt auch auf misslungene und gelungene Anträge anderer Städte. Eine finale Entscheidung über einen Antrag könne erst nach einer politischen Diskussion der Details erfolgen. Dabei soll auch die innerstädtische Entwicklung – Nachverdichtung, Schuler-Areal – berücksichtigt werden: „Veränderungen in der Stadt müssen in Balance zum historischen Erbe geschehen. Somit schließen sich eine städtebauliche Veränderung und ein Antrag als Welterbe nicht aus.“

Die Kriterien

Maßgebend für die Anerkennung als Welterbe ist die herausragende universelle Bedeutung des Kulturguts aus historischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Gründen. Bei der Entscheidung über die Aufnahme werden die übergreifenden Kriterien der Einzigartigkeit, der Authentizität (historische Echtheit) und der Integrität (Unversehrtheit) angewendet, in Verbindung mit einem oder mehreren der insgesamt zehn Unesco-Kriterien. Eines oder mehrere Kriterien sollten erfüllt werden: Meisterwerk der menschlichen Schöpferkraft (1). Bedeutender Schnittpunkt menschlicher Werte in Bezug auf Entwicklung der Architektur oder Technik, der Großplastik, des Städtebaus oder der Landschaftsgestaltung (2). Ein einzigartiges oder zumindest außergewöhnliches Zeugnis von einer kulturellen Tradition (3). Ein Beispiel eines Typus von Gebäuden die einen bedeutsamen Abschnitt der Menschheits-Geschichte versinnbildlichen (4). Ein Beispiel einer überlieferten menschlichen Siedlungsform, Boden- oder Meeresnutzung, die für eine oder mehrere bestimmte Kulturen typisch ist (5).

Güter, die mit Ereignissen, Lebensformen, Ideen, Glaubensbekenntnissen, künstlerischen oder literarischen Werken von außergewöhnlicher universeller Bedeutung verknüpft sind (6) (nur in Verbindung mit einem weiteren Kriterium). Überraschende Naturerscheinungen oder Gebiete von außergewöhnlicher Naturschönheit und ästhetischer Bedeutung (7). Ein Beispiel für die Hauptstufen der Erdgeschichte (8). Beispiele für bedeutende im Gang befindliche ökologische und biologische Prozesse in der Evolution (9). Güter, die die biologische Vielfalt der bedeutendsten Lebensräume erhalten, die von außergewöhnlichem universellem Wert sind (10).

URL: http://www.schwaebische.de/region_artikel,-Basilika-als-Unesco-Welterbe-Stadt-sucht-Experten-_arid,10503345_toid,541.html

Copyright: Schwäbisch Media Digital GmbH & Co. KG / Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler.
Jegliche Veröffentlichung, Vervielfältung und nicht-private Nutzung nur mit schriftlicher Genehmigung.
Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an online@schwaebische.de.

Verfehlter Traum der Reichenau

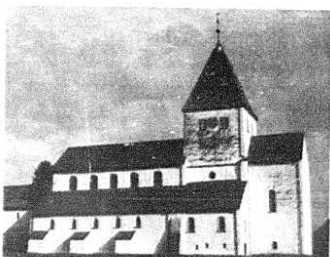
Unesco-Status wenig ergiebig

Knapp fünf Jahre nachdem die Reichenau Weltkulturerbe der Unesco geworden ist, fängt die Gemüseinsel an, die nötige didaktische und touristische Infrastruktur aufzubauen. „Wir sind zu spät dran“, sagt der Tourismusförderer Karl Wehrle.

Von Wolfgang Messner

Als die Insel Reichenau am 30. November 2000 im australischen Cairns zu einer der damals 690 Weltkulturerbestätten erwählt wurde, waren Freude und Erwartungen auf der durch ihren Gemüseanbau bekannt gewordenen Insel groß. Die 3500-Einwohner-Gemeinde rechnete damit, dass nun die goldenen Zeiten im Fremdenverkehr anbrechen würden. Immerhin waren 40 Prozent mehr Anfragen als sonst bei der Tourist-Information eingegangen, wie man damals stolz vermeldete. Knapp fünf Jahre später überwiegt die Ernüchterung. Die Zahl der Übernachtungen liegt bei 200 000 im Jahr – nur die Zahl der Tagestouristen ist gestiegen. Karl Wehrle, Geschäftsführer des Verkehrsvereins, schätzt ihre Zahl auf knapp eine Million im Jahr. Die bringen zwar der heimischen Gastronomie und dem Einzelhandel etwas ein, aber die Wertschöpfung ist lange nicht so groß wie bei Übernachtungsgästen.

Und um Wertschöpfung geht es der Reichenau – neben dem ideellen Wert des Ehrentitels. Im Fall der Reichenau wurde dieser für die mittelalterliche Klosteranlage



Kirche St. Georg auf der Reichenau Foto Herr

und die schön erhaltenen und restaurierten Kirchen St. Georg und St. Peter und Paul aus dem 9. bis 12. Jahrhundert verliehen.

Die Reichenau möchte nun beides zugleich: die Stätten pflegen und den Übernachtungstourismus stärken. Die Insel musste erkennen, dass sie dafür ihren Gästen mehr bieten muss. Auf ihr Unesco-Statut war die kleine Gemeinde gänzlich unvorbereitet. Sie hatte zunächst keine Idee, was sie ihren Besuchern bieten wollte. „Wir sind zwei bis drei Jahre zu spät dran“, sagt Wehrle.

Eine Million Euro bekommt die Reichenau von der baden-württembergischen Landesstiftung, um 2006 drei kleine Museen zur didaktischen Aufarbeitung des Themas Weltkulturerbe auf der Reichenau zu bauen – ein größeres Gebäude entsteht in Mittelzell und zwei kleinere bei den Kirchen St. Georg und St. Peter und Paul. Etwa 40 000 Euro will die Gemeinde für einen Besucherpfad ausgeben, der Gästen das bürgerliche Reichenau oder den naturnahen Uferbereich samt schützenswertem Schilfgürtel nahe bringen soll. Mit Hilfe weiterer Fördermittel des Landes und des Erzbistums Freiburg soll der mittelalterlichen Klostergarten rund um das Münster wiederhergestellt werden. Hier entstand der erste europäische Gartenbaustrakt, ebenso der Idealplan eines benediktinischen Klosters – auch St. Galler Klosterplan genannt.

Urteil des Mannheimer Verwaltungsgerichts

Gericht bestätigt Bebauungspläne

Von joe 07. April 2015 - 11:00 Uhr

Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat zwei neue Bebauungspläne im Wesentlichen bestätigt, mit denen die Gemeinde Reichenau am Bodensee ihre inseltypische Siedlungsstruktur besser schützen möchte. Die Gemeinde möchte Blickbeziehungen zum See und zu bedeutsamen historischen Gebäuden erhalten oder wieder herstellen.



Die Insel Reichenau – hier die Kirche St.Georg – ist Unesco-Weltkulturerbe. Gerade deshalb möchte die Gemeinde die inseltypische Siedlungsstruktur schützen – und ist darin vom Mannheimer Verwaltungsgerichtshof bestärkt worden. Foto:

Reichenau – Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat zwei neue Bebauungspläne im Wesentlichen bestätigt, mit denen die Gemeinde Reichenau am Bodensee ihre inseltypische Siedlungsstruktur besser schützen möchte. Von sieben Normenkontrollanträgen gegen die Bebauungspläne „Gaisser“ und „Mittelzell-Nord“ seien nur zwei teilweise erfolgreich gewesen, die übrigen seien ganz zurückgewiesen worden, teilte der VGH mit. Mit den Plänen hatte die Gemeinde im November 2012 und im März 2013 die Bebaubarkeit verschiedener Grundstücke eingeschränkt oder ganz ausgeschlossen, um dem großen Siedlungsdruck auf der Insel zu begegnen. Ziel der Pläne ist es unter anderem, Blickbeziehungen zum See und zu bedeutsamen historischen Gebäuden zu erhalten oder mittelfristig wieder herzustellen; Standorte für Gewächshäuser sollen planerisch gesteuert und ufernahe Flächen ganz von weiterer Bebauung freigehalten werden.

Die Eigentümer fühlten sich von den Plänen zu sehr eingeschränkt

Sieben von den Neuregelungen betroffene Eigentümer hatten beim VGH beantragt, die Pläne für unwirksam zu erklären; sie schränkten ihre Eigentumsrechte unverhältnismäßig ein und verletzten das Gleichheitsgebot. Demgegenüber haben die Mannheimer Richter nach einer mündlichen Verhandlung Mitte März entschieden, der Bebauungsplan „Gaisser“ betreffe den Außenbereich mit landwirtschaftlichen Flächen; deren Freihaltung sei durch überwiegend öffentliche Interessen gerechtfertigt. In Mittelzell seien auch einzelne Grundstücke im Innenbereich betroffen, dort brauche es „gewichtige öffentliche Belange“, um die Bebaubarkeit auszuschließen. Für drei Grundstücke seien die öffentlichen Interessen nicht ausreichend, um einen völligen Ausschluss zu rechtfertigen, ihre Eigentümer würden unverhältnismäßig belastet, so die Richter. Daher habe man deren Anträgen teilweise stattgegeben. Die Revision wurde nicht zugelassen. (Az. 5 S 2296/13, 5 S 2435/13, 5 S 2456/13, 5 S 1047/14, 5 S 1048/14, 5 S 1057/14).

Unesco-Welterbe

Viele jagen dem Welterbe-Titel nach

Von Arnold Rieger 17. Juli 2016 - 17:55 Uhr

Das Unesco-Siegel verspricht touristischen Mehrwert. Baden-Württemberg liegt auch weiterhin gut im Rennen.



Die Kirche des
Zisterzienserklosters
Maulbronn: Welterbe seit
1993 Foto: dpa

Stuttgart – Die Vergabe des Welterbe-Titels (</inhalt.titel-fuer-le-corbusier-haeuser-praedikant-welterbe-soll-tourismus-weiter-ankurbeln.e7dee78d-06d5-4932-9afa-be2ad1c539e9.html>) ist in den letzten Jahren zu einer Art Trophäenjagd geworden: Schließlich bescheinigt die Unesco den Kulturstätten einen „außergewöhnlichen universellen Wert“, und das verspricht touristischen Gewinn. Baden-Württemberg liegt dabei ganz gut im Rennen: Von den 41 deutschen Stätten, die bis jetzt in die Unesco-Liste eingetragen sind, finden sich fünf im Südwesten.

Die Klosteranlage von Maulbronn wurde 1993 als erste aufgenommen, im Jahr 2000 folgte die Klosterinsel Reichenau. Fünf Jahre später erhielt der obergermanisch-rätische Limes das begehrte Siegel – der einstige römische Grenzwall zieht sich nicht nur quer durch Baden-Württemberg, sondern tangiert auch Rheinland-Pfalz, Bayern und Hessen. 2011 erklärte die Unesco (</inhalt.tuerkei-staetten-aus-china-indien-und-iran-sind-welterbe.d71fc39e-98e8-452f-96da-846fadbf2715.html>) die „Prähistorischen Pfahlbauten um die Alpen“ zum Erbe der Menschheit. Davon liegen 15 im Land. Nun zählen auch die

Le Corbusier-Häuser in Stuttgart zur Liste.

Reichenau: Titel bringt einen Mehrwert

Auf Heller und Pfennig lässt sich der touristische Nutzen des Welterbesiegels zwar nicht beziffern – im Stuttgarter Finanzministerium heißt es dazu, es gebe keine belastbaren Zahlen. Dass kulturell interessierte Gäste aber gezielt nach Welterbestätten suchen, liegt auf der Hand. „Es gibt einen Mehrwert, und den Imagegewinn kann man nicht bezahlen“, sagt etwa der Tourismuschef der Reichenau, Karl Wehrle. Gerade die Klosterinsel mit ihren mittelalterlichen Kirchen kennt allerdings auch die Schattenseiten: Die wertvollen Wandgemälde leiden unter dem ständigen Kommen und Gehen. Mit Entlüftungstechnik und „Besucherlenkung“ versuchen die Denkmalschützer, das Problem in den Griff zu bekommen.

Der [Titel Welterbe \(/inhalt.freude-ueber-welterbe-titel-ob-und-wirtschaftsministerin-loben-unesco.ede02938-d42c-45b1-ae42-b92d94667d76.html\)](http://inhalt.freude-ueber-welterbe-titel-ob-und-wirtschaftsministerin-loben-unesco.ede02938-d42c-45b1-ae42-b92d94667d76.html) hat deshalb aber nichts an Strahlkraft eingebüßt. Im Gegenteil. Der Andrang, mit einem Vorschlag auf die sogenannte Tentativliste zu kommen, ist groß. Auf dieser Liste führt die Kultusministerkonferenz die Vorschläge der Länder für künftige Nominierungen zusammen. Ganz oben steht momentan die Initiative aus Baden-Württemberg, sechs Höhlen der Schwäbischen Alb zum Welterbe zu erklären. Die Bundesregierung hat sich dies im Februar zu eigen gemacht und die „Höhlen der ältesten Eiszeitkunst“ offiziell in Paris nominiert.

Die Höhlen der Alb sind ohne Konkurrenz

„Unser Antrag ist gut“, sagt der Esslinger Archäologe Claus-Joachim Kind vom Landesamt für Denkmalpflege, der den 900 Seiten umfassenden Schriftsatz samt Karten und Grafiken verantwortet. Schließlich ist man sich in der Fachwelt einig, dass im Hohle Fels, im Geißenklösterle und wie die Höhlen sonst noch heißen, die bisher ältesten figürlichen Kunstwerke der Menschheit gefunden wurden – darunter eine 40 000 Jahre alte Venus mit gewaltigen Brüsten, aber ohne Kopf. Ob man in Paris, dem Sitz der Unesco, dem Vorschlag Deutschlands folgt, wird sich auf der nächsten Vollversammlung der Welterbe-Kommission 2017 zeigen.

Daneben hofft auch Baden-Baden, seinen Ruhm zu mehren – und zwar gemeinsam mit 15 weiteren Kurstädten, den „Great Spas of Europe“, wie sich das Bündnis nennt. Seit 2014 stehen sie auf der Tentativliste, der Nominierungsantrag soll 2017 vorgelegt werden. Wie gut die Chancen für eine Bewerbung sind, lässt sich schwer sagen. Denn mitunter haben die Unesco-Urteile etwas Orakelhaftes. Klar ist lediglich, dass barocke Schlösser, gotische Kathedralen oder mittelalterliche Städte fast keine Chance mehr haben: Es gibt einfach schon zu

viele davon auf der Liste. Das Motto der Unesco lautet nämlich: Filling the gaps.
(Die Lücken schließen). Insofern sind die Höhlen der Alb konkurrenzlos.

Die Stimmung ist geteilt

Weltkulturerbe Reichenau

Reichenau (hon) Lediglich zwei Zuhörer fanden am Montagabend den Weg in den Reichenauer Sitzungssaal – obwohl im Mitteilungsblatt der Tagesordnungspunkt „Aufnahme in die Liste für das Weltkulturerbe der UNESCO“ angekündigt war. Ist es den Reichenauern gleichgültig, auf einer Insel zu leben, die einst das geistige Zentrum Mitteleuropas war? Der SÜDKURIER sammelte Stimmen.

Karl Wehrle, Geschäftsführer des Verkehrsvereins, freut sich über die Entscheidung des Gemeinderates. Der heimliche Kultursenator der Insel: „Die Aufnahme ist primär ein deutliches Zeichen dafür, unsere einzigartige Kulturlandschaft für uns und die nachfolgenden Generationen zu erhalten.“ Daß sich das Prädikat „Weltkulturerbe“ auch auf den Tourismus auswirken wird, ist für ihn ein positiver Nebeneffekt. Es könnte, so Wehrle, zu einer Qualitätsverschiebung der Gäste kommen. Grund: Kulturinteressierte Touristen kämen auch in der Vor- und Nachsaison auf die Insel. Für diese Klientel müsse das Thermometer nicht 30 Grad im Schatten anzeigen.

Bei Münsterpfarrer Alfons Weißer hält sich die Euphorie in Grenzen. Fünfmal so viele Touristen wie gewöhnlich sähe er ungerne in seiner Kirche. Insgesamt höre sich die Sache aber „sehr interessant“ an.

Welche Folgen?

Kurt Bottlang, Geschäftsführer der Reichenauer Gemüsegenossenschaft, erkennt „positive Aspekte“. Aber: „Unsere Erzeuger dürfen in der Produktion nicht eingeschränkt werden.“ Er verweist darauf, daß 70 Prozent des gesamten Gemüses unter Glas gezogen wird. Die Stellung am Markt könne nur dann gehalten werden, wenn es auch in Zukunft grünes Licht für neue Gewächshäuser gebe. Er will sich in nächster Zeit beim Dachverband schlau machen, welche Folgen von einer Aufnahme in die Weltkulturerbe-Liste ausgehen.

„Nicht nur Gemüseinsel“

„Ich verspreche mir einen Anstoß auch in literarischer Hinsicht“, sagt Gabriele Keller, Mitglied im Vorstand des Förderkreises Heimatmuseum. Für sie wird es langsam Zeit, daß von der Reichenau nicht länger ausschließlich als Gemüseinsel gesprochen wird, sondern die große kulturgeschichtliche Bedeutung der Insel in den Vordergrund tritt.

Reichenau soll Weltkulturerbe werden

„Keine Auswirkungen auf Bau- und Denkmalrecht“ – Chance für den Tourismus

Reichenau (hon) Die gesamte Insel Reichenau ist auf dem besten Wege, im Jahre 2000 auf die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste aufgenommen zu werden. Der Gemeinderat hat das Landesdenkmalamt aufgefordert, die dafür

nötigen Gutachten zu erstellen. Sprecher aller Parteien versprechen sich von diesem Schritt einen Aufschwung für den Tourismus. Zwei Gemeinderäte stimmten dagegen: Werner Keller (CDU) und Bernhard Huber (Freie Wähler).

1997 fanden sich weltweit 506 Denkmäler in 109 Ländern auf der UNESCO-Weltkulturerbe-Liste, darunter 19 Baudenkmäler und ein Naturdenkmal aus Deutschland. Der einzige Vertreter aus Baden-Württemberg: das Kloster Maulbronn. Falls der Antrag genehmigt wird – und davon geht Volker Osteneck, Leiter der Inventarisierung im Landesdenkmalamt, aus –, dann wird die Reichenau künftig in einem Atemzug mit dem indischen Grabmal Tadsch Mahal, dem Kölner Dom oder den Altstädten von Straßburg und Lübeck genannt.

Bereits 1992 gab es die Absicht, die drei Kirchen der Insel für die UNESCO-Liste zu nominieren. Mittlerweile möchte das Landesdenkmalamt gerne die gesamte Insel mit dem Prädikat „Weltkulturerbe“ auszeichnen. Grund: „Eine mustergültige Siedlungspolitik hat den Charakter der Insel bewahren können. Manche Charakteristika aus der klösterlichen Zeit sind heute noch lebendig, etwa der fortschrittliche Wein- und Gemüseanbau... Hinzu kommen lebendige historische, religiöse (zum Beispiel Heilig-Blut-Prozession), künstlerische und musikalische Traditionen“, so ein Gutachten des Landesdenkmalamtes.

Die Aufnahme in die Liste verpflichtet dazu, die eingetragenen Objekte zu pflegen und zu erhalten. Am Baurecht und am Denkmalrecht werde sich dadurch aber nichts ändern, betonte Bürgermeister Volker Steffens mehrere Male. Trotzdem: Werner Keller mahnte bei aller Freude an, die Angelegenheit „nüchtern“ und „bedächtig“ anzugehen. Er befürchtet eine „Käseglocke“ für die Reichenau, unter der keine Entwicklung mehr



Die Stiftskirche in Niederzell zeigt heute vor allem den Bestand aus der Zeit zwischen dem 11. und Mitte des 12. Jahrhunderts. Sie ist eine von drei Kirchen auf der Reichenau, die Zeugnis von der herausragenden baugeschichtlichen und kunstgeschichtlichen Bedeutung der Bodenseeinsel geben.

Bild: Niederberger

möglich sei. In dieselbe Kerbe schlug Bernhard Huber, ebenso wie Werner Keller von Beruf Gärtner. Ralf Blum (CDU) äußerte als Vertreter des örtlichen Gewerbes die Sorge, daß womöglich nicht mehr so viel gebaut

oder renoviert werden darf. Volker Steffens stellte klar: „Bauanträge landen weiter bei uns und nicht in Brüssel oder Paris.“ Max Uricher (Freie Wähler), der sich ebenso wie Ralf Blum bei der Abstimmung der Stimme enthielt, ging alles zu schnell. Er hätte lieber noch Meinungen aus der Bevölkerung eingeholt.

Die große Mehrheit des Rates teilt diese Ängste nicht. Karl Beck (CDU): „Es ist eine große Ehre für uns, vorgeschlagen zu werden.“ Die Ausgaben (die Gemeinde muß sich zu einem Drittel an den Kosten für den Antrag in Höhe von circa 30 000 Mark beteiligen) kämen durch die kostenlose Werbung zigfach wieder herein. Um seinen Worten Nachdruck zu verleihen, zeigte er seinen Ratskollegen einen wunderschönen Bildband mit Natur- und Baudenkmälern, die Eingang auf die Liste der UNESCO gefunden

haben. Karl Blum (CDU) sprach von einem „Schritt zur längerfristigen Sicherung der historischen Gebäude“ und Ines Happel-Lung (Freie Liste Natur) von einer „einmaligen Chance, die man wahrnehmen muß“. „Wenn wir nicht zustimmen, dann wäre das die größte Blamage, die man sich nur vorstellen könnte“, sagte Sozialdemokrat Gert Zang (siehe Kommentar).

Im Juni des nächsten Jahres muß der UNESCO der Antrag in mehreren Sprachen vorliegen. Es folgt die Prüfung, inklusive Ortstermin auf der Bodenseeinsel. Ende 2000 trifft sich die UNESCO-Kommission zur entscheidenden Sitzung. Volker Osteneck ist optimistisch, daß sich die Delegierten aus Südafrika, den USA oder Australien von der kulturgeschichtlichen Bedeutung der Insel Reichenau überzeugen lassen.

DER KOMMENTAR

Kleinkariert

Knapp, ganz knapp, ist der Reichenauer Gemeinderat an einer großen Blamage vorbeigeschlittert. Das Landesdenkmalamt verfolgt das Ziel, die gesamte Insel von der UNESCO in die Weltkulturerbe-Liste aufnehmen zu lassen. Eine außergewöhnliche Ehre, die in Baden-Württemberg bisher nur dem Kloster Maulbronn widerfahren ist. Der Gemeinderat muß dafür lediglich dem Landesdenkmalamt den Auftrag erteilen, die nötigen Verfahrensschritte einzuleiten. Was er auch tat. Doch in der Diskussion zeigten sich einige Räte erschreckend kleinkariert.

Ein Imagegewinn, den keine Werbeagentur erreichen könnte

Die Interessenvertreter der Gemüsebauern machten deutlich, daß ihnen der Geldbeutel ihrer Klientel wichtiger ist als alles andere. Schon der (unbegründete) Verdacht, womöglich nicht mehr an jedem gewünschten Ort ein Gewächshaus hinstellen zu dürfen, reichte ihnen aus, das Unternehmen Weltkulturerbe abzulehnen. Ihr Motto: Nur nichts Neues. Wir haben unser Gemüse auch ohne Aufnahme in die UNESCO-Liste verkauft. Als dann noch zwei andere Gemeinderäte eine Stellungnahme der Gemüsegenossenschaft anmahnten beziehungsweise sich bei den Einwohnern umhören wollten, wäre die ganze Sache beinahe zerredet worden.

Doch wer etwas Neues nur als Risiko und nicht als Chance begreift, wird irgendwann von der Entwicklung überrollt. Man kann von Glück sprechen, daß kein Vertreter des Landesdenkmalamtes die Diskussion verfolgt hat.

Ab dem Jahre 2000 können die Gemüsebauern mit ihren Produkten aus kontrolliert-integriertem Anbau noch besser Werbung machen. Ihr Gemüse kommt dann von einer Insel, die als Weltkulturerbe eingestuft ist. Ein Imagegewinn, den keine Werbeagentur in noch so teuren Kampagnen erreichen könnte. HOLGER NIEDERBERGER

Goldenes Zeitalter

Gegen Ende des 8. Jahrhunderts begann die „Goldene Zeit“ des Reichenauer Klosters als bedeutendste karolingische Abtei und Kulturzentrum im karolingischen Reich. Die innige Verknüpfung der Abtei mit dem Reich dokumentiert sich darin, daß viele Äbte dieser Epoche nicht nur Bischöfe waren, sondern überdies

Funktionen als Prinzenzieher, Diplomaten und Kanzler innehatten. Die Abtei entwickelte sich zu einem Zentrum der Gelehrsamkeit, sie verfügte über eine der wichtigsten Bibliotheken. Mit dem Marienmünster, der Stiftskirche St. Peter und Paul und der Kirche St. Georg besitzt die Reichenau noch heute drei Kirchen von internationalem Rang. hon

Die Freude überwiegt

Reichenauer Reaktionen

Die Nachricht, das Welterbe-Prädikat verliehen bekommen zu haben, ist auf der Reichenau überwiegend positiv aufgenommen worden. Bürgermeister Volker Steffens sowie Vertreter des Tourismus und des Gartenbaus versprechen sich einen Aufschwung für beide Wirtschaftszweige. Grund: Die Insel hat einen Markennamen erhalten, der in der ganzen Welt bekannt ist, eben Welterbe. Zu Beginn des Bewerbungsverfahrens hatten die Gemüsebauern noch Sorgen, durch die Auszeichnung ihrer Insel womöglich beim Bau neuer Gewächshäuser behindert zu werden. Diese Ängste sind weitgehend ausgeräumt. Baugesuche landen trotz Welterbe-Titel nicht bei der Unesco, sondern vor dem Reichenauer Gemeinderat.

Kritische Töne kommen vom Münsterpfarrer, der lieber Gläubige als Urlauber in seiner Kirche sieht. Daneben macht sich der Geistliche auch Sorgen um den Erhaltungszustand der über 1000 Jahre alten Fresken in der Basilika St. Georg.

Hoffnung, jetzt Zugriff auf Förderpöfle der Unesco zu haben, muss sich die Gemeinde nicht machen. Vier Millionen US-Dollar schüttet das Welterbekomitee zwar jedes Jahr aus. Die bisherige Bewilligungspraxis zeigt aber: Das Geld fließt in Welterbestätten in der Dritten Welt. Allerdings kann die Reichenau mit ihrem neuen Prädikat klotzen, wenn es darum geht, beispielsweise für Renovierungsmaßnahmen Zuschüsse vom Land oder Bund einzufordern. hon



Das Reichenauer Marienmünster mit seinem Kräutergärtlein im Vordergrund. Hinter den dicken Mauern des einstigen Klosters haben Benediktinermönche das abendländische Kunst- und Geistesleben geprägt.

Bilder: Niederberger

Das „goldene Zeitalter“

Reichenauer Geschichtsstunde

Die Geschichte der Insel Reichenau ist bis zur Auflösung des Klosters im Jahre 1757 die Geschichte der Benediktinerabtei. Diese erlebte ihre Höhepunkte zwischen dem 9. und 11. Jahrhundert, ein Zeitraum, der in Geschichtsbüchern als „goldenes Zeitalter“ der Reichenau bezeichnet wird.

Im Jahre 724 gründete der Wanderbischof Pirmin mit 40 Mönchen das Insel-Kloster. Ziel war es, die Alemannen zum christlichen Glauben zu bekehren. Eine Legende erzählt, dass sich Schlangen, giftiges Gewürm und weiteres Teufelstier ins Wasser stürzten, als sie das Eiland betraten. Mit dem bisherigen Namen „Sindileozesauua“ konnten die Kirchenmänner nichts anfangen, sie nannten die Insel einfach Ow, Aua, Augia oder Insula, später auch Augia felix oder Augia dives. Daraus wurde dann Richenow - Reichenau.

Mit Abt Waldo (768–806) begann das „goldene Zeitalter“. Er war zugleich Bischof von Pavia und Regent des jungen Lombardenkönigs Pipin, eines Sohnes Karls des Großen. Abt Waldo begründete den Ruhm der Klosterschule und der Bibliothek. Sein Nachfolger, Abt Haito I (806–823) war Bischof von Basel und ein Freund Karls des Großen, der ihn 811 nach Konstantinopel sandte, um die Anerkennung des Karolingerreiches durch Ostrom klar zu machen. Nach zwei weiteren Äbten folgte der Höhepunkt der Abtei unter Abt Walahfrid Strabo (842–849). Er war Gelehrter und Dichter am kaiserlichen Hof, allerdings nicht Erzieher, wie kürzlich herausgefunden wurde. Strabo, bester Lateiner seiner Zeit, schrieb beispielsweise die „Visio Wettini“ oder das Gedicht „De cultura hortorum“, kurz Hortulus genannt, in dem die Pflanzen des Klostergartens beschrieben werden – die erste schriftliche Quelle des Gartenbaus.

Weitere bekannte Mönche brachten in den folgenden Jahrzehnten Literatur, Kunst und Wissenschaft ein großes Stück voran. Politisch gelangte die Reichenau unter Abt Hatto III. (888–913) zu einer einzigartigen Machtfülle. Kaiser Arnulf ernannte ihn 891 zum Erzkansler des Reiches. Die Blütezeit des Klosters ging mit Abt Berno (1008–1046) zu Ende – weil die Karolinger ihre Vorherrschaft im Reich verloren. Daneben sorgte eine langjährige Fehde mit dem Kloster St. Gallen dafür, dass Reichtum und Bedeutung der Reichenau schwanden. Vom 12. Jahrhundert an verlangte der Adel, dass die Abtei Reichenau nicht nur seine Söhne erzieht, sondern auch für diese reserviert bleibt – wodurch dem Kloster der Nachwuchs ausging. hon

Fest-Termine

Das Markusfest wird auf der Reichenau am 25. April gefeiert. Die Reliquien des Evangelisten sollen im Jahr 830 durch Bischof Ratold von Verona, dem Gründer der Stadt Radolfzell, in die Benediktinerabtei gekommen sein. Höchster Inselfeiertag ist das Heilig-Blut-Fest (Montag nach Dreifaltigkeit). Wie die Heilig-Blut-Reliquie, ein kleines, aus vergoldetem Silber gearbeitetes byzantinisches Abtskreuz, im Jahr 925 auf die Insel kam, das hat ein unbekannter Mönch in einem sogenannten Translationsbericht festgehalten. Mit Festgottesdiensten und Prozession feiert man außerdem Fronleichnam und Maria Himmelfahrt. An allen vier Terminen ruht die Arbeit auf der Insel. hon

Vor rund zweieinhalb Jahren hat die Gemeinde Reichenau das Landesdenkmalamt aufgefordert, die Bewerbung der Insel für einen Platz auf der Welterbe-Liste auf den Weg zu bringen. Das Unternehmen ist von Erfolg gekrönt, die Insel hat den Zuschlag erhalten. Und zwar als Weltnatur- und Weltkulturerbe. Danach entspricht die Bodenseeinsel den selben Unesco-Kriterien wie das Taishan-Gebirge in China, das ebenfalls ein gemischtes Welterbe ist. Die Heiligtümer von Taishan sind buddhistische Kultstätten, die Reichenau war über einige Jahrhunderte hinweg christlich-religiöses und weltliches Zentrum in Europa.

Sie sind gut erhaltene Zeugnisse einer bewegten Zeit: St. Georg, das Marienmünster und St. Peter und Paul, die drei aus dem 8. bis 11. Jahrhundert stammenden Kirchen der Reichenau. Vor der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es auf der Bodenseeinsel zwei weitere Gotteshäuser. St. Johann, eine Pfarr- und Begräbniskirche für die Laiengemeinde aus der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts, und St. Adalbertskirche, von Papst Leo IX. 1049 geweiht. Ganz zu schweigen von den zahlreichen Kapellen. Eine steht noch. Und zwar gleich am Anfang des in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts aufgeschütteten Damms. Der Name verrät die Funktion: Kindlebildkapelle. Hier, jenseits des geheiligten Inselbodens, wurden ungetaufte Kinder bestattet.

St. Georg ist die erste Kirche, die der über den Damm anreisende Reichenauer-Besucher erblickt. Von außen massiv und schlicht, birgt sie im Inneren besondere Schätze: Die über 1000 Jahre alten Fresken. Die Wandbemalung aus ottonischer Zeit zeigt acht Wundertaten Jesu. An der Nordwand des Vorchores befindet sich außerdem das bekannte Bild der Teufel, die das Geschwätz der Frauen auf eine Kuhhaut notieren. Es stammt aus dem Jahr 1308. Von 1982 bis 1988 wurden die Wände gereinigt, die Farben der Bilder fixiert, jedoch nicht durch neuen Farbauftrag aufgefrischt. St. Georg ist umfassend erforscht.

Die Kirche ist eine Gründung des Reichenauer Abts Hatto (888–913). Über die Datierung der Wandbemalungen im Innenschiff und der Krypta (geperrt) liegen unterschiedliche Erkenntnisse vor. Eine deutsche Forscherin ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sie aus der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts stammen müssen. Ein japanischer Professor glaubt dagegen, dass die Wandmalereien unmittelbar nach Fertigstellung der Kirche angefertigt wurden.

Die Restaurierungsgeschichte begann übrigens mit einem Täuschungsmanöver. 1978 gab sich ein Amateurforscher als Bausachverständiger aus und entfernte aus der Nordwand des Mittelschiffes einen vermeintlich losen Balken. Beim Herauslösen des Holzes brach bemalter Deckmörtel aus der inneren Mittelschiffwand heraus – worauf das Landesdenkmalamt sofort damit begann, die Ausbruchsstelle zu sichern. 1982 begann schließlich die Renovierung der Kirche, die 1990 ihren Abschluss fand. Für die Experten des Landesdenkmalamts war St. Georg ein Pilotprojekt. Das Ziel bestand nicht darin, die Kirche in neuem Glanz erstrahlen zu lassen. Vielmehr wollte man das Gotteshaus den kommenden Generationen in seiner Vielschichtigkeit erhalten.

Das hat geklappt, alle historischen Phasen des Bauwerks sind ablesbar und erfahrbar. Was auch der Verdienst eines Freundeskreises ist, der

in den 80er-Jahren kräftig Geld für die Restaurierung der Kirche gesammelt hat. Der von Alt-Landrat Robert Maus geführte Verein brachte es auf Spenden in Höhe von rund 350 000 Mark. Rund 100 000 Mark steuerte daneben der Lions-Club bei, indem er Benefizkonzerte für den Erhalt von St. Georg organisierte. Das Münster St. Maria und Markus, kurz Marienmünster, wurde 724 als Klosterkirche vom Heiligen Pirmin gegründet. Die frühere Benediktiner-Abteikirche blickt auf eine lange Baugeschichte zurück, die von der Romantik bis zur Gotik reicht. In der Innenausstattung finden sich auch barocke Elemente. Das Münster vermittelt gleichzeitig Schlichtheit und feierliche Größe, wofür die Weite des Markuschores im Westen verantwortlich ist. Dieser Teil der Kirche entstand, nachdem die Reliquien des Heiligen auf die Reichenau gelangt waren. Die kreuzförmige Hauptbasilika mit den mächtigen Pfeilern und der schiffsrumpfartigen Deckenkonstruktion ist der Mutter Gottes geweiht.

Einst war die Kirche reichhaltig ausgestattet, heute dokumentieren nur noch wenige Zeugnisse diese Zeit. Wie zum Beispiel der Heilig-Blut-Altar von 1739, der auch Aufbewahrungsort der Heilig-Blut-Reliquie ist. Daneben finden sich im Gotteshaus die Grabplatte von Kaiser Karl, dem Dicken (gestorben 888), eine Sandsteinmadonna mit Kind (um 1300) und im spätgotischen Chorgestühl ein

Sakramenthäuschen und ein großer Flügelaltar. Sehenswert ist die Münsterschatzkammer – obwohl viele der einst im Kloster entstandenen kostbaren Evangeliare, Perikopenbücher oder Sakramentare heute andere Schatzkammern zieren. Beispielsweise in Rom, Trier, München oder Aachen. Wertvollstes Ausstellungsstück ist der aus Silber getriebene und vergoldete Schrein des heiligen Markus, in dem der Überlieferung nach die Gebeine des Evangelisten ruhen. Ein Buchdeckel aus dem 15. Jahrhundert, das Oberzeller Kreuz sowie Monstranzen, Kelche und weitere Reliquien ergänzen die Ausstellung.

Am äußersten nordwestlichen Zipfel der Insel liegt St. Peter und Paul, als „Leutkirche“ für Fischer, Bauern und Händler gebaut. Auch diese Kirche ist romanischen Ursprungs: Bischof Egeno von Verona, Reichenauer Mönch, ist Stifter und Gründer. Er starb 802 und sein Grab befindet sich mitten im heutigen Chor. Die Gründungskirche war ein Saalbau mit einer Ostapsis. Nach zwei Bränden wurde gegen Ende des 11. Jahrhunderts das ganze bis dahin entstandene Baugeschäft abgebrochen und die heutige Basilika erbaut. In der Barockzeit erhielten Schiff und Westfassade einen farbigem Anstrich. Auch in St. Peter und Paul sind Wandmalereien zu finden. Die freigelegten Fresken zeigen Apostel und Propheten, über denen Christus thronet.

HOLGER NIEDERBERGER

Gnadensee

Todesurteile wurden zu Klosterzeiten auf der Reichenau zwar ausgesprochen, aber nicht vollstreckt. So fuhr man die Verurteilten nach einem letzten Labtrunk mit dem Ruderboot über den See nach Allensbach. Dort gab es eine Hinrichtungsstätte. Sobald jedoch der Reichenauer Abt während der Überfahrt das Gnadenglöcklein des Münsters läuten ließ, wurde der Delinquent am Allensbacher Ufer begnadigt. Nomen est omen: Gnadensee. hon



Da klicken die Fotoapparate: Die Bürgerwehr marschiert auf.

Reichenau jetzt in „anderer Liga“

Neues Welterbestätte-Infozentrum in der alten Sparkasse soll informieren und repräsentieren

Reichenau (toz) Offiziell eingeweiht wurde am gestrigen Dienstag das Informationszentrum Welterbestätte in den Räumen der alten Sparkasse auf der Insel. Der Öffentlichkeit zugänglich sind die schmuck renovierten Räumlichkeiten bereits seit Anfang Mai. Neu hinzugekommen ist jetzt noch ein „Insel-Shop“, in dem auch Reichenauer Künstler vorgestellt werden. Die erste Ausstellung mit Aquarellen von Traude Baron wurde gestern eröffnet.

„Dieses Infozentrum zeigt, wie die Gemeinde zum Welterbe steht“, betonte Bürgermeister Volker Steffens in seiner Ansprache vor rund 70 Gästen, darunter zahlreiche Gemeinderäte sowie Vertreter der Kirchen, der Gemüse eG und aus Allensbach. Der Beschluss, dieses Zentrum einzurichten, fiel der Gemeinderat im Januar, weshalb die Kosten für die Renovierung – einen Teil trägt die Sparkasse – und die

„ordentliche Miete“, so Steffens, nicht im Haushalt enthalten seien.

Der Bürgermeister wies zudem darauf hin, dass seit neuestem auf den Verkehrsschildern an der B 33, die in Richtung Reichenau weisen, der Zusatz „Welterbestätte“ aufgebracht sei. Das habe zwar lange gedauert, dennoch „sollte das die Kritiker zum Verstummen bringen“, die das Fehlen eines solchen Hinweises moniert hatten.

Karl Wehrle, der Geschäftsführer des Verkehrsvereins, nannte als „großes Ziel“, dass man „die zusätzlichen Gäste, die wir sicherlich erwarten dürfen, mehr informieren“ wolle, denn: „Viele Dinge sind nicht so leicht erfassbar.“ Es seien „große Spannungsbögen vom ora et labora der Mönche zum Gemüseanbau“. Und diese wolle man aufzeigen, wofür die zentralen, großzügigen Räume ideal seien. Zum einen biete man eine Grundinformation; die Gäste könnten dies aber vertie-

fen durch den Kauf von Büchern im „Insel-Shop“, im Medienraum mit Filmen sowie im Lesezimmer einer neuen „Reichenau-Bibliothek“, in der alle Schriften über die Insel, die die Gemeinde besitzt, bereitstehen.

„Wir spielen jetzt in einer anderen Liga“, so Wehrle, und das erfordere einen „anderen Rahmen, um entsprechend zu repräsentieren“. Deshalb müsse auch künftig „einiges getan und investiert werden“, wenn man den Tourismus nachhaltig fördern wolle, „um wirtschaftlich zu profitieren“.

Sparkassendirektor Lothar Lindenmaier stellte eine extra aus diesem Anlass geprägte Medaille vor, die an der Kasse erhältlich ist. Zehn Mark des Verkaufspreises gehen jeweils an die UNESCO. Die ersten Exemplare überreichte er an Bürgermeister Steffens, Karl Wehrle und den Verkehrsvereinsvorsitzenden Gernot Beyer.

■ Siehe auch Politik Seite 3.



Die Sparkasse Reichenau hat zum Thema Welterbestätte eine besondere Medaille prägen lassen. Die ersten Exemplare erhielten Verkehrsvereinsgeschäftsführer Karl Wehrle (links), Bürgermeister Volker Steffens und (nicht im Bild) Verkehrsvereinsvorsitzender Gernot Beyer.

Bild: Zoch

SCHELLE HILFE



Im Notfall
Polizei: 110
Feuerwehr: 112
Wasserrettung: 112
Ärztlicher Notdienst/
Kinder-Notfallpraxis
im Klinikum:
01805 19292 350
Falls die/der behandeln-
de Ärztin/Arzt nicht erreichbar ist, von 12 bis 8
Uhr des nächsten Tages, zentrale Vermittlungs-
stelle mit Ärztinnen/Ärzten aller Fachrichtungen
Krankenwagen: 1 92 22, Rettungswache des
Deutschen Roten Kreuzes, Mainaustraße 29
und die Rettungswache der Malteser, Fried-
richstr. 23
Gift-Notruf: 07 61/1 92 40 Info-Zentrale für
Vergiftungsfälle der Uni-Kinderklinik Freiburg,
rund um die Uhr
Apotheken-Notdienst:
Apotheke im Seerhein-Center, Zähringerplatz,
Telefon (07531) 5 56 72
Telefonseelsorge:
08 00/1 11 01 11 (für Erwachsene)
08 00/1 11 03 33 (für Kinder und Jugend-
liche)
Frauenhaus KN: 0 75 31/1 57 28
Weißer Ring: 3 52 19, Opfer-Notruf:
01 30 34 99
Ambulante Tierrettung: 24-Stunden-
Notdienst, Telefon 0 77 32/94 11 64

GLÜCKWUNSCH!

Elsa Preiß, 89 Jahre, Jungerhalde
27; **Gertrud Dahl**, 88 Jahre, Ka-
morstr. 9; **Maria
Sprich**, 88 Jahre,
Talgartenstr. 6;
Isidor Nagel, 87
Jahre, Brüelstr. 23;
Renate Brenner,
85 Jahre, Bru-
gierstr. 1; **Elsa Ströh-**
lein, 81 Jahre, Riedstr. 34.
Der SÜDURIER gratuliert.

ANZEIGE

P. INC.

Das flexible System wächst mit den Ansprüchen.

Fragen Sie nach detaillierten Unterlagen beim autorisierten Fachhandel.

wohnform
EINRICHTEN. SEIT 1880

Wohnform K. H. Schmidt GmbH
Zollernstraße 29, 78462 Konstanz, Tel. 07531-13700, Fax 07531-137070
info@wohnform-konstanz.de, www.wohnform-konstanz.de

USM
Möbelbausysteme

Reichenau gründet **Stiftung** zur Pflege des Unesco-Weltkulturerbes

Näher ran an die Geldquellen

Zur Pflege, Bewahrung und Weiterentwicklung des Unesco-Weltkulturerbes auf der Reichenau wird eine Stiftung gegründet. Diese komme leichter an Gelder heran als die politische oder die Kirchengemeinde, erklärt Bürgermeister Volker Steffens. Das Stiftungsvermögen beträgt bei der Gründung 50 000 Euro, die je zur Hälfte die Reichenauer Bezirksparkasse und die Gemeinde einbringen.

VON
THOMAS ZOCH

Reichenau – In etlichen Welterbestätten wurden in den vergangenen Jahren Stiftungen gegründet, berichtete die Verwaltung im Gemeinderat, der der Gründung zustimmte. Dies sei aus dem Kreis der deutschen Welterbestätten auch so empfohlen worden. Ein wichtiger Punkt dabei ist es, finanzielle Mittel zur Pflege des Kulturerbes zu haben (siehe Infokasten). Die Bezirksparkasse Reichenau trägt zur Gründung der Stiftung „Welterbe Klosterinsel Reichenau“ 25 000 Euro bei. Denselben Betrag zahlt die Gemeinde ein, nachdem sie jüngst von einem Privatmann gut 45 000 Euro als Erbe hinterlassen bekommen hat. Außerdem gebe es sowohl Privatleute als auch Firmen, die bereits weitere Stiftungen angekündigt hätten, sagte der Bürgermeister.

Geleitet wird die Stiftung von einem dreiköpfigen Vorstand und einem mindestens elf Personen umfassenden Aufsichtsrat, deren Mitglieder größtenteils noch benannt werden müssen. Dies soll bei der Gründungsversammlung geschehen, deren Termin noch nicht feststeht. Mitglieder



Religiöses Brauchtum, wie hier die Prozession am Heilig-Blut-Fest eine Woche nach Pfingsten, ist Teil des Reichenauer Unesco-Weltkulturerbes. Letzteres soll nun allgemein durch eine Stiftung gefördert werden. ARCHIVBILD: ZOCH

im Aufsichtsrat, der den Vorstand benennt, sind kraft Amtes auf jeden Fall der Bürgermeister, sein erster Stellvertreter (derzeit Max Uricher), der Pfarrvorstand der Inselpfarreien (derzeit Pater Daniel Riedmann) sowie je ein Vorstandsmitglied des Museums- und des Verkehrsvereins.

Außerdem soll zur Unterstützung ein Beirat gebildet werden. Dort sollen Personen vertreten sein, die durch ihr Sachwissen, aber auch durch ihre berufliche Stellung die Arbeit der Stiftung fördern und vielleicht auch als

„Türöffner“ weitere Geldquellen erschließen können. „Das Weltkulturerbe ist ein Pfund, mit dem wir noch deutlicher wuchern wollen“, sagte Bürgermeister Steffens im Reichenauer Gemeinderat.

Alle Fraktionen begrüßten in der Sitzung die Stiftungsgründung. Max Uricher (Freie Wähler) war der Ansicht, so komme man leichter an Spenden. Die Verwendung des jüngst erhaltenen Erbes sei zudem sicher im Sinne des Verstorbenen. Er mahnte aber ebenso wie Gert Zang (SPD), dass

Die Ziele

Zweck der Stiftung „Welterbe Klosterinsel Reichenau“ ist die Förderung des Welterbe-Gedankens in der lokalen und überregionalen Öffentlichkeit. Hierzu soll das Engagement von Bürgern, Unternehmen sowie privaten, kirchlichen und staatlichen Organisationen zur Pflege und Weiterentwicklung des Welterbes unterstützt und koordiniert werden. Außerdem sollen Informationen zum Welterbe aufgearbeitet werden für Entscheidungsträger, Fachleute, Medien, Lehrer oder Gästeführer. Angestrebt wird ferner eine Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen, um die Kenntnis des Welterbes im Unterricht zu verankern. Zur besseren Verbreitung des Welterbe-Gedankens sollen kulturelle und andere öffentliche Veranstaltungen initiiert werden. Außerdem soll die Dauerausstellung über das Reichenauer Weltkulturerbe in den neuen Museen auf der Insel gefördert werden. (toz)

der Vorstand der Stiftung auch aktiv sein müsse, wenn das Ganze erfolgreich sein solle. Ines Happel-Lung (Freie Liste Natur) monierte, bei den Zielformulierungen müsste auch enthalten sein, wohin sich die Insel entwickeln soll.

Beschlossen wurde neben der Gründung der Stiftung auch, dass die restlichen rund 20 000 Euro der jüngst erhaltenen Erbschaft an die Stiftung Seniorenzentrum gehen.

Seite Baden-Württemberg

GANZ KURZ

KREC-Rollkunstlauf. Das Sommertraining im Rollschuhlauf und Inlineskating für Kinder ab 3 Jahren beginnt auf der Rollsportanlage am Tannenhof hinter der Maria-Hilf-Kirche ab heute Mittwoch. Der Trainingsbeginn für Anfänger ist Mo, Mi und Do, jeweils um 16 Uhr, für Fortgeschrittene am Mo und Mi, jeweils um 17 Uhr. Tel. 0 75 31/6 13 10.

Naturfreunde Wollmatingen. Arbeitsdienst und Spielplatzausbau am Samstag, 5.4., ab 8 Uhr. Bitte Schubkarren mitbringen oder abholen lassen Tel. 9189890. Vorstandssitzung morgen Donnerstag, 19.30 Uhr im Vereinsheim.

Kirchenchor St. Martin. Heute Mittwoch 20 Uhr Chorprobe im Gemeindezentrum.

Yachtclub Litzelstetten-Mainau (YLM). Die Frühjahrs-Arbeitsstage finden jeweils am Samstag, 5.4. und 19.4. am Litzelstetter Bojenfeld statt. Voranmeldungen zur Personal- und Essensplanung an den Takelmeister (takelmeister@ylm.de) erwünscht.

Down Syndrom Stammtisch (Lebenshilfe) heute, 20 Uhr, im Restaurant St. Stephanskeller in Konstanz. Gäste willkommen. Tel. 29350.

Die Selbsthilfegruppe für Angst und Panikattacken trifft sich morgen Donnerstag, 18.15 Uhr, im Raum für bürgerschaftliches Engagement, Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1 (ebenerdiger Eingang neben dem Haupteingang). Keine Anmeldung erforderlich.

Der Verein für Kanarienzucht und Vogelfreunde Konstanz Umgebung lädt die Mitglieder ein zur Monatsversammlung morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Gasthaus Löwen. Gäste willkommen.

PRO & CONTRA: DÖBELE-PARKHAUS



PRO

Lösung in Schublade

VON FRIEDER SCHINDELE

Die am Anfang stark kritisierte Entscheidung, ein großes Einkaufszentrum mitten in Konstanz zu bauen und nicht am Stadtrand, stellt sich als richtig heraus. Das Einkaufszentrum belebt die Stadt, befruchtet den gesamten Einzelhandel, zieht Kaufkraft an und schafft Arbeitsplätze. Dass dabei viele Autos kommen werden, musste bei der Dimension des Zentrums jedem von Anfang an klar gewesen sein.

Genau so klar erkennbar ist heute, dass zukünftig noch mehr Verkehr in Richtung Bahnhof fließen wird. Das Einkaufszentrum erfreut sich steigenden Zuspruchs in der ganzen Region. Bahnhof- und Sigismundstraße ziehen immer mehr Besucher an und entlang der Bodanstraße entstehen weitere Einkaufsflächen. Gleichzeitig ist in Klein Venedig ein Konzert- und Kongresszentrum geplant und ein städtebaulicher Wettbewerb sieht den Ausbau der Ladenzone am Bahnhof vor. Das einst schäbige Eck entwickelt sich zielstrebig zur Powerzone. Zubringerstraße ist die Bodanstraße und hier ist ein Verkehrsinfarkt programmiert. Da hilft kein Jammern und kein Klagen, die Bodanstraße braucht Entlastung.

Die Hoffnung, mit dem ÖPNV den zukünftigen Verkehr meistern zu können ist genauso unrealistisch, wie der fromme Wunsch einer Umgehungsstraße aus der Schweiz. Die Stadt muss in die Schublade greifen und eine alte Lösung auf den Tisch legen, die Erweiterung des Döbele zum stadtnahen P & R-Parkplatz. Gscheitert ist das Projekt nur an

gegensätzlichen Standpunkten. Während Teile der Politik ein demonstrierbares Parkhaus wollten, um den Platz als zukünftige Entwicklungsfläche zu erhalten, forderten andere eine Tiefgarage mit Überbauung. Letztendlich ist beides nicht realisiert worden.

Diese mangelnde Weitsicht wird in Zukunft zu weiteren Belastungen für die Anwohner, aber auch für die Autofahrer führen. Spätestens, wenn das Sporthaus Gruner und die Geschäfte in dem Neubau der alten Sparkasse und im ehemaligen Bredl eröffnen, steht der nächste Belastungstest an. Vielleicht ist das dann der Zeitpunkt, bei dem sich Politiker endlich auf einen Kompromiss am Döbele einigen. Hoffentlich ist es dann nicht zu spät, sonst kann es passieren, dass das geplante Konzert- und Kongresszentrum die Akzeptanz in der Bevölkerung verliert.

Frieder Schindele ist Stadtrat der Neuen Linie



CONTRA

Rückfall in 60er Jahre

VON SABINE SEELIGER

Die Konstanzer sind zu Recht stolz, dass ihre Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt statt auf der grünen Wiese liegen. Nun wollen einige jedoch nicht wahrhaben, dass Innenstadtzentren eine andere Erschließung benötigen als Kaufhäuser auf der grünen Wiese. Die begrenzte Fläche in der linksrheinischen Innenstadt lässt mehr Autoverkehr nicht zu. Er behindert bereits in seinem aktuellen Ausmaß ÖPNV (Öffentlicher Personen-Nahverkehr), Fahrradverkehr und Fußgänger, belastet Umwelt und Gesundheit.

Konstanz braucht ein Verkehrssystem das auch an Hauptlasttagen funktionieren kann. Der Bus muss auch an diesen Tagen ohne Verspätungen die Innenstadt bedienen können. Flüssiger Fahrrad- und Busverkehr auf der Bodanstraße ist jedoch aktuell an solchen Tagen laut städtischer Verkehrsuntersuchung nicht mehr möglich. Konstanz braucht eine Umweltzone für die

Doch Döbele-Parkhaus?

Der Gemeinderat hat das von vielen geforderte Parkhaus auf dem Döbele vor geraumer Zeit abgelehnt. In der jüngsten Debatte über den Verkehrsplan forderte Gemeinderat Frieder Schindele (NL) eine neuerliche Debatte über diese Lösung. Die Planer des Sanierungsgebiets Nieder-

burg haben dagegen eine Tiefgarage auf dem Stephansplatz vorgeschlagen. Sind mehr Parkplätze am Rand der Altstadt nötig? Diskutieren Sie, liebe Leserinnen und Leser, mit uns im Internet. Im Südblog können Sie Ihre Meinung loswerden: <http://konstanz.suedblog.de>, oder stimmen Sie darüber ab unter www.suedkurier.de/konstanz.

SÜDKURIER

Montag	Wochenschau
Dienstag	Gesicht der Woche
Mittwoch	Pro & Contra
Donnerstag	Interaktiv
Freitag	Blick in die Szene
Samstag	Essen & Trinken

linksrheinische Innenstadt. Für automobiler Besucher sind an der Schänzlebrücke weitere Parkplätze einzurichten, die an Hauptverkehrstagen mit direkten Pendelbussen an die Innenstadt angeschlossen werden. So kommt sowohl der Pendelbus als auch der Stadtbahn zügig durch.

Mehr Parkhäuser in der Innenstadt sind das genaue Gegenteil dessen, wozu man sich auf dem Papier verpflichtet hat. Sie wären ein Rückfall in eine Verkehrspolitik der 60er Jahre. Gleiches gilt für die Methoden, mit denen diese Politik durchgesetzt werden soll. In Konstanz wird die Verkehrsplanung in der Schublade versteckt: Die entscheidende Untersuchung des städtischen Verkehrsplaners wurde Gemeinderäten und Umweltverbänden vorenthalten und dem neuesten Verkehrsgutachten von

Professor Zweibrücken scheint das gleiche Schicksal zuteil zu werden. Bislang hat Konstanz sich dagegen gesperrt, die Erkenntnisse der städtischen Verkehrsuntersuchung umzusetzen. Die Stadtverwaltung weiß selbst: Weitere Parkhäuser in der Innenstadt sind mit wissenschaftlicher Verkehrsplanung und Umsetzung der eigenen Verkehrsleitlinien nicht in Einklang zu bringen. Verkehrsentslastung und Bewegungsfreiheit entstehen durch Reduzierung der Parkplätze. Im Unterschied zu Einkaufszentren auf der grünen Wiese bedeuten für die Konstanzer Innenstadt mehr Parkplätze nicht bessere Erreichbarkeit sondern mehr Stau an noch mehr Tagen.

Sabine Seeliger gehört zur Konstanzer Aktionsgemeinschaft „Das bessere Verkehrskonzept“

GUTEN MORGEN



VON
JOSEF SIEBLER

Männermangel

Eine kleine Rätselfrage: Wie viele Bewohner hat die Stadt Konstanz aktuell? Die Antwort fällt gar nicht leicht, denn das ändert sich sozusagen stündlich: je nach An- und Abmeldungen, Geburten und Todesfällen. Daher können selbst die allwissenden Beamten in der Stadtverwaltung die Einwohnerzahl nie genau nennen. Also greifen sie auf etwas ältere Erhebungen zurück. Das Statistische Landesamt habe eben die neuesten Zahlen mitgeteilt: 2008 hatte Konstanz 82 608 Einwohner. Da im vergangenen Jahr eine Zunahme um 1036 Personen registriert wurde, gibt die Stadtverwaltung die Einwohnerzahl nun mit 83 644 an. Wobei das über den aktuellen Stand wieder nichts sagt, da sich seit dem 31. Dezember 2009 einiges geändert haben dürfte. Herren, die zurzeit ungebunden sind und heute Abend noch nichts vorhaben, dürften sich ohnehin für eine viel spannendere Zahl interessieren: 2008 lebten in Konstanz 39 833 Männer, aber 42 775 Frauen. Also: Noch nie war die Auswahl größer. Wenn das kein Grund ist, sich mal ganz unauffällig bei den Sommernächten im Stadtgarten umzuschauen!

josef.siebler@suedkurier.de

KOMMENTAR

WELTERBE REICHENAU

Noch viel zu tun

VON THOMAS ZOCH



Zehn Jahre Weltkulturerbe feiert man auf der Reichenau – und das zu Recht. Dank diverser Zuschüsse hat man sich neue Museumsbauten, ein exklusives Verkehrsleitsystem und einiges andere leisten können. Und der Bekanntheitsgrad der Insel ist stark gestiegen – die Zahl der Gästeanfragen nahm schon im ersten Jahr um 40 Prozent zu. Sicher hätte manches etwas schneller gehen können. Dass bisher vor allem der Tagestourismus stark zugenommen hat und die Übernachtungszahlen immer noch sehr vom Wetter abhängen, dürfte auch daran liegen, dass man sich anfangs schwer tat bei der Schaffung von Angeboten zur Vermittlung des großen Erbes. Das Bewusstsein über die damit verbundene Verpflichtung musste offenbar erst reifen in den Köpfen mancher Kommunal- und Landespolitiker. Immerhin hat sich in den vergangenen Jahren einiges getan. Und das ist gut so, denn es steht noch manches an – wie etwa die Förderung eines „spirituellen Tourismus“ oder die schon lang geplante Neugestaltung des Klostergartens. Und klar ist wohl: Je besser das Welterbe gepflegt wird, umso mehr profitieren auch die Bewohner davon.

thomas.zoch@suedkurier.de

NACHRICHTEN

ALLENSBACH

Einbrecher dringen in Büroräume ein

Unbekannte sind am späten Mittwochabend in Büroräume in Allensbach eingedrungen. Die Einbrecher schlugen kurz vor 23.50 Uhr eine Fensterscheibe des Gebäudes in der Straße Zum Riesenberg ein. Sie durchsuchten nach Angaben der Polizei das Büro. Über die Höhe des Diebstahls- und Sachschadens liegen noch keine Angaben vor. Die Kriminalpolizei ermittelt.

KINDERWOCHEN ALLENSBACH

Noch einige Plätze frei und zwei Änderungen

Bei den Allensbacher Kinderwochen kann man sich noch für Veranstaltungen anmelden. Plätze frei sind beim Reiten mit Kaya und Gaby Hauptmann am 24. August, bei der Eiszeit in der Konditorei Schuhmacher am 26. August, bei der Holzernte mit dem Förster und dem Spindelbau wie früher mit der Historikerin Gudrun Schnekenburger am 30. August, bei der Schatzsuche mit dem Förster am 1. September und sogar noch beim Piraten-Musical-Projekt mit dem Musiktheater Lupe vom 6. bis 10. September. Ebenfalls noch freie Plätze gibt es beim kostenlosen Spielernachmittag mit Asmodee am 31. August, der vom Segarten auf den Campingplatz verlegt wird und bei jedem Wetter dort stattfindet. Leider ausfallen wegen Krankheit muss dagegen die Aufführung des Figurentheaters Kauter & Sauter am 16. August. Informationen und Anmeldung im Verkehrsbüro, Telefon 07533/ 8 01 35. (toz)

REICHENAU

Die Bayerischen Bremer Stadtmusikanten

„Die Bayerischen Bremer Stadtmusikanten“ heißt eine lustige Märchen erzählung mit Musik von und mit Stefan Murr und Heinz-Josef Braun im Reichenauer Kinderaktionsprogramm. Die Schauspieler schlüpfen in alle Rollen, von der bösen Müllerin über zwei Wanderratten und den alten Esel, den zahnlösen Hund, die verwöhnte Katze und den italienischen Hahn Eros Gockelotti bis hin zu den Räubern Knurrhax, Ibdumm und Schepperdeppi. Die Szenen werden quicklebendig, die Tiere singen Lieder, unterhalten und streiten sich, erleben Abenteuer und kommen schließlich zu einem harmonischen Finale. Die Aufführung ist am Samstag, 14. August, 15 Uhr, am Campingplatz Sandseele oder bei Regen im Abt-Waldo-Saal im Museum Mittelzell. Der Eintritt beträgt 2,50 Euro für Kinder ab sechs Jahren und Erwachsene.



Insgesamt knapp drei Millionen Euro Fördergelder bekam die Gemeinde Reichenau – im Bild Bürgermeister Wolfgang Zoll (links) und Tourismuschef Karl Wehrle – im Zusammenhang mit dem Weltkulturerbe in den vergangenen zehn Jahren. Weitere Gelder will man durch die Stiftung Welterbe einwerben – das neue Banner im Bild soll hierzu bei Veranstaltungen aufgestellt werden –, erstmals am Insel feiertag Mariä Himmelfahrt am 15. August. BILD: ZOCH

„Wir sind Welterbe“

- Zehn Jahre Unesco-Titel: Mehr Lust als Last
- Festakt am Inselfeiertag Mariä Himmelfahrt

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Ende 2000 wurde die ehemalige Klosterinsel zum Unesco-Weltkulturerbe. Aus diesem Anlass lädt die Gemeinde zu einem Festakt im Klosterhof ein, am „Inselfeiertag“ Mariä Himmelfahrt, 15. August, gegen 11.15 Uhr – nach dem Hochamt im Münster und der Prozession. Neben Bürgermeister Wolfgang Zoll werden Wirtschaftsminister Ernst Pfister, der Generalsekretär der Deutschen Unesco-Kommission, Roland Bernecker, und der Vorsitzende des Vereins Unesco-Welterbestätten Deutschland, Horst Wadehn, Grußworte sprechen. „Das Welterbe ist Lust und Last“, greift Kultur- und Tourismuschef Karl Wehrle in seinem Fazit eine provokante Frage auf, die einst bei einer Tagung thematisiert wurde. „Aber die Lust überwiegt.“ Etliche Projekte wurden realisiert oder in Gang gebracht – die wichtigste Maßnahme war der Bau der

drei Museumseinheiten zur Darstellung der Klostergeschichte, die 2007 eröffnet wurden. Mit dieser Vermittlung des „Geists der Reichenau“ wurde ein Manko behoben. Denn zuvor konnte man das erhöhte Informationsbedürfnis der Gäste nur schwer befriedigen. Ins Museum Mittelzell gingen seither jährlich 10 000 bis 12 000 Gäste, früher lag der Schnitt bei 6000 bis 8000, wenn keine besondere Ausstellung geboten wurde, so Wehrle. In den kleinen Museen Oberzell und Niederzell, die frei zugänglich sind, wurden per Lichtschranke in den vergangenen beiden Jahren gar jeweils rund 30 000 Besucher gezählt. Es gebe eine klare Zunahme an geschichtlich interessierten Gästen, erklären Wehrle und Zoll. Das zeige sich an der Zahl der Kirchen- und Inselführungen, die von rund 350 auf 1200 gestiegen ist. Insgesamt gab es vor allem eine Zunahme des Tagestourismus und nicht wie erhofft der Übernachtungen. Ermöglicht wurden die Museumsbauten durch einen Eine-Million-Euro-Zuschuss der Landesstiftung. Die Gemeinde steuerte zudem rund 600 000 Euro bei. Rechnet man die jüngst zugesagten Fördergelder hinzu (wir berichteten), dann hat die Gemeinde rund drei Millionen Euro von Land

und Bund erhalten im Zusammenhang mit dem Welterbe und selber zirka eine Million investiert. Allerdings wären manche Maßnahmen wie das Verkehrsleitsystem oder das Entwicklungskonzept ohnehin mal angestanden, so der Bürgermeister und Wehrle: „Der Druck ist natürlich größer geworden.“ Der Titel habe die Diskussionen beschleunigt und zu einem Bewusstseinswandel bei Bürgern und Kommunalpolitik geführt, im Hinterkopf sei: „Wir sind ja Welterbe.“ Zoll meint: „Durch den Titel wird noch klarer, dass es etwas zu beschützen gibt.“ Von der großen Politik fühlte man sich anfangs etwas im Stich gelassen. In den vergangenen Jahren sei die Zusammenarbeit und Förderbereitschaft besser geworden, was wohl vor allem dem Einsatz des früheren Regierungspräsidenten Sven von Ungern-Sternberg und des Landtagsabgeordneten Andreas Hoffmann zu verdanken ist. Eine zusätzliche finanzielle Unterstützung erhofft man sich von der mittlerweile zusammen mit der Reichenauer Sparkasse gegründeten Welterbestiftung – zum Beispiel bei der Neugestaltung des Klostergartens oder der Münsterschatzkammer. Die muss freilich erst Gelder einwerben. Kontakte habe man bereits geknüpft, so Zoll.

Alles wendete sich noch zum Guten

Adeltraud und Wilhelm Grieß feiern heute ihre eiserne Hochzeit



Seit 65 Jahren sind Adeltraud und Wilhelm Grieß ein Ehepaar.

Konstanz – Wilhelm Grieß wurde 1922 in einem kleinen Ort in Thüringen und Adeltraud Grieß 1925 im Erzgebirge geboren. Nach dem Abitur hat er im Rahmen seiner Ausbildung bei der damaligen Reichsbahn im Erzgebirge seine spätere Ehefrau Adeltraud kennen und lieben gelernt. Nach anfänglich glücklichen Ehejahren wurde Wilhelm Grieß im Sommer 1948 aus unerklärlichen Gründen von der russischen Besatzungsmacht verhaftet und 1949 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Ehefrau war zu dieser Zeit schwanger, im November 1948 kam Sohn Hermann auf die Welt. Im Juli 1950 erhielt Adel-

traud Grieß von der Lagerleitung in Bautzen eine schriftliche Mitteilung, dass ihr Mann verstorben sei. Wilhelm Grieß wurde erst 1956 begnadigt und aus der Haft entlassen. Seinen bereits achtjährigen Sohn sah er somit zum ers-

ten Mal. Erst 38 Jahre nach der Entlassung wurde Wilhelm Grieß seitens der Militär-Generalstaatsanwaltschaft in Moskau vollkommen rehabilitiert. Beide wagten 1956 einen neuen Lebensanfang in Waldshut. Im Jahre 1957 wurde Tochter Christine geboren. Nach mehreren beruflich bedingten Umzügen (Wilhelm Grieß arbeitete wieder bei der Deutschen Bundesbahn) fand die Familie 1962 bis zum heutigen Tag ihre Heimat in Konstanz. Wilhelm Grieß sagt, man könne dem Schicksal nicht entfliehen. Mit dem Ehepartner lebte gemeinsame Freuden, aber auch gemeinsames Leid, dazu waren beide stets gemeinsam bereit. Inmitten ihrer Familie wird heute gefeiert. Dazu gehören zwei Enkel, die sich regelmäßig bei Oma und Opa melden.



Blumen, Kräuter, Gemüse und Tipps für Cocktail-Klassiker hat Manuela Grundler auf dem Konstanzer Wochenmarkt zu bieten. BILD: AURELIA SCHERRER

Kräutergarten bietet auch Exotisches

Marktbummel: Außer Minze und der Jungfer im Grünen gibt es von Manuela Grundler Tipps für einen leckeren Cocktail

Der Wochenmarkt ist Treffpunkt für alle Generationen und für die Stammbesucher einfach nicht wegzudenken. „Erst wie ein Kaufhaus im Freien – man bekommt hier wirklich alles“, schwärmt Reinhard Maier. Und vor allem: regionale Frischeprodukte. Man müsse nicht weit laufen, um sich mit allem einzudecken, was man benötigt. Und vor allem macht es Spaß, die Stände und natürlich die Auslagen zu bestaunen. Eine Studentin bewundert einen Blumenstrauß. „Wie heißen denn diese cremefarbenen Blumen?“, will sie von Manuela Grundler wissen, die nicht

nur Blumen, sondern vor allem Kräuter im Angebot hat. „Zinnien“, kommt sofort die fachkundige Antwort samt Erläuterung: „Es gibt verschiedene Arten, auch dahlienblütige. Und die stacheligen Blumen hier heißen Jungfer im Grünen.“ Was es nicht alles gibt... „Ich kann mich nicht satt sehen. Noch nie habe ich Zinnien gesehen. Jetzt muss ich mir ‘ne Vase besorgen“, schwärmt das Fräulein und schlendert von dannen. Eine andere Kundin widmet ihr Augenmerk der rund 25 Sorten umfassenden Kräuterauswahl, die Manuela Grundler beinahe alle im Tägermoos anbaut. Minze ist ihr Begehr. „Mit Minze kann man einen wunderbaren Mojito machen“, stellt Manuela Grundler fest. Mojito? Ach ja, jüngst auf einer Cocktailkarte hat man diesen Namen erspäht. Genau. Es heißt, er wurde in

Kuba erfunden und zählte zu den Lieblingsgetränken, denen der Schriftsteller Ernest Hemingway im „El Floridita“, einer seiner Stammbars in Havanna, zugesprochen haben soll. Kaum auf dem Konstanzer Wochenmarkt, schon wandelt man auf Hemingways Spuren. Was braucht man für einen Mojito? „Braunen Rum, braunen Zucker, Limette, gestoßenes Eis und natürlich Minze“, erläutert Manuela Grundler. Das genaue Mischungsverhältnis kennt sie allerdings nicht, denn ihr Mann ist der Cocktailexperte und verwöhnt sie dann und wann an einem lauschigen Sommerabend mit jener erfrischenden Köstlichkeit. Vielleicht sollte man nun doch „Der alte Mann und das Meer“ aus dem Bücherschrank klaben, es sich lesend auf dem Balkon bei einem Glas Mojito gemütlich machen. (as)

NACHRICHTEN

KONSTANZ

Stadt verliert Geld durch starken Franken

Während der starke Franken den Einzelhändlern Rekordumsätze beschert, kommen die Entsorgungsbetriebe der Stadt Konstanz unter Druck: Weil Kredite in der Schweizer Währung aufgenommen wurden, ist ein Defizit von drei Millionen Euro entstanden. Die Stadtverwaltung will nicht von einer Spekulation sprechen und verweist darauf, dass den Gebührenzählern durch das Zinsgefälle 2,4 Millionen Euro an Abgaben erspart geblieben seien. Dennoch müssen die Bürger ab dem neuen Jahr mit zehn Cent pro Kubikmeter Abwasser dafür geradestehen, dass Zinsen und Tilgung für die Franken-Kredite unerwartet teuer geworden sind. (rau)

BADEN-BADEN

Familientragedie kommt vor Gericht

Eine schreckliche Familientragedie beschäftigt von Montag an das Landgericht Baden-Baden. Ein 40 Jahre alter Mann aus Lichtenau muss sich wegen Mordes an seiner ein- einhalb Jahre alten Tochter und versuchten Mordes an seiner Ehefrau verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, dass er mit einem Messer auf seine Frau eingestochen hat. Dann soll er sein Kind erstochen haben. Der Mann streitet die Taten ab. Nach Darstellung der Anklage hat es vor der Tat einen Streit gegeben. Als sich die 40 Jahre alte Frau schlafen gelegt hatte, stach der Mann auf sie ein. Die Frau wachte auf und entriss ihm das Messer. Obwohl er sie würgte, gelang es ihr zu fliehen. Während sie bei den Nachbarn um Hilfe bat, soll der Mann dann die Tochter erstochen haben. Als die Frau zurückkehrte, schleuderte ihr der Mann das tote Baby entgegen. (dpa)

Großes Theater auf der kleinen Insel

- Reichenau lädt SPD-Mann Wolfgang Thierse aus
- Großer Feiertag soll ohne Wahlkampf stattfinden
- Auch Norbert Lammert erhielt eine Absage

VON ULF FRICKER

Reichenau – Auf der Reichenau ist vieles anders und – nach Ansicht vieler Einheimischen – auch besser. Zum Beispiel die Anzahl der Feiertage, die von den Bürgern dort in hohen Ehren gehalten werden. Heilig-Blut-Fest, Markusfest und Mariä Himmelfahrt werden stattlich gefeiert. Die Kinder müssen nicht in die Schule und die Erwachsenen nicht zur Arbeit. Dabei ragt der dritte der Feiertage heraus: Am 15. August wird das Patrozinium des herrlichen Münsters Mittelzell begangen. Seit einigen Jahren hat man diesem Topf noch einen Deckel draufgesetzt und ihn zum Welterbe-Tag erklärt (siehe Infokasten). Ein Tag der kulturellen Besinnung also. Und des feinen dosierten Eigenlobs.

Nur für 2013 holpert es mit der Vorbereitung. Obwohl bis Mariä Himmelfahrt noch einige Tage ins Land gehen,



„Wir wollten vermeiden, dass der Welterbe-Tag ein Teil des Wahlkampfes wird.“

Wolfgang Zoll, Bürgermeister

wurde der nominierte Festredner unsanft eingeladen. Der vorgesehene und bereits mit höchstem Lob bedachte Laudator ist prominenter Politiker: Wolfgang Thierse, SPD-Mann, katholisch. Und respektabler Vizepräsident des deutschen Bundestags. Der Ostdeutsche mit dem krausen Windbart kennt dieses spezielle Stück Südbaden gut, er verbrachte mit seiner Frau Irmaud bereits einige entspannte Tage und lernte einige Prachtexemplare der Marke Reichenauer kennen. So ergab sich schnell der Kontakt zu Benediktiner-Mönch Stefan Vorwerk. Und



Nicht willkommen: „So etwas ist mir in meiner 23 Jahre dauernden politischen Laufbahn noch nicht passiert“, sagt Wolfgang Thierse zu seiner Ausladung auf der Insel Reichenau. BILD: DPA

schnell wurde die Idee geboren, den Christen als Redner für das Staats- und Hauptfest Anno 2013 zu gewinnen. Gesagt, getan, Thierse wurde offiziell eingeladen, sagte hocheifrig zu und verließ die Reichenau in seinem VW Toucan in der Zuversicht, er sei der gestaltende Wortmensch für 15. August.

Er sollte sich täuschen. Der Polit-Profi stolperte ausgerechnet über die Politik, genauer gesagt: deren Fallstricke, die in der Provinz so gelegt werden, dass man sie von Berlin aus kaum ahnt. Das Kuratorium der Stiftung Welterbe hatte sich nämlich erneut mit der Sache befasst und fand nun anstößig, was im Sommer noch als tolle Idee gefeiert wurde. Brennend heiß fiel den Mitgliedern ein, dass 2013 ein neuer Bundestag gewählt wird. Und dann der SPD-Mann Thierse, der am Ende noch Wahlkampf treibt für seine SPD? Diese Gefahr vor Auge, winkte das Gremium ab.

Bürgermeister Wolfgang Zoll, von Haus aus Theologe, hatte nun die traurige Aufgabe, den Bundestags-Vizepräsidenten von seiner Aufgabe zu entbinden. Immerhin stellte er Thierse einen Auftritt zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht.

Doch der will nicht mehr. Er ist ungehalten über seine nie gehaltene Rede. Er

Welterberbe

Die Reichenau wurde **2000** ins Kulturerbe der Menschheit aufgenommen. Den Titel verdankt die Gemüseinsel ihrer Geschichte: Im frühen **Mittelalter** beherbergte sie eine der wichtigsten Kloster-Kolonien Europas. Bereits 724 setzte der Benediktiner **Pirmin** – aus dem Westen kommend – auf die Insel über und gründete die erste kleine Mönchsgemeinschaft. (uli)

stünde auf keinen Fall für spätere Himmelfahrtstage zur Verfügung, schrieb er der Gemeinde unter dem Wappen des deutschen Bundestags erbost zurück. „Das ist unverschäm“, zürte er im Telefonat mit dieser Zeitung. Er ist erstaunt, dass man ihm parteiiche Agitation überhaupt zutraut. „So etwas ist mir in meiner 23 Jahre dauernden politischen Laufbahn noch nicht passiert“, poltert der hohe Repräsentant über die Einknicker auf der Gemüseinsel.

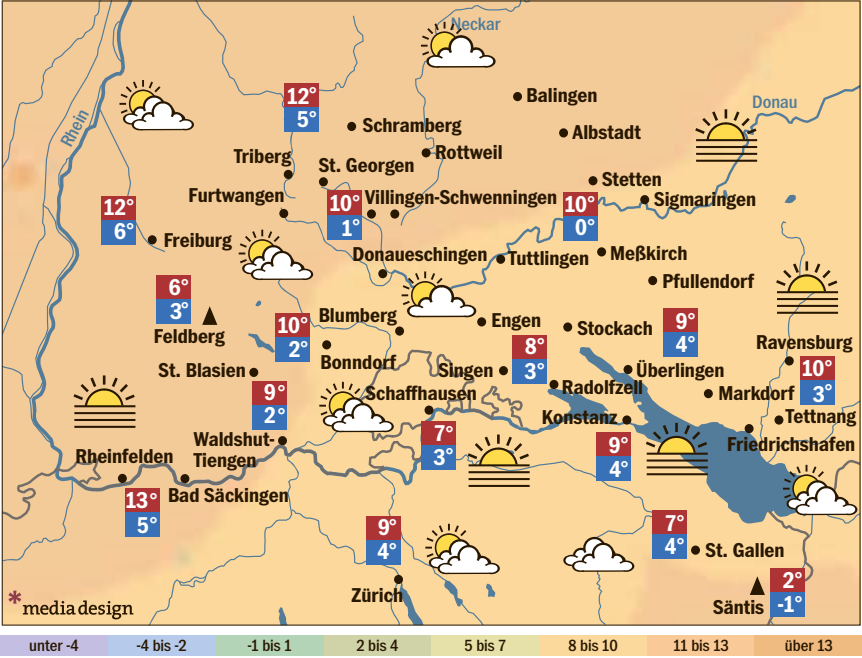
Noch einer staunt über das insulare Treiben: Bundestagspräsident Norbert Lammert, CDU. Auch er war – wenn auch lose – für das hohe Fest als Redner

























umworben und bezirzt worden. Man hätte also zwei kompetente Fest-Rhetoren gehabt. Auch ihm wurde abgesagt. Norbert Lammert trage es aber gelassen, sagte sein Sprecher Ernst Hebeker in Berlin.

Nun ist es allen peinlich. „Ich habe mich bei Thierse entschuldigt“, meint Bürgermeister Zoll geknickt. Schriftlich, denn für ein persönliches Gespräch hat es noch nicht gereicht, gesteht er. „Wir wollten vermeiden, dass der Welterbe-Tag ein Teil des Wahlkampfes wird“, verteidigt Zoll kleinlaut den Beschluss der Herren des Kuratoriums. Dabei ist es doch umgekehrt: Erst durch die Absage an den verdienten Parlamentarier erhält die Personale die Schärfe, die man vermeiden wollte.

Ihr Fett kriegen – unvermeidlich und erheiternd – auch die Medien ab. Im Zweifel sind sie an der Bredouille schuld. „Die Lokalpresse“, so heißt es in der gewundenen kommunalen Absage an Thierse, könnte seinen Auftritt als Parteinahme der Gemeinde missverstehen. Dumm, dass die „Lokalpresse“ von der Insel-Intrige erfuhr und den Vorgang wie einen welken Krautkopf entblättert. Unter dem wehräuchernden Etikett des Welterberbes steckt eine Provinzposse, Prädikat: schäbig.

DAS SÜDKURIER-WETTER www.suedkurier.de/wetter



AUSSICHTEN	HOCHRHEIN		SCHWARZWALD		BODENSEE	
	VORMITTAG	NACHMITTAG	VORMITTAG	NACHMITTAG	VORMITTAG	NACHMITTAG
SONNTAG		 13° 7°		 10° 6°		 11° 5°
MONTAG		 12° 7°		 11° 6°		 11° 5°
DIENSTAG		 12° 8°		 10° 7°		 11° 6°
MITTWOCH		 11° 6°		 7° 5°		 10° 6°

SONNE UND MOND Zeiten für Konstanz

Sonne↑ 07:41↓ 16:38

Mond↑ 14:25↓ 03:28

Mondphasen

28.11.

06.12.

13.12.

20.12.

BIOWETTER

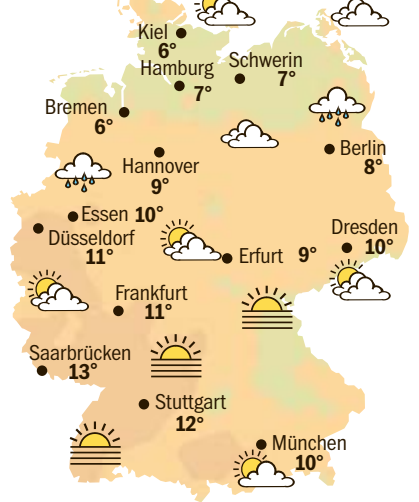
Biobelastung	gering	mäßig	stark
Gliederschmerzen			
Herzbeschwerden			
Bluthochdruck			
Depressionen			
Schlafstörungen			

REGION

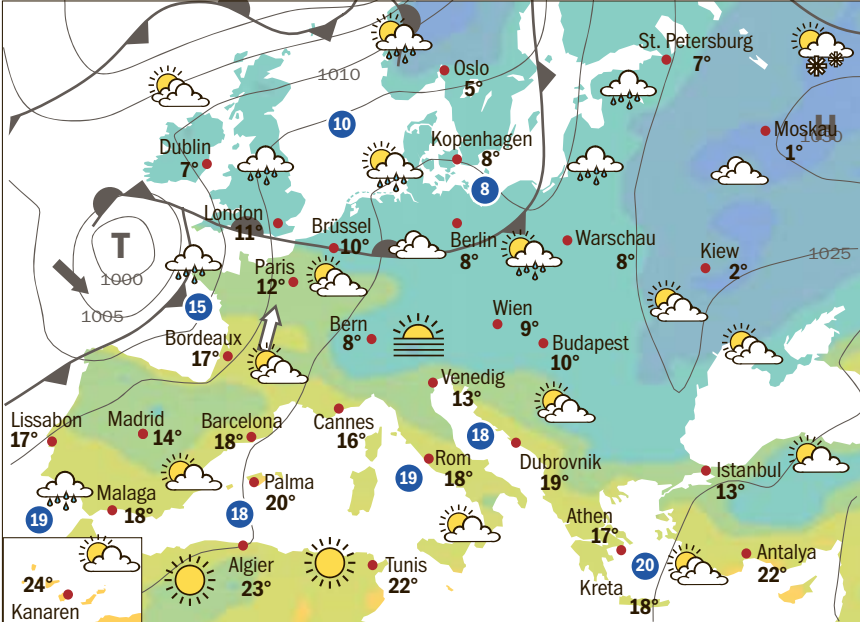
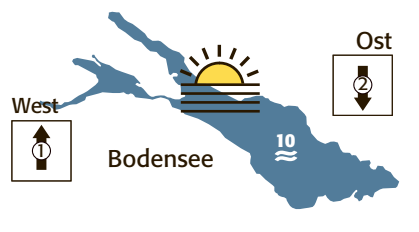
Freundlicher mit mehr Sonnenschein

Im **Schwarzwald** gibt es in den Tälern nur vereinzelt Nebel. Meist scheint von morgens an die Sonne und es gibt tagsüber nur wenige Wolken. Bei mäßigem Südwestwind steigen die Temperaturen auf 10 bis 12 Grad an. Am **Bodensee** wird es morgens teilweise neblig sein, spätestens zum Mittag scheint aber auch hier immer öfter die Sonne und es bleibt trocken. Die Höchstwerte liegen bei schwachem Südwind bei 10 Grad. Am **Hochrhein** können sich die Nebel- und Hochnebbelfelder örtlich aber lange halten bei 7 bis 9 Grad. Besonders nach Westen hin wird es aber recht sonnig sein und hier wird es mit bis zu 13 Grad auch sehr mild.

DEUTSCHLAND



SEEWETTER



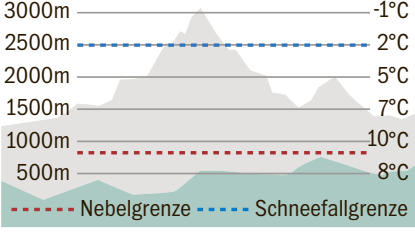
WELTWETTER HEUTE

Amsterdam: Regen	9°	Locarno: wolzig	11°	Peking: sonnig	4°
Bangkok: einzelne Schauer	31°	Los Angeles: sonnig	23°	Prag: wolzig	8°
Bombay: sonnig	33°	Madeira: Gewitterneigung	21°	Reykjavik: Schneeregenschauer	3°
Bozen: wolzig	12°	Mailand: bedeckt	12°	Rimini: anfangs neblig	13°
Djerba: sonnig	23°	Malta: heiter	21°	Rio de J.: heiter	38°
Eilat: sonnig	25°	Melbourne: heiter	32°	Salzburg: heiter	9°
Hongkong: wolzig	23°	Miami: sonnig	23°	Sydney: wolzig	24°
Kairo: heiter	23°	Montreal: wolzig	5°	Tel Aviv: wolzig	22°
Kapstadt: einzelne Schauer	16°	New York: wolzig	9°	Tokio: einzelne Schauer	10°
Korfu: einzelne Schauer	20°	Palermo: heiter	19°	Zermatt: heiter	8°

PEGELSTÄNDE Pegel gestern 12 Uhr

	Bodensee (Konstanz): 3,50 m -3 cm
	Rhein (Basel): 5,72 m -1 cm
Quelle: www.elwis.de	

BERGWETTER



NACHRICHTEN

KRIMINALITÄT

Einbrecher durchwühlen Schränke bei Diebestour

Hegne (sk) In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurde zwischen 22 Uhr und 1.45 Uhr in ein Haus in der Straße Zur Halde eingebrochen. Das teilte die Polizei Konstanz am Donnerstag mit. Die Besitzer des Hauses seien zur Tatzeit im Urlaub gewesen. Ein 43-jähriger Freund der Hausbesitzer passte auf das Haus auf und durfte auch darin übernachten. Als der Freund in der Nacht gegen 1.45 Uhr nach Hause gekommen sei, habe er den Einbruch festgestellt, so die Polizei. Vermutlich seien die Einbrecher durch ein Fenster im Erdgeschoss, das zum Schlafzimmer gehört, in das Gebäude eingestiegen. Es wurden Schränke in mehreren Räumen durchwühlt. Die Höhe des Sachschadens ist unbekannt.

STADTWERKE

Stromausfall in mehreren Orten

Bodanrück (beb) Aufgrund eines technischen Defekts ist am Donnerstag kurz vor 14 Uhr in Dingelsdorf, Wallhausen und Teilen von Litzelstetten der Strom ausgefallen. Dies geht aus einer Pressemitteilung der Stadtwerke Konstanz hervor. In zwei Kabelstrecken war es zu einer Störung gekommen. Die Fachleute der Stadtwerke konnten bis zum späten Donnerstagnachmittag noch nicht sagen, welche Ursache zum Defekt führte. Sie schalteten die betroffenen Kabelstrecken aber umgehend ab. Dennoch fiel in Wallhausen der Strom knapp zwei Minuten aus, in Litzelstetten rund 30 Minuten und in Dingelsdorf 20 bis 25 Minuten. Die Kabelstrecken sollen nun umgehend repariert werden.

FREIZEIT

Noch freie Plätze im Ferienprogramm

Reichenau (toz) Im Kinderferienprogramm gibt es noch freie Plätze: beim Schnuppersurfen und -segeln (16., 23. und 30. August), beim Reiten für Anfänger und Fortgeschrittene (19. und 16. August), bei der Safari ins Wollmatinger Ried (22. August), bei der Naturexkursion im Kräutergärtlein (22. und 29. August), den Führungen in der Heilig-Geist-Kirche (22. und 29. August) und beim Zirkuskurs am 30. August. Anmeldung in der Tourist-Information der Reichenau, Telefon 07534/92 070.

Das Geschäft mit der Nähe

- Ringen um Lebensmittelversorgung auf dem Dorf
- Wie die alternde Gesellschaft den Handel ändert
- Dorfladen als Beispiel für Bürgerengagement

VON MICHAEL LÜNSTROTH

Wallhausen – Manchmal stehen die Leute schon um 7 Uhr vor der Tür und warten darauf, dass es endlich losgeht. Sie werfen dann neugierige Blicke durch die großen Fenster des Dorfladens, manche klopfen auch an die Scheiben. Hungrige Menschen so früh am Morgen können schon mal ungeduldig werden. „Für uns sind das die guten Tage“, sagt Regina Kompp, „denn dann merken wir, dass wir hier wirklich gebraucht werden.“ Wir, das sind in diesem Fall die Mitarbeiter des Dorfladens Wallhausen. Seit April 2009 gibt es den Laden in seiner jetzigen Form und die 40-Jährige ist Geschäftsführerin der Genossenschaft, die den Dorfladen betreibt. Entstanden ist er aus einem Mangel: Nachdem es jahrzehntlang an dieser Stelle einen Tante-Emma-Laden gab, fand sich ab 2007 kein neuer Betreiber mehr. Je länger der Leerstand dauerte, umso unzufriedener wurden die Bürger und schlossen sich schließlich – nach zweijähriger Vorbereitungszeit – zu einer Genossenschaft zusammen.

Für einen einmaligen Betrag von 100 Euro kann jeder Mitglied werden. Heute, viereinhalb Jahre nach dem Start, verzeichnet der Dorfladen 263 Genossen. Ein Teil davon, rund 20 Engagierte, arbeiten auch ehrenamtlich in dem Laden mit. Die sieben festangestellten Mitarbeiter werden in der Regel auf 400-Euro-Basis bezahlt. „Das ist ein Lohn, der nicht annähernd der Leistung gerecht wird, aber nur so kommen wir einigermaßen über die Runden“, sagt Kompp. Für 2013 wird ein leichtes Umsatzplus erwartet, nach dem Wirtschaftsplan könnte der Umsatz bei rund einer halben Million Euro liegen.

Der Dorfladen steht beispielhaft für das Ringen von Kommunen und Händlern darum, die Nahversorgung auch auf den Dörfern sicherzustellen. Ein schwieriger Spagat, denn einerseits ist



„Ich bin so ein bisschen die Dorfladen-Tante, aber das ist total okay“: Regina Kompp, Geschäftsführerin der Genossenschaft des Dorfladens Wallhausen in ihrem Geschäft. Hier im Bild mit den Kunden Sieglinde Gerzmann und Klaus Biselli. BILD: HANSEN

die Zahl der Bevölkerung im sogenannten ländlichen Raum langfristig auch eher rückläufig, andererseits ist die gerade dort alternde Gesellschaft besonders auf ein passendes Nahversorgungsangebot angewiesen. Regina Kompp und ihre Genossen haben auf die sich daraus ergebenden Fragen durchaus einige Antworten gefunden. Auf rund 160 Quadratmeter gibt es fast alles, was es auch in gewöhnlichen Supermärkten gibt, dazu frische Brötchen, Salat und Gemüse von der Reichenau, Obst, Fisch- und Wurstwaren aus der Region. Im dazugehörigen Café kann man auch jeden Morgen frühstücken. Als Reaktion auf drohende Vereinsamung bietet der Dorfladen jeden Freitag ein gemeinsames Frühstück an. „Wir sind inzwischen auch als Treffpunkt und für das Miteinander im Dorf wichtig“, sagt Regina Kompp.

Ein Punkt, der Roger Tscheulin besonders freut. Der Ortsvorsteher hatte das Projekt damals maßgeblich mit vorangetrieben, ist selbst auch Genosse geworden und steht mit seiner Frau noch heute regelmäßig beim Sonntags-

verkauf hinter der Theke. „Diese soziale Funktion als Treffpunkt war uns wichtig. Erst recht, da es ja ansonsten kaum etwas gibt in Wallhausen, wo man zusammenkommen könnte“, so Tscheulin. Das sei aber nur die eine Seite. Der Dorfladen sei auch wichtig für den Tourismusort Wallhausen. „Die Urlauber wollen nicht mit dem Auto ihr Frühstück holen, die wollen das möglichst nah haben und zu Fuß erreichen können“, sagt der Ortsvorsteher. Tscheulin weiß auch, dass der Laden wirtschaftlich zu kämpfen hat. „Umso schöner wäre es, wenn noch mehr Einheimische regelmäßig dort einkaufen würden. Denn: Was man an dem Laden hat, merkt man immer leider erst dann, wenn er weg ist“, so Tscheulin.

Wie das bei der Konkurrenz ankommt, dass sich die Politik so für einen Wettbewerber einsetzt? Urban Okle lächelt hörbar durchs Telefon, als ihm diese Frage gestellt wird: „Natürlich nimmt uns jeder Wettbewerber ein Stück weit etwas weg. Aber im Grunde berührt uns der Dorfladen nicht sehr. Für Wallhausen ist es ja zu begrüßen, dass es dort ei-

nen solchen Laden gibt“, sagt der Inhaber des Kaufhaus Okle in Dettingen, gerade mal fünf Autominuten von Regina Kompps Dorfladen entfernt. Okle hatte selbst eine Anfrage vorliegen, den Dorfladen zu betreiben – und sich dagegen entschieden. „Die Lage und die Größe machen es für einen Vollsortimenter wie wir es sind eher unattraktiv. Wer heute einen neuen Laden eröffnet in dem Segment, braucht mindestens 1000 Quadratmeter Verkaufsfläche“, sagt Okle. Alles andere sei kaum wirtschaftlich zu betreiben. Das geht vielleicht wirklich nur mit einem Genossenschaftsmodell und Bürgerengagement.

Um die Zukunft des Modells Dorfladen macht sich Roger Tscheulin kaum Sorgen: „Gerade im Sommer merkt man ja, was für ein großer Bedarf da ist. Es wird aber immer wichtig bleiben, dass es einen Kreis von Leuten gibt, der sich tatkräftig dafür einsetzt“, findet der Ortsvorsteher. Und Dorfladen-Chefin Regina Kompp will weiter auf Qualität und Nähe setzen. Damit auch in der Zukunft noch die Kunden ab 7 Uhr ungeduldig an ihre Scheibe klopfen.

Wie die Lebensmittel künftig in jeden Haushalt kommen könnten

In der Lebensmittelbranche könnte sich in Zukunft einiges ändern. Ein Überblick zu aktuellen Trends und neuen Entwicklungen

➤ **Der Lieferservice:** Waren im Supermarkt bestellen und ein Lieferdienst bringt alles nach Hause – im Grunde gibt es dieses Angebot schon seit Jahren. Die wenigsten Supermärkte bewerben das aber offensiv, weil es sich für sie kaum lohnt. „Bei dem Preiswettbewerb in der Branche legen wir bei solchen Sachen in der Regel

drauf“, sagt Urban Okle vom Kaufhaus Okle in Dettingen. Er hat in den vergangenen Jahren eine erhöhte Nachfrage nach einem solchen Lieferservice festgestellt: Bestellungen kommen per E-Mail, Fax oder Telefon.

➤ **Die Supermarkttucks:** Wenn sich Einzelhändler aus dünn besiedelten Regionen zurückziehen, können die zu kleinen Supermärkten umgebauten Lastwagen ins Spiel kommen. Etwa 1800 rollende Läden sollen bundesweit im Einsatz sein. Viele haben

nur eine Warengruppe an Bord: Obst und Gemüse beispielsweise. Oder Brot und Brötchen. Rund eine Million Kunden sollen die mobilen Supermärkte pro Woche haben.

➤ **Der Onlinehandel:** Was in anderen Branchen längst üblich ist, könnte sich irgendwann auch im Lebensbereich etablieren – der Internethandel. Bislang sind die Deutschen da aber zurückhaltend. Frische Waren passen für sie bislang nicht zum Versandhandel übers Internet. Aber:

Es gibt immer mehr Lebensmittelanbieter im Netz, auch Einzelhändler wie Rewe oder Edeka sind in das Geschäft eingestiegen. Im Ruhrgebiet hat die Deutsche Post gerade ein Pilotprojekt gestartet: Die im Internet bestellte Ware wird in klassischen Supermarkt-Plastiktüten übergeben, die in gekühlten Mehrwegboxen transportiert werden. Bis 2015 will die Post in allen deutschen Ballungsräumen im Online-Lebensmittelhandel aktiv sein. (lün)



Am Inselfeiertag Mariä Himmelfahrt wurde auf der Reichenau das Patrozinium des Münsters gefeiert. Bei der Prozession trugen Mädchen die Marienfigur. BILD: ZOCH

„Europa braucht den Geist des Christentums“

Kardinal Walter Kasper plädiert am Inselfeiertag auf der Reichenau für die europäische Idee, basierend auf großem Kulturerbe

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – In prächtigem Rahmen feierten die Gläubigen auf der Reichenau den Inselfeiertag Mariä Himmelfahrt. Zum Gottesdienst im Marienmünster, in dem mit Kardinal Walter Kasper ein hochrangiger Gast die Predigt hielt, und zur Prozession kamen noch mehr Besucher, als ohnehin üblich. Beim folgenden Welterbe-Festakt im ebenfalls bestens gefüllten Klosterhof plädierte der Kardinal, sich für ein weiter geeintes Europa einzusetzen. Er schlug einen Bogen vom christlich



Walter Kasper

geprägten Kulturerbe bis zur aktuellen Krise. Beim Festakt verkündete zudem Bürgermeister Wolfgang Zoll die erfreuliche Nachricht, dass es der Welterbe-Stiftung gelungen sei, einen Sponsor für die Neugestaltung des Klostergartens zu finden (wir berichteten). Es handele sich um die Wala Heilmittel GmbH, die unter anderem bekannt sei durch die Dr. Hauschka-Kosmetikserie.

Der Kardinal betonte in seiner Predigt, es gehe darum, den Gottesdienst und den Weltdienst zu verbinden – getreu der Benediktiner-Regel „Bete und arbeite“. Dies griff er beim Festakt in seinem Vortrag „Europa als Erbe und Auf-

trag“ auf. Der Heilige Benedikt sei als Vater des abendländischen Mönchtums zum geistigen Vater Europas geworden. Denn die abendländische Kultur, die aus der Synthese von griechisch-römischer Kultur, Judentum und Christentum hervorgegangen sei, sei durch die Mönche bewahrt worden – so wie auf der Reichenau. Auf diesen geistigen Grundlagen sei das vereinte Europa gegründet worden. „Aus dem Geist des Christentums ist Europa groß geworden; ohne den Geist des Christentums kann sich Europa nicht erneuern“, meinte der Kardinal mit Blick auf Krise und Europa-Skepsis. Ein Austritt aus dem Euro „würde uns noch viel teurer kommen als alles, was wir jetzt bezahlen“, meinte er. Vielmehr könnten Prinzipien der christlichen Soziallehre weiterhelfen, die Situation für alle in Euro-

pa zu verbessern: Subsidiarität und Solidarität. „Wir sollten nicht Bedenkenträger, sondern Hoffnungsträger sein“, so der Kardinal: „Wir sollten uns auf die Werte besinnen, die Benedikt seinen Mönchen in die Regel geschrieben hat, welche die Mönche auf die Reichenau gebracht und von dort an Europa weitergegeben haben“ – Gebet und Arbeit, Gottesdienst und Weltdienst, Großmut und Demut. Bei der Prozession mit Kardinal, Geistlichkeit, Reliquien, Bürgerwehr, Trachtengruppe, Kindern und vielen Gläubigen auch aus dem Ausland wurden passend zum Feiertag auch Marienfiguren getragen. Mit duftenden Kräutersträußen trug das Seniorenzentrum zum gelungenen Festtag bei.

Bildergalerie im Internet:
www.suedkurier.de/bilder

NACHRICHTEN

ZEUGEN GESUCHT

**Wieder Reifen mit
Messer aufgestochen**

Dingelsdorf (ans) Unbekannte haben an zwei weiteren Fahrzeugen in Dingelsdorf die Reifen aufgestochen. Wie gestern bereits an dieser Stelle gemeldet, haben die Täter an zwei Autos in der Straße Zur Mühle die Reifen mit einem spitzen Gegenstand zerstört. Nun meldet die Polizei zwei weitere Fälle. Im Zeitraum von Montagabend bis Dienstagmorgen zerstörten Unbekannte an einem Opel Zafira und einem Peugeot, die in der Straße Zur Schiffslände abgestellt waren, die Hinterräder. Bei der Tatwaffe handelt es sich vermutlich um ein Messer. Zeugen, die Personen beobachtet haben, oder sonstige Hinweise geben können, werden gebeten, sich beim Polizeiposten Konstanz-Wollmatingen, Telefon 07531/92 71 06, zu melden.

PERSONENNAHVERKEHR

**Sammeltaxi fährt auch
ab Langenrain**

Langenrain/Dettingen (toz) Eine Änderung zum 1. April gibt es im ÖPNV-Fahrplan. Das Anrufsammeltaxi (Ast), das von Allensbach über Langenrain nach Dettingen fährt (Linie 7371), kann dann nicht mehr für Fahrten nur von Allensbach nach Langenrain genutzt werden zu den Zeiten, wo dort der SBG-Bus verkehrt (Linie 7370). Das Ast kann dann entweder für die Direktverbindung Allensbach-Dettingen genutzt werden oder aber natürlich für die Verbindung Langenrain-Dettingen. Letzteres bestätigte das Landratsamt auf Nachfrage. Gerade diese Verbindung zwischen den beiden Bodanrück-Dörfern war schon lange von vielen gewünscht und erst zum Fahrplanwechsel im Dezember eingeführt worden.

FREIE WÄHLER

**Nominierung für
die Kommunalwahl**

Dingelsdorf (as) Die Freien Wähler laden alle Interessierten am Montag, 10. März, um 20 Uhr in das Gasthaus Seeschau ein. Hauptthema des Abends ist die Bewerberaufstellung für die Kommunalwahl 2014. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, die Tagesordnungspunkte der nächsten Ortschaftsratsitzung zu besprechen. Die Freien Wähler wollen in diesem Rahmen Fragen und Anliegen der Bürger aufnehmen.

Glückliches Ende in Millionenpoker

- Lidl kauft Grundstück für 2,1 Millionen Euro
- Gemeinde erzielt überdurchschnittlichen Preis
- Auch Drogeriemarkt soll in Göldern-Ost entstehen

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Das jahrelange Tauziehen inklusive Rechtsstreit und Millionenpoker um ein Grundstück im geplanten Gewerbegebiet Göldern-Ost hat für die Gemeinde ein positives Ende genommen. Jüngst wurde ein Kaufvertrag mit Lidl abgeschlossen über 2,1 Millionen Euro für ein knapp 9300 Quadratmeter großes, erschlossenes Areal im Süden des Gebiets, an der Ecke B 33/Kindlebildstraße. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber den zuletzt im Dezember von Lidl gebotenen 1,75 Millionen. „Ich habe deutlich gemacht, dass uns das zu wenig ist“, erklärt Bürgermeister Wolfgang Zoll: „Wir haben intensive und konstruktive Gespräche geführt.“

Die Lidl-Pressestelle erklärt das Interesse so: „Garant für unseren Erfolg sind neben unserem Sortiment vor allem unsere Standorte in bester Lage. So auch in Reichenau: Hier haben wir uns aufgrund der Größe und der sehr guten verkehrstechnischen Erreichbarkeit und Sichtbarkeit in einer hochfrequentierten Lage für dieses Grundstück und den Neubau einer Filiale entschieden.“ Zum Kaufpreis möchte Lidl keine Angaben machen.

Für die Gemeinde sei dieser natürlich von Vorteil, so Zoll. „Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, diesen Preis zu erzielen“, so Zoll. Mit 226 Euro pro Quadratmeter sei er überdurchschnittlich hoch für Einzelhandelsflächen. Ein Insider erklärt auf Nachfrage: „Das ist ein absoluter Spitzenpreis.“ Der Gemeinderat hat dem Geschäft in nicht-öffentlicher Sitzung zugestimmt. Lidl erklärt hierzu: „Die zielorientierten und einvernehmlichen Verhandlungen mit der Verwaltungsspitze konnten erfolgreich abgeschlossen werden.“

Eine Kröte muss die Gemeinde aber möglicherweise schlucken. Neben einem Lebensmittelmarkt wird es auch einen Drogeriemarkt geben. Hier war dm der Favorit der Gemeinde, was in früheren Verhandlungen einer der Streitpunkte war. Nun hat die Gemeinde darauf keinen Einfluss mehr. „Das ist jetzt Angelegenheit der Firma Lidl als Eigentümer und Vermieter“, erklärt Zoll. Doch er sei zuversichtlich: „Die werden auf dm zugehen“, meint er. Lidl erklärt hierzu, es sei „derzeit noch offen, welches Unternehmen den Drogeriemarkt betreiben wird.“

Der nun erzielte Kaufpreis ist umso erstaunlicher, wenn man die Vorgeschichte betrachtet, bei der die Gemeinde zeitweise Gefahr lief, sich zu verzocken. Bereits 2006 hatte sie mit



Der Reichenauer Bürgermeister Wolfgang Zoll hat gut lachen. Für dieses 9300 Quadratmeter große Grundstück in Göldern-Ost, nördlich der B 33, hat er mit 2,1 Millionen Euro von Lidl einen guten Preis erzielt. BILD: ZOCH

dem Konstanzer Investor Felix Püschel einen Vertrag geschlossen über ein gut 15 000 Quadratmeter großes, brach liegendes Grundstück im Norden von Göldern-Ost, südlich der Bahnlinie, zum Preis von 30 Euro pro Quadratmeter. Nachdem der dort geplante großflächige Einzelhandel nicht realisiert werden konnte, geriet das Verfahren ins Stocken.

Rechtsstreit um Vertrag

Erst 2011/12 wurden wieder Verhandlungen mit Püschel aufgenommen. Nun ging es plötzlich um weit größere Summen, weil sich die Discounter Lidl und Aldi gegenseitig überboten. Püschel hatte bereits einen Vertrag mit Lidl geschlossen, das Unternehmen bot Ende 2012 für ein erschlossenes Grundstück 1,43 Millionen Euro plus Entschädigung des Investors. Aldi hatte seinerzeit 2,436 Millionen geboten, allerdings ohne Püschel zu berücksichtigen. Schließlich focht die Gemeinde den alten Vertrag als nichtig an, unterlag vor gut einem Jahr vor dem Landgericht Konstanz und legte Berufung ein. Nach der Verhandlung beim Oberlandesgericht im September 2013 gab es statt eines Urteils wieder Gespräche zwischen allen Beteiligten. Bis Püschel genug hatte vom ständigen Hin und Her, sich im Dezember von Lidl entschädigen ließ und seine Rechte dafür abtrat. Auch Aldi war damit raus aus dem Rennen.

Zwei Märkte sind geplant

➤ **Der Bebauungsplan** für das insgesamt 65 000 Quadratmeter große Gewerbegebiet Göldern-Ost, zwischen Bahnlinie, B 33 und Kindlebildstraße, soll noch im März in die Offenlage gehen. Außerdem soll im Frühjahr das Umlegungsverfahren zur Neueinteilung der Grundstücke gestartet werden.

➤ **Interessant dabei:** Der Gemeinde Reichenau gehört zwar nun wieder das umstrittene 15 000-Quadratmeter-Areal im Norden des Gebiets, nicht aber das an Lidl verkaufte Grundstück im Süden. Dies ist zum Großteil Eigentum eines Privaten, der Rest gehört der Stadt Konstanz. Dazu Bürgermeister Zoll: „Wir haben uns im Vorfeld mit den Eigentümern so weit verständigt, dass die Gemeinde in den Besitz des Grundstücks kommen wird.“ Als Absicherung sei bereits ein Tauschvertrag geschlossen. Im Rahmen der Umlegung sollen die bisherigen Eigentümer des südlichen Grundstücks als Ausgleich etwas größere Flächen im Norden erhalten. Denn der Quadratmeterpreis für die übrigen erschlossenen Gewerbegrundstücke werde bei 100 bis 120 Euro liegen – deutlich niedriger als beim Einzelhandel.

➤ **Lidl** ist ebenso wie die Gemeinde daran interessiert, das Projekt mög-

Das Gebiet

SÜDKURIER-GRAFIK

lichst rasch zu realisieren. Bis etwa 2016 soll an dem Standort ein – auch energetisch – moderner Lebensmittelmarkt mit 800 Quadratmetern Verkaufsfläche entstehen. Angeboten werden sollen rund 1600 Artikel sowie frische Backwaren. Außerdem ist ein Drogeriemarkt mit 650 Quadratmetern geplant. Für die Kunden soll es rund 100 Parkplätze geben. Diese können in der Tourismussaison an Sonn- und Feiertagen auch von Inselbesuchern genutzt werden, so Zoll: „Das war uns wichtig.“ (toz)

Ein Finne kommt selten allein

Kritiker nennen ihn ein „Naturereignis an den Tasten“. Zum Auftakt von Jazz am See kommt der finnische Komponist und Pianist Iiro Rantala jetzt nach Allensbach

VON MICHAEL LÜNSTROTH

Allensbach – Der Finne an sich gilt als ein bisschen eigen. Als verstockt, verschoben und irgendwie ein bisschen abgedreht. Die langen dunklen Winter müssen ja Spuren hinterlassen. Abgedreht und verschoben, das würde der finnische Komponist und Pianist Iiro Rantala vermutlich über sich selbst auch behaupten. Verstockt ist er hingegen ganz sicher nicht, eher ist er ein sprühender Unterhalter mit großem

musikalischen Talent. Nach seinem Auftritt 2013 kehrt Iiro Rantala mit seinem neuen Trio am Dienstag, 11. März, zurück nach Allensbach.

Rantala kommt mit der Empfehlung zweier renommierter Auszeichnungen: 2012 erhielt er den Jazz-Echo als Pianist des Jahres international, 2011 erhielt sein Album „Lost Heroes“ den Preis der deutschen Schallplattenkritik. Die Jury lobte damals: „Sein Klavier klingt von sich aus schön, seine Kunst ist Resultat eines makellosen, immens flexiblen Anschlags, einer mit Humor durchsetzten Gestaltungskompetenz und einer tiefen melodischen Musikalität.“ Fragt man Rantala, was ihm bei der Musik wichtig ist, dann sagt er dies hier: „Der Sound muss Schönheit haben und Unmittelbarkeit besitzen.“

Das neue Programm trägt den Titel

„Anyone With A Heart“ (Jeder mit einem Herzen) und steckt voller Kompositionen aus eigener Feder. Rantala schlägt „wieder einmal eine Brücke zwischen Jazz und Klassik und begeistert mit rhythmischen Herausforderungen, irrwitzigen Brüchen, Tastenzaubereien, Humor und einem Hang zum Schrägen“, versprechen die Veranstalter. Unterstützt wird Rantala in diesem Jahr von der Cellistin Asja Valcic, und dem jungen polnischen Geiger Adam Baldych, der 2013 den begehrten Jazz-Echo erhielt.

Termin: Das Konzert mit dem Iiro Rantala String Trio findet am Dienstag, 11. März, 20 Uhr, in der evangelischen Gnadenkirche Allensbach statt. Karten (22 Euro) gibt es im Allensbacher Kultur- und Verkehrsbüro (Telefon 0 75 33/8 01 35)



Willkommen zurück: Jazzstar Iiro Rantala (Mitte) gastiert mit Cellistin Asja Valcic (links) und dem Geiger Adam Baldych in der Allensbacher Gnadenkirche. BILD: VERANSTALTER

NACHRICHTEN

FEUERWEHR

Fünfter Schilfbrand innerhalb zwei Wochen

Reichenau (löf) Einen weiteren Schilfbrand gab es am Donnerstagmorgen im Gewinn Untere Giessen in Reichenau-Mittelzell. Laut einer Pressemitteilung der Feuerwehr standen rund 100 Quadratmeter Schilf in Flammen. Die Einsatzkräfte konnten das Schilf mit Feuerpatschen schnell löschen. Es waren fünf Feuerwehrleute unter Leitung des stellvertretenden Kommandanten Johannes Deggelmann im Einsatz, die von Kräften der Wasserschutzpolizei unterstützt wurden. Der Einsatz dauerte weniger als eine halbe Stunde. Das Feuer am Donnerstag war bereits das fünfte innerhalb von zwei Wochen. Insgesamt sind mehrere hundert Quadratmeter Schilf abgebrannt und ein Feuer hatte auch ein Holzgebäude am Yachthafen in Mittelzell bedroht.

VERKEHR

Ortsdurchfahrt ist ab heute wieder befahrbar

Langenrain (lün) Die Landesstraße 220 (verläuft zwischen Dettingen und Liggeringen) ist ab heute wieder befahrbar. Die Ortsdurchfahrt im Allensbacher Ortsteil Langenrain ist somit wieder offen. Das teilte die Gemeinde Allensbach mit. In den vergangenen Tagen war hier unter anderem die Fahrbahn erneuert, eine neue Wasserleitung und ein neuer Kanal gelegt.

KONZERTREIHE

Jazzchor tritt in Nikolauskirche auf

Dingelsdorf (as) In der Konzertreihe „Musik im Dorf – Dingelsdorf klingt“ gastiert am Sonntag, 30. März, um 17 Uhr der Jazzchor Konstanz in der St. Nikolauskirche in Dingelsdorf. Der gemischte Chor wurde im Jahr 2000 gegründet. Unter der Leitung von Martin Rodler werden 25 Jazz- und Pop-Sängerinnen und Sänger in Dingelsdorf etwa eine Stunde lang eine Mischung aus gefühlvollen Balladen, darunter der Beatles-Song „In My Life“, und groovig-fetzigsten Stücken, wie beispielsweise „I Wish“ von Stevie Wonder a cappella intonieren. Aber auch Stücke von Leonard Bernstein, Stevie Wonder, Sting und Sinéad O'Connor stehen auf dem Programm.

Weitere Nachrichten vom Bodanrück auf Seite 21

Freude bei Strahlungsgegnern

- Vertrag für einen Mobilfunkmast endet 2015
- Litzelstetter Kritiker sehen Chance für den Ortsteil
- Antennen könnten außerhalb aufgestellt werden

VON AURELIA SCHERRER

Litzelstetten – Zwei Nachrichten freuen die Litzelstetter in diesen Tagen besonders. Erstens: Der Vertrag für die Mobilfunksendeanlage auf dem Volksbank-Gebäude in der Martin-Schleyer-Straße läuft Ende des Jahres 2015 aus. Zweitens: Es gibt die Zusicherung, dass an diesem Standort kein Mast mehr erstellt werden soll. Seit Jahren wehren sich zahlreiche Bürger gegen die Strahlenbelastung. Zwei Bürgerinitiativen haben sich gebildet und der Litzelstetter Ortschaftsrat hatte zeitweise sogar einen Mobilfunkausschuss installiert. Das Aus für den einen Mobilfunkmast wertet Günter Dolak, pensionierter Nachrichtentechnik-Ingenieur und darüber hinaus ein vehementer Kämpfer für einen humanen Mobilfunk, als „ersten guten Schritt, der längst fällig war.“ Wenn die Verträge der weiteren Mobilfunkbetreiber (Standorte Am Rinzier und Kornblumenweg) ebenfalls auslaufen, dann wäre es möglich, alle Sendeanlagen außerhalb der Wohnbebauung anzusiedeln, ist Dolak überzeugt. Damit dies gelingt, sind Ortschaftsrat und Stadt Konstanz gefordert, einen Standort zu definieren und die Mobilfunkbetreiber anzuhalten, diesen zu nutzen. In Dingelsdorf ist das bereits gelungen.

Der Litzelstetter Ortschaftsrat hat jetzt den Standort Purren im Blick. „Das ist einer von insgesamt drei möglichen Standorten“, wertet Günter Dolak. Der Nachteil am Purren: Direkt am Wasserreservoir müsste der Sendemast sehr hoch sein, damit über die Baumgrenze hinweg gesendet werden könnte, so Dolak, denn Sichtverbindung sei entscheidend für die Sicherstellung der Versorgung. Besser wäre es, wenn die Anlage im Bereich des Aussichtspunktes angesiedelt würde. Das Nordwestufer der Insel Mainau erachtet Günter Dolak als noch bessere Alternative, da seiner Einschätzung zufolge die Höhe des Mobilfunkmastes unter 15 Metern



Der Vertrag für eine der drei Mobilfunksendeanlagen in Litzelstetten läuft aus. Günter Dolak wertet dies als „ersten guten Schritt“. In der Hand hält er ein Messgerät für Mobilfunkstrahlung. BILD: SCHERRER

liegen könne. Auch der Litzelstetter Kanu-Club sei ein möglicher Standort.

Dolak ist überzeugt, dass die Strahlenbelastung in Litzelstetten mittels geeigneter Maßnahmen deutlich reduziert werden könnte. Der höchste gemessene Wert betrage an einem Standort in Litzelstetten mehr als 6,5 Volt pro Meter, mit der Einheit wird die elektrische Feldstärke angegeben. Beim städtischen Kindergarten werden über 6 Volt pro Meter gemessen. Dolak ist überzeugt, dass eine Reduktion auf 0,06 Volt pro Meter erzielt werden könne. Damit würde der von vielen Mobilfunkinitiativen geforderte Salzburger Vorsorgewert erreicht werden. „Und das ist mit den entsprechenden Möglichkeiten machbar“, so Günter Dolak.

Günter Dolak verfolgt überdies die aktuelle politische Diskussion zum Thema WLAN-Versorgung in der Kernstadt. Als Verfechter der Verringerung von Strahlenbelastung verweist er dabei auf das St. Galler Modell. Dort wurde im Stadtgebiet ein Kleinzellenprojekt umgesetzt, womit die Versorgung sichergestellt ist und gleichzeitig die Strahlenbelastung erheblich verringert wurde, wie Dolak berichtet. Dieses Modell „ist für Konstanz wünschenswert“, so Dolak. Auf jeden Fall solle ein Konzept dafür entwickelt werden. Die baden-württembergische Landesregierung fördere außerdem interessante Projekte zur Minimierung von Strahlenbelastung, weiß Günter Dolak zu berichten.

Mobilfunk in Litzelstetten

➤ **Die Mobilfunkversorgung:** In Litzelstetten gibt es drei Standorte, ausgestattet mit insgesamt „30 Sektorantennen“, so Günter Dolak. Am Standort Kornblumenweg seien es zwölf, an der Martin-Schleyer-Straße sieben und am Rinzier elf Sektorantennen. Zum Vergleich: In Dettingen gebe es ebenfalls drei Standorte, wobei zwei Standorte außerhalb des Ortes angesiedelt seien, mit insgesamt 19 Sekto-

rantennen, erklärt der pensionierte Ingenieur Dolak.

➤ **Der Standort Purren:** Der Litzelstetter Ortschaftsrat ist darauf bedacht, die Mobilfunksendeanlagen außerhalb der Wohnbebauung anzusiedeln. Ortsvorsteher Heribert Baumann schwebt „eine Kombination von Aussichtsturm plus Sendemast wie in Eichstetten vor“. Im Gespräch ist aktuell der Standort Purren. „Klar

ist, direkt beim Wasserreservoir können wir ihn nicht aufstellen“, stellt Heribert Baumann fest. Er ist derzeit in Gesprächen mit der Unteren Naturschutzbehörde, welcher Standort in Frage käme. Ideal fände Baumann das Areal direkt am Waldrand an der Aussichtstafel am Purren. Sobald ein Standort gefunden ist, gelte es, Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern aufzunehmen. (as)

Freie Liste Natur gegen Discounter

Reichenau (toz) Die Ansiedlung eines Lidl-Markts im geplanten Gewerbegebiet Göldern-Ost auf dem Festland stößt in der Gemeinde nicht überall auf Zustimmung. Die Freie Liste Natur (FLN) betont nun in einer Erklärung, dass sie diesen Beschluss nicht mittrage. Die FLN-Gemeinderatsfraktion, bestehend aus Angela Gasser, Ines Happel-Lung und Joachim Speiermann, führt hierfür mehrere Gründe an. „Es gibt keinen Bedarf für einen weiteren Discounter, denn im nahen Umfeld gibt es schon zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten dieser Art“, heißt es in der Stellungnahme. Zudem beruft sich die FLN auf ein Gutachten, das 2011 im Auftrag der Gemeinde erstellt wurde. Darin heißt es, dass „angesichts der geringen Margen eine Umverteilung von rund sieben Prozent dazu führen kann, dass ein Betrieb schließen muss.“ Dies könne zur Folge haben, dass die Nahversorgung für die Inselbewohner entfalle. Ferner führt die FLN den „steigenden Preisdruck“ für die Gemüsegärtner durch die Konkurrenz der Discounter als Ablehnungsgrund an. Die geplante Lidl-Ansiedlung erzeuge zusätzlichen Druck.

Der Geschäftsführer der Gemüsegenossenschaft, Johannes Bliestle, bestätigt, dass es natürlich einen permanenten Preisdruck durch Discounter gebe, der andere Händler dazu antreibe nachzuziehen – zumal in Deutschland rund 50 Prozent des Obst- und Gemüseabsatzes über Discounter laufe. Wobei die Reichenau-Gemüse eG nach wie vor keine Ketten wie Lidl oder Aldi beliebere. Das Problem sei aber nicht neu und habe eigentlich auch „nichts mit dem Lidl vor der Haustür zu tun“. Bliestle sieht aber ähnlich wie die FLN das „grundsätzliche Problem, dass es zu viel Handelsfläche gibt in der Region.“ Wenn ein weiterer Markt hinzukomme, würden andere den verschärften Wettbewerb wieder bei den Umsätzen spüren. Die Genossenschaft sieht er davon aber nicht unmittelbar betroffen. Diese habe sogar der Gemeinde angeboten, in Göldern-Ost eine Verkaufsstelle einzurichten.

Der Unterstützung durch die FLN kann sich die Genossenschaft dabei wohl sicher sein. Denn diese schreibt weiter in ihrer Stellungnahme, sie befürworte „eine nachhaltige Entwicklung von Göldern-Ost als Gewerbegebiet“. Es sollte dort „eine Nahversorgung in Form einer Markthalle (...) mit heimischen Produkten“ geben – in Verbindung mit einer zentralen touristischen Anlaufstelle.

Der Gemeinderat hatte kürzlich nicht-öffentlich mehrheitlich entschieden, an die Discounterkette Lidl ein knapp 9300 Quadratmeter großes Grundstück zum überdurchschnittlichen Kaufpreis von 2,1 Millionen Euro zu veräußern. Daraufhin hat die Gemeinde einen entsprechenden Vertrag mit Lidl geschlossen. Geplant ist ein Lebensmittelmarkt mit 800 Quadratmetern Verkaufsfläche, in dem auch frisches Obst und Gemüse angeboten werden soll, sowie zusätzlich ein Drogeriemarkt mit 650 Quadratmetern.

Das Gesicht der Reichenauer SPD tritt ab

Gert Zang hört nach 27 Jahren als Gemeinderat auf. Obwohl er zuletzt Einzelkämpfer war, hatte sein Wort Gewicht

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Er war lange Zeit das Gesicht der Reichenauer SPD, im wahren Sinn des Wortes. Denn Gert Zang war seit 1999 der einzige Gemeinderat der Sozialdemokraten. Nun hört der 72-jährige Historiker und Soziologe auf nach 27 Jahren am Ratstisch. „Ich will die Zeit nicht missen“, so Zang. Das sei die beste Schule gewesen, um einen Einblick zu erhalten in gesellschaftliche Entwicklungen und Verhältnisse. Dabei hatte Gert Zang, der 1970 aus Konstanz auf die Reichenau gezogen war, nie da-

mit gerechnet, in den Gemeinderat zu kommen. Als der SPD-Ortsverein 1979 Probleme hatte, die Kandidatenliste zu füllen, habe er gesagt: „Ja klar, stellt mich auf.“ Als Nachrücker kam er dann 1987 ins Gremium.

In Zangs ersten zwölf Jahren im Gemeinderat hatte die SPD wenigstens noch einen zweiten Sitz. Doch obwohl er seither Einzelkämpfer war, hatte sein Wort Gewicht, Zang genoss Akzeptanz, wofür er mehrere Gründe nennt. Zum einen habe er durch seinen Dokortitel wohl ein anderes Standing gehabt. Zum zweiten habe es von Beginn an eine gewisse Affinität zu den Freien Wählern gegeben. Zudem sei der Umgang im Gemeinderat weniger konfrontativ geworden. Und im Reichenauer Gemeinderat gebe es keine parteipolitisch geschlossenen Blöcke. Entscheidungen würden

in einem offenen Meinungsbildungsprozess getroffen, so Zangs Eindruck: „Da hat ein Einzelner noch eher Einfluss. Ich habe es akzeptiert, wie es ist, und versucht, argumentativ etwas zu bewegen“, blickt der 72-Jährige zurück: „Ich denke, in Maßen ist das gelungen.“

So etwa beim Seniorenzentrum, an dessen Entstehung die SPD einen großen Anteil gehabt habe, so Zang. Wichtig sei auch die Museumserweiterung gewesen. Wobei er anmerkt, dass die Reichenau im Gegensatz zu anderen Welterbestätten „stiefmütterlich“ von Bund und Land behandelt worden sei. Wichtig sei auch die Einführung der zentralen Verkaufshalle der Gemüse-Genossenschaft gewesen. Während Zang deren Bau für gelungen hält, war er mit den Entwürfen für die neue Sparkasse unzufrieden. „Die Architek-

ten haben verlernt, große Bauten zu gliedern“, meint Zang. Das Entwicklungskonzept und Bebauungspläne hätten früher kommen müssen, kritisiert Zang. Dort habe ebenso die Weitsicht gefehlt wie damals, als die Gemeinde den Bahnhof hätte kaufen können – er war dafür. Nicht zufrieden sei er auch mit der B 33-Lösung. Wenn man sich früher einig gewesen wäre, hätte man die Dachsbergvariante vielleicht durchsetzen können.

Vieles habe sich natürlich verändert in den 27 Jahren. Eins, so hofft er, soll möglichst bleiben: Dass die SPD im Gemeinderat vertreten ist. Gert Zang will sich weiter der Museumsarbeit widmen und sich endlich ans Erarbeiten der jüngeren Ortsgeschichte machen. Er betont lachend: „Ich werde jetzt nicht auf dem Sofa zu Hause sitzen.“



Gert Zang hört zwar als Gemeinderat auf. Der Museumsarbeit will sich der 72-Jährige aber weiterhin widmen. BILD: ZOCH

NACHRICHTEN

ALLEE-RADWEG

**Zusammenstoß
bei Überholmanöver**

Reichenau (löf) Die Polizei sucht Zeugen eines Unfalls auf dem Radweg der Allee zur Reichenau am Donnerstag. Wie die Polizei mitteilte, überholte ein 39-jähriger Rennradfahrer in Fahrtrichtung Festland einen 67-jährigen Pedelec-Fahrer. Dabei streiften sich die beiden und der 67-Jährige stürzte. Er wurde dabei mittelschwer verletzt. Zeugen werden gebeten, sich bei der Polizei Allensbach unter (0 75 33) 9 71 50 zu melden.

SOMMER-BILDERRÄTSEL

**! Wen oder was
suchen wir?**

Besucher oder Einheimische, die diese Gemeinde vom See aus ansteuern, sehen ihren Namen auf einem Steg. Wer am Ufer steht, muss den Ortsnamen spiegelverkehrt lesen.



Das SÜDKURIER-Rätsel läuft täglich von 4. August bis 13. September. Unter den Lesern, die **alle Lösungen einer Woche sammeln** (Montag bis Samstag) und diese bis zum Dienstag der Folgeweche, 18 Uhr, einsenden, verlosen wir einen Preis. Für die gesammelten Lösungen der Woche vom 18. bis 23. August gibt es einen Fahrradfürer „Rhein und Bodensee“ zu gewinnen. Bitte schicken Sie Ihre Lösungen per E-Mail an konstanz.redaktion@suedkurier.de oder per Post an SÜDKURIER Lokalredaktion, Max-Stromeyer-Straße 178, 78462 Konstanz.

CAMPINGPLATZ

**Unbekannter fährt
gegen geparkten Wagen**

Litzelstetten (löf) Ein Unbekannter hat einen BMW auf dem Parkplatz beim Campingplatz Litzelstetten beschädigt und ist anschließend von der Unfallstelle geflüchtet. Wie die Polizei mitteilte, geschah der Unfall im Zeitraum vom 9. bis 21. August. Der Schaden beträgt rund 1000 Euro.

HOCHSTRASSE

**Radfahrer stürzt
über Lenker**

Allensbach (löf) Ein 45-jähriger Radfahrer ist am Donnerstag zu schnell auf der abschüssigen Hochstraße in Allensbach unterwegs gewesen und über den Lenker gestürzt. Der Mann war laut einer Mitteilung der Polizei ohne Helm unterwegs und kam ins Krankenhaus, da unklar war, wie schwer er verletzt war. Am Rad sind rund 70 Euro Schaden entstanden.

WALDFÜHRUNG

**Mit dem Revierförster
im Forst unterwegs**

Wallhausen (sk) Förster Michael Flöß führt am Freitag, 29. August, und Freitag, 5. September, jeweils um 18 Uhr interessierte durch den heimischen Wald. Treffpunkt ist laut einer Pressemitteilung am Parkplatz Eulenbach oberhalb von Wallhausen. Der Abschluss der Wanderung ist auf dem Burghof Wallhausen.

Mehr als Allensbach auf Seite 21

Verkehrsprobleme rücken in den Fokus

- Bürgermeister sieht Chancen für Verbesserungen
- Zebrastreifen und Tempolimit gelten als möglich
- Verkehrsbehörde hat sich Situation angeschaut

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Zu schnelles Fahren, zu wenig Parkplätze und zu viel Verkehr generell: Die Probleme auf der Insel Reichenau sind nicht neu. Doch die Gemeinde will nun – wie schon früher ein paar Mal – das Thema verstärkt in den Fokus nehmen. Um wenigstens einen Teil der Probleme zu lösen, hatte der Gemeinderat daher im Frühjahr einige Einzelmaßnahmen beschlossen: einen Zebrastreifen in Oberzell, Tempolimits in der Pirminstraße, eine Parkverbotszone beim Campingplatz und Einschränkungen des Busverkehrs in der Burgstraße. Hierzu fand nun eine Verkehrsschau mit der Straßenverkehrsbehörde statt, denn diese muss der Umsetzung der Maßnahmen zustimmen. Bürgermeister Wolfgang Zoll äußerte



„Es braucht eine Gesamtschau, um die einzelnen Maßnahmen wie Parkverbotszonen oder Temporeduzierungen aufeinander abzustimmen, und eine Entwicklungsperspektive.“

Wolfgang Zoll, Bürgermeister

sich danach optimistisch, dass wenigstens einige der beantragten Verbesserungen durchsetzbar seien.

Gute Chancen sehe er zum einen für einen Zebrastreifen auf der Pirminstraße in Oberzell, zwischen St. Georgs-Kirche und Parkplatz, so Zoll. Dieser Wunsch der Gemeinde war schon vor Jahren vom Straßenverkehrsamt abgelehnt worden, weil die Verkehrszahlen zu gering waren. Dies sei aber nun anders, meint der Bürgermeister. Die Gemeinde habe im Laufe des Sommers aktuelle Verkehrszahlen erhoben, an ganz unterschiedlichen Tagen. Und diese seien so deutlich, dass man wirklich von einem Schwerpunkt des Fußgängerver-



Die Gemeinde Reichenau will in Oberzell an dieser Fußgängerquerung einen Zebrastreifen. Nach einer Verkehrsschau ist Bürgermeister Zoll optimistisch. Die Verkehrszahlen seien hoch genug, meint er. BILD: ZOCH



Das Parken auf dem Gehweg beim Campingplatz Sandseele gehört zu den Verkehrsproblemen auf der Reichenau. BILD: HANSER

kehrs sprechen könne. „Ich bin sehr optimistisch, dass das funktionieren kann“, so Zoll.

Ähnlich sei es beim Thema Parkverbotszone beim Campingplatz Sandseele. Die Behörde müsse hier vor allem zustimmen, wo genau Verbotzone und wo Parktaschen sein sollen. „Da sind wir auch noch im Gespräch mit den Campingplatzpächtern“, erklärt Zoll.

meint Zoll. Deshalb habe er auch große Sympathie für durchgängig Tempo 40 auf den Hauptverkehrsachsen, wie es etliche Bürger fordern, zumal dadurch möglicher Ausweichverkehr vermieden werden könnte. Und generell sollen die Bürger bei der Entstehung des Konzepts einbezogen werden.

➤ **Den Parksuchverkehr** noch mehr einzuschränken, sollte als weiteres

Diese würden die Maßnahme zwar grundsätzlich mittragen, hätten aber natürlich einen bestimmten Stellplatzbedarf für ihre Gäste. „Das betrifft die konkrete Bewirtschaftung, nicht die Regelung an sich“.

Optimistisch sei er ferner, so Zoll weiter, dass auf einem Teil der Pirminstraße Tempo 40 eingeführt werden könnte. Mit den Argumenten als Erholungsort und durch betroffene Beherbergungsbetriebe gebe es eine rechtliche Grundlage. Allerdings sei für ihn die Abgrenzung offen. Vom Gemeinderat – und einer Bürgerinitiative – wird Tempo 40 bereits ab dem Vögelisberg bis zur Kreuzung bei der Tourist-Information gefordert, also ab der Anhöhe zwischen Ober- und Mittelzell, wo derzeit 70 Stundenkilometer erlaubt sind. Bei den anderen Themen äußert sich Zoll zurückhaltender. „Da wage ich keine Einschätzung abzugeben“. Dies betrifft sowohl Tempo 50 auf der Pirminstraße bereits ab dem Bruckgraben, wo die Pirminstatue steht und die Insel beginnt, als auch die Einschränkungen für Busse in der Burgstraße. Die Gemeinde will dort nur noch geführte Busse oder solche, die die örtliche Gastronomie an-

steuern, zulassen. „Da muss geprüft werden, wie das überhaupt machbar wäre“, so Zoll. Mit einer Antwort der Behörde rechne er im Laufe des Septembers.

Unabhängig davon will die Gemeinde dem Thema Verkehr das nächste Kapitel in ihrem Entwicklungskonzept widmen (siehe Text unten). „Es braucht eine Gesamtschau, um die einzelnen Maßnahmen wie Parkverbotszonen oder Temporeduzierungen aufeinander abzustimmen, und eine Entwicklungsperspektive“, betont der Bürgermeister. „Das Thema brennt den Leuten unter den Nägeln.“ So hat sich bereits eine weitere Bürgerinitiative formiert, die für Tempo 40 auf der Mittelzeller-, Oberzeller- und Oberen Rheinstraße Unterschriften sammelt. Zusammen mit der Pirminstraße würde Tempo 40 dann auf allen Hauptverkehrsachsen gelten. Die Unterschriftenlisten werden wohl nach der Sommerpause vorliegen, schätzt der Bürgermeister. Dann soll sich der Gemeinderat auch damit befassen. Denn parallel zum Gesamtkonzept sollen weiter gezielte Einzelmaßnahmen diskutiert werden.

Bürger werden in die Diskussion einbezogen

➤ **Lösungswege** aus der Verkehrsmisere will die Gemeinde Reichenau nun im Rahmen ihres Entwicklungskonzepts suchen und diskutieren. Bürgermeister Wolfgang Zoll nennt als wichtiges Ziel: „Ideal wäre es, eine möglichst einheitliche Situation herbeizuführen.“ Egal ob beim Thema Temporeduzierung oder Parken. „Je einfacher eine Regelung ist, desto plausibler, nachvollziehbarer ist sie“,

meint Zoll. Deshalb habe er auch große Sympathie für durchgängig Tempo 40 auf den Hauptverkehrsachsen, wie es etliche Bürger fordern, zumal dadurch möglicher Ausweichverkehr vermieden werden könnte. Und generell sollen die Bürger bei der Entstehung des Konzepts einbezogen werden.

➤ **Den Parksuchverkehr** noch mehr einzuschränken, sollte als weiteres

Ziel gelten, so Zoll. Die Einführung des neuen Leitsystems vor ein paar Jahren sei hierzu ein erster Schritt gewesen. Wichtig in diesem Zusammenhang sei, dass es auf dem Festland in Göldern-Ost einen neuen Parkplatz gebe und der an der Kindlebild-Kreuzung vergrößert werde. Ziel sollte es sein, so Zoll, dass möglichst viele Besucher möglichst früh parken, wenn es ihr Anliegen zulässt. „Das ist

der Ansatz, um den es gehen muss“. Um das Parken auf dem Festland zu fördern, bräuchte es natürlich eine bessere ÖPNV-Anbindung an die Insel. Neben Verhandlungen mit dem Landratsamt hält es Zoll für denkbar, als Zusatzangebot einen Shuttlebus über Parkgebühren auf der Insel zu finanzieren. „Wenn sich das rechnen würde, wäre das ein Ziel. Das müsste man kalkulieren“. (toz)

Amelie singt am roten Mikrofon

Die siebenjährige Reichenauerin tritt bei „Immer wieder sonntags“ mit Stefan Mross auf

VON PHILIPP LÄMMLÉ

Reichenau – „Papa, ich will an diesem roten Mikrofon mitsingen“, hat Amelie immer wieder zu ihrem Vater Rainer Hohnhaus gesagt, nachdem sie gemeinsam die Sendung „Immer wieder sonntags“ gesehen hatten. Jetzt wird der Siebenjährigen dieser Wunsch erfüllt, und sie wird live im Fernsehen am Sonntag das Titellied der beliebten Kinderserie Heidi gemeinsam mit Stefan Mross präsentieren.

Musik ist Amelie sehr wichtig, und ihre Begeisterung lebt sie neben dem Chor vor allem auch beim Blockflöte-

spielen aus. Erste Bühnenerfahrungen konnte sie bereits beim Balletttanzen sammeln. Richtig aufgeregt sei sie deshalb nicht, sagt sie dem SÜDKURIER. Sie freue sich richtig darauf zu singen.

Den Wunsch, in der SWR-Show bei Moderator Stefan Mross zu singen, hegt Amelie schon seit mehr als einem Jahr, und nach ihrem siebten Geburtstag gelang es ihr schließlich, ihre Eltern zu überzeugen. Im Internet fand ihr Vater dann einen Bewerbungsbogen, den er gemeinsam mit seiner Tochter ausfüllte. Es folgte ein kurzes Telefoninterview und nach wenigen Wochen stand dann fest, dass Amelie am 24. August im Europa-Park in Rust das Publikum begeistern darf.

Nachdem die Siebenjährige erfahren hatte, dass sie ausgewählt wurde, in dieser Sendung zu singen, hat sie sich sehr

gefremdet und direkt die Oma angerufen, die sie bei ihrem Vorhaben stets unterstützt hatte. Der Titel „Heidi“ wurde Amelie vorgegeben. Bruno Geiler von der Pressestelle des SWR erläutert gegenüber dem SÜDKURIER, dass dies dem neuen Konzept der Sendung geschuldet sei. Künftig sollen die Kinder Lieder singen, bei denen es um Orte und Länder auf der ganzen Welt geht.

In der Live-Sendung am Sonntag werden neben Amelie noch Größen der Schlager- und Volksmusik wie Antonia aus Tirol, Marianne und Michael, die Dorfrockers und viele mehr auf der Bühne stehen. Auch die Comedians Jörg Knör und Klaus und sein Affe Willi werden einen kurzen Gastauftritt geben.

Die Übertragung startet am Sonntag, 24. August, 10 Uhr, live im Ersten Programm.



Singt nicht nur, sondern spielt auch Blockflöte: Amelie. BILD: VERANSTALTER

NACHRICHTEN

LANDKREIS

Initiative für bessere
Breitband-Versorgung

Allensbach (toz) Beim Landkreis gebe es eine Initiative, flächendeckend Breitbandkabel für eine bessere Internetversorgung in alle Gemeinden zu bringen, erklärte Bürgermeister Helmut Kennerknecht im Gemeinderat. Er habe für die Gemeinde Allensbach Interesse signalisiert, obwohl er meine: „Wir sind im Moment nicht ganz so schlecht aufgestellt.“ In Allensbach selbst und in Hegne sei die Versorgung gut, in Langenrain wurde eben erst eine bessere Anbindung über Glasfaser geschaffen. Freudental und Kaltbrunn sollen folgen. Zugleich merkte Kennerknecht an, bei der Initiative des Landkreises gebe es noch eine große Liste an technischen und finanziellen Fragen, die abzuarbeiten seien.

GEMEINDE

Gewerbesteuer bringt
höhere Einnahmen

Allensbach (toz) Eine positive Nachricht konnte Bürgermeister Helmut Kennerknecht im Gemeinderat verkünden. Die Gemeinde werde im laufenden Jahr vermutlich 250 000 bis 300 000 Euro mehr als gedacht an Gewerbesteuer einnehmen. Dies hätten die Hochrechnungen von Rechnungsamtsleiterin Silvia Schlegel ergeben. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage dürften davon 200 000 bis 250 000 Euro im Gemeindehaushalt verbleiben. Dort könne man dieses Geld auch gut gebrauchen, so Kennerknecht.

MUSIKVEREIN

Zwei Konzerte
im Advent

Dingelsdorf (as) Der Musikverein Dingelsdorf ist sehr aktiv und präsentiert in der Vorweihnachtszeit gleich zwei besondere Anlässe. Die Jugendkapelle sorgt am Sonntag, 14. Dezember, um 16.30 Uhr in Oberdorf vor der Heilig-Kreuz-Kapelle für Adventsstimmung, denn dann lautet das Motto wieder: „Spielen unterm Christbaum“. Vormerken sollten sich alle Musikliebhaber schon einmal den Samstag, 20. Dezember, 20 Uhr, denn dann gibt der Musikverein Dingelsdorf sein traditionelles Jahreskonzert in der Thingolt-halle.

Weitere Nachrichten aus Allensbach und Reichenau auf Seite 23 dieser Ausgabe

Neuer Bürgermeister wird gesucht

- Fraktionen äußern sich bisher zurückhaltend
- SPD-Chef Tobias Volz kandidiert nicht
- Wahltermin ist auf den 19. April festgelegt

VON THOMAS ZOCH

Allensbach – Seitdem Bürgermeister Helmut Kennerknecht erklärt hat, dass er 2015 nicht mehr kandidieren wird, ist die spannende Frage, wer sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin wird. Fest steht jetzt immerhin schon mal der Wahltag. Den hat der Gemeinderat auf den 19. April terminiert. Wenn ein zweiter Wahlgang nötig würde, fände dieser am 3. Mai statt. Wer gewinnt, tritt am 4. Juli das Erbe von Kennerknecht an, der sich nach 32 erfolgreichen Jahren verabschiedet.

Sicher ist aber: Tobias Volz wird es nicht sein. Im Dorf gibt es zwar das Gerücht, er wolle vielleicht kandidieren. Doch der SPD-Chef sagt klipp und klar: „Das kann ich verneinen.“ Zudem meinen manche im Ort, die SPD werde sicher einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken. Doch hier hält sich Volz noch sehr bedeckt. Stattdessen erklärt er: „Wir denken, dass es auch ohne unsere Suche genug Bewerber geben wird.“ Schließlich sei Allensbach eine gesunde, gut aufgestellte und attraktive Gemeinde. Doch wie sein Wunschkandidat sein sollte, will Volz noch nicht verraten.

Auch CDU-Chef Ludwig Egenhofer erklärt, Fraktion und Vorstand meinen, dass es nach der Stellenausschreibung einige Bewerber geben werde. Doch im Gegensatz zu Volz beteuert er: „Die CDU ist nicht auf Kandidatensuche. Wir sind offen für alle Kandidaten und sprechen mit ihnen, wenn sie mit uns sprechen wollen.“ Wobei Egenhofer anmerkt: Wenn sich herausstellen sollte, dass es unter den Bewerbern niemand gebe, dem man das Amt zutraue, „dann muss man aktiv werden“. Weil es dann aber eigentlich zu spät sein dürfte, um noch einen geeigneten Kandidaten zu finden, darf man wohl davon ausgehen,



Wer wird der nächste Bürgermeister von Allensbach? Oder wird es vielleicht eine Bürgermeisterin? Helmut Kennerknecht tritt bei der Wahl 2015 nicht mehr an. BILD: ARCHIV/FOTOLIA / MONTAGE: SCHÖNBUCHER

Ausschreibung im Januar

Die Stelle des Bürgermeisters wird am 16. Januar 2015 ausgeschrieben. Bis 23. März können Bewerbungen eingereicht werden. Wahltag ist am Sonntag, 19. April, ein zweiter Wahlgang wäre am 3. Mai. Diese Termine hat der Gemeinderat beschlossen. Außerdem wurde der Gemeindevwahlausschuss gebildet. Vorsitzender ist Helmut Kennerknecht, sein Stellvertreter Stefan Weiss vom Hauptamt. (toz)

dass die CDU durchaus schon jemanden im Hinterkopf hat. Immerhin verrät Egenhofer schon mal, dass er am liebsten jemanden von außerhalb als neuen Bürgermeister hätte, „am besten von weit weg“, damit er oder sie noch keinerlei Verbindungen oder Beziehungen im Ort habe und „wirklich unverbraucht hierher kommt“. Und: „Mir

ist von der Qualifikation her ein Verwaltungsmensch am liebsten.“

Letzteres wünscht sich auch die Gemeinderätin Doris Hellmuth von der Bunten Liste. Und es sollte jemand sein, der Erfahrung in Personalführung habe. „Das ist einfach wichtig im Rathaus“, meint Hellmuth. Auf Nachfrage erklärt sie zwar: „Schön wär’s, wenn es eine Frau wird.“ Doch in erster Linie sollte es jemand sein, der die nötige Qualifikation habe, um das Amt auszufüllen: „Es kommt ganz stark auf die Person an.“ Dies sei aber ihre persönliche Meinung. Und zum ebenfalls kursierenden Gerücht, die Bunte Liste beziehungsweise die Grünen würden jemanden aufstellen, erklärt sie: „Wir beraten noch darüber, wie wir vorgehen.“

Freie-Wähler-Chef Pius Wehrle erklärt ebenfalls, man werde abwarten, wer sich bewerbe und wen man dann als „besten Kandidaten“ unterstützen werde. Oberste Priorität habe die Qualität, egal woher der Kandidat komme und welche beruflichen Voraussetzun-

gen er habe. Wobei ein Verwaltungsfachmann sicher eher die Voraussetzungen mitbringe als ein Quereinsteiger, meint auch Wehrle. Er erklärt ganz unbescheiden: „Wir wollen möglichst wieder einen gleich guten Bürgermeister wie Herrn Kennerknecht.“ Was nicht einfach werden dürfte, fügt er an.

Noch gibt es auf die spannende Frage, wer als neuer Bürgermeister in Frage kommt, also nur vage Antworten. Auch Amtsinhaber Kennerknecht beteuert, bei ihm habe sich noch kein potenzieller Interessent erkundigt. Es ist natürlich zu diesem frühen Zeitpunkt in der Tat noch nicht zu erwarten, dass sich jemand zur Kandidatur bekennt. Doch spätestens im Februar, wenn die Ausschreibung läuft, dürften sich die Bewerber nach und nach vorstellen. Egenhofer, zugleich Narrenpräsident, kann sich noch gut daran erinnern, dass vor der ersten Wahl von Kennerknecht 1983 alle Kandidaten bei den Alet-Abenden waren. Die sind diesmal am 6. und 7. Februar.

Der SÜDKURIER gibt einen aus

Die Litzelstetter Bürger sind zur Gesprächsrunde zum Top-Thema „Wohnen und Bauen“ am Montag um 18 Uhr ins Ko’Ono eingeladen

VON AURELIA SCHERRER

Litzelstetten – Aus gutem Grund hat der Konstanzer Gemeinderat das Handlungsprogramm Wohnen verabschiedet, denn Wohnraum ist Mangelware. Mit ein Auslöser für die Aktivitäten in der Stadtspitze war vielleicht auch der

Teilort Litzelstetten. Junge Familien hatten sich zur Initiative „Wir sind Litzelstetten“ zusammengeschlossen, um aktiv auf den Wohnungsmangel in ihrem Wohnort hinzuweisen und Lösungsmöglichkeiten anzustoßen, wie beispielsweise Mehrgenerationen-Wohnen. Würden junge Familien Litzelstetten alle nach und nach verlassen, dann wäre dies fatal für die gut ausgebaute Infrastruktur im Ort, weiß Ortsvorsteher Heribert Baumann. Er ist froh, dass ein Satzungsänderungsbeschluss gefasst wurde, damit das Ge-

wann zwischen Marienweg und Martin-Schleyer-Straße als Baugebiet ausgewiesen werden kann. Die Grundstückseigentümer hingegen sind zurückhaltend und überlegen, ob sie ihre Flächen verkaufen sollten.

Das Thema „Wohnen und Bauen“ wird heiß diskutiert und ist auch Thema der Veranstaltung „Der SÜDKURIER gibt einen aus“. SÜDKURIER-Lokalchef Jörg-Peter Rau lädt zur Gesprächsrunde am Montag, 15. Dezember, um 18 Uhr ins Restaurant Ko’Ono (vormals Viva) in der Martin-Schleyer-Straße 19

ein. Das Medienhaus übernimmt für jeden Besucher das erste Getränk (alkoholfrei, Bier oder Wein). Ortschaftsräte, Wohnungssuchende, Bauwillige, Haus- und Grundstückseigentümer – alle sind eingeladen, um ihre Positionen und Ansichten, aber auch ihre Lösungsvorschläge einzubringen. Schließlich stehen viele Fragen im Raum: Wie kann dem demografischen Wandel begegnet werden? Was muss die Verwaltung und was können die Bürger tun? Wie kann man Bauwilligen Wege ebnen?

Gewerbegebiet nimmt Gestalt an

Der Bebauungsplan Göldern-Ost ist abgeschlossen. Die Umlegung kann stattfinden. Das Problem der Entwässerung ist noch zu klären

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Darauf haben Lidl sowie etliche Handwerker und Gewerbetreibende in der Region sehnsüchtig gewartet: Der Bebauungsplan für das Gewerbegebiet Göldern-Ost auf dem Reichenauer Festland, zwischen Bahnlinie, Kindlebildstraße und B 33, ist endlich abgeschlossen. Nach der erneuten Offenlage gab es aufgrund der Stellungnahmen von Behörden nur noch einige wenige textliche Ergänzungen und Änderungen. Der Gemeinderat stimmte bei drei Enthaltungen zu.

Bürgermeister Wolfgang Zoll betonte, dies sei ein wichtiger Schritt, um im Umlegungsverfahren der Grundstücke einen Schritt weiterzukommen. Dabei werden aus den bisherigen Flurstücken die Grundstücke so neu gebildet, wie es im Bebauungsplan vorgesehen ist. Die meisten Flurstücke gehören Konstanz, der Rest der Gemeinde und Privatleuten. In Vorabgesprächen zur Umlegung sei bereits Einverständnis erzielt worden. Es solle bald möglichst Anfang 2015 ein Termin des Umlegungsausschusses stattfinden, um dieses Verfahren abzuschließen. Dann könnten die Erschließung und die Vermarktung des Gewerbegebiets beginnen. Auf der Warteliste stehen derzeit 27 interessierte Gewerbetreibende aus der Region. Zudem will Lidl dort bauen.

Allerdings hat die Gemeinde ihre

Hausaufgaben noch nicht ganz erledigt. Die Entwässerungsproblematik im Gewerbegebiet mit seinem schlechten Untergrund müsse noch mit dem Landratsamt geklärt werden, erklärten Zoll und Ortsbaumeister Raphael Grimm. Letzterer sagte, er wisse im Moment noch nicht, wie das Regenwasser abgeführt werden solle. Möglicherweise müsse dies teils auf den privaten Flächen erfolgen durch spezielle Bodenschichten und Drainagen. Zoll sagte: „Da kann es noch Änderungen geben.“

Aufgrund der Stellungnahmen der Behörden nach der Offenlage wurde unter anderem beschlossen, eine ökologische Fachbaubegleitung für die Ausgleichsmaßnahmen zu beauftragen. Bei der südlichen Zufahrt soll es zudem auf der Kindlebildstraße eine Que-rungshilfe geben.



Mit dem Gewerbegebiet Göldern-Ost soll es nun zügiger vorangehen. Der Reichenauer Bürgermeister Wolfgang Zoll erklärt, dass nach Abschluss des Bebauungsplans nun bald auch das Umlegungsverfahren abgeschlossen werden soll. ARCHIVBILD: ZOCH

NACHRICHTEN

RATHAUS

B-33-Planänderung wegen Lärmschutzwall

Allensbach (toz) Die B 33 soll nun bald auch zwischen Allensbach-West und -Mitte ausgebaut werden. Hierfür führt das Regierungspräsidium (RP) derzeit noch ein Änderungsverfahren der Planfeststellung durch. Dabei gehe es im Wesentlichen um den von Allensbach gewünschten und vom RP zugesagten Lärmschutzwall südlich der B 33 sowie um eine Verbreiterung von Wirtschaftswegen, erklärt Daniel Schrodin von der Neubaulaufleitung. Zu dieser Planänderung, die es brauche, um Baurecht zu erlangen, seien keine Einwände eingegangen. Dennoch gibt es den im Änderungsverfahren vorgeschriebenen Erörterungstermin am Donnerstag, 29. Oktober, um 11 Uhr im Allensbacher Rathaus. Im Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2007 gebe es eine Reihe von Zusagen und Auflagen im Textteil, erklärt Schrodin. Diese würden im Zuge der Ausführungsplanung nach und nach eingearbeitet.

FREIWILLIGE FEUERWEHR

Abschlussübung findet auf Müllerhof statt

Allensbach/Kaltbrunn (toz) Ihre Abschlussübung des Jahres hat die Allensbacher Freiwillige Feuerwehr am Freitag, 23. Oktober, ab 18 Uhr in Kaltbrunn. Der Ernstfall wird auf dem dortigen Müllerhof geprobt. An dieser Abschlussprobe nehmen die Abteilungen aus allen Ortsteilen teil. Zuschauer sind willkommen.

MÜHLENWEGMUSEUM

Auf den Spuren von Fritz Mühlenweg

Allensbach (sk) Seit drei Jahren gibt es das Museum Allensbach, das die Begegnungen und Eindrücke des Malers und Schriftstellers Fritz Mühlenweg in Fotografien, Bildern, Exponaten, Filmen und Hörstationen zeigt. Der gebürtige Konstanzer nahm 1927 als Rechnungsführer an Sven Hedins letzter Ostasien-Expedition teil und durchreiste bis 1932 drei Mal die Mongolei. Die nächste Führung durch die Ausstellung „Einmal durch die Wüste Gobi“ mit Karin Heiligmann findet am Donnerstag, 22. Oktober, statt. Treffpunkt ist um 18 Uhr im Museum am Bahnhof. Der Eintritt inklusive Führung kostet 5 Euro. Info und Anmeldung beim Kultur- und Verkehrsbüro Allensbach, Telefon (07533) 801 35.

Viele Ideen für weniger Verkehr

- Bürger halten Gesamtkonzept für dringlich
- Nutzung der Wasserwege ist neuer Aspekt
- Geteilte Meinung zu hausgemachten Ursachen

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Ein Gesamtverkehrskonzept für die Insel Reichenau und das Festland ist dringend nötig. Und besondere Priorität hat dabei eine deutliche Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit mehr Verbindungen und einer besseren Vernetzung. Wobei als neuer Aspekt in der Diskussion dies auch für Schiffsverbindungen – vor allem nach Allensbach – anzustreben sei. Dieses Fazit zogen Bürgermeister Wolfgang Zoll und die Moderatoren am Ende der Bürgerbeteiligung in der Inselhalle (siehe Info).

Die Problemlage ist klar und alles andere als neu. „Die Infrastruktur ist nicht darauf ausgelegt, dass sie immer mehr Verkehr trägt“, so der Bürgermeister und: „Im Grunde kommen wir nur weiter, wenn wir uns in der ganzen Gemeinde über den fließenden und ruhenden Verkehr und den ÖPNV unterhalten.“ Zoll sprach auch zwei Kernprobleme an. „Wir sind eine lebendige Kommune mit ganz unterschiedlichen Interessen.“ Eine Schranke auf dem Inselfeld wäre daher wohl keine Lösung, weil es neben Einheimischen und Gästen auch Zulieferer und Kunden gebe. Statt mit Zwang sollte man mit attraktiven Angeboten arbeiten, so der Bürgermeister. Viel Verkehr sei hausgemacht.

Das meinten auch einige Bürger. „Auch Einheimische untereinander müssen rücksichtsvoll sein“, sagte einer. Bei einer Umfrage in der Halle vor der Diskussion meinte jedoch mit 72 Prozent die klare Mehrheit, der interne Verkehr solle so beibehalten werden, während 58 Prozent den Gästeverkehr reduzieren möchten – ebenso den von nicht angemeldeten Bussen ohne Führer (74 Prozent). Und quasi zur Bestätigung dieser Mehrheitsmeinung waren viele Bürger mit dem Auto gekommen; und wie üblich bei Großveranstaltungen in der Inselhalle wurde geparkt, wo halt Platz war. Geteilte Meinungen gibt es zudem zur Frage, ob es mehr Tempolimits geben sollte. Einige Teilnehmer meinten, es müsse vor allem mehr kontrolliert und auf die Einhaltung der Regeln geachtet werden.

Angesprochen wurden ferner Probleme zwischen Bussen und landwirtschaftlichem Verkehr, und dass viele Straßen eigentlich zu schmal für große Busse seien. Gefördert werden solle dagegen der Fahrradverkehr, hierfür brauche es aber mehr und sicherere Radwege. Beim Thema Parkraumkonzept erwies sich weiter ein großer Festlandsparkplatz mit Infoeinrichtung und dem Verkauf von Inselprodukten als zentra-



Bei der Bürgerbeteiligung zum Thema Verkehrskonzept in der Reichenauer Inselhalle diskutierten Bürgermeister Wolfgang Zoll (rechts), Bernhard Prestel (links) sowie weitere Moderatoren mit den Bürgern, welche Themen ihnen besonders wichtig sind. BILDER: THOMAS ZOCH

So geht es weiter

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, zu der rund 100 Reichenauerinnen und Reichenauer in der Inselhalle kamen, werden nun in das Eckpunktepapier für ein Mobilitätskonzept eingearbeitet. Dieses haben bisher der Gemeinderat und verschiedene Institutionen wie Verkehrsverein und Gemüse-Genossenschaft erarbeitet. Das derart fortgeschriebene Papier werde dann wieder im Gemeinderat

diskutiert, so Bürgermeister Wolfgang Zoll, und dann müssten Grundsatzbeschlüsse gefasst werden. Danach müssen die rechtlichen und finanziellen Bedingungen für die Umsetzung geklärt werden, so Zoll weiter. Im Anschluss sei eine weitere Bürgerinformationsveranstaltung geplant. Moderiert wurde der Bürgerabend vom Bürgermeister, Rechnungsamtsleiter Tobias Schöll und Martin Wendt vom Hauptamt sowie vom beauftragten Fachbüro von Bernhard und Victor Prestel und Christoph Stucki. (toz)



„Ich fand es einen guten Einstieg in die komplexe Materie. Die Prioritäten wurden dem Gemeinderat mitgegeben.“

Heinrich Senger, Bürger



„Ich fand es sehr manipulativ. Ich hatte das Gefühl, die Ergebnisse standen schon fest, bevor wir gefragt wurden.“

Juliane Epp, Bürgerin

les Anliegen. Dies ist in Göldern-Ost ohnehin geplant. Einige Bürger regten neben einem attraktiven Zubringerbus eine Parkgebührengestaltung an, von der diejenigen profitieren, die das Auto auf dem Festland abstellen und auf der Insel Geld ausgeben.

Eine Verbesserung der Schiffsanbindungen brachten vor allem die Moderatoren des Fachbüros ins Gespräch. „Ich finde, man unterschätzt die Möglichkeiten, die der See bietet“, sagte Christoph Stucki. Das Angebot sei bisher nur touristisch. „Da müsste auch ein Takt

eingeführt werden.“ Neben dieser Vision, den Inselcharakter zu betonen, kam auch die auf, die Reichenau zur Insel der Elektromobilität zu machen – vom Fahrrad bis zum Bus – und hierfür Unterstützer in der Industrie zu suchen. Angesprochen wurden ferner altbekannte Probleme wie die Anbindung der Waldsiedlung und die viel zu niedrige Bahnsteighöhe.

An Ideen und Visionen mangelt es also nicht. Wie es mit der Umsetzung und Finanzierung aussieht, steht auf einem anderen Blatt. Bürgermeister Zoll be-

tonte, es gehe momentan darum eine Zielperspektive zu entwickeln und nicht primär um Kosten. Und Bernhard Prestel meinte: „Wenn man langfristige Visionen sucht, sollte man nicht mit Schwierigkeiten anfangen.“

In vielen Punkten deckt sich demnach die Bürgermeinung mit der von Gemeinderäten und Institutionen. Grundlegende Differenzen gibt es aber auf der Insel offenbar bei der Bewertung des hausgemachten Verkehrs und dem damit eng verbundenen Thema Tempolimit. Hierzu gibt es seit einiger Zeit zwei Bürgerinitiativen (BI), die eine Beschränkung in der Pirmin- und der Oberen Rheinstraße wünschen, sowie eine BI, die dagegen ist. Für eine Beibehaltung der bisherigen Geschwindigkeitsvorgaben sprachen sich nun bei der Umfrage 47 Prozent aus. 36 Prozent der Befragten waren für eine Reduzierung. Im bisherigen Eckpunktepapier ist von einer punktuellen Reduzierung die Rede.

Auch die Art der Bürgerbeteiligung stieß auf geteilte Resonanz. „Ich fand es einen guten Einstieg in die komplexe Materie“, sagte Heinrich Senger: „Die Prioritäten wurden dem Gemeinderat eindeutig mitgegeben.“ Es brauche einen besseren ÖPNV und dies im Kontext eines Gesamtkonzepts. Juliane Epp dagegen urteilte: „Ich fand es sehr manipulativ. Ich hatte das Gefühl, die Ergebnisse standen schon fest, bevor wir gefragt wurden.“ Nun entscheide der Gemeinderat und die Bürger würden dann darüber informiert. Mehr Beteiligung sei offenbar nicht vorgesehen.

Er will harmonische Motive malen

Eine Ausstellung mit Bildern von Efre Asghedom ist ab heute im Gemeindepsychiatrischen Zentrum zu sehen

VON THOMAS ZOCH

Kräftige Farben prägen die oft abstrakten Bilder des Künstlers Efre Asghedom. In seiner zweiten Ausstellung, die den Titel „Gegenwart“ hat, zeigt der 40-Jährige nun 27 seiner Arbeiten in den Gängen und einigen Büros des Gemeindepsychiatrischen Zentrums (GPZ) in der Luisenstraße 9 in Konstanz. Die Vernissage ist am heutigen Mittwoch, 21. Oktober, um 14 Uhr. Ulrike Müller-Hoffmann vom Sozialpsychiatrischen Dienst im GPZ, die die dortigen Ausstellungen organisiert, wird

den Künstler, der in Eritrea geboren wurde und seit 1985 am Bodensee lebt, vorstellen. Die Laudatio hält die Kunsttherapeutin Ina Strehl vom offenen Atelier des Zentrums für Psychiatrie Reichenau (ZIP). Dort fand Efre Asghedom 2013 zur Malerei. Die Kreativität sei schon vorher in ihm gewesen, berichtet er: „Da habe ich einen Weg gefunden, das zu entwickeln.“ Seither male er regelmäßig im offenen Atelier oder bei sich zu Hause.

„Mir ist es wichtig, dass die Bilder harmonisch wirken“, erklärt der Künstler; und dies sowohl bei der Gestaltung des Motivs und der Verwendung von Farben. Letztere in ihrer Vielfalt sind ihm besonders wichtig. „Ich finde es gut, wenn die Farben ineinander übergehen.“ Dabei sei ihm wichtig, dass die Bilder in ihrer Aussage nicht eindeutig

seien. Der Betrachter solle immer wieder etwas Neues entdecken können. Asghedom betont: „Ich experimentiere gern.“ Seine Bilder malt er mal in Öl, Acryl oder Pastellfarbe, mal auf Leinwand oder Papier. Stilistisch unterscheiden sich die Arbeiten ebenfalls. Abstrakte Farbkombinationen sind neben Bildern mit geometrischen Formen und schließlich Interpretationen von Gesichtern zu sehen. Als Motive verwende er teilweise Vorlagen, erklärt der Künstler, von dem auch Bilder im Vincentius-Krankenhaus zu sehen sind. Müller-Hoffmann erklärt: „Wir sind interessiert, dass unsere Klienten sich trauen. Viele haben hier bei uns das erste Mal eine Ausstellung.“ Von der Schönheit der Bilder sei sie begeistert.

Öffnungszeiten: Mo-Fr 8.30-17 Uhr



Eine Ausstellung mit Bildern von Efre Asghedom wird heute im Gemeindepsychiatrischen Zentrum in der Konstanzer Luisenstraße eröffnet. Seine Kreativität entdeckte der Künstler im offenen Atelier des Zentrums für Psychiatrie Reichenau. BILD: THOMAS ZOCH

NACHRICHTEN

BUNDESSTRASSE

Autofahrer prallt
auf Vordermann

Allensbach (phz) Drei beschädigte Fahrzeuge und ein Leichtverletzter ist die Bilanz eines Auffahrunfalls am Montag zwischen den Anschlussstellen Allensbach Mitte und Allensbach Ost. Der Fahrer eines aus Richtung Konstanz kommenden Lastwagens dürfte laut Pressemitteilung der Polizei zu spät bemerkt haben, dass die vorausfahrenden Fahrzeuge abbremsten und prallte mit seinem Fahrzeug in das Heck eines Ford. Dieser wurde durch die Wucht des Aufpralls auf einen BMW aufgeschoben. Dabei wurde der Lenker des Ford verletzt und musste zur Versorgung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. An den drei Fahrzeugen sei ein Schaden von rund 9000 Euro entstanden, erklärte die Konstanzer Polizei.

NÄGELRIEDSTRASSE

Einbrecher nimmt Diesel
und Maschine mit

Allensbach (phz) Zwei verschlossene Baucontainer hat ein unbekannter Täter zwischen Samstagnachmittag und Montagmorgen auf einer Baustelle in der Nägeliestraße nahe der Brücke zur Bundesstraße 33 aufgebrochen. Er stahl eine Flex der Marke Stihl. Ein abgestellter Radlader sei ebenfalls geöffnet worden, erklärte die Polizei im Pressebericht von Dienstag, und daraus sei ein Radio verschwunden. Außerdem zapfte der Täter aus einem Baustellenfahrzeug rund 100 Liter Diesel ab. Die gesamte Schadenshöhe ist laut der Pressemeldung der Polizei noch nicht bekannt.

FEUERWEHREINSATZ

Verbranntes Essen führt
zu starkem Rauch

Reichenau (phz) Einsatz in der Gemüsevermarkthalle im Reichenauer Ortsteil Mittelzell: Dorthin musste die Feuerwehr am Dienstagmittag ausrücken, weil laut Pressemitteilung die Brandmeldeanlage angeschlagen hatte. Die Ursache für eine Rauchentwicklung war aber schnell gefunden. Im ersten Obergeschoss des Gebäudes verbrannte auf einem Herd in der Teeküche Essen. Die Reichenauer Feuerwehr lüftete die Räume durch, und die 14 Einsatzkräfte rückten wieder ab.

Weitere Nachrichten vom Bodanrück lesen Sie auf Seite 24

Knappes Nein zu Hotelprojekt

- Gemeinderat votiert mit 7:6 gegen Bebauungsplan
- Bürgerliches Lager ist weiter tief gespalten

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Das Gerangel um die künftige Nutzung der Maurer-Gewerbebrache an der Oberen Rheinstraße auf der Insel Reichenau geht weiter. Der Gemeinderat hat knapp mit 7:6-Stimmen gegen einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan und damit gegen das Hotelprojekt der Familie Amann aus Horn entschieden – mit dem aus früheren Diskussionen bekannten Hauptargument, die Dichte der geplanten Bebauung sei zu groß für das Grundstück.

Völlig offen ist momentan, wie es nun weitergeht. Bürgermeister Wolfgang Zoll, der neben der CDU und SPD dafür war, sagte: „Ich bedaure das persönlich sehr. Diese Chance kommt vielleicht so nie wieder.“ Auf Nachfrage des SÜDKURIER erklärte er, er werde nun auf die Eigentümerfamilie des Grundstücks zugehen, um über das weitere Vorgehen zu sprechen. Diese hatte vor einigen Jahren eine Bauvoranfrage bei der Gemeinde für eine Mischung aus gewerblicher Nutzung und Wohnbebauung gestellt. Letzteres wollte der Gemeinderat nicht; stattdessen gab es einen einstimmigen Beschluss, das Areal zwischen einer der Hauptverkehrsachsen und dem Seeufer touristisch zu nutzen.

Mit der Wirtsfamilie Amann aus Horn wurde dann auch ein interessierter Investor für ein Vier-Sterne-Plus-Hotel im Ganzjahresbetrieb gefunden. Ob diese sich nun von ihrem Reichenauer Projekt endgültig verabschiedet, wollte Seniorchef Karl Amann nach der knappen Ablehnung noch nicht definitiv sagen. Für die Wirtsfamilie und auch den Bürgermeister ist diese Entscheidung doppelt bitter, weil sich der Gemeinderat in einer politischen Grundsatzentscheidung erst im Juni ebenso knapp dafür ausgesprochen hatte, das Projekt weiter zu verfolgen. Doch damals stimmte mit Hubert Schmidt (Freie Wähler) ein Ratsmitglied mit, das die Kommunalaufsicht im September für befanden erklärte. Mit der Begründung: Schmidt sitzt im Aufsichtsrat der Gemüse-Genossenschaft, der ein kleines Grundstück südlich des Maurer-Areals gehört. Die Frage über Schmidts Befangenheit hatte Joachim Speiermann (Freie Liste Natur) aufgeworfen – er hatte bei der Abstimmung im Juni gefehlt.

Das Ergebnis damals wie heute zeigt aber auch, wie tief gespalten in dieser Frage das bürgerliche Lager in der Gemeinde Reichenau ist. Die Räte der CDU und der Bürgermeister lobten immerhin die Freien Wähler (FW), die mit ihrer früheren Kritik erreicht hätten, dass die Hotelpläne verkleinert wurden. Doch die FW – ebenso wie die Freie Liste Natur – ließen sich nicht umstimmen. Alle Argumente der Befürworter in der üppigen Diskussion prallten ab.



Auf dem schon lange brach liegenden Maurer-Areal an der Oberen Rheinstraße hätte die Gemeinde Reichenau gern ein Hotel. Interessenten gibt es, doch bisher keinen Konsens, wie groß das Ganze werden soll. BILD: ZOCH

Das sagen Touristiker

Der Verkehrsverein Reichenau hatte stets für das Projekt wegen dessen Bedeutung für den Tourismus plädiert. Entsprechend enttäuscht sind die dortigen Verantwortlichen nun. Der Vorsitzende Johann Roth erklärte: „Wir bedauern die Entscheidung des Gemeinderats zur Ablehnung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans im Hinblick auf den vorgesehenen Neubau

des Hotels auf dem ehemaligen Maurer-Areal. Um der zunehmenden Bedeutung des Tourismus in der Entwicklung der Gemeinde auch zukünftig gerecht zu werden, war die angedachte Investition zukunfts- und zielführend für die Festigung eines nachhaltigen, qualitativen Tourismus. Wir bedauern, dass mit dieser Entscheidung eine aus unserer Sicht gegebene Entwicklungschance der Gemeinde durch die Mehrheit des Gemeinderats anders gesehen wird.“ (toz)



Wolfgang Zoll, Bürgermeister

„Ich bedaure das persönlich sehr. Diese Chance kommt vielleicht so nie wieder.“



Joachim Speiermann, Freie Liste Natur

„Wir als Gemeinde bestimmen, was zulässig ist, nicht der Investor.“

Bezeichnenderweise erklärte Britta Sauer-Böhm (FW), am Sachstand habe sich gegenüber Juni nichts verändert.

Dem widersprach Bürgermeister Zoll. Durch den Entwurf des Bebauungsplans werde deutlicher, dass sich die Baukörper des Hotels in die Umgebung einfügen würden. Dem pflichtete Planerin Bettina Nocke bei. Sie sei anfangs ebenfalls der Meinung gewesen, das Hotel sei zu groß. Doch nachdem die Amanns und ihr Architekt einige Änderungen vorgenommen hatten, sagte sie: „Das Projekt hat sich gut entwickelt. Ich beurteile das mit dem ganzen Umfeld.“ Und demnach passe dieses Hotel hierhin. Der Bürgermeister betonte, es gehe um die letzte größere Entwicklungsfläche auf der Insel. „An dieser Stelle – und nur dort – haben wir eine

Fläche, die frei wird“, so Zoll. Eine Wohnbebauung sei in begrenztem Maß auch anderswo möglich, eine Hotelnutzung nicht. Ralf Blum und Berndt Wagner (beide CDU) sowie Sandra Graßl-Caluk (SPD) verwiesen ebenso auf eine vielleicht einmalige Gelegenheit. „Wenn wir diese Chance nicht nutzen, verlieren wir die Zukunftsfähigkeit“, sagte Wagner. Die Zukunft liege verstärkt im Tourismus. Wagner meinte, eine Wohnbebauung an dieser Stelle gebe es nur zu Preisen, die sich Reichenauer nicht leisten können. Joachim Speiermann (FLN) meinte dagegen: „Wir als Gemeinde bestimmen, was zulässig ist, nicht der Investor.“ Er bemängelte, dass sich der Gemeinderat nie mit einer echten Alternativplanung habe auseinandersetzen können.

KOMMENTAR

Eine Niederlage für alle Seiten

VON THOMAS ZOCH



Mal hü, mal hott – beim Reichenauer Gemeinderat reichte bei der Entscheidung über das Hotelprojekt auf dem Maurer-Areal im Juni wie diesmal eine Stimme. Natürlich kann man darüber diskutieren, was wichtiger ist: die Chance für den Tourismus oder die Dichte der Bebauung und das Landschaftsbild.

Aber wenn ein Ergebnis derart knapp ausfällt, dann sind am Ende eigentlich fast alle die Verlierer. Allen voran Bürgermeister Zoll, dem es nicht gelungen ist, eine Mehrheit im Gemeinderat zu überzeugen. Die CDU als Befürworter sowieso. Aber auch die Freien Wähler, die keinerlei Bereitschaft signalisierten, sich zu bewegen und damit den tiefen Riss, der sich durchs bürgerliche Lager zieht, zementierten – und zudem dem Bürgermeister in den Rücken fielen, der selbst für die Freien Wähler im Kreistag sitzt. Die Freie-Liste-Fraktion mag sich ins Fäustchen lachen, doch was die Ablehnung für die Gemeinde bedeutet, muss sich erst noch zeigen.

Denn ob sich angesichts dieses Gerangels ein anderer Hotelinvestor findet, erscheint fraglich. Wahrscheinlicher ist wohl, dass dort Wohnbebauung hinkommt – das, was keiner will.

thomas.zoch@suedkurier.de

Ein weiterer Schritt zum Bürgerhaus

Der Seniorenverein Miteinander leben hat seinen Raum im Alten Schulhaus in Betrieb genommen – ein Bürgerhaus entsteht

VON NIKOLAJ SCHUTZBACH

Dettingen – Das Interesse am Seniorenverein Miteinander leben und seiner Arbeit ist groß. Das hat sich bei der Inbetriebnahme seines Raumes im Alten Schulhaus gezeigt, womit ein wichtiger Schritt zur Umgestaltung des Gebäudes zum Bürgerhaus gemacht ist.

„Ich bin überwältigt über den Andrang“, sagte Ortsvorsteher Roger Tscheulin, der kraft seines Amtes auch stellvertretender Vorsitzender des Vereins ist. In der Tat fasste der Raum mit seinen 25 Sitzplätzen nicht die mehr als

40 Interessierten, die zur Einweihung gekommen waren. „Ich bin froh, dass das Haus belebt und zum Treffpunkt wird“, erklärte Tscheulin. Miteinander leben habe nun endlich eine Heimat. „Jedermann weiß nun, wo er ihn findet“, erläuterte er. Er habe nun ein Vereinsheim – auch wenn dieser Begriff etwas verstaubt klinge. „Der Verein ist im Mittelpunkt des Ortes angekommen“, betonte der Ortsvorsteher. „Es ist ein vorübergehendes Domizil“, wies Roger Tscheulin auf mögliche Veränderungen hin. Durch die kommende Entwicklung zum Bürgerhaus könne es so sein, dass der Verein einen anderen Raum bekommen wird. „Aber Provisorien haben bekanntlich eine lange Lebensdauer“, erklärte er.

Tscheulin bedauerte, dass die Vereinsgründerin Christa Miez aus ge-

sundheitlichen Gründen nicht anwesend sein konnte. Sie hatte sich jahrelang für eine ambulante Unterstützung von Senioren eingesetzt. Eine Anekdote aus der Anfangszeit von Miteinander leben erzählte Roger Tscheulin: Als der Verein der damaligen Leiterin des Sozialamtes die Idee vermittelte, habe diese geantwortet: „Das ist sehr schön, was sie da machen. Aber ich habe kein Geld und kein Personal, um sie zu unterstützen.“ Aus heutiger Sicht ist Tscheulin jedoch zufrieden: „Die Entwicklung gibt uns recht.“

„Wir sind alle überwältigt“, sagte die Vorsitzende Almut Schäfer gerührt. „Ich bin hoffnungsfroh, den Raum mit Leben zu füllen“, erklärte sie. Als nächstes solle ein Stundenplan für regelmäßige Treffen und Veranstaltungen eingerichtet werden.



Almut Schäfer (von links), Vorsitzende des Seniorenvereins, und Ortsvorsteher Roger Tscheulin haben inmitten der Anwesenden allen Grund zum Lachen bei der Einweihung des Raumes im Alten Schulhaus. BILD: NIKOLAJ SCHUTZBACH

NACHRICHTEN

BUNDESSTRASSE

Diebe stehlen Diesel und Gelenkwelle

Reichenau (phz) Treibstoff ist nicht günstig. Das hat wohl Diebe dazu verleitet, an der Kindlebildstraße mehrere hundert Liter Diesel aus Baustellenfahrzeugen abzupapfen. Die Tat sei über das zurückliegende Wochenende geschehen, wie die Polizei im Pressebericht schreibt. Allerdings hatten es die Unbekannten nicht nur auf den Treibstoff abgesehen. Aus einem Fahrzeug bauten sie eine Gelenkwelle fachmännisch aus. Der gesamte Diebstahlschaden betrage mehrere hundert Euro, erklärte die Polizei weiter. Zeugen, die verdächtige Personen oder Fahrzeuge beobachtet haben, werden gebeten, sich beim Polizeiposten Allensbach unter Telefonnummer (0 75 33) 9 71 49 zu melden.

MÜHLENWEGMUSEUM

Letzter Abstecher in die Mongolei

Allensbach (toz) Im Mühlenwegmuseum im Allensbacher Bahnhof findet am Donnerstag, 26. November, um 18 Uhr die letzte Führung in diesem Jahr unter dem Motto „Ein Abstecher in die Mongolei“ statt. Karin Heiligmann, die vor einigen Wochen selbst mit einer Gruppe die innere Mongolei bereiste, gestaltet die Führung. Die Teilnahme kostet fünf Euro, eine Anmeldung ist im Verkehrsbüro möglich, Telefon (0 75 33) 8 01 35. Das 2012 eröffnete Mühlenwegmuseum ist dem Maler und Schriftsteller Fritz Mühlenweg gewidmet. Der gebürtige Konstanzer, der lange mit seiner Familie in Allensbach lebte, nahm 1927 als Rechnungsführer an der letzten Ostasien-Expedition des Schweden Sven Hedin teil. Seine Eindrücke verarbeitete er in Romanen, Erzählungen und Bildern. Das Museum ist wie folgt bis März geöffnet: montags bis freitags von 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr.

EVANGELISCHE GEMEINDE

Neuer Workshop über gemalte Schriften

Reichenau (toz) Die evangelische Kirchengemeinde Reichenau bietet einen Workshop in „Handlettering“ an. Dabei gehe es um gemalte Buchstaben und Schriften. Die Künstlerin und Designerin Sabine Herbst leitet den Kurs in moderner Kalligrafie im Heilig-Geist-Saal am Samstag, 28. November, von 10 bis 14 Uhr. Dabei sollen Karten und Plakate mit Zitaten und Gedichten gestaltet werden. Das Material wird gestellt. Der Workshop sei für Anfänger wie Fortgeschrittene geeignet, heißt es in der Ankündigung. Infos und Anmeldung unter Telefon (0 75 34) 995 86 58 oder E-Mail: sabine.herbst@herbst-mediendesign.com.

TURNHALLE

Polizei sucht Zeugen für Farb-Schmiererei

Dettingen – Auf eine Außenwand der Dettinger Tennishalle am Moosweg hat ein unbekannter Täter im Zeitraum von Sonntag bis Montag in schwarzer Farbe ein Hakenkreuz geschmiert. Das teilte die Polizei über ihren Pressebericht mit. Sie bittet um Zeuginhinweise unter der Telefonnummer (0 75 33) 9 71 49.

Weinbau prägt die Landschaft mit

- Genossenschaft feiert ihr 40-jähriges Bestehen
- Anbaufläche soll 25 Hektar nicht überschreiten

VON SELMA BURNUKARA

Reichenau – Seit knapp 1200 Jahren wird auf der Insel Reichenau Wein angebaut. Über Jahrhunderte haben die Insulaner vom Weinbau gelebt, auch wenn dies wegen Hagel, Frost und Sauerwurm ein alles andere als einfaches Unterfangen war. Doch in den 1970er Jahren war diese Tradition zu Gunsten des leichteren Gemüseanbaus auf ein Minimum geschrumpft und drohte auszusterben. Um das endgültige Aus für diesen Wirtschaftszweig zu verhindern, wurde 1975 die Rebenaufbau- und Weinbaugenossenschaft gegründet.

Beim Weinbau habe man damals keine Zukunft mehr gesehen, so Max Uricher, Geschäftsführer der Genossenschaft, beim Fest zum 40-jährigen Be-



„Die Grundstücke hatten für den Weinbau ideale Voraussetzungen. Hangflächen in Südlage, was will man mehr?“

Max Uricher,
Geschäftsführer der Genossenschaft

stehen. Der Gemüseanbau sei das Maß aller Dinge gewesen. Dafür habe man zusammenhängende Flächen benötigt, um auch Gewächshäuser bauen zu können. Dieser Bedarf habe 1972 zum Flurbereinigungsverfahren auf der Reichenau geführt. Viele dachten damals wohl, dass dies der Todesstoß für den Weinbau sein würde. Aber im Zuge des Verfahrens stellte sich heraus, dass die Hangflächen bei den Gemüsegärtnern gar nicht gefragt waren. Um zu vermeiden, dass hier an prädestinierten Stellen Brachen oder gar Wohnbebauungen entstehen, wurde beschlossen, diese Bereiche dem Weinbau zuzuführen.

Nun galt es, die Skeptiker im Winzerverein zu überreden, die gerne „alte Zöpfe“ abgeschnitten hätten. Am 10. Januar 1975 aber konnte man bei der Hauptversammlung des Winzervereins die Mitglieder von einem Neuanfang überzeugen, die Rebenaufbau- und Weinbaugenossenschaft wurde gegründet. Seither gibt es auf der Insel zwei Genossenschaften, die sich dem Weinbau verschrieben haben. Wenige Wochen nach der Gründung wurde Max Uricher zum Geschäftsführer bestellt und erfüllt diese Aufgabe seither ununterbrochen. Dafür erhielt er nun die Ehrenurkunde in Gold vom baden-württembergischen Genossenschaftsverband.

Zähe Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern, eine Verschuldung in Höhe von 200 000 Mark für Investitionen in Maschinen und neue Pflanzen sowie viel Handarbeit waren in den ers-



Das aus dem Archiv der Gemüse eG stammende Bild zeigt den Südhang der Hochwart in den 1960er Jahren. Reben gab es damals keine, geprägt wurde die Landschaft vom Gemüseanbau. BILD: REICHENAU-GEMÜSE EG



Das Bild hat sich gewandelt: Im Herbst 2015 sind die Weinreben nicht nur am Südhang der Hochwart landschaftsprägend auf der Insel Reichenau. Bei der Flurbereinigung 1972 hatten die Gemüsebauern kaum Interesse an den Hanglagen. BILD: SELMA BURNUKARA

ten Jahren nötig. Die Schulden sind schon lange abbezahlt und Jahr für Jahr wurde die Rebfläche vergrößert. Der Weinbau ist von der Wein-, Gemüse- und Fischerinsel inzwischen nicht mehr wegzudenken. Stolz sei die Genossenschaft, so Uricher, auf die gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde Reichenau sowie den anderen beiden Genossenschaften, der Gemüse eG und dem Winzerverein Reichenau eG, die mit Bürgermeister Wolfgang Zoll, dem Vorstandsvorsitzenden des Winzervereins Karl Huber sowie dem Geschäftsführer der Reichenau-Gemüse eG Johannes Bliestle beim Fest vertreten waren. Stolz sei man auch, berichtet Uricher weiter, über den wirtschaftlichen Erfolg der vergangenen 40 Jahre. Die Reben sind auf der Insel mittlerweile wieder landschaftsprägend. Der Reichenauer Wein

sei etwas Besonderes, weil er selten, fein und häufig prämiert sei. Daher wünsche man keine größere Fläche als die anvisierten 25 Hektar. Den Strukturwandel könne die Genossenschaft bis zu einem gewissen Grad auffangen. Sollte es bei den privaten Weinbergbesitzern Schwierigkeiten mit dem Nachwuchs geben, könne die Genossenschaft einspringen, ist der Geschäftsführer überzeugt.

Wogegen auch die Genossenschaft kein Patentrezept hat, sind Wettereinfüsse oder die Kirschessigfliege. 2015 hat der Traumsommer sowohl für gesunde vollreife Früchte gesorgt als auch dafür, dass es dem gefürchteten Schädling zu trocken war. Bei der exklusiven Weinprobe beim Jubiläumsfest war eindeutig zu schmecken, dass der 2015er Jahrgang ein besonderer wird.

Auf 1,5 Hektar ging's los

Bei der Gründung der Genossenschaft wurden Arnold Welte, Hermann Uricher, Markus Uricher sowie Alfons Beck in den Vorstand gewählt. Als Aufsichtsräte wurden Hermann Müller, Primin Honsell und Markus Wehrle eingesetzt. Max Uricher war von Anfang an Geschäftsführer. Seither ist die Rebfläche auf der Insel Reichenau von 1,5 auf 21 Hektar angewachsen, 25 Hektar sind das endgültige Ziel. Auf etwa 1,2 Hektar werden Bioweine angebaut. Die Genossenschaft bewirtschaftet selbst rund 45 Prozent der Flächen, die restlichen 55 Prozent werden von privaten Weinbergbesitzern in Eigenregie bearbeitet.



Der Reichenauer CDU-Gemeinderat August Glöckler gibt sein Amt zum Jahresende aus gesundheitlichen Gründen ab. BILD: ZOCH

Wechsel in der CDU-Fraktion

Im Reichenauer Gemeinderat übergibt August Glöckler sein Mandat an Matthias Graf

Reichenau (toz) Der Gemeinderat stimmte dem Antrag von August Glöckler zu, aus gesundheitlichen Gründen auszuscheiden. Der 62-Jährige war 2009 erstmals ins Reichenauer Gremium gewählt worden. Von großer Bedeutung sei die Bürgermeisterwahl im selben Jahr gewesen, so Glöckler, der von 2004 bis 2011 Vorsitzender des CDU-Ortsverbands war. Besonders spannend fand der frühzeitig pensionierte Oberstudienrat für Mathematik und Physik die Haushaltsberatungen. Wichtige Ereignisse seien der Bau des Feuerwehrgerätehauses und der Abschluss des Gewerbegebiets Göldern-Ost gewe-



Matthias Graf

sen. Und, so Glöckler: „Mit viel Zeitaufwand wurden das Entwicklungskonzept und mehrere Bebauungspläne erarbeitet.“ Zu langsam vorangehen seien ihm die Planungen für den Festlandssportplatz, das Strandbad und den Jachthafen. Er sei überzeugt, dass die Gemeinde hier schon weiter sein könnte, wenn sie touristische Eigenbetriebe eingeführt hätte – was die CDU beantragt hatte, aber alle anderen ablehnten. Auch die jüngste Ablehnung des Hotelprojekts auf dem Maurer-Areal bedauert der scheidende CDU-Rat sehr. „Ich werde sicher mit großem Interesse weiter-

hin die Arbeit des Gemeinderats verfolgen“, so August Glöckler. „Hierzu wünsche ich allen viel Erfolg und meinem Nachfolger einen guten Start.“

Das CDU-Mandat bleibt sozusagen in der Familie. Denn Glöcklers Nachfolger ist sein Schwiegersohn Matthias Graf – sofern er das Amt annimmt. Verwaltung und Gemeinderat sahen keine Hinderungsgründe. Die hatte es im Mai 2014 nach der Gemeinderatswahl gegeben – eben wegen der familiären Verbindung. Eigentlich war Graf schon gewählt, musste aber verzichten, weil Glöckler mehr Stimmen erhalten hatte. Bürgermeister Wolfgang Zoll erklärte, dass August Glöckler zu einem späteren Zeitpunkt noch von der Gemeinde gewürdigt werde. Die Verpflichtung von Matthias Graf solle in der ersten Gemeinderatssitzung 2016 erfolgen.

NACHRICHTEN

KLOSTER HEGNE

Unisono singt
bei Benefizkonzert

Hegne (sk) Ein Benefizkonzert des Klosters Hegne findet am Samstag, 30. Januar, um 19.30 Uhr in der Klosterkirche Hegne statt. Es singt das Konstanzer Vokalensemble Unisono unter der Leitung von Johannes Heieck Werke der europäischen Chorliteratur durch die Jahrhunderte hindurch. Dazwischen wird es Einblicke in die Musik aus uns eher fremden Ländern und Kulturen geben: Arabische Musik auf der Violine, auf der ghanaischen Kora westafrikanische Musik und Lieder auf der in der kurdischen Kultur verwurzelten Saz. Der Erlös geht laut einer Pressemitteilung in die Flüchtlingshilfe Sprachbrücke, die Flüchtlinge beim Erlernen der deutschen Sprache unterstützt.

RATHAUS

Sozialsprechstunde
ist am Donnerstag

Litzelstetten (sk) Die erste Litzelstetter Sozial- und Pflegesprechstunde im neuen Jahr findet am Donnerstag, 28. Januar, von 15 bis 17 Uhr in der Ortsverwaltung Litzelstetten (1. OG, Raum 3) statt. Das Angebot der Litzelstetter Nachbarschaftshilfe e.V. ist kostenlos und steht laut einer Pressemitteilung allen Bürgern offen. Anmeldung nicht erforderlich. Außerhalb den Sprechstunden ist deren Leiter, Dennis Riehle, unter (0 75 31) 95 54 01 oder per Mail an Li-Na@Riehle-Dennis.de erreichbar.

FORTBILDUNG

Kultur- und Verkehrsbüro
Donnerstag geschlossen

Allensbach (sap) Aufgrund einer ganztägigen Fortbildung bleiben das Kultur- und Verkehrsbüro sowie das Mühlenwegmuseum in Allensbach am Donnerstag, 28. Januar, geschlossen. Karten für den Alet-Abend können an diesem Tag nicht abgeholt werden.

RATHAUS

Von Afrikaaufenthalten
inspirierte Bilder

Reichenau (toz) Die neue Bilderausstellung im Reichenauer Rathaus im unteren Flur zeigt Werke der Kreuzlinger Künstlerin Navyo Brigitte Lawson. Die Bilder in Öl auf Leinwand seien inspiriert von mehreren Aufenthalten in Afrika, erklärt sie, von der Natur, Wolkenformationen, Sonnenauf- und untergängen.



Atemberaubende Abendstimmung über der Reichenau

Ein Frühlingsabend im Januar? Die Dämmerung nach Sonnenuntergang in warmen Farben am Campingplatz Allensbach mit Blick auf die Reichenau lässt kaum vermuten, dass dieses Bild im Winter entstanden ist. Der Schnee hat bis zum Wochenende nur ein kurzes Gastspiel am See gegeben, und die Sonne strahlt tagsüber mit der glitzernden Seeoberfläche um die Wette, nachdem sie

sich durch Wolken oder Nebel gekämpft hat. Abends gibt es dann auch farbenfrohe Naturschauspiele wie dieses, wenn sich das Glühen des Januar-Himmels nach Sonnenuntergang auf dem Wasser verdoppelt. Haben auch Sie ein schönes Winterbild gemacht? Dann nehmen Sie an unserem großen Fotowettbewerb teil unter: www.suedkurier.de/jahrinbildern LÖF/BILD: WINFRIED EBERHARDT

Gemeinde bremst Häuslebauer aus

- Grundeigentümer wollen bauen, dürfen aber nicht
- Kommune widerspricht dem Landratsamt

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Nach üppiger Diskussion im Reichenauer Gemeinderat geht der leicht geänderte Entwurf des Bebauungsplans Melcherleshorn II in die erneute Offenlage. Klar ist: Es soll sich, basierend auf dem Entwicklungskonzept der Gemeinde, wenig verändern können, auch wenn es nach der ersten Auslegung des Entwurfs Widerspruch von etlichen Grundstückseigentümern gab, die bauen wollen und deshalb weitere Baufenster fordern. In zwei Fällen stimmten die Verwaltung, Planerin Bettina Nocke und der Gemeinderat zwar zu, doch die meisten dieser Wünsche wurden abgelehnt. Lediglich in einigen weiteren Fällen stimmte das Gremium zu, die Baufenster so zu verändern, dass eine sinnvollere Entwicklung der bestehenden Gebäude möglich sein soll.

Anlass für das Aufstellen des Bebauungsplans war der Bauantrag eines Grundstückseigentümers, der an der Straße Melcherleshorn – angrenzend an den gleichnamigen, bestehenden Bebauungsplan – vier Wohnhäuser errichten will, wo bisher zwei Gewächshäuser stehen. Das Landratsamt hat auf diesen

Das Plangebiet

Das Gebiet des Bebauungsplans Melcherleshorn II liegt im Südwesten der Insel Reichenau, südlich des Campingplatzes Sandseele, im Bereich der Straße Melcherleshorn, der Unteren Rheinstraße, der Bradlengasse und des Höriwegs. Es umfasst knapp zehn Hektar. Davon sind 2,65 Hektar als allgemeines Wohngebiet vorgesehen, 4,15 Hektar als landwirt-

schaftliche Flächen, 0,9 Hektar als öffentliche Verkehrsfläche/Straßen und Wege, der Rest als private Grünflächen, Uferzone oder Gewässerrandstreifen. Es gibt bereits eine Reihe von Wohn- und Gewächshäusern. Die Gemeinde sieht darin einen typischen, erhaltenswerten Streusiedlungsbereich. Der Planentwurf sieht daher nur zwei neue Baufenster vor. Für die bestehenden Wohnhäuser, die Bestandsschutz haben, sind begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten vorgesehen. (toz)

Antrag das Areal auch als Innenbereich, also als bebaubar, bewertet. Bürgermeister Wolfgang Zoll betonte dennoch: „Es ist aus meiner Sicht Außenbereich. Im Entwicklungskonzept war dort nie eine Bebauung vorgesehen. Ich denke, dass man bei der Umsetzung des Konzepts konsistent sein sollte.“ Er sehe gute Chancen, dies notfalls auch vor Gericht durchzusetzen. Der Rechtsbeistand der Gemeinde Torsten Heilshorn unterstützt dies: „Ich denke, dass man da keinen Bebauungszusammenhang sehen kann.“ Es sei auch bereits gerichtlich bestätigt, dass die Gemeinde dort, wo bisher Außenbereich sei, Bauvorhaben ausgeschlossen werden könnten, wenn es das Entwicklungskonzept so vorsehe. Wobei Heilshorn zur Einschätzung der Baurechtsbehörde anmerkte: „Das Landratsamt vertritt eine sehr großzügige Auffassung.“ Zoll meinte,

wenn man danach ginge, müsste die Gemeinde viele Baufenster zulassen – und auch bereits abgeschlossene Bebauungspläne kritisch betrachten, wodurch das Entwicklungskonzept in Frage gestellt würde.

Planerin Nocke verwies auf das Bundesverwaltungsgericht: „Gewächshäuser begründen keinen Innenbereich.“ Vielmehr gehe es darum, mit dem Plan diese Streusiedlung zu erhalten und keine Baulücken zu schaffen. Wobei Nocke anmerkte, dass manche Eigentümer meinten: „Für unsere Kinder muss das gehen.“ Dazu die Planerin: „Wenn es für alle Kinder auf der Reichenau Bauplätze geben soll, dann ist die Insel voll.“ So etwas gebe es im Übrigen auch in anderen Gemeinden nicht.

Für etwas mehr Zugeständnisse an die Grundstückseigentümer plädierten Ralf Blum, Michael Huber (beide CDU)



„Das Landratsamt vertritt eine sehr großzügige Auffassung.“

Torsten Heilshorn, Anwalt

und Stefan Schmidt (Freie Wähler). Ein Bebauungsplan sollte auch ein bisschen Nachverdichtung möglich machen, so Blum: „Das führt uns sonst nur wiedervor die Gerichte.“ Und das sehe er die Chancen der Gemeinde nicht so positiv. Gerade bei dem Bauantrag, der den Plan auslöste, plädierte er, ebenso wie Schmidt, dafür, wenigstens ein, zwei Häuser zuzulassen, was die Mehrheit aber ablehnte.

Zwar hat noch kein Grundstückseigentümer in den Stellungnahmen ausdrücklich damit gedroht, vor Gericht ziehen zu wollen. Doch die bei vielen übereinstimmende Argumentation lässt dies erwarten. Zur Ausweisung der Grundstücke als landwirtschaftliche oder Grünflächen, auf denen keine Häuser gebaut werden dürfen, heißt es mehrfach: „Dies stellt eine nicht gerechtfertigte Enteignung dar, weil mein Grundstück im Innenbereich liegt und mir daher ein Baurecht zusteht.“ Und zudem wird mehrfach der gesamte Bebauungsplan in Frage gestellt, weil dieser nur das Ziel verfolge, eine weitere Bebauung zu verhindern. „Dies ist rechtswidrig“, so etliche Eigentümer.



Tanzeinlagen – hier das Grundele-Ballett mit einer flotten Horrorshow – sollen auch diesmal beim Bunten Abend der Pfaffenmooser für Schwung sorgen. ARCHIVBILD: ZOCH

Seenarren im Dschungelcamp

Die Pfaffenmooser der Waldsiedlung blicken selbstironisch auf sich und närrisch auf die Insel Reichenau

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Ein prall gefülltes Programm aus närrischen Sketchen, Gesang und Balletten versprechen die Bunten Abende des Narrenvereins Pfaffenmooser am Freitag und Samstag, 29. und 30. Januar, jeweils ab 20.01 Uhr in der Pfaffenmooshalle in der Waldsiedlung. In einer der Gruppennummern geht es wie üblich um die Siedlung selbst – diesmal um die Planung eines Seenarrentreffens im Pfaffenmoos, das dann aber doch nicht stattfindet. Mit viel Selbstironie werde hier ein Missver-

ständnis zwischen NV und SÜDKURIER verarbeitet, so Elferrätin Kerstin Sauer. Die Lokalredaktion hatte im vergangenen Jahr mal etwas vorschnell (Ho Narro!) gemeldet, das Seenarrentreffen finde hier statt, dabei wollte der Elferrat bei einer Sitzung diskutieren, warum man es eben nicht mache.

Natürlich nehmen die Pfaffenmooser in einem großen Sketch auch wieder die Insulaner aufs Korn. Als Hintergrund für die närrische Aufarbeitung der dortigen Ereignisse diene die ewige Baustelle an der Kindebildkreuzung, so Sauer. In der dritten großen Nummer werde das Pfaffenmoos zum Dschungelcamp. Vier Prominente sind für diese Blödel-Prüfung angekündigt. Pfaffenmooser-Präsident Eddy Morgenthaler steigt wieder in die Bütt. Diesmal werde er als Kurarzt all den Männern die

Levitin lesen, die mit ihrer Gesundheit miserabel umgehen (zum Beispiel an der Fasnacht ...). Und ein Fixpunkt der Waldsiedler-Narretei ist längst der Auftritt der Elfer Felix Lachnit und Christof Sauer als betagte Damen Gertrud und Dorle, der wieder auf dem Programm steht – und viel Witz verspricht.

Neben dem preisgekrönten Pfaffenmooser Herrenballett haben sich die Grundel-Garde und das Grundel-Ballett sowie die Gruppe Dancesation von der Reichenau angekündigt. Für Stimmungsmusik sorgt die Gruppe Ohrwurm. Insgesamt werden über 60 Narren auf der Bühne sein, so Kerstin Sauer, neben bewährten Akteuren auch wieder erfreulich viele junge Talente.

Karten für 7,50 Euro gibt es in der Sparkassen-Filiale in der Waldsiedlung

NACHRICHTEN

KINDERHAUS KALTBRUNN

Putzaktion für einen guten Zweck

Kaltbrunn (toz) Eine Dorfputzaktion macht auch in diesem Jahr das Kinderhaus Kaltbrunn; diesmal am Mittwoch, 4. Mai, jeweils von 9.30 bis 11.30 Uhr. Die Kindergartenkinder säubern dabei Höfe und sammeln dafür Spenden für einen guten Zweck. In diesem Jahr will das Kinderhaus die Erzieherin Silke Derksen unterstützen, die in der Konstanzer Kinderklinik Beschäftigungsangebote für kranke Kinder macht.

FAMILIENFERIENSTÄTTE

Weiteres Gebäude wird nun saniert

Reichenau (toz) In der Familienferienstätte der katholischen Kirche auf der Insel Reichenau stehen weitere Baumaßnahmen an. Nachdem die Gebäude mit den Zimmern in den vergangenen Jahren umgebaut und erneuert wurden, geht es nun um Haus E, das alte, denkmalgeschützte Gebäude am Seeufer, in dem der kleine Saal ist. Dabei gehe es unter anderem um den Umbau des Personalzimmers, neue Gaupen und Fenster sowie eine neue Außenstreppe zum See hin, erklärte Ortsbaumeisterin Petra Eisenbarth im Gemeinderat, der dem Vorhaben zustimmte.

KLOSTER HEGNE

Ulrikafest am kommenden Sonntag

Hegne (sk) Das Kloster Hegne begeht am Sonntag, 8. Mai, wie alljährlich anlässlich ihres Todestages das Fest der seligen Schwester Ulrika. Beginn ist um 10 Uhr mit einer Eucharistiefeier in der Klosterkirche mit Weihbischof Johannes Kreidler. Neben einem Vespertagessen (15.30 Uhr) gibt es auch eine Tonbildschau über das Leben der seligen Schwester Ulrika, Möglichkeit zum Gespräch, Ausstellung und mehr im Haus Ulrika. Das Kloster lädt Gäste zum Mitfeiern ein.

Ein Halbstundentakt ist das Ziel

- Erster Vorschlag für besseres ÖPNV-Angebot
- Inselbus könnte die Waldsiedlung anfahren

VON THOMAS ZOCH

Reichenau – Zum Thema besserer Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) zwischen Insel Reichenau, Bahnhof und Waldsiedlung liegt nun ein erster Vorschlag auf dem Tisch. Dieser sieht im idealen Endzustand einen integralen Halbstundentakt des Busverkehrs vom Bahnhof auf die Insel vor – zumindest in den Hauptverkehrszeiten morgens und am frühen Abend – sowie eine stündliche Anbindung der Waldsiedlung an Bahnhof und Insel. Nach einer Bürgerinformation vergangenen Herbst hatte die Gemeinde das Thema ÖPNV als ersten Schwerpunkt für ihr Verkehrskonzept gewählt, das am Ende ein weiterer Teil des Entwicklungskonzepts sein soll.

Den Stand der Planung und Gespräche mit Institutionen stellte Victor Prestel vom von der Gemeinde beauftragten Planungsbüro im Gemeinderat vor. „Es ist ein erster Vorschlag für den Halbstundentakt und um die Waldsiedlung anzubinden“, betonte Bürgermeister Wolfgang Zoll. Klar sei: „Das ist ein komplexes Feld.“ Und letztlich sei die Finanzierung der noch unbekannten Kosten ein wichtiger Punkt. Offen ist zudem, wann das Ganze umgesetzt werden könnte.

Als wichtigen Punkt erklärte Prestel: Die Anbindung der Waldsiedlung über die Buslinie 7372 (Wollmatingen-Insel Reichenau) würde zu einer Verschlechterung des Busangebots auf der Insel führen. Daher brauche es einen zweiten Bus. Diese Funktion könnte der bisher rein touristisch genutzte, privat betriebene Inselbus übernehmen, meinte Prestel. Und: „Wir haben ein sehr gutes Bahnangebot auf deutscher wie auf Schweizer Seite.“ Darauf solle das neue Konzept abgestimmt sein und dabei auch der Schiffsverkehr Reichenau-Mannenbach einbezogen werden zur Anbindung an die Schweizer Zugverbindung Kreuzlingen-Schaffhausen. Der Vorschlag sehe vor, so Prestel, dass die von der Südbadenbus GmbH (SBG) im Auftrag des Landkreises betriebene Linie 7372 weiter stündlich die



Hansfried Koch (links) und Gabriel Henkes fänden es gut, wenn die SBG-Linie auf die Insel Reichenau (im Bild am Bahnhof) im Halbstundentakt fahren würde – zumindest im Feierabendverkehr. BILD: THOMAS ZOCH

So geht's weiter

In der sogenannten Zukunftswerkstatt mit Gemeinderäten und engagierten Bürgern sollen unter anderem offene Fragen der Buslinienführung auf der Insel Reichenau besprochen werden. Außerdem wollen die Planer und die Gemeindeverwaltung mit dem Betreiber des Inselbusses sprechen

und prüfen, ob eine Konzessionsübergabe an die SBG möglich ist. Sobald die SBG ihre Kostenberechnung vorgelegt hat, wollen die Planer das ÖPNV-Konzept mit belastbaren Zahlen vertiefen und ein Finanzierungskonzept erstellen. Planer Victor Prestel schätzt, dass das ÖPNV-Konzept bis zum Herbst diesen Jahres vorliegen könnte. Mit der Umsetzung kann es aber noch dauern. (toz)

Insel mit dem Bahnhof Reichenau und Wollmatingen zur Anbindung an die Stadtbusse verbinde. Zusätzlich könnte der „Inselbus neu“, wie er es nannte, jeweils 30 Minuten versetzt von der Insel über den Bahnhof zur Waldsiedlung fahren. Wobei der Inselbus in Randzeiten mit weniger Nachfrage auch als Rufbus auf Bestellung fahren könnte. „Man hätte die Anschlüsse zum Seehas garantiert“, so Prestel. Vom Fahrplan her wäre das möglich.

Die bisherigen Gespräche des Planungsbüros und der Verwaltung haben aber ergeben: „Es wird keine kurzfris-

tige Lösung geben“, so Prestel. Klar sei bisher nur, dass die Stadtwerke Konstanz aus rechtlichen und praktischen Gründen keine Linie zur Waldsiedlung verlängern wollen. Mit den Betreibern des Inselbusses müsse gesprochen werden, dieser müsste in den Tarifverbund integriert werden. Die SBG müsse noch berechnen, was an zusätzlichen Kosten anfallen würde und was die Gemeinde tragen müsste. Und da deren Konzession noch bis 2019 laufe, könne das Konzept wohl frühestens 2020 umgesetzt werden, so Prestel. Ines Happle-Lung (Freie Liste Natur) meinte zum Kon-

zeptvorschlag: „Das wird recht utopisch sein.“ Sie fürchte, dass dies an den Kosten scheitern werde. Ein weiterer Bürgerbus (wie der in der Waldsiedlung) von der Insel zum Bahnhof wäre günstiger, meinte sie. Michael Huber (CDU) schlug vor, statt zwei Bussen nur einen, aber mit zwei Fahrern einzusetzen. Und Armin Okle (Freie Wähler) meinte, 2019, wenn die Konzession der SBG auslaufe, könnte die Gemeinde auch den Landkreis finanziell in die Pflicht nehmen. Der Bürgermeister erklärte, dass die Verteilung der Mittel natürlich auch eine politische Entscheidung des Kreistags sei.

Gabriel Henkes und Hansfried Koch sind ÖPNV-Nutzer. Sie wohnen in Mittelzell und arbeiten im Zentrum für Psychiatrie. „Es wäre super, wenn man's ausweiten könnte“, so Henkes. Gut fände er auch eine Anbindung an ganz frühe Züge. Er nutze den Bus teils nicht, weil dieser nur stündlich fahre. Wobei dies natürlich auch von der Nutzung abhängt. Dies sieht Koch ähnlich. Beide meinen: Leere Busse müssen nicht herumfahren.

ANZEIGE

PENNY

...bei uns ist das so:
Wir machen Grillparty.

Christian Ulmen als 5 schräge Nachbarn.
Jetzt auf penny.de/grillparty

1,5 Liter

0.59 ~~0.89~~ **-33%**

1,5-Liter-PET-Flasche
1 Liter = 0.39

Dallmayr Classic

3.77 ~~4.99~~ **-25%**

500-g-Packung
1 kg = 7.54

Grünländer Käsescheiben

1.49 ~~1.99~~ **-25%**

Verschiedene Sorten und Fettstufen
150-/175-g-Packung
100 g = 0.99 / 0.85

Nektarinen*
Spanien, gelb-weißfleischig, Kl. I
500-g-Schale
1 kg = 2.98

1.49 ~~1.99~~ **-25%**

Grüner Spargel*
Spanien, Kl. I
750-g-Bund
1 kg = 3.05

2.29 ~~2.99~~ **-23%**

STEAK SELECTION
Frisches Rinder-Hüftsteak
Herkunft: Irland
200-g-Packung
100 g = 1.75

3.49 ~~3.99~~ **-12%**

MÜHLENHOF
Frisches Schweine-Geschnetzeltes
Mariniert
500-g-Packung
1 kg = 4.38

2.19 ~~2.49~~ **-12%**

RAMA
Brotaufstrich, classic oder mit Buttermilch verfeinert
500-g-Becher
1 kg = 1.76

0.88 ~~1.59~~ **-44%**

Aktionspreis
19.99

Aktionspreis
2.19

Mi, 4.5. – Sa, 7.5.

Netzadapter:
TUV GS
Auch erhältlich in
Anwendung

Fürs Nass- und Trockensaugen geeignet
3 Jahre Garantie

Aktionspreis
19.99

In vielen Märkten Mo – Sa von 7 bis 22 Uhr für Sie geöffnet. Bitte beachten Sie die Aushänge am Markt.

*Dieser Artikel ist nur vorübergehend und nicht in allen Filialen erhältlich. Aufgrund begrenzter Vorratsmengen kann der Artikel bereits kurz nach Öffnung ausverkauft sein. Die Abgabe erfolgt nur in haushaltsüblichen Mengen. Alle Preise ohne Deko. Druckfehler vorbehalten. **PENNY Markt GmbH, Domstraße 20, 50668 Köln.**

18. KW - 02/03/06/07/08/09/10